



Ansprechpartnerin beim ISS-Frankfurt a.M.
Irina Bohn
Dr. Albrecht Lüter
Institut für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik e.V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
Tel.: 069 95789-158
E-Mail: irina.bohn@iss-ffm.de



Ansprechpartnerin bei Camino
Sabine Behn
Dr. Kari-Maria Karliczek
Camino gGmbH
Scharnhorststr. 5
10115 Berlin
Tel.: 030 786 29 84
E-Mail: sabinebehn@camino-werkstatt.de

Frankfurt am Main, im August 2010



**Zwischenbericht zum Berichtszeitraum
01.09.2009 – 31.08.2010 der Wissenschaft-
lichen Begleitung in Programmsäule 1:
„Entwicklung integrierter lokaler Strategien“
(Lokale Aktionspläne) im Programm
„VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt,
Toleranz und Demokratie“**

Inhalt

1	Kurzzusammenfassung	1
2	Einführung	2
2.1	Zweck der Evaluation	2
2.2	Adressatinnen/Adressaten der Evaluation	3
2.3	Reichweite der Evaluation	3
2.4	Kurze Beschreibung der Inhalte und des Aufbaus der Studie	3
3	Evaluationsgegenstand und -fragestellung	5
3.1	Evaluationsgegenstand beschreiben	5
3.1.1	Konkretisierung des Evaluationsgegenstands	5
3.1.2	Klärung der Ziele des Programms	5
3.1.3	Beschreibung der Programmaktivitäten	5
3.1.4	Kontext	6
3.1.5	Zielgruppen des Programms	6
3.1.6	Beschreibung der Programmstruktur bzw. durchführender Einheiten	7
3.2	Evaluationsfragestellungen herleiten und begründen	7
3.3	Klärung der zur Beantwortung der Fragen benötigten Informationen	8
4	Kurze Darstellung des Evaluationsdesigns, der Erhebungs-, Auswertungs- und Bewertungsverfahren	9
4.1	Evaluationsdesign	9
4.2	Methoden und Instrumente der Datenerhebung	10
4.2.1	Methodisches Vorgehen und Instrumente der quantitativen WB	10
4.2.2	Methodologisches Vorgehen der qualitativen WB	12
4.2.2.1	Qualitative Interviews: Erhebung und Auswertung	14
4.2.2.2	Beobachtungen und Gruppendiskussionen mit Begleitausschüssen sowie Projekt-/Netzwerktreffen	16
4.3	Durchführung der Untersuchung	16
4.3.1	Durchführung der Untersuchung der quantitativen WB	16
4.3.2	Durchführung der Untersuchung der qualitativen WB	17
4.4	Methoden der Datenauswertung	18
4.5	Verfahren der Bewertung	19
4.6	Anonymisierung / Datenschutz	19
5	Ergebnisse	20
5.1	Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	20
5.2	Stand und Entwicklung der Lokalen Aktionspläne	21
5.2.1	Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne	22
5.2.2	Ansiedlung und Ausstattung der Lokalen Koordinierungsstellen und Tätigkeitsbereiche der Koordinator/innen	22
5.2.3	Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Ämternetzwerke	24
5.2.4	Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Begleitausschüsse	25
5.2.5	Ansiedlung und Arbeitsansätze der Projekte	28
5.2.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	30
5.3	Einflussfaktoren auf die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne sowie auf die Entwicklung integrierter lokaler Handlungsstrategien	32
5.3.1	Vorbemerkungen	32
5.3.2	Relevante Einflussfaktoren für die Zielerreichung Lokaler Aktionspläne	33

5.3.2.1	Vorgehensweise	33
5.3.2.1.1	Faktor: Priorisierung der Entwicklung einer Handlungsstrategie und deren Umsetzung durch passende Projektauswahl	37
5.3.2.1.2	Faktor: Anbindung des Aktionsplans an lokale Akteurskonstellationen	39
5.3.2.1.3	Faktor: Bereitstellung und Wahrnehmung von Angeboten zu Coaching und Reflexion	41
5.3.2.1.4	Faktor: Verzahnung der Aktionspläne mit weiteren Programmsäulen aus „VIELFALT TUT GUT“ und mit anderen Programmen (kompetent. für Demokratie)	43
5.3.2.1.5	Faktor: Aktive Einbeziehung der lokalen Öffentlichkeit	46
5.3.2.2	Kurzzusammenfassung: Gelingensfaktoren für die Zielerreichung	50
5.3.3	Die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	53
5.3.3.1	Entwicklungsmodell einer integrierten Handlungsstrategie im Rahmen der Umsetzung Lokaler Aktionspläne	54
5.3.3.2	Bestimmung der Entwicklungsniveaus innerhalb des Entwicklungsmodells	55
5.3.3.3	Entwicklungsprozesse unter Berücksichtigung des Einstiegsniveaus	56
5.3.3.4	Faktorenabhängigkeit der Entwicklungsprozesse	59
5.3.4	Zusammenführung	61
5.4	Nachhaltige Entwicklungen durch die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen	63
5.4.1	Strukturelle Nachhaltigkeit	66
5.4.1.1	Erhalt von Arbeitsstrukturen	66
5.4.1.2	Erhalt von Projekten außerhalb des Programmkontextes sowie die Nachnutzungen von Projektansätzen und Arbeitsmethoden	71
5.4.2	Handlungswirksame Lernprozesse	74
5.4.3	Relevanzerhalt – fortgesetzte gemeinschaftliche Bearbeitung des Ziels/Themas/Problems durch die beteiligten Akteure	76
5.4.4	Anstoß von Prozessen, die über die Intentionen des Lokalen Aktionsplans hinausweisen	77
5.4.5	Zur Nachhaltigkeit Lokaler Aktionspläne aus der Perspektive der Jugendhilfeplanung	80
5.4.6	Kurzzusammenfassung	82
5.5	Außenwirkung der Lokalen Aktionspläne und des Programms „VIELFALT TUT GUT“	84
5.5.1	Bekanntheit und Zustimmung als Dimensionen der Außenwirkung	84
5.5.2	Publizität als Transparenz: Einbindung in kommunale Selbstdarstellung und Webangebote	87
5.5.3	Publizität als Bekanntheit: Instrumente und Faktoren	90
5.6	Querschnittsthemen	91
5.6.1	Gender Mainstreaming	91
5.6.2	Antrags- und Abrechnungsverfahren	92
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	96
6.1	Schlussfolgerungen	96
6.2	Empfehlungen	98
7	Literaturverzeichnis	101
8	Anhang	107
8.1	Anhang 1: Strukturdaten der Lokalen Aktionspläne	107

8.1.1	Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne	107
8.1.2	Strukturdaten der Lokalen Koordinierungsstellen	109
8.1.3	Person und Tätigkeit der Koordinator/innen	109
8.1.4	Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Ämternetzwerke	110
8.1.5	Strukturmerkmale und Zusammensetzung der Begleitausschüsse	111
8.1.5.1	Person des/der Vorsitzenden des Begleitausschusses	111
8.1.5.2	Arbeitsformen und Tätigkeitsschwerpunkte der Begleitausschüsse	114
8.1.5.3	Projektabfrage	115
8.1.6	Strukturmerkmale der Projekte	116
8.1.6.1	Personalressourcen der Projekte	117
8.1.6.2	Umgesetzte Programmschwerpunkte Ziele, Maßnahmen und erreichte Zielgruppen der Projektarbeit	118
8.1.6.3	Zielgruppen der Projekte	121
8.1.6.4	Verfahren der Qualitätsentwicklung, Fortschreibung und Evaluation	123
8.1.6.5	Verstetigung der Projektarbeit	126
8.1.6.6	Öffentlichkeitsarbeit	128
8.1.7	Kooperationen der Lokalen Aktionspläne	129
8.1.8	Kooperationsbeziehungen der Begleitausschüsse	129
8.1.9	Kooperationsbeziehungen der Koordinierungsstellen	131
8.1.10	Kooperationsbeziehungen der Projekte	131
8.2	Anhang 2: Prüfung strukturelle Einflussfaktoren für die Zielerreichung	133
8.3	Anhang 3: Qualitatives Erhebungsdesign und Entwicklungsfaktoren	135
8.3.1	Erhebungsdesign der qualitativen WB	136
8.3.2	Entwicklungsprozesse integrierter lokaler Strategien	137
8.3.3	Entwicklungsprozesse integrierter lokaler Strategien, sortiert nach Bewertung der Zielerreichung	138
8.4	Anhang 3: Tabellen	139
Quantitativer Anhang für das DJI		- 1 -
Qualitativer Anhang für das DJI		- 27 -

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Evaluationsdesign der WB	9
Abbildung 2:	Vorgehen im Sinn einer multikontextualen Fallstrukturanalyse.	15
Abbildung 3:	Bewertung Zielerreichung in Handlungsdimensionen (Zusammengeführte Angaben der Koordinierungsstellen (N=90) und Begleitausschüsse (N=90), Mittelwerte der Bewertung: 1=sehr gut; 5=sehr schlecht)	36
Abbildung 4:	Stellenwert der Strategie des Lokalen Aktionsplans für Projekt und Zielerreichung (MW Zielerreichung nach Angaben der Projekte, N=158)	38
Abbildung 5:	Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion und Zielerreichung (Mittelwerte Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)	38
Abbildung 6:	Bewertung der Kooperation mit dem Ämternetzwerk und Zielerreichung (Angaben der Begleitausschüsse in MW-Zielerreichung, 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=89)	40
Abbildung 7:	Stellenwert des Coaching und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen in MW, 1= sehr gut, 5 = sehr schlecht, N=90)	41
Abbildung 8:	Durch Coaching unterstützte Arbeitsbereiche (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	42
Abbildung 9:	Zielerreichung und Kooperation mit Interventionsteams (Angaben der Begleitausschüsse (N=90) und Koordinierungsstellen (N=90) in MW der Zielerreichung)	44
Abbildung 10:	Formen der Zusammenarbeit des Begleitausschusses mit Mobilien Interventionsteams (Angaben der Begleitausschüsse, MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht)	44
Abbildung 11:	Kooperation mit anderen Lokalen Aktionsplänen und Zielerreichung (N=90, Angaben der Begleitausschüsse in Mittelwerten: 1= Sehr gut, 5 = Sehr schlecht)	45
Abbildung 12:	Projektkooperation mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“ und Zielerreichung (N=158, Angaben der Projekte in Mittelwerten: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)	45
Abbildung 13:	Projektkooperation und Zielerreichung nach Typ des Projektpartners (N=158, Angaben der Projekte in Mittelwerten: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)	46
Abbildung 14:	Begleitung des Lokalen Aktionsplans durch gesonderte Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen in MW der Zielerreichung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)	47
Abbildung 15:	Bekanntheit des Lokalen Aktionsplans und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen in MW der Zielerreichung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)	47
Abbildung 16:	Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel und Zielerreichung (Angaben der Projekte in MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht, N=158)	48
Abbildung 17:	Hauptprojektziele und generelle Zielerreichung der Projekte (Angaben der Projekte in MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht, N=158)	49
Abbildung 18:	Zufriedenheit mit jeweils genutzten Dienstleistungen der Regiestelle (MW der Angaben der Koordinierungsstellen, 1 = sehr zufrieden; 5 = sehr unzufrieden)	49

Abbildung 19:	Wesentliche Verbesserung der Zielerreichung durch ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit gewidmetes Projekt (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	50
Abbildung 20:	Nachhaltigkeitsdreieck	64
Abbildung 21:	Erkenntnisse aus Evaluation zur Weiterverwendung schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	67
Abbildung 22:	Bereits erfolgte Einleitung konkreter Schritte zur Fortführung der integrierten lokalen Strategie im Anschluss an die Programmförderung (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	70
Abbildung 23:	Zentrale Hindernisse für Fortführung der integrierten Strategie (ungestützte Antworten der Koordinierungsstellen in % der Lokalen Aktionspläne, N=90, Mehrfachnennungen mgl.)	71
Abbildung 24:	Schriftliche Sicherung von Erkenntnissen aus Projekten (Angaben der Projekte in %, N=158)	72
Abbildung 25:	Fortführung von Projekten nach 2009 (Angaben der Projekt in %, N=158)	73
Abbildung 26:	Ausreichende Zurkenntnisnahme der Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne durch kommunale Entscheidungsgremien (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	75
Abbildung 27:	Positive Auswirkung des Aktionsplan auf die Bereitschaft von Bürger/innen zu Engagement und Beteiligung (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	76
Abbildung 28:	Integration von Erkenntnissen und Ergebnissen der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (Angaben der Koordinierungsstelle in %, N=90)	78
Abbildung 29:	Kommunale Entwicklungskonzepte, in die Ergebnisse der lokalen Aktionspläne integriert werden (Angaben der Koordinierungsstellen aus Lokalen Aktionsplänen, deren Ergebnisse in kommunale Entwicklungskonzepte integriert wurden in %, N=63)	78
Abbildung 30:	Anregung von weiteren themenspezifischen Aktivitäten jenseits der LAP-geförderten Projekte (Angaben der Begleitausschüsse in %, N=90)	79
Abbildung 31:	Art der jenseits des LAP angeregten Aktivitäten (Angaben von Begleitausschüssen, die weitere Aktivitäten angeregt haben in %, N=64, Mehrfachangaben mgl.)	79
Abbildung 32:	Einschätzung der Aufgeschlossenheit lokaler Medien für den Aktionsplan und dessen Inhalte (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	85
Abbildung 33:	Bewertung des Tenors der medialen Berichterstattung über den Lokalen Aktionsplan (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)	86
Abbildung 34:	Berichterstattungsintensität zu "VIELFALT TUT GUT" im Zeitverlauf 2008-2009 (Pressedokumentation des Programms)	86
Abbildung 35:	Vielfaltlabel oder LAP-Erwähnung auf Web-Seiten der öffentlichen Träger (Stadt, Landkreis etc.) (N=90, Anzahl der Lokalen Aktionspläne)	88
Abbildung 36:	Informationen zu Lokalen Aktionsplänen/"VIELFALT TUT GUT" auf Homepages der öffentlichen Träger (N=63, LAP mit einschlägigen Angaben)	88
Abbildung 37:	Inhalte von LAP-bezogenen Homepages außerhalb öffentlicher Trägerschaft (Angaben in %, N=77)	89
Abbildung 38:	Alle Programmschwerpunkte der Lokalen Aktionspläne (N = 234)	107
Abbildung 39:	Alle für die 3 Programmschwerpunkte genannte Mittlerziele (N = 859)	108
Abbildung 40:	Alle für den wichtigsten Programmschwerpunkt genannten Mittlerziele (N = 260)	108

Abbildung 41:	Aufgabenbereiche, für die die Koordinator/innen ein größeres Arbeitszeitvolumen benötigen (N = 63, Mehrfachnennungen)	110
Abbildung 42:	In den Begleitausschüssen vertretene Organisationen (ohne Ämter) (N = 90, Mehrfachnennungen)	112
Abbildung 43:	In den Begleitausschüssen vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen)	113
Abbildung 44:	In den Begleitausschüssen vertretene Netzwerke (N=90, Mehrfachnennungen)	114
Abbildung 45:	Aufgabenbereiche für die der Begleitausschuss mehr Zeit bzw. Ressourcen benötigt (N = 35, Mehrfachnennungen)	115
Abbildung 46:	Art des Projektträgers (N = 158)	117
Abbildung 47:	Zuordnung zu Förderschwerpunkten des LAP (N = 158)	118
Abbildung 48:	Zielsetzung der Projekte (N = 158)	119
Abbildung 49:	Projekttypen (N = 158)	120
Abbildung 50:	Aktionsgebiete, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N = 158)	121
Abbildung 51:	Zielgruppe, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N = 158)	122
Abbildung 52:	Alter der Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N = 158)	122
Abbildung 53:	Auswertungsverfahren der Evaluationsergebnisse der geförderten Projekte im Begleitausschuss/Nennungen der Koordinator/innen (N = 83, Mehrfachnennungen)	123
Abbildung 54:	Beteiligte Partner bei der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne (N = 90, Mehrfachnennungen)	125
Abbildung 55:	Integration der Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (N = 63, Mehrfachnennungen)	127
Abbildung 56:	Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch die Koordinator/innen (N=90, Mehrfachnennungen)	129
Abbildung 57:	Gremien, mit denen die Begleitausschussvorsitzenden auf lokaler Ebene kooperieren (N = 90, Mehrfachnennungen)	130
Abbildung 58:	Kooperationsformen der Begleitausschüsse mit Mobilien Interventionsteams (N = 40, Mehrfachnennungen)	130
Abbildung 59:	Gremien, mit denen die Koordinator/innen auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen)	131
Abbildung 60:	Gremien, mit denen Projekte auf lokaler Ebene kooperieren (N = 103, Mehrfachnennungen)	132
Abbildung 61:	Strukturvariablen im Überblick	133
Abbildung 62:	Lokale parlamentarische Repräsentanz rechtsextremer Parteien und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90; 1 = sehr gut; 5 = sehr schlecht)	135

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Alle Programmschwerpunkte der LAP (N=234)	139
Tabelle 2:	Wichtigster Programmschwerpunkt (N=90)	139
Tabelle 3:	Mittlerziele für alle Programmschwerpunkte (N=859)	139
Tabelle 4:	Mittlerziel für den wichtigsten Programmschwerpunkt (N=260)	140
Tabelle 5:	Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen (N=90)	140
Tabelle 6:	Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen ohne LAPs mit externer Koordinierungsstelle (N=36)	140
Tabelle 7:	Verteilung der freien Träger, bei denen die externe Koordinierungsstelle angesiedelt ist (N=54)	141
Tabelle 8:	Mittelwert der prozentualen Verteilung der Arbeitszeit der Koordinator/innen (N=90)	141
Tabelle 9:	Von den Koordinator/innen als ausreichend bewertetes Arbeitszeitvolumen (N=90)	141
Tabelle 10:	Aufgaben für die von den Koordinatoren ein größeres Arbeitszeitvolumen benötigt wird (N=63, Mehrfachnennungen möglich)	142
Tabelle 11:	Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber dem Ämternetzwerk (N=90)	142
Tabelle 12:	Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber dem Begleitausschuss (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	143
Tabelle 13:	Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber den Projekten (N= 90, Mehrfachnennungen möglich)	143
Tabelle 14:	Form des Ämternetzwerkes (N=90)	144
Tabelle 15:	Im Ämternetzwerk vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	144
Tabelle 16:	Anteil der Amtsleitungen, die am Ämternetzwerk teilnehmen (N=90, Mehrfachnennungen möglich))	144
Tabelle 17:	Beitrag des Ämternetzwerkes für die Umsetzung des LAP (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	145
Tabelle 18:	In den Begleitausschüssen vertretene Organisationen – ohne Ämter (N=90; Mehrfachnennungen möglich)	146
Tabelle 19:	In den Begleitausschüssen vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	147
Tabelle 20:	Die ranghöchsten Vertreter/innen aus der Verwaltung, die im Begleitausschuss vertreten sind (N=90)	147
Tabelle 21:	Die ranghöchsten Vertreter/innen aus der Politik, die im Begleitausschuss vertreten (N=90)	147
Tabelle 22:	Institutionelle Anbindung der der/s Begleitausschuss-Vorsitzenden (N=90)	148
Tabelle 23:	Zeitaufwand der/s Begleitausschuss-Vorsitzenden für die Begleitausschusstätigkeit (N=90)	148
Tabelle 24:	In den Begleitausschüssen vertretene Netzwerke (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	148
Tabelle 25:	Bedarf nach weiteren Akteuren im Begleitausschuss (N=90)	148
Tabelle 26:	Akteure, die im Begleitausschuss nicht vertreten sind, es aber sein sollten (N=44)	149
Tabelle 27:	Prozentueller Anteil des Arbeitsvolumens für spezifische Tätigkeitsfelder am Gesamtarbeitsvolumen (N=90)	149
Tabelle 28:	Aufgabenbereiche für die der Begleitausschuss mehr Zeit bzw. Ressourcen benötigt (N=35, Mehrfachnennungen möglich)	150

Tabelle 29:	Anregung weiterer themenspezifischer Aktivitäten durch den Begleitausschuss (N=90)	150
Tabelle 30:	Durch den Begleitausschuss angeregte Aktivitäten (N=64)	150
Tabelle 31:	Art der Projektakquise des Begleitausschusses (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	151
Tabelle 32:	Beteiligung weiterer Akteure außer dem Begleitausschuss bei der Auswahl der Projekte (N=90)	151
Tabelle 33:	LAPs bei welchen im Förderjahr 2010 neue Projekte von bisher noch nicht geförderten Trägern hinzugekommen sind (N=90)	151
Tabelle 34:	Anzahl der LAP, in denen Träger oder potentielle Teilnehmer des Lokalen Aktionsplans, aufgrund des Antragsverfahrens von einer Beteiligung Abstand genommen haben (N=90)	151
Tabelle 35:	Art der Träger oder potentiellen Teilnehmer des Lokalen Aktionsplans, die aufgrund des Antragsverfahrens von einer Beteiligung Abstand genommen haben (N=45)	152
Tabelle 36:	Träger der Projekte	152
Tabelle 37:	Hauptamtliche LAP und fremdfinanzierte Mitarbeiter/innen der Projekte (N=158)	152
Tabelle 38:	Die Anzahl der Ehrenamtlichen, die in Projekten beschäftigt sind (N=158)	153
Tabelle 39:	Zuordnung der Projekte zu Förderschwerpunkten des LAP (N=158)	153
Tabelle 40:	Zielsetzung der Projekte (N=158)	153
Tabelle 41:	Übereinstimmung des Projektziels mit dem LAP-Zielen (N=158)	153
Tabelle 42:	Hauptprojekttypen (N=158)	154
Tabelle 43:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Demokratie- und Toleranzerziehung“ (N=59)	155
Tabelle 44:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung“ (N=28)	155
Tabelle 45:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft“ (N=22)	156
Tabelle 46:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Soziale Integration“ (N=20)	156
Tabelle 47:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Kulturelle und geschichtliche Identität“ (N=17)	157
Tabelle 48:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Mensch“ (N=8)	157
Tabelle 49:	Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Interreligiöses Lernen“ (N=4)	157
Tabelle 50:	Zahl der Teilnehmer/innen, die von den Projekten als Zielgröße genannt wird (N=158)	158
Tabelle 51:	Aktionsgebiete, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N=158)	158
Tabelle 52:	Primäre Zielgruppe, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N=158)	158
Tabelle 53:	Weitere Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N=158, Mehrfachnennungen möglich)	159
Tabelle 54:	Alter der Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N=158)	159
Tabelle 55:	Auswertungsverfahren der Evaluationsergebnisse der geförderten Projekte im Begleitausschuss; Nennungen der Koordinator/innen (N=83, Mehrfachnennungen möglich)	159
Tabelle 56:	Stellenwert die Coachingangebote des Programms für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans; Nennung der Koordinator/innen (N=90)	160

Tabelle 57:	Stellenwert die Coachingangebote des Programms für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans; Nennung der Begleitausschuss Vorsitzenden (N=90)	160
Tabelle 58:	Bereiche, in denen die Arbeit der Koordinator/innen durch den LAP Coach unterstützt wurde (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	160
Tabelle 59:	Bereiche, in denen die Arbeit des Begleitausschusses durch den LAP-Cocher unterstützt wurde (N=83, Mehrfachnennungen möglich)	160
Tabelle 60:	Beteiligte Partner bei der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	161
Tabelle 61:	Weiterentwicklung der Problemanalyse in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans; Angabe der/s Vorsitzenden des Begleitausschusses (N=90)	162
Tabelle 62:	Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion der am Begleitausschuss beteiligten Akteure in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans; Angabe der/s Vorsitzenden des Begleitausschusses (N=90)	162
Tabelle 63:	Anzahl der nach Angaben der Koordinatoren im Jahr 2010 fortgesetzten Projekte (N=90)	162
Tabelle 64:	Finanzierung der im Jahr 2010 fortgeführten Projekte (N=90)	162
Tabelle 65:	Integration der Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (N=63, Mehrfachnennungen möglich)	163
Tabelle 66:	Bekanntheitsgrad des Lokalen Aktionsplans in der Öffentlichkeit (N=90)	163
Tabelle 67:	Aufgeschlossenheit der lokalen Medien für den Lokalen Aktionsplan (N=90)	163
Tabelle 68:	Tenor der Berichterstattung der Medien über den Lokalen Aktionsplan oder die Einzelprojekte (N=90)	163
Tabelle 69:	Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch die Koordinator/innen (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	164
Tabelle 70:	Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch Einzelprojekte (N=155, Mehrfachnennungen möglich)	164
Tabelle 71:	Gremien, mit denen die Begleitausschussvorsitzenden auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	165
Tabelle 72:	Kooperationsformen der Begleitausschüsse mit Mobilien Interventionsteams (N=40, Mehrfachnennungen möglich)	165
Tabelle 73:	Gremien, mit denen die Koordinator/innen auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen möglich)	165
Tabelle 74:	Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem Ämternetzwerk (N=90)	166
Tabelle 75:	Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem Begleitausschuss (N=90)	166
Tabelle 76:	Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit den Projekten (N=90)	166
Tabelle 77:	Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem federführenden Amt (N=90)	166
Tabelle 78:	Kooperation der Projekte mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe (N=158)	166
Tabelle 79:	Art der Einrichtungen der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe, mit denen die Projekte kooperieren (N=96, Mehrfachnennungen möglich)	167
Tabelle 80:	Kooperation der Projekte mit anderen kommunalen Einrichtungen (N=158)	167
Tabelle 81:	Art der kommunalen Einrichtungen, mit denen die Projekte kooperieren (N=104, Mehrfachnennungen möglich)	167

Tabelle 82:	Gremien mit denen Projekte auf lokaler Ebene kooperieren (N=103, Mehrfachnennungen möglich)	168
Tabelle 83:	Bewertung der Zielerreichung in einzelnen Handlungsdimensionen (Zusammengeführte Angaben der Koordinierungsstellen (N=90) und der Begleitausschüsse (N=90), Mittelwert der Bewertung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)	168
Tabelle 84:	Stellenwert der LAP-Strategie für Projekte und Zielerreichung (Mittelwert Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)	168
Tabelle 85:	Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion und Zielerreichung (Mittelwerte Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)	169
Tabelle 86:	Bewertung der Kooperation mit dem Ämternetzwerk und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=89)	169
Tabelle 87:	Stellwert des Coaching und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung, Angaben der Koordinierungsstellen: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)	169
Tabelle 88:	Durch Coaching unterstützte Arbeitsbereiche (Angaben der Begleitausschüsse bzw. der Koordinierungsstellen, N=90, Mehrfachnennungen möglich)	170
Tabelle 89:	Zielerreichung und Kooperation mit Beratungsteams (Mittelwerte der Zielerreichung, Angaben der Begleitausschüsse (N=90) und Koordinierungsstellen (N=90): 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht,)	170
Tabelle 90:	Formen der Zusammenarbeit des Begleitausschusses mit Mobilien Beratungsteams (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=Siehe zweite Spalte)	170
Tabelle 91:	Kooperation mit anderen LAP und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)	170
Tabelle 92:	Projektkooperation mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“ und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)	171
Tabelle 93:	Projektkooperation und Zielerreichung: Aufschlüsselung nach Typ des Projektpartners (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=Siehe zweite Spalte)	171
Tabelle 94:	Begleitung des Aktionsplans durch gesonderte Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstelle: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)	171
Tabelle 95:	Öffentliche Bekanntheit des LAP und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstelle: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)	171
Tabelle 96:	Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)	171
Tabelle 97:	Hauptprojektziele und generelle Zielerreichung der Projekte (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)	172

Tabelle 98:	Zufriedenheit mit jeweils genutzten Dienstleistungen der Regiestelle (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstellen: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)	172
Tabelle 99:	Wesentliche Verbesserung der Zielerreichung durch ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit gewidmetes Projekt (Angaben der Koordinierungsstelle, N=90)	172
Tabelle 100:	Erkenntnisse aus der Evaluation schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)	173
Tabelle 101:	Zentrale Hindernisse für Fortführung der integrierten Strategie (Ungestützte Antworten der Koordinierungsstellen in% der LAP, N=90, Mehrfachnennungen möglich)	173
Tabelle 102:	Bereits erfolgte Einleitung konkreter Schritte zur Fortführung der integrierten lokalen Strategie im Anschluss an die Programmförderung (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)	173
Tabelle 103:	Schriftliche Sicherung von Erkenntnissen aus Projekten (Angaben der Projekte, N=158)	173
Tabelle 104:	Fortführung von Projekten nach 2009 (Angabe der Projekte, N=158)	173
Tabelle 105:	Ausreichende Zurkenntnisnahme der LAP-Ergebnisse durch kommunale Entscheidungsgremien (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)	174
Tabelle 106:	Positive Auswirkung des Aktionsplans auf die Bereitschaft von Bürger/innen zu Engagement und Beteiligung (Angabe der Koordinierungsstellen, N=90)	174
Tabelle 107:	Integration von Erkenntnissen und Ergebnissen der LAP in kommunale Entwicklungskonzepte (Angabe der Koordinierungsstellen, N=90)	174
Tabelle 108:	Kommunale Entwicklungskonzepte, in die LAP-Ergebnisse integriert werden (Angaben der Koordinierungsstellen aus LAP, deren Ergebnisse in kommunale Entwicklungskonzepte integriert wurden, N=63, Mehrfachnennungen möglich)	174
Tabelle 109:	Anregung von weiteren themenspezifischen Aktivitäten jenseits der LAP-geförderten Projekte (Angaben der Begleitausschüsse in %, N=90)	175
Tabelle 110:	Art der jenseits des LAP angeregten Aktivitäten (Angaben von Begleitausschüssen, die weitere Aktivitäten angeregt haben, N=64, Mehrfachnennungen möglich)	175
Tabelle 111:	Einschätzung der Aufgeschlossenheit lokaler Medien für den Aktionsplan und dessen Inhalte (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)	175
Tabelle 112:	Bewertung des Tenors der medialen Berichterstattung über den LAP (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)	176
Tabelle 113:	Berichterstattungsintensität zu „VIELFALT TUT GUT“ im Zeitverlauf 2008-2009 (Häufigkeit der Berichterstattung, Pressedokumentation des Programms)	176
Tabelle 114:	Vielfaltlabel oder LAP-Erwähnung auf Web-Seiten der öffentlichen Träger (Stadt, Kreis etc.) (N=90)	176
Tabelle 115:	Informationen zu Lokalen Aktionsplänen /„VIELFALT TUT GUT“ auf Homepages der öffentlichen Hand (N=63, Mehrfachnennungen möglich)	177
Tabelle 116:	Inhalte von LAP-bezogenen Homepages außerhalb öffentlicher Trägerschaft (N=77, Mehrfachnennungen möglich)	177

1 Kurzzusammenfassung

Im Mittelpunkt des vorliegenden Berichts der wissenschaftlichen Begleitung steht die Identifikation von Faktoren, die sowohl für die Zielerreichung als auch für die Entwicklungsprozesse der Lokalen Aktionspläne relevant sind, wie auch die Benennung von Indikatoren für nachhaltige Entwicklungen vor Ort.

Bezogen auf den Stand und die Entwicklung der Lokalen Aktionspläne lässt sich eine ausgeprägte Stabilität der Arbeitsstrukturen feststellen, die sich z.B. in einer hohen personellen Kontinuität bei den Koordinierungsstellen und den Begleitausschüssen zeigt. Auch die inhaltliche Arbeit der Projekte weist eine hohe Kontinuität auf. Demokratie- und Toleranzerziehung bleiben deren zentraler Programmschwerpunkt; Kreativprojekte, Begegnungsprojekte und appellative Einzelsprachen die verbreitetsten Formate. Hauptzielgruppen sind weiterhin junge Menschen in strukturschwachen Regionen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren; sekundäre Zielgruppen sind insbesondere Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen und Pädagog/innen.

Für eine gute Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne sind strukturelle Ausgangsbedingungen ihrer Standorte solange nicht ausschlaggebend, wie spezifische „Gelingensfaktoren“ und Kriterien guter Praxis berücksichtigt werden. Dazu gehört die kontinuierliche Entwicklung der Handlungsstrategie und deren kontrollierte Umsetzung – bspw. durch die passgenaue Auswahl von Einzelprojekten. Auch der Grad der Anbindung an lokale Akteurskonstellationen (Ämter und Verwaltung, themenspezifische Netzwerke) sowie eine intensive Koordination der Akteure innerhalb der Aktionspläne erweisen sich als relevant. Die Wahrnehmung bereitgestellter Unterstützungsangebote (Coaching) sowie die Verzahnung mit anderen Programmen unterstützen die Zielerreichung maßgeblich. Auch die Orientierung auf Außenwirkung und die lokale Öffentlichkeit ist als integraler Bestandteil einer gelungenen Handlungsstrategie zu verstehen.

Bezogen auf die Faktoren, die sich als förderlich für eine Entwicklung der Lokalen Aktionspläne im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie erwiesen haben, lässt sich die partizipative Erstellung und Entwicklung unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren nennen. Weitere Einflussfaktoren sind eine über die Integration in den Begleitausschuss hinausgehende Vernetzung von Ämtern sowie bei Lokalen Aktionsplänen, die sich (noch) auf einem niedrigen Entwicklungsniveau befinden, die Ansiedlung der Koordinierungsstelle bei einem freien Träger.

Das Instrument des Lokalen Aktionsplans erweist sich insgesamt als für einen flexiblen Einsatz in unterschiedlichen Förderregionen geeignet, solange einschlägige Handlungsregeln und Qualitätskriterien berücksichtigt werden. Für den Erfolg eines Lokalen Aktionsplans sind damit sowohl institutionelle und organisatorische Faktoren als auch praxisbezogene Faktoren relevant.

Lokale Aktionspläne bieten bereits in ihrer Anlage eine gute Basis für nachhaltige Entwicklungen. Diese zeigt sich strukturell z.B., wenn konkrete Projekte fortgeführt werden können bzw. die Inhalte in andere Arbeitsstrukturen übernommen werden und für den Erhalt der Begleitausschüsse gezielte Planungen vorliegen. Lokale Aktionspläne haben aber auch Lernprozesse angeregt, die das Handeln der Akteure beeinflussen (können). Nachhaltige Entwicklungen im Sinne eines Relevanzerhalts bestehen, wenn Themen des Lokalen Aktionsplans von bestehenden Strukturen einer Region weiter bearbeitet werden, auch ohne dass die Strukturen des Aktionsplans selbst erhalten bleiben, oder wenn Multiplikator/innen ihr erworbenes Wissen weitervermitteln.

Insgesamt betrachtet kann konstatiert werden, dass sich Lokale Aktionspläne durch die Umsetzung zielgruppenorientierter Projekte, den Aufbau und die Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und eine Beförderung der Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als zielführend und tragfähig erwiesen haben und in hohem Maß Ansatzpunkte für nachhaltige Entwicklungen eröffnen.

2 Einführung

2.1 Zweck der Evaluation

Zweck der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung (WB) ist die umfassende systematische Dokumentation der Lokalen Aktionspläne, die im Rahmen der Säule 1 „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gefördert werden, und somit die Ermöglichung einer grundlegenden Identifikation und Analyse lokaler Handlungsstrategien. Es werden Daten für die Programmverantwortlichen bereitgestellt, die die Überprüfung der Implementierung der Programmziele durch die Lokalen Aktionspläne zulassen, eine Beurteilung der Zielerreichung vor Ort ermöglichen und für die Zielerreichung förderliche und hinderliche Faktoren abbilden.

Weitere Zielsetzungen sind die Analyse des Zuwachses an Wert und Nutzen, der durch die lokalen Strategien erreicht wurde, und ihrer ursächlichen Wirkungszusammenhänge sowie die Abschätzung der Nachhaltigkeit der implementierten Handlungsebenen. Infolgedessen ist die Evaluation im Rahmen der WB sowohl programmziel- als auch entscheidungsgesteuert.¹ Als programmzielgesteuerte Evaluation prüft sie, in welchem Maß das Programm seine expliziten Ziele erreicht. Als entscheidungsgesteuerte Evaluation wird sie so zugeschnitten, dass sie für Entscheidungssituationen während oder nach der Programmdurchführung erforderliche Informationen bereitstellt (siehe ausführlich Kapitel 4.1). Aufgabe der WB ist es dabei zum einen, auf der Basis quantitativer Abfragen Daten bei allen Lokalen Aktionsplänen zu erheben und dabei aufeinander abgestimmte, hinreichend vergleichbare Daten zu ermitteln und auszuwerten, zum anderen, qualitative Analysen zu einer ausgewählten Teilmenge von 20 Lokalen Aktionsplänen zu erstellen. Ein Handlungsstrang der WB bezieht sich folglich auf die quantitative Erhebung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisebene der Programmsäule 1. Der zweite Handlungsstrang bezieht sich auf die qualitative Erhebung von exemplarischen Lokalen Aktionsplänen und umfasst ebenfalls diese drei Ebenen.

Die über mehrere Erhebungswellen laufende quantitative Begleitung stellt beginnend mit der Strukturbefragung 2008 zum einen ein fortlaufend begleitendes Monitoring zur Verfügung, das Informationen zur Implementation der Lokalen Aktionspläne, deren Strukturen sowie Veränderungen im Zeitverlauf umfasst. Damit werden – zum Teil auch durch Zusammenführung mit Daten der Regiestelle – elementare steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zum anderen werden – zum Teil abgeleitet aus der generellen Systematik wirkungsorientierter Evaluationen, zum Teil in Hinblick auf spezifisch aktionsplanbezogene Aspekte – auch weitergehende Fragestellungen verfolgt, die zur umfassenden Bewertung, Nachsteuerung und Weiterentwicklung des Instruments „Lokaler Aktionsplan“ relevant sind. Für den aktuellen Bericht ist hier insbesondere die Bestimmung zentraler „Gelingensfaktoren“ zu nennen.

Im Rahmen des qualitativen Teils der WB werden die Erhebungen mit unterstützenden Angeboten gekoppelt. Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen somit in die Lokalen Aktionspläne zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteuren überprüft. Durch die Rückspiegelung der Ergebnisse im Sinne einer formativen Evaluation kann auch gestaltender Einfluss auf die weitere Ausrichtung und Umsetzung der Lokalen Aktionspläne genommen werden. Ziel der WB ist also auch, den Akteuren der Lokalen Aktionspläne Kenntnisse zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, „informierte Entscheidungen“ für die weitere Programmplanung und Umsetzung zu treffen.

1 Vgl. Beywl 2006.

Die Überprüfung der Zielerreichung sowie der Effekte und der Wirkzusammenhänge der Maßnahmen liefern weiterhin maßgebliche Grundlagen zur Beurteilung der Lokalen Aktionspläne und des Gesamtprogramms. Dies entspricht einer summativen Evaluation, die zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert ist.²

Der Auftrag des ISS e.V. und von Camino gGmbH zur WB konkretisiert sich in diesem Kontext als anwendungsorientierte Forschung.³

2.2 Adressatinnen/Adressaten der Evaluation

Adressat/innen des Berichts sind zum einen das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) als Regiestelle des Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und somit Auftraggeber sowie das Deutsche Jugendinstitut als Verantwortlicher für die Programmevaluation, zum anderen weitere Programmteilnehmer, wie in erster Linie die Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne. Darüber hinaus richtet sich die Evaluation an die interessierte Fachöffentlichkeit.

2.3 Reichweite der Evaluation

Da die Laufzeit der geförderten Lokalen Aktionspläne noch nicht abgeschlossen ist und von daher bestimmte methodische Schritte noch nicht ausgeführt werden konnten, können manche Fragen noch nicht abschließend beantwortet werden, so z.B. die Frage nach der Nachhaltigkeit oder nach der Einbindung in kommunale Entwicklungskonzepte.

In Hinblick auf die Reichweite der Evaluation ist anzumerken, dass die Daten, die der Bestimmung der Zielerreichung und der Analyse von Einflussfaktoren zugrundeliegen, auf Einschätzungen der Beteiligten zurückgehen. Die quantitativen Daten zu den Koordinierungsstellen und den Begleitausschüssen basieren auf einer Vollerhebung und sind damit repräsentativ. Für die Projekte wurde auf der Basis von Strukturmerkmalen der Lokalen Aktionspläne eine Stichprobe ohne repräsentativen Anspruch gezogen.⁴ Um die Validität der getroffenen Aussagen zu sichern, sind sowohl verschiedene Bewertungsmaße verglichen wie auch statistische Verfahren verwendet worden, um mögliche Verzerrungen der Angaben der Befragten auszugleichen.

2.4 Kurze Beschreibung der Inhalte und des Aufbaus der Studie

Der vorliegende Bericht konzentriert sich darauf, relevante Faktoren sowohl für die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne als auch für deren Entwicklungsprozesse herauszuarbeiten sowie Indikatoren zu benennen, die erste Aussagen in Bezug auf die – abzusehende bzw. geplante – Nachhaltigkeit ermöglichen.

Zunächst werden Informationen zur Beschreibung des Stands und der Entwicklung der Lokalen Aktionspläne dargestellt. Daran anschließend werden zunächst auf der Grundlage statistischer Analysen für die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne förderliche Faktoren, sog. „Gelingensfaktoren“, vorgestellt. Weitergehend werden primär qualitativ rekonstruierte Entwicklungsprozesse dargestellt, die Lokale Aktionspläne in Richtung einer integrierten Handlungsstrategie vollziehen und hierfür relevante Faktoren benannt. Das folgende Kapitel definiert Nachhaltigkeit als zeitlich stabile Wirkung in Bezug auf Strukturen und Inhalte und macht Aussagen darüber, auf welchen Ebenen die Lokalen Aktionspläne Nachhaltigkeit erreichen können und welche Bereiche besonders bedeutsam sind.

2 Vgl. Stockmann 2006, S. 69 ff.

3 Vgl. zum Verhältnis von Evaluation und Begleitforschung Kromrey 2007, S. 114 ff.

4 Vgl. hierzu ISS/Camino 2008b, S.3 ff.

In gesonderten Kapiteln werden Fragen von besonderer Bedeutung untersucht: die Außenwirkung der Lokalen Aktionspläne in den jeweiligen Regionen, die Umsetzung von Gender Mainstreaming sowie die Erfahrungen mit den Antrags- und Abrechnungsverfahren.

Für die quantitativen Erhebungen ist das ISS-Frankfurt a.M. zuständig. Das Projektteam besteht aus Irina Bohn (Projektleiterin), Dr. Albrecht Lüter (wissenschaftlicher Mitarbeiter) und Alexander Wagner (wissenschaftliche Hilfskraft).

Für die qualitativen Erhebungen ist Camino gGmbH Berlin verantwortlich. Das Projektteam besteht aus Sabine Behn (Geschäftsführung/Projektleitung), Dr. Kari-Maria Karliczek (wissenschaftliche Mitarbeiterin) und Till Sträter (wissenschaftlicher Mitarbeiter).

3 Evaluationsgegenstand und -fragestellung

3.1 Evaluationsgegenstand beschreiben

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in Deutschland nach wie vor gesellschaftlich relevante Probleme. Auch wenn mittlerweile Konsens darüber besteht, dass rechtsextrêmes und ausländerfeindliches Gedankengut in Bevölkerungsteilen in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, so besteht dennoch eine besondere Verantwortung für Jugendliche, die möglichst frühzeitig demokratische und integrative Lernerfahrungen und Beteiligungsräume benötigen, um Lockangeboten von rechtsextremen Akteuren zu widerstehen.⁵

Mit dem Ziel, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und die kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern, jede Form von Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, zu bekämpfen und das zivile Engagement zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum 1. Januar 2007 das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Das Programm ist im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Ein zentraler Handlungsstrang ist hierbei die Entwicklung „integrierter lokaler Strategien“. Unter der Dachstrategie der Entwicklung von Lokalen Aktionsplänen sollen Entwicklungsprozesse zur Demokratieentwicklung und für die nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesteuert werden. So wurde durch die Vorgabe, Begleitausschüsse zu etablieren, dafür Sorge getragen, dass stabile lokale Netzwerke zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren entstehen. Ihre Aufgabe ist es, auf der Basis von Analysen lokaler Problemlagen integrierte lokale Handlungsstrategien zu erarbeiten, die einerseits zur Stärkung von demokratischer Kultur im Gemeinwesen und andererseits über eine gezielte Förderung und Begleitung von Projekten zu aufeinander abgestimmten Handlungsstrategien beitragen.⁶ Durch die Verankerung der Verantwortung für die Lokalen Aktionspläne bei den Kommunen und Landkreisen sowie die Einrichtung von lokalen Koordinierungsstellen soll ferner sichergestellt werden, dass unterstützende personelle, technische und strukturelle Ressourcen bereitstehen und die Zielsetzung eines förderlichen Zusammenwirkens zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure befördert werden kann.⁷

3.1.1 Konkretisierung des Evaluationsgegenstands

Im Mittelpunkt dieses Berichtes stehen die relevanten Faktoren für die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne und für deren Entwicklungsprozesse sowie Aussagen zur Identifikation von Strategien zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Lokalen Aktionspläne.

3.1.2 Klärung der Ziele des Programms

Lokale Aktionspläne zielen darauf ab, in einem lokalen vernetzten Zusammenhang Konzepte und Strategien vor Ort, die auf eine gemeinwesenorientierte, nachhaltige Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus abzielen, umzusetzen. Dies soll unter Einbindung unterschiedlicher Akteure, insbesondere von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommune, erfolgen.

3.1.3 Beschreibung der Programmaktivitäten

Die Erstellung, Begleitung der Umsetzung und Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne ist eingebettet in einen organisatorischen Zusammenhang, der unterschiedliche Handlungsebenen und

5 Vgl. hierzu Decker u.a. 2008.

6 Klingelhöfer u.a. 2007, S. 63 ff.

7 Vgl. hierzu Klein 2007, S. 41.

Akteure umfasst. Verantwortlich vor Ort für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne sind die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften,⁸ die ein *Ämternetzwerk* bilden und eine lokale *Koordinierungsstelle* bestimmen. Ein weiteres zentrales Gremium der Lokalen Aktionspläne ist der Begleitausschuss, dem zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure angehören. Eine Vielzahl von *Projekten* und Einzelmaßnahmen, die durch den Begleitausschuss ausgewählt werden, setzt schließlich die durch den Lokalen Aktionsplan definierten Ziele um.

Die ersten 24 Lokalen Aktionspläne starteten bereits zum 1. Januar 2007, 66 weitere haben spätestens zum 1. Oktober 2007 ihre Arbeit aufgenommen.

3.1.4 Kontext

Beteiligt sind bei der Programmumsetzung insgesamt 90 Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften, die die Gestaltung und Umsetzung der Lokalen Aktionspläne vor Ort verantworten. 60 Lokale Aktionspläne sind in den neuen Bundesländern und 30 in den alten Bundesländern angesiedelt. Die Auswahl der Kommunen wurde mit den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden der Länder abgestimmt.

3.1.5 Zielgruppen des Programms

Die Zielgruppen des Programms sind nicht für alle Fördergebiete einheitlich vorgegeben, sondern sollen entsprechend der lokalen Erfordernisse bestimmt werden. Die Leitlinien zum Programm bestimmen nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern ebenfalls Erwachsene zu Zielgruppen.

Bei der Zielgruppe der Jugendlichen sollen ausdrücklich solche Jugendlichen in den Blick genommen werden, die aufgrund mangelhaft ausgeprägter Gelegenheitsstrukturen zur Integration und demokratischen Partizipation von rechtsextremen Angeboten in besonderem Maße angesprochen werden. Ferner sollen Jugendliche aus bildungsfernen Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit gezielter angesprochen und in präventive Angebote integriert werden. Des Weiteren finden Kinder und jüngere Jugendliche als Zielgruppen Erwähnung, da aus den Vorläuferprogrammen die Erkenntnis gewonnen wurde, dass Demokratisierungsprozesse in Alltagsinstitutionen einen wichtigen Beitrag zur Demokratie- und Toleranzerziehung leisten.

Erwachsene sind Zielgruppe, sofern sie mittelbar mit der Erziehung und Bildung von Kindern befasst sind, also Eltern, Lehrer/innen und Erzieher/innen. Multiplikatoren sind als Partner bei der Erreichung und u.U. Qualifizierung und Sensibilisierung der o.g. Zielgruppen ebenso als eigene Zielgruppe vorgesehen wie lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteure, die als lokale „Meinungsträger“ aus Kirchen, Vereinen, politischen Parteien, kulturellen Einrichtungen, Verwaltungen und lokalen Wirtschaftsunternehmen Einfluss auf die politische Kultur vor Ort nehmen können. Dieser Adressatenkreis wird durch Migrant/innen ergänzt.

Eine geschlechtsdifferenzierte Zielgruppenperspektive wird im Programm nicht über die Einnennung des Adressatenkreises vorgenommen. Stattdessen sind bei der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne die Kriterien des Gender Mainstreaming anzulegen und es ist eine geschlechtersensible Vorgehensweise zu etablieren.

Die vor Ort durch Maßnahmen angesprochenen Zielgruppen sind jedoch nicht Gegenstand der WB der Lokalen Aktionspläne. Vielmehr sind es die unterschiedlichen lokalen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die durch ihr Zusammenwirken zum Zustandekommen einer integrierten Strategie beitragen.

⁸ Aus sprachlichen Gründen wird im Folgenden von Kommunen und Landkreisen die Rede sein, Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften sind stets inkludiert.

3.1.6 Beschreibung der Programmstruktur bzw. durchführender Einheiten

Für das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden jährlich insgesamt 19 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt. Die 90 Lokalen Aktionspläne werden hierbei mit jeweils max. 100.000 Euro gefördert. Einzelprojekte freier Träger zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans können aus diesen Mitteln jeweils mit bis zu 20.000 Euro unterstützt werden. Im Kontext der lokalen Koordinierungsstellen stehen Personalressourcen für Koordinierung, Beratung und administrative sowie evaluative Arbeiten bereit. Die Einrichtung der lokalen Koordinierungsstelle wird im Rahmen des kommunalen Eigenanteils erbracht oder kann im Fall einer externen Vergabe im Rahmen eines Einzelprojekts mit bis zu 20.000 Euro unterstützt werden.

3.2 Evaluationsfragestellungen herleiten und begründen

Durch die Anbindung an die Kommunen und die konsequente Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure können (und sollen) Lokale Aktionspläne als integrierte Handlungsstrategien wirken. Dabei handelt es sich um ein abgestimmtes Vorgehen, das sich auf gemeinsam entwickelte Ziele bezieht und von allen relevanten Akteuren getragen wird. Strukturelle Integration (Vernetzung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure und Ressourcen vor Ort) und inhaltliche Integration (fachliche Auseinandersetzung und thematische Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen) greifen damit ineinander (siehe ausführlich Kapitel 5.3.3). Die Herausbildung und Weiterentwicklung einer integrierten Handlungsstrategie gelingt in den unterschiedlichen Aktionsplänen jedoch in unterschiedlichem Ausmaß und wird auch von spezifischen regionalen Problemlagen und (Ausgangs-)Bedingungen (Entwicklungsverfahren, Form des Ämternetzwerk und der Koordinierungsstelle) beeinflusst.

Die systematisch zentrale Fragestellung der Evaluation richtet sich insofern darauf, inwieweit, unter welchen Bedingungen und unter Einfluss welcher Faktoren das Modell der Kooperation zwischen Kommune und Zivilgesellschaft gelingt und wie die Handlungslogiken von kommunaler Verwaltung, kommunaler Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren produktiv zusammengeführt werden können.

Für Maßnahmen zur Eingrenzung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und ähnlicher Konfliktlagen im Bereich der Koproduktion sozialer Leistungen durch Staat (im föderalen System Bund, Länder, Kommunen), Wirtschaft und Zivilgesellschaft verdient die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für gesellschaftliche Integration sowie für den Aufbau lokaler Netzwerke besondere Beachtung. An die Zivilgesellschaft, die mit ihren Angeboten an Lernorten und handlungsorientierten Erfahrungskontexten für demokratische Werte, soziale Kompetenzen und Selbstwirksamkeit integraler Bestandteil vieler Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist werden angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen vielfältige Erwartungen gerichtet.⁹ Aber auch die Kommune nimmt in diesem Kontext eine bedeutsame Rolle ein – Erfahrungen zeigen, dass die gelungene Einbindung der Kommune sowie deren eindeutige Positionierung förderlich für die Ziele eines Lokalen Aktionsplans sind.¹⁰

Eine übergeordnete Fragestellung der wissenschaftlichen Begleitung bezieht sich in diesem Kontext zunächst auf die prozessbegleitende Dauerbeobachtung der Implementation der Lokalen Aktionspläne. In Form eines Monitoring wird deren struktureller Aufbau kontinuierlich beobachtet und auf Entwicklungen und Veränderungen hin untersucht.

Der systematischen Fragestellung nach dem Gelingen strukturell und inhaltlich integrierter Strategien wird im vorliegenden Bericht darüber hinaus durch die Bestimmung von Einflussfaktoren

9 Vgl. Klein 2001 und Klein 2007.

10 Vgl. Behn 2005, S. 87 ff.; Siebert 2008, S. 252.

für die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne nachgegangen. Durch die Frage nach „Gelingensfaktoren“ wird die Aufmerksamkeit auf Prinzipien guter Praxis und produktive Erfahrungen im Feld der Kooperation von Zivilgesellschaft und Kommune gerichtet, aber auch auf weitere Aspekte wie bspw. die Netzwerkbildung, die Wissensgenerierung oder die öffentliche Sichtbarkeit.

Um unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Förderregionen Rechnung zu tragen, werden weiterhin Prozessverläufe bei der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne untersucht, beispielsweise bezüglich des Zusammenspiels der zentralen Gremien der Lokalen Aktionspläne sowie der Herausbildung einer integrierten Handlungsstrategie. Auch hier gilt es, jene Faktoren herauszuarbeiten, die Einfluss auf die festgestellten Entwicklungsprozesse haben (können).

Da Lokale Aktionspläne auf nachhaltige Wirkungen zielen, wird in Vorbereitung repräsentativer Erhebungen zum Ende des Förderzeitraums auch in explorativer Form nach relevanten Aspekten nachhaltiger Wirkungen der Lokalen Aktionspläne im Sinne von struktureller Dauerhaftigkeit und/oder Lernprozessen gefragt. Dabei geht es unter anderem um erforderliche Voraussetzungen für Nachhaltigkeit und um die Bedeutung der Kommune, z.B. für die Übernahme von Projektansätzen in Regelfinanzierungen. Einige Querschnittsanalysen untersuchen schließlich Fragen nach der Außenwirkung der Lokalen Aktionspläne und der Umsetzung von Gender-Mainstreaming-Prinzipien, weil im bisherigen Evaluationsverlauf hier besondere Herausforderungen identifiziert werden konnten.

3.3 Klärung der zur Beantwortung der Fragen benötigten Informationen

Um die eben skizzierten Fragestellungen zu beantworten, ist ein multimethodisches Vorgehen notwendig. Quantitativ erhobene Daten ermöglichen Aussagen über die Gesamtheit aller Lokalen Aktionspläne und auf der Grundlage bivariater statistischer Analysen auch über Zusammenhänge zwischen verschiedenen Einflussfaktoren und der Zielerreichung. Sie werden durch qualitative Daten aus einer Stichprobe von zwanzig Aktionsplänen in Hinsicht auf Prozesse und Zusammenhänge vertieft und ergänzt. In Hinblick auf die Einschätzung der Nachhaltigkeit der Lokalen Aktionspläne fungieren die qualitativen Daten auch zur Exploration und Dimensionierung des Gegenstandsbereichs und damit zu Vorbereitung einer letzten quantitativen Erhebungswelle, die zum Ende der ursprünglich vorgesehenen Förderlaufzeit ebenfalls Fragen der Nachhaltigkeit untersucht.

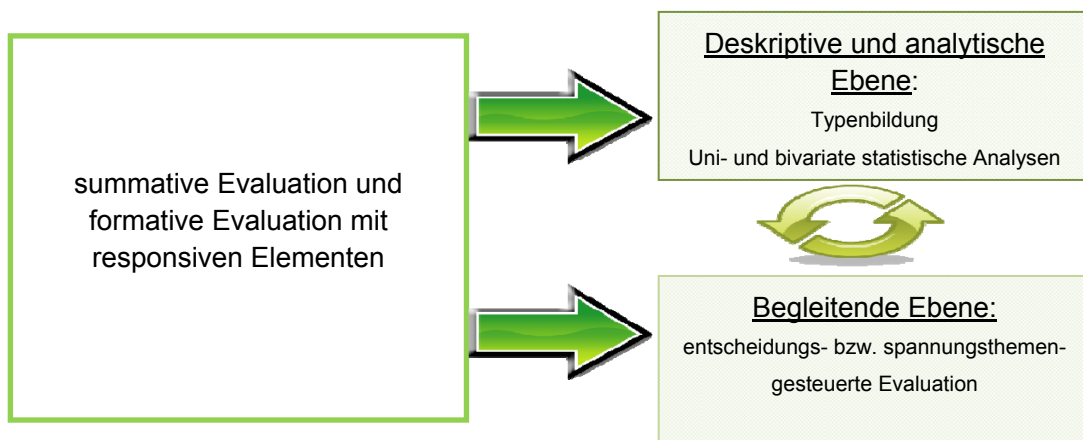
4 Kurze Darstellung des Evaluationsdesigns, der Erhebungs-, Auswertungs- und Bewertungsverfahren

4.1 Evaluationsdesign

Eine Evaluation in Form einer WB bedeutet immer zum einen, summativ Ergebnisse zur Verfügung zu stellen. Sie umfasst zum anderen aber immer auch formative bzw. prozessbegleitende Evaluationselemente.¹¹ Unsere Vorgehensweise beinhaltet darüber hinaus auch responsive Anteile.¹²

Auf der deskriptiven und analytischen Ebene werden anhand quantitativer Befragungen Daten bei allen 90 Lokalen Aktionsplänen erhoben und ausgewertet, während auf qualitativer Ebene 20 Lokale Aktionspläne untersucht werden. Bei der Analyse greift die WB auf die Idee der Typenbildung zurück.

Abbildung 1: Evaluationsdesign der WB



Wichtig ist in diesem Kontext das Zusammenspiel der quantitativen und der qualitativen WB: So können Befunde aus den quantitativen Befragungen mit Ergebnissen der qualitativen Interviews erklärt, ergänzt oder problematisiert werden. Bestimmte Fragestellungen, die sich aus der qualitativen WB ergeben, fließen in die Fragebogen ein, so dass sich allgemeinere Aussagen treffen lassen. Durch dieses prozesshafte Zusammenspiel von quantitativer und qualitativer WB gewinnen sowohl Fragestellungen als auch Ergebnisse laufend an Kontur.

Der Einsatz quantitativer Untersuchungsmethoden ergibt sich aus dem umfassenden Dokumentations- und Evaluationsauftrag und zielt darauf, zunächst quantifizierbare Sachverhalte standardisiert zu erheben und hiernach basierend auf statistisch fundierten Auswertungen valide Aussagen über kausale bzw. korrelative Beziehungen abzuleiten.¹³

Auf der begleitenden Ebene gilt, dass eine direkte Rückspiegelung von Ergebnissen den Akteuren ermöglichen soll, „informierte Entscheidungen“ für die weitere Programmplanung und Umsetzung zu treffen. Bereits während der Laufzeit des Programms sollen ihnen Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt werden, die ihnen eine bessere Strukturierung ihrer Arbeiten erlauben. Damit entspricht die Form der Evaluation sowohl der „entscheidungsgesteuerten“ als auch der „spannungsthemen-gesteuerten“ Evaluation.¹⁴

11 Vgl. Kardorff 2006, S. 71.

12 Kuckartz 2006, S. 270.

13 Vgl. hierzu: Atteslander 2000, S. 273 ff.

14 Beywl 2006, S. 103 f., S. 106 f. Beide Formen sind nicht trennscharf auseinanderzuhalten. Ein Unterschied ist z.B. in der Berücksichtigung der „Entscheidungsakteure“ zu erkennen. Während die erste Form entscheidungsmächtigen Akteuren

4.2 Methoden und Instrumente der Datenerhebung

4.2.1 Methodisches Vorgehen und Instrumente der quantitativen WB

Die quantitative Datenerhebung hat im Kontext der WB zwei zentrale Zielsetzungen:

- eine umfassende systematische Dokumentation der Lokalen Aktionspläne zu erstellen, um eine grundlegende Identifikation und Analyse von lokalen Handlungsmustern zu ermöglichen, sowie
- die Generierung und Auswertung von Daten, die eine Beurteilung der Zielerreichung vor Ort und der hierbei förderlichen sowie hinderlichen Faktoren abbilden.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben gliedert sich die quantitative WB in sich wiederholenden Struktur- sowie Prozessbefragungen. Der Einsatz quantitativer Untersuchungsmethoden ergibt sich aus dem umfassenden Dokumentations- und Evaluationsauftrag und zielt darauf, zunächst quantifizierbare Sachverhalte standardisiert zu erheben und hiernach basierend auf statistisch fundierten Auswertungen valide Aussagen über kausale bzw. korrelative Beziehungen abzuleiten.¹⁵ Die standardisierte Erhebungssituation sowie die Möglichkeit zur zeitnahen Erhebung und Auswertung von Daten erlauben eine umfassende Erfassung aller Lokalen Aktionspläne, hinsichtlich sowohl der ausführenden Ebenen (Koordinator/innen, Begleitausschüsse und Projekte) als auch der Gesamtheit der 90 Lokalen Aktionspläne. Damit eröffnet sich die Möglichkeit der Durchführung einer weitestgehend repräsentativen Untersuchung und der intersubjektiv nachvollziehbaren Darstellung komplexer Strukturen.¹⁶ Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden nach und nach mit den Ergebnissen der qualitativen Daten gekoppelt, die genauere Aufschlüsse über Prozesse und Zusammenhänge geben.

Das Gesamtkonzept der Struktur- und Prozessbefragung lässt sich in der Logik des Programmbaums¹⁷ abbilden.¹⁸

Methoden/Instrumente der Datenerhebung: Die Arbeitsschritte der quantitativen WB bestehen aus:

1. der konzeptionellen und methodischen Vorbereitung der Fragebogenbefragungen,
2. der Sampleauswahl,
3. der Durchführung der Fragebogenbefragung inkl. eines Rücklaufmanagements sowie
4. der SPSS-basierten Auswertung der Rückläufe der Koordinator/innen-, der Begleitausschuss- und der Projekt-Befragung.

Konzeptionelle und methodische Vorbereitung der Befragungen: Zur Vorbereitung der Strukturbefragungen und Prozessbefragungen der quantitativen WB wurden in einem ersten Arbeitsschritt alle Anträge gesichtet, um einen Überblick über den organisatorischen Aufbau und die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Lokalen Aktionspläne zu gewinnen. Relevante Fachliteratur und Evaluationsberichte zu den Vorläuferprogrammen wurden gesichtet und der aktuelle Forschungsstand rezipiert. Hiernach wurden für alle Befragungsebenen zu berücksichtigende Kern-datenbereiche definiert und in Expertendiskussionen ergänzt und präzisiert. Diese Kerndatenbereiche bestanden aus Angaben:

- | | |
|---|---------------------------------|
| ▪ zur Funktionalität der und Zufriedenheit mit den Lokalen Aktionsplänen, | ▪ zur Kooperation mit der gsub, |
| ▪ zu den Kontakt- und Trägerdaten, | ▪ zur Ausgangslage vor Ort, |
| | ▪ zu Zielen und Zielgruppen, |

Informationen zur Verfügung stellen will, will die zweite allen Programmbeteiligten Kenntnisse für die weitere Programmplanung und Umsetzung vermitteln.

15 Vgl. hierzu Atteslander 2000, S. 273 ff.

16 Vgl. hierzu Raithel 2008, S. 8.

17 Vgl. hierzu Beywl 2006a, S. 36-37.

18 Vgl. dazu die Darstellung in ISS/Camino 2009, S.105.

- zu den verantwortlichen Personen,
 - zu Ressourcen: Stellen- und Zeitvolumen,
 - zum Fördergebiet,
 - zu institutionalisierten Kooperationsbeziehungen,
 - zu Programmkenntnissen,
- zu Arbeitsformen,
 - zum Controlling,
 - zu Gender Mainstreaming,
 - zum Implementierungsgrad sowie
 - zu Faktoren der Zielerreichung.

Mit der Definition der Kerndatenbereiche und der Festlegung der Stichprobe wird sichergestellt, dass die strukturelle Umsetzung der Lokalen Aktionspläne vor Ort umfassend und zueinander vergleichbar dokumentiert werden kann.

Unter Einbeziehung eines Expertenteams erfolgten die Operationalisierung der Fragestellungen und die Erarbeitung der standardisierten Fragebogen. Die hierfür entwickelten Items wurden mit den in den Anträgen und in dem Stammdatenblattsystem erhobenen Daten abgeglichen, um eine Verzahnung der Instrumente grundsätzlich zu ermöglichen. Zur Erhebung zentraler Fragestellungen, die in den Projektanträgen qualitativ erhoben wurden, wie die inhaltliche und zielgruppenorientierte Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne, die eingesetzten Controllingverfahren oder die geplante Einbettung der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte, wurden die Variablen empirisch aus der Gesamtauswertung der in den Anträgen gemachten Angaben generiert, d.h. in einem mehrstufigen Abstraktionsverfahren gewonnen.

Schon nach Abschluss der Strukturbefragung 2008, die sich primär auf eine Strukturbeschreibung der Lokalen Aktionspläne und die Überprüfung der Programmimplementation konzentrierte, sind im Zuge der Prozessbefragung 2009 Fragen der Zielerreichung und der dafür relevanten Einflussfaktoren verstärkt in den Fokus der quantitativen WB gerückt. Dabei stand zunächst eine Darstellung der Zielerreichung entlang von acht aus den Programmdokumenten abgeleiteten Zieldimensionen im Vordergrund, während die für die Zielerreichung förderlichen und hinderlichen Faktoren zunächst auf der Grundlage der Bewertung einer im Zuge von Fachdiskussionen und Expertenworkshops generierten Faktorenliste durch die befragten Akteure untersucht wurden.

Komplementär zu dieser direkten Abfrage von Einflussfaktoren sind schon in Nachauswertungen der Daten der Prozessbefragung 2009 Indizes zur Zielerreichung in den einzelnen Zieldimensionen als Grundlage für komplexere statistische Analysen berechnet und geprüft worden.¹⁹ Diese Indexbildung erfolgte über die Zusammenfassung und Summierung einzelner Variablen unterschiedlicher Reichweite (output, outcome, impact) zu den jeweiligen Zieldimensionen.

Die dabei gewonnenen Befunde und Ergebnisse sowie Hypothesen und Erwartungen sind in einem weiteren Untersuchungsschritt in die Entwicklung einer Fragenbatterie eingeflossen, über die die Befragten jede Zieldimension gesondert und im Vergleich mit anderen Maßnahmen und Programmen bewerten konnten. Diese Fragenbatterie, die in den folgenden Analysen eine tragende Rolle einnahm, entwickelt dabei zugleich den Maßnahmenevaluationsindex (MEX-Index) weiter, mit dem in den ersten Befragungswellen generalisierte Einschätzungen zur Zufriedenheit mit den und der Wirksamkeit der Lokalen Aktionspläne erhoben wurden. Neben den Indexfragen zur Zielerreichung sind in die Befragung 2010 wiederum verschiedene Fragen aufgenommen worden, die Informationen für das Strukturmonitoring, zu verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Lokalen Aktionspläne sowie zu bestimmten neuen Aspekten, die sich im Zuge eines erneuten Expertenworkshops in 2010 als besonders relevant erwiesen, umfassten. Die Fragebogen wurden – wie in vorangegangenen Wellen – wiederum mithilfe der qualitativen WB, der gsub und der Programmevaluation am DJI überarbeitet und ergänzt. Durch Vorprüfungen der Fragebogen

¹⁹ Vgl. ISS/Camino 2009b.

wurde sichergestellt, dass der zeitliche Aufwand für die Bearbeitung der Fragebogen im Rahmen der Zumutbarkeit für die Befragten blieb.

Auf der Grundlage des Vorwissens aus früheren Befragungswellen sowie sich daraus herleitenden qualifizierten Erwartungen wurden in bivariaten Analysen zahlreiche Faktoren und Variablen auf Zusammenhänge mit der Zielerreichung geprüft. Die Ergebnisse dieser Analysen stehen im Mittelpunkt des Kapitels zu den Einflussfaktoren der Zielerreichung in diesem Bericht.²⁰

Sampleauswahl: Die Stichproben für die Struktur- und Prozessbefragung wurden folgendermaßen festgelegt:

- für die Koordinator/innen-Befragung: alle internen und externen Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne auf Basis der von der gsub am 28.02.2008, am 28.01.2009 und am 28.01.2010 übermittelten Listen der zuständigen Lokalen Koordinierungsstellen.
- für die Begleitausschuss-Befragung: alle Vorsitzenden sowie Sprecher/innen der Begleitausschüsse entsprechend der Angaben, die das ISS-Frankfurt a.M. von den Lokalen Koordinierungsstellen nach Anschreiben vom 20.03.2008 und 31.01.2009 erhielt.²¹ In Standorten, in denen kein formaler Vorsitz bei den Begleitausschüssen besteht, wurde das Vorgehen festgelegt, dass erst gezielt Mitglieder des Begleitausschusses gesucht werden, die den Fragebogen bearbeiten. Nur in den Fällen, in denen sich aus den Begleitausschüssen heraus keine Person zur Beantwortung bereit erklärte, sollen die Koordinator/innen zur Arbeit des Begleitausschusses befragt werden.
- für die Projekt-Befragung: alle Ansprechpartner/innen der Projekte, entsprechend der Angaben im Stammbblatt I (Projektantrag) zu den Stichtagen 29.02.2008 und 31.12.2008, sowie für die Befragung 2010 Ansprechpartner/innen aller in 2009 gelaufenen Projekte, die in den 17 Lokalen Aktionsplänen des Samples durchgeführt wurden.

Durchführung der Fragebogenbefragung inkl. eines Rücklaufmanagements: Um sicherzustellen, dass die Befragtengruppen ausreichend auf die Befragungen vorbereitet sind und Unterstützung erhalten, sind verschiedene vorbereitende (Ankündigung, frühzeitige Versendung der schriftlichen Fragebogen) und begleitende (Hotline ab Befragungsbeginn) Aktivitäten für eine möglichst reibungslose Gestaltung der Erhebungsphase unternommen worden. Das Rücklaufmanagement erforderte einen erheblichen Aufwand an schriftlichen und telefonischen Nachforderungen.

SPSS-basierte Auswertung: Die Auswertung der Strukturbefragung erfolgte mittels SPSS-gestützter deskriptiver Statistik sowie Inferenz-Statistik (vgl. ausführlicher Kapitel 4.5).

4.2.2 Methodologisches Vorgehen der qualitativen WB

Methodologisch bewegt sich die qualitative WB auf einer begleitenden sowie auf einer deskriptiv-analytischen Ebene. Das Vorgehen auf der begleitenden Ebene stützt sich zum einen auf die Erkenntnisse, die auf der beschreibenden und analytischen Ebene gewonnen wurden. Zum anderen werden hier in einem responsiven Prozess die von den Beteiligten „eingebrachten Anliegen, Orientierungen und Interessen“²² aufgenommen und wirken dann auf die zu bearbeitenden Fragestellungen der deskriptiven und analytischen Ebene.

Die Begleitung wird in Workshops umgesetzt, die sich an die Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne richten, in Werkstattgesprächen und Gruppendiskussionen im Rahmen von Begleitaus-

20 Vgl. dazu einleitend in Kapitel 5.3.2 auch vertiefende methodische Erläuterungen.

21 Die Kontaktdaten wurden am 06.02.2009 über die Koordinator/innen aktualisiert. Dieser Stand wurde auch der Versendung der Vorankündigung der Befragung 2010 zugrunde gelegt, wobei die Empfänger/innen aus den Begleitausschüssen aufgefordert wurden, Änderungen gegenüber dem Vorjahr direkt dem ISS mitzuteilen. Mithilfe dieser Angaben sowie weiterer telefonischer Recherchen konnten die Kontaktdaten für alle Begleitausschüsse erneut aktualisiert werden.

22 Bohnsack 2006, S. 141.

schusssitzungen und Projekte-/Netzwerktreffen. Hier werden einerseits für die Evaluation wichtige Fragen bearbeitet und erste Ergebnisse rückgespiegelt. Andererseits bieten sie die Möglichkeit, die Bedürfnisse, relevanten Fragen und Probleme, die sich im Verlauf der Programmumsetzung für die Akteure ergeben, zu erfassen und in weiteren Arbeitsschritten zu berücksichtigen.

Für das Vorgehen auf der deskriptiven und analytischen Ebene wurde methodologisch entschieden, auf Grundlage der aus dem empirischen Material gewonnenen Erkenntnisse zunächst bestimmte Typen zu identifizieren. Typen sind Konstrukte, die erzeugt werden, um komplexe soziale Realitäten und Sinnzusammenhänge zu erfassen, und unterstützen die Generierung einer empirisch begründeten (Programm-)Theorie.²³ Auch kann mittels Typen eine Strukturierung der zwangsläufig in einem relativ offen formulierten Programm bestehenden Heterogenität vorgenommen werden.²⁴ Entscheidend in der qualitativen Sozialforschung ist es, dass Beobachtungssubjekte bzw. Prozesse im Sinne einer „doppelten Hermeneutik“²⁵ beschrieben werden und hierdurch auch Sinnzusammenhänge erfasst werden. Damit ist es möglich, in einer strukturierten Form nicht nur darzustellen, was passiert, sondern auf einem definierten Abstraktionsniveau zu beschreiben, wie und warum es passiert.²⁶ Im Sinne eines Paneldesigns wurden die Daten zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben und mittels multikontextualer Fallstrukturanalysen (hierzu weiter unten) zusammengefasst. Gemeint sind hier keine Paneldaten im klassischen Sinn, gleichwohl wurden einerseits aktionsplanidentische Mehrfachbefragungen durchgeführt und mit dem Logischen Modell²⁷ ein zusätzliches Instrument genutzt, welches gleiche Variablen mit Bezug auf die „Untersuchungseinheit“ Lokaler Aktionsplan zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhebt, so dass eine Auswertung auf Aktionsplanniveau interindividuell und intraindividuell erfolgen kann.²⁸ Dadurch ist es möglich, Entwicklungen und Entwicklungszusammenhänge für die jeweiligen Umsetzungstypen nachzuzeichnen. Eine weitere zentrale Fragestellung der WB richtet sich auf die durch die Lokalen Aktionspläne erreichbare Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit eines noch laufenden Programms zu bestimmen, ist schwierig und lediglich eingeschränkt möglich. Freilich werden bereits in der Programmlaufzeit Strukturen und Effekte in andere Kontexte transportiert und werden insofern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch programmunabhängig weiter Bestand haben. Letztlich bezieht sich Nachhaltigkeit jedoch auf jenes, was nach Programmende weiterbesteht. Zum jetzigen Zeitpunkt können hierzu nur Erwartungen erhoben werden. Mittels eines qualitativ-explorativen Vorgehens²⁹ wurden Erwartungen erfasst, deren Umsetzungswahrscheinlichkeit durch die Interviewpartner/innen plausibilisiert werden konnten. Dass hierzu jene Akteure befragt wurden, die in den Kommunen und Landkreisen über eine nicht unerhebliche Entscheidungsmacht verfügen – nämlich Bürgermeister/innen, Landräte/rätinnen und Amtsleiter/innen – und die insofern als wirkungsmächtig bezeichnet werden können, gewährleistet die Datenqualität.

23 Vgl. hierzu Strauss 1998, S. 29 f., S. 50 f.; auch Kelle 1997.

24 Darüber hinaus ermöglicht es diese Form der Beschreibung, die in der Erhebung zugesagte Anonymität zu gewährleisten. Dies ist nicht nur aus Gründen der Forschungsethik von Bedeutung, sondern im Rahmen einer Evaluation auch ein entscheidendes Qualitätskriterium. Denn nur wenn man Anonymität gewährleisten kann, kann man davon ausgehen, dass nicht nur über Erfolge berichtet wird, sondern auch eine Bereitschaft besteht, über Probleme und Misserfolge zu sprechen (Haubrich 2006, S. 111). Zur Typenbildung vgl. Kluge 2000, S. 5 ff.

25 „Doppelte Hermeneutik“ meint die Einbeziehung der Bedeutungsrahmen, also auch eine Interpretation der Interpretation, die ein anderer über einen (hier definierten) Gegenstand und/oder Prozess formuliert (vgl. Giddens 1984, S. 95).

26 Karliczek 2004, S. 220.

27 Vgl. hierzu ISS/Camino 2008, S. 67 ff., und 2009, S. 143 ff.

28 Schnell/Hill/Esser 1995, S. 228 ff.; Friedrichs 1990, S. 157, S. 366.

29 Eine qualitativ-explorative Konzeption ist nicht als rein induktive Forschungsstrategie zu verstehen. Vielmehr sind der Erhebung Überlegungen vorausgegangen, die theoriegeleitet waren. Anders wäre es auch nicht möglich gewesen, zu entscheiden, warum man gerade dieses und nicht jenes beobachtet. Gleichzeitig die Untersuchung soweit offen gehalten, dass auch Unerwartetes beobachtbar ist. Insofern kann man von einem induktiv-deduktiven Wechselspiel sprechen (Boers 2010, S. 46 f.).

4.2.2.1 Qualitative Interviews: Erhebung und Auswertung

Ziel der qualitativen Untersuchung ist es, neben einer analytischen Beschreibung für einzelne Lokale Aktionspläne vertiefende Erkenntnisse über Strukturen, Prozesse und Verfahren zu erhalten, die über die bereits im Rahmen des Monitoring oder der quantitativen Befragung gesammelten grundlegenden Erkenntnisse hinausgehen und die Beziehungen zwischen den jeweiligen Dimensionen erfassen können.

Mittels dieser Erkenntnisse soll es möglich sein, zu beschreiben, ob a) unterschiedliche Organisationsformen unterschiedliche Ergebnisse produzieren und b) wie sich unterschiedliche regionale Rahmenbedingungen auf die Arbeit der Lokalen Aktionspläne auswirken.

Das hierfür entwickelte Instrumentarium muss zweierlei Anforderungen genügen: Zum einen muss es eine zuverlässige und vergleichbare Erfassung der für die Evaluation notwendigen Daten ermöglichen. Zum anderen muss es so flexibel sein, dass neue Fragestellungen, die sich im Verlauf der Evaluation ergeben, berücksichtigt werden und auch die Entwicklungen der Lokalen Aktionspläne während der Evaluationszeit einfließen können.

Diese Anforderungen wurden sowohl in der Planung der Erhebung als auch bei der Erstellung des Interviewleitfadens sowie der Auswertung der Interviews berücksichtigt. Die prozessorientierte Konzeption der qualitativen Erhebung erlaubt es, erstellte Hypothesen permanent weiterzuentwickeln, zu korrigieren oder gar zu verwerfen. Dieses Vorgehen, das inzwischen die meisten gegenstandsbezogenen qualitativen Erhebungen bestimmt, lehnt sich der von Glaser und Strauss entwickelten Methode der Grounded Theory an. Diese methodologische Näherungsweise betont, dass im Vorfeld der Untersuchung getroffene Überlegungen und Hypothesen erst im Laufe der Untersuchung an Deutlichkeit gewinnen und so die weitere Untersuchung mit zunehmender Prägnanz strukturieren.³⁰ Um zu gewährleisten, dass Ergebnisse miteinander in Beziehung gesetzt werden können, bedarf es eines entsprechenden Erhebungsinstrumentariums, das zwar die nötige Offenheit, aber in der Grundstruktur ein Mindestmaß an Stabilität besitzt. Die Experteninterviews³¹ werden deshalb mittels eines entsprechenden Interviewleitfadens durchgeführt, der sich an bestimmten Grundkategorien orientiert (Information über Expert/innen; Beschreibung des Lokalen Aktionsplans; Wirkungen und Effekte des Lokalen Aktionsplans; Zukunftsplanung; Einflussfaktoren), die geleitet von den jeweiligen Gegebenheiten konkretisiert werden.

Die Befragung einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure, die entweder an der Planung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans beteiligt waren/sind oder diese beobachten, ermöglicht eine multikontextuale Fallstrukturanalyse der einzelnen Aktionspläne. Es wird hier davon ausgegangen, dass durch das Übereinanderlegen der Beschreibungen der verschiedenen Expert/innen mit einem gemeinsamen Referenzpunkt eine möglichst detailgetreue, vielschichtige und von subjektiven Eindrücken bereinigte Deskription der einzelnen Lokalen Aktionspläne möglich ist.³² Gleichzeitig ermöglicht ein solches Vorgehen eine Überprüfung der Plausibilität der Einzelergebnisse.

Die Auswertung der so gewonnenen Daten erfolgt mittels einer „zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse“.³³ Es handelt sich hier um ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen, dessen einzelne Schritte dokumentiert werden und somit nachvollziehbar sind.³⁴ Um ein höchstmögliches Maß an Objektivität zu gewährleisten, sind immer mehrere Forscher/innen am

30 Glaser/Strauss 1998 [1967], S. 49 ff.

31 Als Expert/innen werden diejenigen bezeichnet, die aufgrund ihrer institutionell-organisatorischen Einbindung über spezielle Kenntnisse über den Untersuchungsgegenstand verfügen.

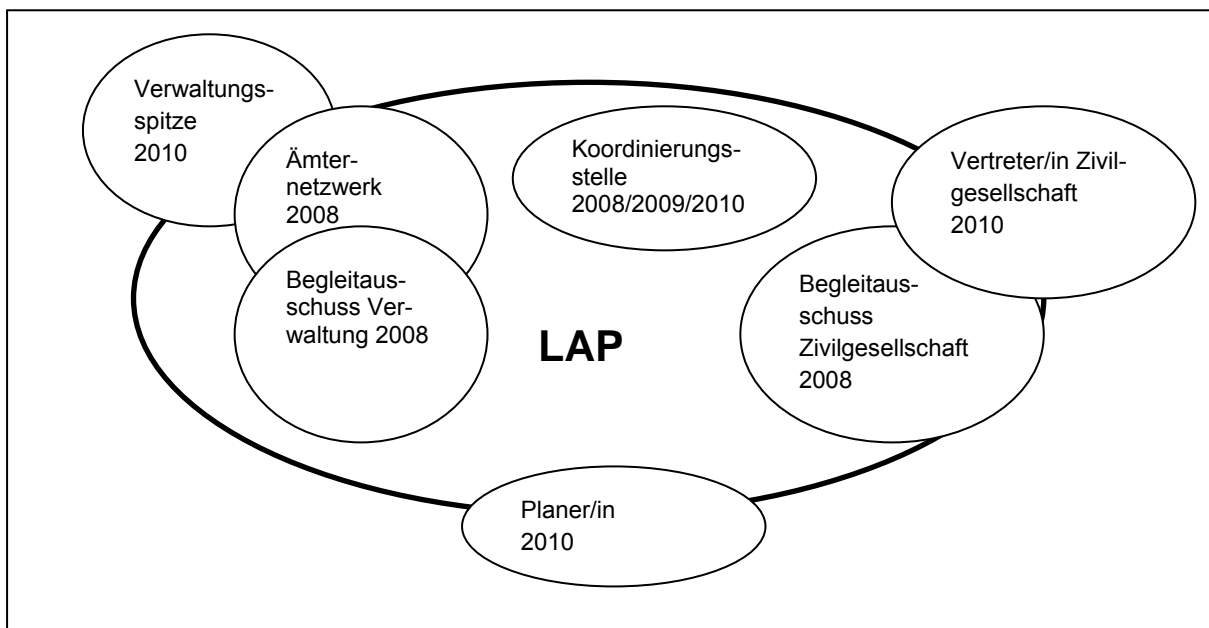
32 Vgl. hierzu Boers/Theile/Karliczek 2004, S. 473; Karliczek/Boers 2010, S. 71, S. 73 f.

33 Mayring 1991, S. 211; Mayring 1999, S. 91 ff.

34 Spöhring 1995, S. 201.

Auswertungsprozess beteiligt. Damit wird gleichzeitig auch eine erste Triangulation vorgenommen (Investigator-Triangulation). Ein weiterer zur Wirkung kommender Triangulationsschritt ist eine Datentriangulation.³⁵ Da sich die qualitative Forschung den klassischen Reliabilitäts- und Validitätsprüfungen verschließt,³⁶ ist gerade hier eine solche Vorgehensweise zur Qualitätssicherung unabdingbar. Der Qualitätssicherung dient auch ein theorie- und hypothesengeleitetes Sampling. Auf der Basis einer Dokumentenanalyse (Anträge, Stammbblätter der Einzelprojekte, Coachingberichte) und in Abstimmung mit der Regiestelle des Programms wurden 20 Lokale Aktionspläne für die qualitative Erhebung und Begleitung ausgewählt. Die Auswahl wurde von folgenden Kriterien geleitet: räumliche Verteilung, regionale Besonderheiten, Organisationsstrukturen und inhaltliche sowie zielgruppenbezogene Ausrichtung. Sie richtet sich grundsätzlich an der Merkmalsverteilung aller Lokalen Aktionspläne aus, berücksichtigt aber auch auffällige Besonderheiten.

Abbildung 2: Vorgehen im Sinn einer multikontextualen Fallstrukturanalyse.



Als Expert/innen wurden zunächst die Koordinator/innen, zivilgesellschaftliche Mitglieder der Begleitausschüsse, Mitglieder der Begleitausschüsse, die die Verwaltung repräsentieren, und Vertreter/innen der federführenden Ämter interviewt (wobei sich die letzten beiden Funktionen z.T. personell überschneiden). Da in den Koordinierungsstellen die zentralen Informationen über den Lokalen Aktionsplan zusammenlaufen, wurden in einer zweiten Erhebungsphase die Koordinator/innen erneut befragt. Beide Erhebungen bilden die Grundlage sowohl für die Bestimmung von Umsetzungstypen als auch von Entwicklungsprozessen, die im Verlauf weiterer Erhebungen fortgeschrieben werden. Die dritte Erhebungsphase (2010) wurde stärker als die vorausgehenden vom Thema der Nachhaltigkeit bestimmt. Interviewpartner/innen waren deshalb die Verwaltungsspitzen der jeweiligen Regionen (vgl. Übersicht). Es wurde davon ausgegangen, dass das Wissen über Entscheidungsprozesse hier am höchsten ist.

35 Zu Triangulationsverfahren vgl. Flick 2000, S. 309 ff.

36 Vgl. hierzu Steinke 1999, S. 144 ff.

Landräte/-rätinnen/ (Ober-)Bürgermeister/innen	7
Dezernent/innen/stellvertretende Landräte/-rätinnen/Amtsleiter/innen	6
Stellvertretende Amtsleiter/innen/ Abteilungsleiter/innen	5
Querschnittszuständigkeit/sonstiges	2

In zehn der zwanzig Lokalen Aktionspläne wurden darüber hinaus Vertreter/innen von relevanten Planungsstrukturen und Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen befragt, die unabhängig vom Lokalen Aktionsplan regional bedeutend sind. Dadurch gelang es, einen Schritt zurückzutreten und neben den internen Perspektiven auch zu erfassen, wie ein Lokaler Aktionsplan in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche wirkt und wahrgenommen wird. Es ging in dieser Erhebungsphase um Wirkungen, Ergebnisse und Lernprozesse, die ein Lokaler Aktionsplan in den Kommunen bzw. Landkreisen sowohl auf Verwaltungsebene, auf der politischen Ebene als auch in zivilgesellschaftlichen Bereichen anstoßen konnte und um die Identifikation konkreter Bereiche, in denen Nachhaltigkeit erwartet wird, sowie um die Frage, wodurch ein nachhaltiges Wirken unterstützt werden kann.

4.2.2.2 Beobachtungen und Gruppendiskussionen mit Begleitausschüssen sowie Projekt-/Netzwerktreffen

Als weiteres Instrument nutzt die qualitative WB Gruppendiskussionen mit Begleitausschüssen und mit Vertreter/innen von Einzelprojekten, z.B. im Rahmen von Projekte- bzw. Netzwerktreffen. Diese bieten den Rahmen, Befunde und Interpretationen der WB kritisch zu überprüfen und ausgewählte Einzelfragen zu diskutieren. Weitere Perspektiven auf Prozesse und Ergebnisse werden somit eingefangen und miteinander verknüpft.

Für die Begleitausschüsse steht dabei die Frage nach Kriterien für eine erfolgreiche Beteiligung im Mittelpunkt. Bei den Projekt- bzw. Netzwerktreffen geht es in erster Linie um die Frage, inwieweit die Projekte sich als integraler Bestandteil des Lokalen Aktionsplans ansehen, sich mit seinen Zielen identifizieren und sich somit als Teil eines integrierten Handlungskonzeptes verstehen. Gefragt wird außerdem nach Kooperationen und Zusammenarbeit unter den geförderten Projekten eines Aktionsplans.

(Teilnehmende) Beobachtungen durch die WB bei Begleitausschusssitzungen, Projekt- bzw. Netzwerktreffen und weiteren Veranstaltungen der Lokalen Aktionspläne vermitteln Kenntnisse der sozialen Realität vor Ort und machen möglicherweise neue Blickwinkel und Perspektiven sichtbar. Solche (teilnehmenden) Beobachtungen sind sinnvoll, weil sie ein tieferes Verständnis der Daten ermöglicht, die aus den qualitativen Interviews und den Logischen Modellen gewonnen werden.

4.3 Durchführung der Untersuchung

4.3.1 Durchführung der Untersuchung der quantitativen WB

Zur Durchführung der Datenerhebungen der *quantitativen WB* wurde das Format einer Online-Erhebung gewählt. Ausschlaggebend hierfür war u.a. die anwenderfreundliche Gestaltung, die z.B. „loops“ (Überspringen der nicht zutreffenden Variablen) ermöglicht, sowie die Generierung der Daten in SPSS-Dateien, die eine zusätzliche Verwaltung der Daten über Datenbanken ersparte. Die Online-Befragung wurde operativ durch die Respondi AG in Köln durchgeführt.

Für den Versand der Online-Fragebogen wurden das E-Mail-Verzeichnis der gsub zu den Koordinator/innen sowie die o.g. Angaben aus dem Stammdatenblatt I genutzt. Die Kontaktdaten der Vorsitzenden/Sprecher/innen der Begleitausschüsse wurden von dem ISS-Frankfurt a.M. zunächst mit Hilfe eines Datenblatts bei den Koordinierungsstellen erhoben und in folgenden Erhebungswellen ggf. direkt über die Begleitausschüsse aktualisiert. Die Daten der Projekte wurden ebenfalls von der gsub auf der Basis des Stammbblatts I (Projektantrag) zur Verfügung gestellt, allerdings mussten durch umfangreiche Recherchen die E-Mail-Adressen durch das ISS-Frankfurt a.M. aktualisiert werden.

Die Erhebungsphase für die kombinierte Struktur-/Prozessbefragung 2010 begann am 2. März 2010. Nach Ablauf der Fristsetzung am 19. März 2010 ist zunächst ein schriftliches und telefonisches Erinnerungsverfahren eingeleitet worden und am 15./16. März 2010 die Datenerhebung abgeschlossen worden. Zu diesem Zeitpunkt sind die Fragebogen von allen Koordinierungsstellen (100%) und Begleitausschüssen (100%) beantwortet worden. Von den 217 angeschriebenen Projekten (alle 226 Projekte aus der Stichprobe von 17 Lokalen Aktionsplänen abzüglich neun, als Projekt geführte externe Koordinierungsstellen) haben zu diesem Zeitpunkt 158 Projekte die Fragebogen bearbeitet. Das entspricht einer zufriedenstellenden Rücklaufquote von 72,8%.

Die Daten der Online-Befragungen werden als SPSS-Datensatz generiert. Diese Datensätze wurden als Datengrundlage für die vorliegende Auswertung genutzt.

Zur Bearbeitung der speziellen Querschnittsfrage der Außenwirkung und öffentlichen Wirkung des Programms sind auch weitere Daten erhoben worden. Zum einen ist die bundesweite Presseudokumentation des Programms bezüglich der Berichterstattungshäufigkeit in Druck- und Online-Medien von Mitte 2008 bis Ende 2009 in Hinblick auf Trends und Verläufe ausgewertet worden. Außerdem sind Webseiten der Lokalen Aktionspläne und vor allem der zuständigen Kommunen/Gemeinden/Städte in Hinblick auf die Darstellung und den Stellenwert des Programms erfasst worden.

4.3.2 Durchführung der Untersuchung der qualitativen WB

Im Rahmen der *qualitativen WB* wurden die im Sommer und Herbst 2009 erhobenen 20 Interviews mit den Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne ausgewertet und inhaltlich mit den Ergebnissen aus den zuvor durchgeführten 69 Interviews, den Ergebnissen aus den Gruppendiskussionen und Werkstattgesprächen mit Begleitausschussmitgliedern und Projektevertreter/innen sowie den Analysen der Logischen Modelle zusammengeführt. Aus diesem Datenmaterial wurde für jeden der 20 in der qualitativen WB berücksichtigten Lokalen Aktionspläne eine multikontextuale Fallanalyse erstellt. Durch die Zusammenführung von zwei Zeitebenen entsteht ein Panel,³⁷ welches zum einen Entwicklungen und Entwicklungszusammenhänge aufzeigt, zum anderen der Weiterentwicklung und Strukturierung der kommenden Erhebungen im Sinne der Grounded Theory dient, da es so möglich ist, Fragen in Bezug auf den jeweiligen Aktionsplan zu präzisieren.

Weiterhin wurden im Zeitraum von September 2009 bis August 2010 zum einen Interviews mit Verwaltungsspitzen geführt. Hierbei waren 7 der Interviewpartner/innen Landräte/-rätinnen oder (Ober-)Bürgermeister/innen, 6 waren Dezernent/innen, stellvertretende Landräte/-rätinnen oder Amtsleiter/innen und 5 waren stellvertretende Amts- oder Abteilungsleiter/innen. Zum anderen wurden bei der Hälfte der in die qualitative WB einbezogenen Lokalen Aktionspläne Interviews geführt mit Vertreter/innen von relevanten Planungsstrukturen und mit Vertreter/innen zivilgesell-

37 Vgl. Kapitel 4.2.2 in diesem Bericht.

schaftlicher Organisationen, die unabhängig vom Lokalen Aktionsplan regional bedeutend sind. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 36 Interviews geführt.³⁸

Im Zeitraum von September 2009 bis August 2010 wurden des Weiteren zwei Werkstattgespräche mit Begleitausschüssen, drei teilnehmende Beobachtungen bzw. Werkstattgespräche mit Vertreter/innen von Einzelprojekten im Rahmen von Netzwerktreffen sowie kontinuierlich teilnehmende Beobachtungen bei Einzelveranstaltungen von Projekten durchgeführt.

Logische Modelle liegen für das Jahr 2009 von 18 der Lokalen Aktionspläne vor. Für das Jahr 2010 wurden die Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne aufgefordert, ihr Logisches Modell – das die Kategorien Problemlagen, Ziele, Aktivitäten, Ergebnisse und Wirkungen enthalten soll – bis September 2010 zu erstellen.

Es fand ein dritter Workshop mit den Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne im November 2009 statt. Im Mittelpunkt stand die Rückspiegelung und Diskussion der Ergebnisse der WB sowie der Wissenstransfer zwischen den Koordinator/innen zu Fragen der Nachhaltigkeit und der Einbindung in strategische Netzwerke und regionale Planungsstrukturen. Der nächste und letzte Workshop wird im November 2010 stattfinden.

Im Januar 2010 fand der zweite Expertenzirkel statt, der von Camino und dem ISS gemeinsam durchgeführt wurde und an dem Vertreter/innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie Programmteilnehmer teilnahmen. Hier wurden die Ergebnisse der WB diskutiert sowie Aspekte benannt, die in den zukünftigen Erhebungen und Analysen berücksichtigt werden sollten. Das nächste Treffen ist für Januar 2011 vorgesehen.

Weiterhin wurde die Handreichung „Qualitätskriterien für Lokale Aktionspläne“ entwickelt und von ISS und Camino gemeinsam veröffentlicht: sowohl online als Download als auch als Broschüre. Vor der Veröffentlichung der Handreichung wurde mit 10 nicht in die qualitative WB eingebundenen Lokalen Aktionsplänen ein Pretest durchgeführt. Ziel war es, eine zusätzliche Feedbackschleife umzusetzen und gleichzeitig die Nutzerfreundlichkeit des Instruments zu prüfen. Die Rückmeldungen zur Handreichung waren durchgängig positiv, die wenigen inhaltlichen Anmerkungen wurden eingearbeitet. Auch im Workshop mit den Koordinator/innen sowie im Expertenzirkel wurde ein abschließendes Feedback zur Handreichung „Qualitätskriterien für Lokale Aktionspläne“ eingeholt. Aufgrund der Anregungen der Praktiker/innen wurde eine User-Form entwickelt, mit Hilfe derer nun auch eine PC-Anwendung des Instruments möglich ist.

4.4 Methoden der Datenauswertung

Die Auswertung der *quantitativen Daten* erfolgte mittels SPSS-gestützter, überwiegend deskriptiver oder bivariater Statistik. Es wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen aufgezeigt. In indizierten Fällen wurde der Mittelwert³⁹ (arithmetisches Mittel) errechnet und bei einer breiten Streuung der Datenwerte ergänzend der Modalwert⁴⁰ angeführt. Zur Typenbildung wurde zunächst mittels Kreuztabelle die Verteilung der Fälle auf die einzelnen Kategorienkombinationen geprüft. Anschließend wurde mittels Clusteranalyse geprüft, ob sich Gruppen (Cluster) von Merkmalen ermitteln lassen, deren Eigenschaftsausprägungen bestimmte Ähnlichkeiten aufweisen. In weitergehenden Analysen konnten keine Unterschiede zwischen den einzelnen Clustern in Bezug auf ausgewählte Faktoren der Umsetzung Lokaler Aktionspläne gefunden werden. Auf Grund dieses Ergebnisses und

38 Da einige Proband/innen Doppelfunktion einnahmen und sowohl als Vertreter/innen der Verwaltungsspitze als auch als Verantwortliche für die Planung interviewt wurden, beträgt die Zahl der Interviews 36 und nicht 40.

39 Der Mittelwert errechnet sich aus der Häufigkeit der Merkmalsausprägungen einer Variablen geteilt durch die Anzahl der vorkommenden Merkmalsausprägungen. Der Mittelwert ist eine statistische Maßzahl, die Aussagen über zentrale Tendenzen trifft.

40 Der Modalwert benennt die Ausprägung einer Kategorie, zu der sich die häufigsten Nennungen ergeben haben.

der geringen Fallzahl wurden im Folgenden die strukturellen Merkmale einzeln in ihrem Zusammenhang mit anderen Variablen betrachtet. Für diese Vergleiche wurden auf Grund der nicht normalverteilten Daten auf ein nicht-parametrisches Verfahren, den U-Test von Mann-Whitney, zurück gegriffen. Die statistische Relevanzprüfung von Einflussfaktoren auf die Zielerreichung erfolgte durch bivariate Analysen unter Einbeziehung eines eigens entwickelten Index zur Zielerreichung mithilfe des Spearman-Korrelationskoeffizienten. Zur Kontrolle wurden auch Berechnungen des Pearson- und Eta-Koeffizienten vorgenommen. Für die Projektstichprobe wurde außerdem eine Signifikanzprüfung aller gefundenen Zusammenhänge vorgenommen, die für Begleitausschüsse und Koordinierungsstellen aufgrund der Vollerhebung der entsprechenden Daten nur komplementären Stellenwert hatte.

Die Auswertung der *qualitativen Daten* – sowohl der Interviews als auch der Gruppendiskussionen und Beobachtungen) – erfolgt mittels inhaltsanalytischer Verfahren. Alle Interviews werden transkribiert und mit Hilfe der Software MAX QDA codiert und ausgewertet. Die Gruppendiskussionen und Beobachtungen werden dokumentiert, protokolliert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Alle Daten werden im Sinn einer multikontextualen Fallstrukturanalyse zusammengeführt.

4.5 Verfahren der Bewertung

Zur Bewertung der Ergebnisse werden zunächst die Bezüge zwischen quantitativer und qualitativer WB deutlich gemacht und geprüft, inwieweit sie zur gegenseitigen Erklärung dienen.

Die weitere Bewertung der Ergebnisse erfolgt auf drei Ebenen: In einem ersten Schritt werden sie mittels vorhandener theoretischer und empirischer Erkenntnisse auf ihre Plausibilität geprüft. In einem zweiten Schritt werden sie gemeinsam mit den an den Lokalen Aktionsplänen beteiligten Akteuren diskutiert und anschließend dem Expertenzirkel zur Bewertung und Diskussion vorgelegt. Dieser letzte Schritt wird auf dem für Januar 2011 geplanten Expertenzirkel erfolgen.

4.6 Anonymisierung / Datenschutz

Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgte unter strikter Berücksichtigung des § 40 BDSG. Ferner wurden die unter der Eisenacher Erklärung vereinbarten Grundsätze eingehalten, und es erfolgt keine Auswertung von einzelnen Lokalen Aktionsplänen.

5 Ergebnisse

5.1 Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

Die Ergebnisse der Evaluation beziehen sich auf die strukturelle Entwicklung der Lokalen Aktionspläne im vorangegangenen Jahr, auf die zentralen Faktoren, die Einfluss auf die Zielerreichung und auf die Entwicklung integrierter lokaler Handlungsstrategien haben, sowie auf erste Hinweise auf mögliche nachhaltige Effekte der Lokalen Aktionspläne.

Bezogen auf den Stand und die Entwicklung der Lokalen Aktionspläne haben sich keine relevanten strukturellen Veränderungen ergeben. Insgesamt lässt sich eine deutliche Kontinuität im Sinne stabiler Arbeitsstrukturen feststellen, die sich z.B. in einer hohen personellen Kontinuität bei den Koordinierungsstellen oder bei den Begleitausschüssen zeigt. Die Begleitausschüsse haben zunehmend die strategische Entwicklung der Lokalen Aktionspläne in den Blick genommen: Obwohl sie einen Großteil ihrer Zeit für die Auswahl von Projekten und deren Begleitung verwenden, haben sie eigenständig weitere themenspezifische Aktivitäten vor Ort umgesetzt und ausreichend Zeit für die Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne gefunden.

Auch die inhaltliche Arbeit der Projekte weist eine hohe Kontinuität auf. Die Demokratie- und Toleranzerziehung bleibt der zentrale Programmschwerpunkt, dem sich die Projekte zuordnen, deren zentrale Formate Kreativprojekte, Begegnungsprojekte und appellative Einzelansprachen sind. Hauptzielgruppen sind weiterhin junge Menschen in strukturschwachen Regionen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren; sekundäre Zielgruppen sind insbesondere Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen und Pädagog/innen. Bezogen auf eine Fortführung oder finanzielle Absicherung von Projekten lässt sich feststellen, dass die Überführung in eine Regelförderung am ehesten dann gelingt, wenn Themenschwerpunkte in anderen professionellen Kontexten (z.B. Schulen) übernommen werden, wenn die Projektthemen Berücksichtigung bei der Jugendhilfeplanung finden bzw. wenn die Akquise von zeitlich befristeten Fördermitteln möglich ist.

Bezogen auf die Faktoren, die einen förderlichen Einfluss auf die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne haben, lässt sich als ein zentraler Befund festhalten, dass strukturelle Ausgangsbedingungen der Standorte von Lokalen Aktionsplänen, also ihre Verortung in Kommunen, Landkreisen oder Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften, in westlichen oder östlichen Bundesländern, keinen Einfluss auf den Zielerreichungsgrad der Lokalen Aktionspläne haben. „Gelingensfaktoren“ sind vielmehr die Berücksichtigung und Umsetzung bestimmter Kriterien guter Praxis in den Lokalen Aktionsplänen, zu denen z.B. eine intensive Strategieentwicklung, u.a. durch die passgenaue Auswahl und Einbindung von Einzelprojekten, aber auch die Koordination und Kooperation der relevanten Akteure gehört. Weitere förderliche Faktoren sind die Sensibilisierung und Einbeziehung der lokalen Öffentlichkeit sowie die Verzahnung im Rahmen einer auch durch andere Programme erzeugten themenspezifischen Infrastruktur. Auch die Wahrnehmung bereitgestellter Unterstützungsangebote wie das Coaching erweist sich als förderlich.

Bezogen auf die Faktoren, die sich als förderlich für eine positive Entwicklung der Lokalen Aktionspläne im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie erwiesen haben, lässt sich zum einen die partizipative Erstellung und Entwicklung unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren nennen. Weitere Einflussfaktoren sind eine über die Integration in den Begleitausschuss hinausgehende Vernetzung von Ämtern sowie bei Lokalen Aktionsplänen, die sich (noch) auf einem niedrigen Entwicklungsniveau befinden, die Ansiedlung der Koordinierungsstelle bei einem freien Träger. In der Summe sind damit sowohl strukturelle Faktoren als auch Faktoren, die sich an einer guten Praxis orientieren, für den Erfolg eines Lokalen Aktionsplans relevant, erlangen aber je nach Entwicklungsstand der Aktionspläne eine unterschiedliche Bedeutung. Während zunächst

insbesondere die Arbeits- und Umsetzungsstrukturen bedeutsam sind, gewinnt mit deren fortschreitender Entwicklung die Umsetzungspraxis an Bedeutung. Es lässt sich also festhalten, dass das Instrument des Lokalen Aktionsplans in hohem Maße flexibel in unterschiedlichen Förderregionen eingesetzt werden kann, solange einschlägige Handlungsregeln und Qualitätskriterien berücksichtigt werden.

Lokale Aktionspläne bieten bereits in ihrer Anlage durch die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat, ihren partizipativen Ansatz und ihre auf konkrete Problemlagen bezogenen Zielsetzungen eine gute Basis für nachhaltige Entwicklungen. Auch wenn nur ein Teil der Befunde bereits jetzt feststellbare nachhaltige Ergebnisse beschreibt und die meisten Aussagen sich auf geplante Vorhaben bzw. Erwartungen beziehen, lassen sich auf verschiedenen Ebenen Indikatoren für nachhaltige Entwicklungen finden. Strukturelle Nachhaltigkeit zeigt sich z.B., wenn konkrete Projekte fortgeführt werden können: Bereits während der Programmlaufzeit wurden erste Projekte in andere Finanzierungen überführt; für andere ist dies geplant, oder die Inhalte und Arbeitsansätze werden in andere Arbeitsstrukturen übernommen. Kooperationen verschiedenster Art – z.B. übergreifende Netzwerke, Fach- oder Arbeitsgruppen, Kooperationen im Verwaltungskontext, zivilgesellschaftliche Bündnisse – sollen in der Regel dann erhalten werden, wenn sie sich aus Sicht der beteiligten Akteure bewährt haben. Insbesondere die Begleitausschüsse wurden als erfolgreiche Kooperationen wahrgenommen, und vielfach wird über eine Fortführung ihrer Arbeit nachgedacht. Darüber hinaus haben Lokale Aktionspläne aber auch Lernprozesse angeregt, die wiederum das Handeln der Akteure in Bezug auf die Zielsetzungen der Lokalen Aktionspläne beeinflussen. Im Ergebnis stehen dann veränderte politische Entscheidungen oder Arbeitsweisen oder neue Kooperations- und Kommunikationsformen. Weiterhin zeigen sich Indikatoren für nachhaltige Entwicklungen, wenn die Themen des Lokalen Aktionsplans von bereits bestehenden Strukturen einer Region, z.B. einem Präventionsrat, weiter bearbeitet werden, auch ohne dass die Strukturen des Aktionsplans selbst erhalten bleiben. Hier kann man zumindest von einem Relevanzerhalt sprechen. Ein Relevanzerhalt kann des Weiteren auch durch die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikator/innen erreicht werden, da davon ausgegangen kann, dass Multiplikator/innen ihr erworbenes Wissen unabhängig vom Fortbestand des Aktionsplans in ihren jeweiligen Kontexten weitervermitteln.

Deutlich wird, dass verschiedene Bereiche von Nachhaltigkeit miteinander in Beziehung stehen und ein nachhaltiger Effekt in einem Bereich zu weiteren nachhaltigen Effekten in anderen Bereichen führen kann. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn aufgrund eines handlungswirksamen Lernprozesses politische Entscheidungen getroffen werden, die die (Teil-)Strukturen eines Lokalen Aktionsplans längerfristig sichern.

Insgesamt betrachtet kann konstatiert werden, dass sich Lokale Aktionspläne durch die Umsetzung zielgruppenorientierter Projekte, den Aufbau und die Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und eine Beförderung der Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als zielführend und tragfähig erwiesen haben und in hohem Maß Ansatzpunkte für nachhaltige Entwicklungen eröffnen.

5.2 Stand und Entwicklung der Lokalen Aktionspläne

Um den Umsetzungsstand der Lokalen Aktionspläne hinsichtlich ihrer Zielsetzungen sowie strukturellen Rahmenbedingungen zu dokumentieren und Veränderungen über den zeitlichen Verlauf des Programms hinweg sichtbar zu machen, wurden im Rahmen der quantitativen WB zentrale Strukturdaten der Koordinierungsstellen, der Begleitausschüsse sowie von ausgewählten Projekten wiederholt abgefragt.⁴¹ Auch die qualitative WB hat in den Interviews mit den Koordina-

⁴¹ Vgl. zur Definition der Kerndatenbereiche ISS/Camino 2008, S. 17 und zur Sampleauswahl der Projekte ISS/Camino 2009, S. 11.

tor/innen und anderen Akteuren der Lokalen Aktionspläne diese Bereiche thematisiert und nach Entwicklungen gefragt. Im Folgenden werden die zentralen erkennbaren Veränderungen in Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne, die zentralen Tätigkeitsbereiche der Koordinator/innen, Begleitausschüsse und Projekte dargestellt. Eine ausführliche Ausarbeitung befindet sich im Anhang dieses Berichtes.⁴²

5.2.1 Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne

Entsprechend der festgelegten Förderschwerpunkte des Programms richten die Lokalen Aktionspläne ihre Handlungsstrategien schwerpunktmäßig auf die Zielsetzungen „Demokratie- und Toleranzerziehung“, „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ sowie „Bekämpfung rechts-extremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen“ aus.⁴³

Damit erweist sich die Kopplung demokratischer Zielsettings mit der Zielsetzung einer Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen fortdauernd als tragfähig für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne. Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung runden die Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne als Nebenzielsetzung ab.⁴⁴

Insgesamt zeichnet sich bei der Analyse der benannten Mittlerziele, die zur Umsetzung der Gesamtausrichtung der Lokalen Aktionspläne formuliert werden, das Bild ab, dass die Zielsetzung der Wissensvermittlung, die zu Beginn des Programms stark im Vordergrund stand, zugunsten eines breiten Repertoires an Mittlerzielen („zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung schaffen“ (25%) „Erweiterung und Stabilisierung von Netzwerken“ (20%), Informations- und Wissensvermittlung/Sensibilisierung“ (19%)) in den Hintergrund getreten ist.⁴⁵ Mit den Lokalen Aktionsplänen werden auf der Handlungsebene gleichermaßen die Ziele verfolgt, zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung zu schaffen und Netzwerke zu erweitern und zu stabilisieren. Damit werden sowohl subjektorientierte Lernarrangements als auch kollektive Handlungsansätze zur Stärkung ziviler Gegenwehr gefördert.

5.2.2 Ansiedlung und Ausstattung der Lokalen Koordinierungsstellen und Tätigkeitsbereiche der Koordinator/innen

Im Vergleich zur Erhebung der Strukturdaten in 2008 ergeben sich keine relevanten strukturellen Veränderungen bei den Koordinierungsstellen. 60% der Lokalen Aktionspläne haben zusätzliche externe Koordinierungsstellen, eingerichtet. 26% der von freien Trägern getragenen Lokalen Koordinierungsstellen werden von Vereinen getragen, jeweils 19% von Trägern der Jugendhilfe bzw. Jugendringen/Jugendverbänden gefolgt von 17% von Bildungsträgern.⁴⁶ Aus den Interviews geht hervor, dass sich in der Praxis vereinzelt noch „Zwischenmodelle“ entwickelt haben, beispielsweise eine interne Koordinierungsstelle mit einem Vor-Ort-Büro, das für die Vernetzung und Aktivierung vor Ort zuständig ist, jedoch deutlich weniger Kompetenzen und Aufgaben hat als eine externe Koordinierungsstelle.

Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen sind in der Mehrzahl Ämter für Jugend und/oder Soziales/Familie/Sport 58%, gefolgt von Beauftragten im Amt (z.B. Integrations-/Gleichstellungsbeauftragte) mit 11%.⁴⁷

42 Vgl. Kapitel 8.1 im Anhang.

43 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

44 Da Lokale Aktionspläne komplexe Zielsetzungen verfolgen, wurden Mehrfachangaben zur Zielzuordnung zugelassen. Für 57 Lokale Aktionspläne wurden drei Programmschwerpunkte benannt, für weitere 30 zwei und für 3 ein Programmschwerpunkt. Die Auswertung hierzu finden sich in Tabelle 1 im Anhang.

45 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

46 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

47 Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 6 im Anhang.

Es kann von einer hohen personellen Kontinuität bei den Koordinierungsstellen ausgegangen werden. 86% Koordinator/innen haben bereits vor 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen, 11% im Jahr 2009 und 3% im Jahr 2010.

Folgende Arbeitszeitvolumen in Prozent einer Vollzeitstelle werden für die Koordinatorentätigkeit angegeben⁴⁸:

- bis 25%: 22%
- 26 bis 50%: 52%
- 51 bis 75%: 8%
- 76 bis 100%: 2%.

Lediglich 30% der Koordinator/innen halten ihr Stellenvolumen für ausreichend, um die Koordinationsaufgaben zu erfüllen, die überwiegende Mehrheit von 70% jedoch nicht. Während in der Befragung 2008 51% der Koordinator/innen, die bei internen Koordinierungsstellen angesiedelt waren, ihr Arbeitszeitvolumen für ausreichend hielten, sind es bei der Befragung von 2010 nur noch 39%.⁴⁹

Der reale Zeitaufwand für die Erfassung der Projektdaten/Antragsstellung und Berichterstattung sowie für die Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel bindet weiterhin einen großen Anteil der Arbeitszeit der Koordinator/innen. Durchschnittlich verwenden sie 19% ihrer Arbeitszeit für die Beratung der Projektträger, 13% für Erfassung der Projektdaten/Antragsstellung und Berichterstattung, 12% für die Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel. Für die Vorbereitung und Begleitung der Arbeit des lokalen Begleitausschusses bringen die Koordinator/innen durchschnittlich 9% ihrer Arbeitszeit und für die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Steuerung der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans jeweils 8% auf.⁵⁰

Da aber gegenüber der letzten Befragung die Werte für alle Tätigkeitsbereiche, für die mehr Arbeitszeit benötigt wird, rückläufig sind, kann davon ausgegangen werden, dass nunmehr Kernbereiche besser identifiziert werden können. Dennoch bleiben die Tätigkeitsbereiche Öffentlichkeitsarbeit (52%) und Beratung der Projektträger (52%) die zentralen Aufgaben, für die sich die Koordinator/innen mehr Zeit wünschen würden.⁵¹ Ein ähnliches Bild ergaben auch die Interviews mit den Koordinator/innen im Sommer 2009. Hier wurde deutlich, dass sich zum einen zwar Routinen eingestellt haben, die zu einer Entlastung führen, zum anderen der Lokale Aktionsplan immer wieder neue Herausforderungen bereithält. Das können höhere Anforderungen an die inhaltliche Arbeit, z.B. die Strategieentwicklung, sein oder das Bemühen um eine nachhaltige Verankerung der geschaffenen Strukturen oder Veränderungen in den Verhältnissen und Konstellationen vor Ort.

„Es hat in einigen Bereichen sich eine gewisse Routine herausgebildet, ganz klar, weil man genauer weiß, wie es geht. Es haben sich aber auch im Verlauf immer wieder neue Aufgabenfelder herausgestellt ... das ist aber insgesamt mit dem Programm ja auch stärker aufgekommen, der gesamte Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, wo ja auch die entsprechenden Hinweise von der Bundesprogrammverwaltung etwas später kamen ... Ja, und jetzt in Kürze fängt es dann wieder an, die Vorbereitung und die Gespräche mit interessierten Projektträgern zu führen, wo sich auch eine gewisse Routine in der Beratungsaktivität eingestellt hat, da es immer wieder die gleichen Fragen gibt. ... Gleichzeitig aber auch, was immer wieder festzustellen ist, dass es neue Konstellationen gibt, so dass – auch wenn man vorher gedacht hat, man hätte schon alles einigermaßen bearbeitet – dann immer noch Situationen auftauchen, wo man dann doch noch mal gucken muss, wie geht das jetzt, wie passt das jetzt, wie kann man das so vorbereiten, dass es funktionieren kann und auch mit dem Programm zusammenpasst?“ (12A_4)

48 16% (14) der Koordinator/innen geben allerdings an, dass ihr Stellenvolumen nicht definiert sei.

49 Die in 2010 erhobenen Strukturdaten beziehen sich auf das Jahr 2009. Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

50 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

51 Vgl. Tabelle 10 im Anhang

Gegenüber dem Ämternetzwerk nehmen die Koordinator/innen überwiegend Aufgaben des Informationsaustausches (90%) der Abstimmung von Zielen und Strategien des Lokalen Aktionsplans (73%) sowie organisatorische Aufgaben wahr.⁵²

Zentrale Tätigkeitsbereiche der Koordinator/innen gegenüber dem Begleitausschuss sind die Koordination und Kommunikation zwischen Mitgliedern des Begleitausschusses (z.B. Sitzungsprotokolle, Einladungen, Terminabsprachen), die Vorbereitung der Auswahl und der inhaltlichen Bewertung der Projekte sowie die Vorbereitung und Unterstützung bei der inhaltlichen Weiterentwicklung des Lokalen Aktionsplans (jeweils 78%).⁵³

Gegenüber den Projekten nehmen die Koordinator/innen hauptsächlich Aufgaben der Beratung bei der Antragstellung (93%) und der Beratung über Kooperationsmöglichkeiten mit weiteren Trägern sowie Aufgaben der fachlichen Beratung der Projekte (59%) und des Controlling der laufenden Tätigkeit (52%) wahr.⁵⁴ In den Interviews wurde z.T. benannt, dass aufgrund des Kompetenzzuwachses vieler Träger in Sachen Antragstellung die Antragsberatung zwar noch immer durchgeführt wird aber an Bedeutung verloren habe zugunsten einer stärkeren Arbeit mit den Projekten im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes, z.B. Durchführung von Netzwerktreffen etc.

„Also wenn man sich die die Projekte, die in dem Lokalen Aktionsplan von Anfang an dabei sind, ... anguckt, glaube ich, dass da schon eine erhebliche Verbesserung, auch eine qualitative Verbesserung, stattgefunden hat.“ (10B_84)

5.2.3 Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Ämternetzwerke

Die Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne (43%) verfügt über integrierte Ämternetzwerke, d.h. dass Ämtervertreter/innen im Begleitausschuss vertreten sind. 22% der Lokalen Aktionspläne verfügen über ein speziell für den Lokalen Aktionsplan gegründetes Ämternetzwerk und 18% über Ämternetzwerke, die auch andere Zuständigkeiten wahrnehmen.⁵⁵

In 92% der Ämternetzwerke ist das Jugendamt vertreten, davon in der Hälfte der Fälle durch die Amtsleitung. In 71% der Ämternetzwerke arbeiten ferner die Polizei (davon in 22% vertreten durch die Amtsleitung), in 69% das Schulamt (davon in 26% vertreten durch die Amtsleitung) und in 64% andere Ämter bzw. Funktionsträger (u.a. Ausländerbehörden/Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Kulturämter und Vertreter/innen der Justiz).⁵⁶

Der Beitrag der Ämternetzwerke für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne liegt neben der Beteiligung am Begleitausschuss insbesondere in der Eröffnung von Zugängen zu kommunalpolitischen Strukturen (73%), in der Vermittlung der spezifischen Themenstellungen der Lokalen Aktionspläne und von Informationen aus dem Begleitausschuss in die Ämter (61%) sowie der Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen (61%).⁵⁷ Das Ämternetzwerk wird insbesondere als ein strategisches Gremium genutzt, um Zugänge zu bestimmten Institutionen zu schaffen, die für die Außenwirkung und Zielgruppenerreichung des Aktionsplans von Bedeutung sind.

„Ich sage mal, mit den Hauptansprechpartnern wie Schulen oder Polizei oder Kindertagesstätten, da sind wir ja auch auf vielfältiger Ebene ständig im Austausch ... Im Rahmen der Präventionsarbeit, da nutzt man das natürlich, diese Netzwerke, die ja schon bestehen, nutzt man dann auch für diese Arbeit.“ (3B_495)

Die Interviews legen nahe, dass der Einfluss der Ämternetzwerke auf die inhaltliche Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne eher gering einzuschätzen ist. Wenn Ämtervertreter/innen

52 Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

53 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

54 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

55 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

56 Vgl. Tabelle 15 und Tabelle 16 im Anhang.

57 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

eine aktive Rolle bei der Projektauswahl einnehmen, sei es durch Empfehlungen oder durch direkte Mitarbeit im Begleitausschuss, kommt ihnen ein gestalterisches Potential zu. In Ausnahmefällen übernehmen die federführenden Ämter in Kooperation mit der Koordinierungsstelle eine exponierte Position bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Prioritätensetzung eines Lokalen Aktionsplans. Mehrfach wird allerdings berichtet, dass sich die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Problemlagen des Lokalen Aktionsplans auf die Kommunikationskultur in der Verwaltung ausgewirkt hat. Die Arbeit im Ämternetzwerk trägt dann zu einer Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen bei, die letztlich zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den jeweiligen Problemlagen führt. Entsprechend wird oftmals davon ausgegangen, dass Veränderungen, die der Lokale Aktionsplan in der Verwaltung selbst anstoßen konnte auch nach Programmende Bestand haben werden.

„Ich denke, was weiter existieren wird, sind Verantwortlichkeiten einfach für das Thema innerhalb von Verwaltung. Das hat, glaube ich, der LAP gebracht. Es gibt die Person, die für dieses Thema quasi steht innerhalb der Verwaltung. Ich finde, das ist schon ne große Form von Nachhaltigkeit. Auch ne Person, mit der man immer arbeiten kann, die man ansprechen kann.“ (19B_201)

5.2.4 Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Begleitausschüsse

Auch bei den Vorsitzenden der Begleitausschüsse kann von einer hohen personellen Kontinuität ausgegangen werden. Nur in 10 Fällen hat der Vorsitz der Begleitausschüsse seit 2009 gewechselt. Während allerdings in der Befragung 2008 noch 34% der Vorsitzenden angaben, gleichzeitig auch als Koordinator/innen tätig zu sein, sind es in der Befragung 2010 42%. Von den Begleitausschuss-Vorsitzenden sind 48% bei öffentlichen Trägern beschäftigt, 30% bei freien Trägern, 2% in der Privatwirtschaft und 10% sind institutionell nicht angebunden.⁵⁸ 31% der Vorsitzenden sind ehrenamtlich tätig, 30% werden von ihren Arbeitsgebern für die Tätigkeit freigestellt. Eine Aufwandsentschädigung erhalten lediglich 3% der Vorsitzenden. Die Mehrzahl (46%) der Befragten wendet monatlich 1-5 Stunden für ihre Tätigkeit auf. 33% benötigen monatlich 6 bis 10 Stunden.⁵⁹

In der Besetzung der Begleitausschüsse zeigt sich ebenfalls eine hohe Kontinuität. Der durchschnittliche Anteil von Frauen (46%), Jugendlichen (9%) sowie Ämtern im Begleitausschuss ist relativ konstant. Der Anteil der Ämter an den Mitgliedern der Begleitausschüsse liegt durchschnittlich bei 27%. Allerdings gibt es eine große Spannweite von einem Anteil von 0% bis hin zu einem Anteil von maximal 58% in jeweils zwei Begleitausschüssen.

Die Begleitausschüsse haben weiterhin durchschnittlich 16 Mitglieder. Offensichtlich konnten die Begleitausschüsse aber neue Akteure in ihren Reihen gewinnen, denn die Zahl der Begleitausschüsse, die weniger als 10 Mitglieder haben, sinkt um mehr als die Hälfte.

In den Begleitausschüssen ist in der Regel eine breite Palette von Vereinen, Verbänden und Organisationen vertreten. Bei den im Begleitausschuss vertretenen Organisationen zeigen sich leichte Verschiebungen: Die am häufigsten im Begleitausschuss vertretenen Funktionsträger/Organisationen sind die Politik (77%), Kirchen und religiöse Gemeinschaften (73%) sowie Jugendverbände (59%) und Träger der Jugendhilfe ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände (56%) und sonstige Vereine (56%). Organe der Jugendvertretung sind in der aktuellen Befragung häufiger Mitglied im Begleitausschuss (46%), dafür nimmt der Anteil der Wirtschaftsvertreter/innen von 29% auf 14% ab.⁶⁰

8% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse geben an, dass in ihrem Begleitausschuss keine Träger von geförderten Projekten vertreten sind. 73% (66) geben an, dass weniger als die Hälfte

58 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

59 Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

60 Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

der geförderten Projekte, 16% (14) mehr als die Hälfte und in 3% (3) alle geförderten Projekte durch ihre Träger vertreten sind.

Das Jugendamt (89%), das Schulamt (54%) und die polizeilichen Behörden (54%) sind weiterhin die häufigsten im Begleitausschuss vertretenen Ämter bzw. staatlichen Funktionsbereiche. Integrationsbeauftragte/Migrationsdienste rücken allerdings auf die Stelle der zweithäufigsten vertretenen Ämter auf (58%).⁶¹ An der Arbeit des Begleitausschusses beteiligen sich als ranghöchste Vertreter/innen aus der Verwaltung in 30% der Lokalen Aktionspläne Bürgermeister/innen oder Dezernent/innen und in 28% der Lokalen Aktionspläne Amtsleiter/innen oder Fachdienstleiter/innen. Als ranghöchste Vertreter/innen aus der Politik beteiligen sich in 69% der Begleitausschüsse Vertreter/innen aus parlamentarischen Gremien der Gemeinde/des Landkreises.⁶²

Die Anzahl der Begleitausschüsse, an denen Vertreter/innen der Verwaltung in Funktion einer Vertretung der Ämternetzwerke teilnehmen, nimmt zu (80%). Neben diesen sind insbesondere Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus (61%) und Netzwerke von spezifischen Akteursgruppen/Runder Tische vertreten (55%).⁶³

49% (44) der befragten Vorsitzenden geben an, dass zusätzliche Akteure hinzukommen sollten. In der Mehrzahl sind diese Akteure Jugendliche (55%), Wirtschaft- und Unternehmensvertreter/innen (46%) sowie Medienvertreter/innen (34%).⁶⁴

Die Begleitausschüsse verwenden einen Großteil ihrer Arbeitszeit für die Auswahl von Projekten (durchschnittlich 34% der Arbeitszeit) und deren Begleitung (durchschnittlich 13% der Arbeitszeit). Durchschnittlich 11% der Arbeitszeit auf die inhaltliche Beratung und Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans.⁶⁵ Für das Förderjahr 2009 sind pro Lokalem Aktionsplan durchschnittlich 21 Projektanträge eingegangen. Hier lag die Maximalnennung bei 54 Anträgen. In allen Lokalen Aktionsplänen gingen nach Angabe der Vorsitzenden der Begleitausschüsse insgesamt 1.878 Projektanträge ein, 1.368 wurden genehmigt. Nach Angabe der Koordinator/innen wurden 1.336 auch durchgeführt.

Von den eingegangenen Projektanträgen wurde von 83% der Begleitausschüsse mindestens jeder zweite auch genehmigt, in einigen Regionen war die Chance sogar noch deutlich höher. So wurden in 58% der Fördergebiete mehr als 75% aller Anträge genehmigt, in weiteren 26% mehr als 75%. Im Durchschnitt wurden pro Lokalem Aktionsplan 15 Projekte genehmigt.

Aus den Interviews geht hervor, dass die Lokalen Aktionspläne unterschiedliche Modelle der Projektförderung entwickelt haben. So fördern manche Aktionspläne eher eine übersichtliche Zahl von Projekten, die aufeinander aufbauen, und ziehen es vor, mit den gleichen Trägern zusammenzuarbeiten; andere hingegen legen Wert auf eine hohe Zahl an Projekten, um viele Ziele möglichst umfassen abzudecken und so viele Träger, Initiativen etc. wie möglich einzubinden.

„Also diese vielen kleinen Puzzle sollen ja alles kleinteilige Projekte werden und nicht so riesengroße. Das ist, glaube ich, der Hauptgewinn. Die werden unserem Gebiet gerecht, die entsprechen also unserer Siedlungsstruktur, unseren Möglichkeiten. Und zeigen aber auf der anderen Seite auch, mit welcher Vielfalt auch so ganz dünn besiedelte ländliche Räume eigentlich aufwarten können.“ (11B_47)

Hinsichtlich des Entscheidungsverfahrens zur Projektförderung berichten nahezu alle der von der qualitativen WB befragten Aktionspläne, dass sich die Begleitausschüsse nach einer ersten Findungsphase⁶⁶ zunehmend professionalisiert haben. Um das Entscheidungsverfahren effektiver zu

61 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

62 Vgl. Tabelle 20 und Tabelle 21 im Anhang.

63 Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

64 Vgl. Tabelle 25 und Tabelle 26 im Anhang.

65 Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

66 Vgl. ISS/Camino 2008, S. 79.

gestalten, wurden vielfach Methoden entwickelt, wie Kriterienkataloge, vereinfachte Formblätter für eine Vorbewertung oder dem Begleitausschuss vorgeschaltete Arbeitsgruppen, die eine Vorauswahl der Projektanträge treffen. Aus diversen Begleitausschüssen wird berichtet, dass die heterogene Zusammensetzung des Ausschusses die Auseinandersetzung sehr befruchtet habe und sich eine differenzierte Sicht auf die Problemlagen in der Region entwickelt habe: „Von der Feuerwehr bis über die Kirche“ habe sich durch den inhaltlichen Austausch „eine breite Fachlichkeit“ gebildet, beschreibt etwa ein Koordinator die Entwicklung des Begleitausschusses (12B_5).

An der Auswahl der Projekte waren neben dem Begleitausschuss insbesondere die/der Koordinator/in (64%), das federführende Amt (39%) sowie das Ämternetzwerk (29%) beteiligt.⁶⁷ Nach Angabe der Koordinator/innen sind im Förderjahr 2010 in 84% der Lokalen Aktionspläne auch Projekte von neuen, bislang nicht durch das Bundesprogramm geförderten Trägern hinzugekommen. 50% der Koordinator/innen geben ferner an, dass es Träger vor Ort gab, die aufgrund des komplexen Antragsverfahrens Abstand von einer Beteiligung am Lokalen Aktionsplan genommen haben. Von diesen waren 49% kleine Initiativen und Vereine.⁶⁸

39% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse geben an, dass es Aufgabenbereiche gibt, die der Begleitausschuss nicht ausreichend erfüllen konnte. Diese Aufgabenbereiche sind insbesondere die Entwicklung eigener Aktivitäten (54%), die Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort (49%) sowie die Begleitung bzw. Beratung von Projekten (34%).⁶⁹ Trotz der o.g. Einschätzung geben an 71% der befragten Vorsitzenden an, dass der Begleitausschuss auch aktiv weitere themenspezifische Aktivitäten vor Ort umgesetzt hat. 72% der Vorsitzenden benennen hierbei die Teilnahme an der initiative „Orte der Vielfalt“, 64% benennen Impulse für die Weiterentwicklung der Jugendförderung/Jugendarbeit und 58% Aktionen gegen Rechtsextremismus.⁷⁰

In den Interviews zeigte sich, dass die Diskussionen in der Mehrheit der Begleitausschüsse ein besseres inhaltliches Niveau erreicht haben. Über die Auseinandersetzung mit den Projektanträgen hinaus befassen sich die Ausschüsse zunehmend mit den Zielen und Wirkungen hinsichtlich der Problemlagen in der Region.

„Ein stabiles Gremium hat sich da entwickelt mit den Begleitausschüssen. Neben der reinen Projektbewilligung wird sich auch mehr inhaltlich engagiert. Also ich merke das daran, dass auf der Sitzung oder an den Treffen – sind ja nicht nur Bewilligungstreffen – viel mehr inhaltlich diskutiert wird.“ (18A_205)

Etwa ein Viertel der in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne gaben an, dass sich der Begleitausschuss zunehmend als ein politischer Akteur gegen Rechtsextremismus etabliert hat. Beispiele hierfür sind das Engagement gegen Demonstrationen der NPD oder gegen einen Thor-Steinar-Laden, bei denen Begleitausschüsse Mobilisierungsarbeit geleistet haben oder im Kreis-tag auf Reaktionen der demokratischen Parteien hingewirkt haben.

„Das ist auf jeden Fall so, wenn man jetzt weiter arbeiten würde mit dem Gremium, dass man vielfach auch diese Kriseninterventionen [leistet], die auch daraus resultiert, dass die rechte Szene ja nun auch wach ist, auch im Landkreis.“ (15_88)

61% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse machen die Aussage, dass sie ausreichend Zeit für die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans gefunden haben. An der Fortschreibung waren eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure beteiligt, zuvorderst Vereine (94%), die Jugendämter (91%), politische Vertreter/innen (90%), Träger der Jugend- und Sozialarbeit (87%), die Polizei (81%) und Schulen (74%).⁷¹

67 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

68 Vgl. Tabelle 34 und 35 im Anhang.

69 Vgl. Tabelle 28 im Anhang.

70 Vgl. Tabelle 29 und Tabelle 30 im Anhang.

71 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

78% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse und 70% der Koordinator/innen haben bereits Schritte eingeleitet, um eine Fortführung ihrer integrierten lokalen Handlungsstrategie im Anschluss an die Programmförderung zu ermöglichen. Als konkrete Schritte werden vorrangig benannt:

- die Erwirkung von politischen Beschlüssen, die die Ziele des Programms aufgreifen,
- die Sicherung bestehender Strukturen (Personalstellenanteile der Koordinator/innen und Begleitausschuss sowie Projekte) durch Erschließung lokaler und landesweiter Finanzquellen,
- die Überführung der Arbeit der Begleitausschüsse in andere bestehende Gremien bzw. regionalisierte Teilgremien,
- die Fortbildung und Qualifizierung von Personal,
- die Überführung der Projektansätze in die Arbeit bestehender Trägerstrukturen (u.a. auch Schule),
- die Festschreibung der Ziele des Programms in Konzepte der Jugendförderung,
- die Überführung der Ziele des Programms in bestehende andere Landesprogramme,
- die Formulierung von Empfehlungen für Entscheidungsgremien und gezielte Ansprache und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern,
- die gezielte Beschäftigung mit der Sicherung von Nachhaltigkeit im Begleitausschuss oder AGs sowie
- die Formulierung von Kooperationsvereinbarungen mit beteiligten Akteuren des Begleitausschuss

Hindernisse sehen hierbei die Koordinator/innen und Vorsitzenden des Begleitausschüsse vor allem in den fehlenden finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen aber in Einzelfällen auch im begrenzten politischen Willen sowie in dem hohen Arbeitsaufwand, die die Umsetzung von Lokalen Aktionen bedeutet, und der begrenzten weiteren Belastbarkeit der beteiligten Akteure wenn zentrale Unterstützungsleistungen wegfallen sollten.

70% der Koordinator/innen geben an, dass es gelungen ist, Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte zu integrieren. Vorrangig gelang dies in Konzepte der Jugendhilfe- bzw. Sozialplanung (68%), in Konzepte der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendpläne bzw. der Jugendpflege (49%) und in Integrationskonzepte (44%).⁷²

5.2.5 Ansiedlung und Arbeitsansätze der Projekte

Auch bei den Projekten zeigt sich im Vergleich zur Befragung in 2008 eine hohe Kontinuität. Die Mehrzahl von Projekten (32%) wird von freien Trägern ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände sowie Vereinen (25%) durchgeführt.⁷³

In den Projekten sind 97 hauptamtliche über den Lokalen Aktionsplan finanzierte Mitarbeiter/innen und 182 hauptamtliche nicht über den Lokalen Aktionsplan finanzierte Mitarbeiter/innen tätig. Damit werden durchschnittlich 0,61 Stellen aus dem Bundesprogramm finanziert und stehen in den Projekten zusätzlich durchschnittlich 1,15 Stellen zur Verfügung, die nicht über das Bundesprogramm gefördert sind. In 73% der Projekte kommen zusätzlich ehrenamtlich Tätige hinzu.⁷⁴

Demokratie- und Toleranzerziehung bleibt der zentrale Programmschwerpunkt, dem sich die Projekte zuordnen (37%). 18% der Projekte ordnen sich dem Schwerpunkt interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung und 14% dem Schwerpunkt Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft zu.⁷⁵ Die Bekämpfung rechtstextremistischer Bestrebungen junger Menschen nimmt zwar in der Projektzuordnungen zum Programmschwerpunkt ab, bleibt aber in der projektbezogenen Ausrichtung auf das Ziel „Jugendliche in ihrer Kompetenz im Umgang mit Fremdenfein-

72 Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

73 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

74 Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

75 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

dlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu stärken“ erhalten. Diese zentrale Zielsetzung benennen 25% der Projekte. Hiernach folgen mit 16% die Zielsetzung interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln, mit 15% die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und mit 13% die Zielsetzung, Orte der Begegnung zu schaffen.⁷⁶ 62% der Projekte sind gut in die Zielsetzungen des Lokalen Aktionsplans eingebettet, bei 38% sind die genannten Zielsetzungen der Projektansätze jedoch nicht nahtlos zu den Gesamtzielen des Lokalen Aktionsplans zuordenbar.⁷⁷ Dies kann durchaus auch in strategischen Entscheidungen begründet sein, so wenn Projekte deshalb gefördert werden, weil es für wichtig erachtet wird, den Träger in den Aktionsplan einzubeziehen, da er (wie z.B. die Freiwillige Feuerwehr) vor Ort eine zentrale Rolle einnimmt.

„Ja, und deswegen war dann auch die Geschichte, wir machen was mit der Feuerwehr, weil fast in jedem Dorf gibt's das. ... um dort in der Fläche auch die Leute zu erreichen mit diesen Dingen... (25B_129)

Eine andere Begründung kann darin liegen, dass der Projektansatz grundsätzlich für sehr förderwürdig befunden wird und davon ausgegangen wird, dass sein innovatives Potential sich positiv auf den Lokalen Aktionsplan auswirkt.

Kreativprojekte (22%), Begegnungsprojekte (15%) und appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals) (11%) sind die zentralen Formate der Projekte.⁷⁸ Hauptzielgruppen sind junge Menschen in strukturschwachen Regionen 34% (53) sowie zu 27% (42) Kinder und jüngere Jugendliche. Es werden hauptsächlich Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren (44%) angesprochen. Sekundäre Zielgruppen sind insbesondere Eltern, Erzieherinnen, Lehrer/innen und Pädagog/innen (34%) und zu 34% Migrant/innen.⁷⁹

Die Zahl der Teilnehmer/innen, die von den Projekten als Zielgröße genannt wird, bewegt sich zwischen unter 10 bis zu 1.500 Teilnehmer/innen. Die Mehrzahl der Projekte (25%) spricht eine Zielgruppe von 21 bis 50 Teilnehmer/innen an.⁸⁰ Nach Angaben der Projekte in den vorliegenden Anträgen wurde angestrebt, mit den 158 Maßnahmen insgesamt 27.734 Personen als Zielgruppe anzusprechen.

Die Aussagen der Koordinator/innen ergeben, dass die Ergebnisse der Projektarbeit vorrangig in den Bereichen Wissensvermittlung, Kompetenzsteigerung (insbesondere bei Jugendlichen), Steigerung der Konfliktfähigkeit und der interkulturellen Kompetenz sowie Erhöhung des Selbstwertgefühls liegen. Weitere Ergebnisse auf übergeordneter Ebene sind die Erweiterung der Angebotspalette vor Ort und die Erhöhung der Trägerkompetenz und der Projektqualität.

In allen Lokalen Aktionsplänen gingen nach Angabe der Vorsitzenden der Begleitausschüsse insgesamt 1.878 Projektanträge ein, 1.368 wurden genehmigt. Nach Angabe der Koordinator/innen wurden 1.336 auch durchgeführt. Nach Angabe der Koordinator/innen wurden 42% der im Jahr 2009 geförderten Projekte (559) auch im Förderjahr 2010 fortgesetzt. 58% (322) von diesen Projekten wurden weiterhin im Rahmen des Lokalen Aktionsplans weitergefördert, weitere 13% (70) durch eine Mischfinanzierung, die u.a. Mittel des Lokalen Aktionsplans einschließt. 11% (60) der Projekte wurden in eine kommunale Förderung überführt, 10% (55 Projekte) sicherten ihren Fortbestand durch eine Mischfinanzierung und weitere 9% (49 Projekte) durch Drittmittel. Damit konnten 30% der fortgesetzten Projekte eine Finanzierung durch programmexterne Quel-

76 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

77 Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

78 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

79 Vgl. Tabellen 52 bis 54 im Anhang.

80 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

len erschließen, ihr Anteil an allen durch den Lokalen Aktionsplan geförderten Projekten beträgt 12%.⁸¹

Lediglich 32% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse bestätigen die Frage, dass sie dazu beitragen konnten, dass erfolgreiche Projekte des Lokalen Aktionsplans in die Regelförderung übernommen werden. Gelang die Überführung, dann wurden die Themenschwerpunkte in anderen professionellen Kontexten (z.B. Schulen) übernommen (72%) (21 Projekte), fanden die Projektthemen Berücksichtigung bei der Jugendhilfeplanung (66%) (19 Projekte) bzw. gelang die Akquise von zeitlich befristeten Fördermitteln (55%) (16 Projekte).

Die qualitative WB kommt zu dem Ergebnis, dass in mehreren Lokalen Aktionsplänen Planungen bestehen, einzelne Projekte fortzuführen. Wenn Projektideen ein hohes Innovationspotential aufweisen, sind in Einzelfällen Ansätze vorhanden, sie in die Regelförderung zu übernehmen.⁸²

5.2.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

Insgesamt zeichnet sich das Bild ab, dass die Zielsetzung der Wissensvermittlung, die zu Beginn des Programms stark im Vordergrund stand, zugunsten eines breiten Repertoires an Mittlerzielen in den Hintergrund getreten ist. Mit den Lokalen Aktionsplänen werden gleichermaßen die Ziele verfolgt, zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung zu schaffen und Netzwerke zu erweitern und zu stabilisieren. Damit werden sowohl subjektorientierte Lernarrangements als auch kollektive Handlungsansätze gefördert. Die Kopplung demokratischer Zielsettings mit der Zielsetzung einer Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen erweist sich fortdauernd als tragfähig für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne.

Im Vergleich zur Erhebung der Strukturdaten in 2008 ergeben sich keine relevanten strukturellen Veränderungen bei den Koordinierungsstellen. Die Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne haben zusätzliche externe Koordinierungsstellen, vorwiegend bei Vereinen, eingerichtet. Die internen Koordinierungsstellen sind in der überwiegenden Mehrzahl bei Ämtern für Jugend und/oder Soziales/Familie/Sport angesiedelt. Es kann von einer hohen personellen Kontinuität bei den Koordinierungsstellen ausgegangen werden. Während in der Befragung 2008 die Hälfte der Koordinator/innen, die bei internen Koordinierungsstellen angesiedelt waren, ihr Arbeitszeitvolumen für ausreichend hielten, sind es bei der Befragung von 2010 nur noch ein gutes Drittel. Der reale Zeitaufwand für die Erfassung der Projektdaten/Antragsstellung und Berichterstattung sowie für die Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel nimmt einen vorrangigeren Stellenwert gegenüber anderen Tätigkeiten ein als in der Befragung 2008. Da aber gegenüber der letzten Befragung die Werte für alle Tätigkeitsbereiche, für die mehr Arbeitszeit benötigt wird, rückläufig sind, kann davon ausgegangen werden, dass nunmehr Kernbereiche besser identifiziert werden können. Dennoch bleiben die Tätigkeitsbereiche Öffentlichkeitsarbeit und Beratung der Projektträger die zentralen Aufgaben, für die sich die Koordinator/innen mehr Zeit wünschen würden.

Die Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne verfügt über integrierte Ämternetzwerke, d.h. dass Ämtervertreter/innen im Begleitausschuss vertreten sind. Es kommen ferner speziell für den Lokalen Aktionsplan gegründete Ämternetzwerke und Ämternetzwerke, die auch andere Zuständigkeiten wahrnehmen, vor. In nahezu allen Ämternetzwerken ist das Jugendamt vertreten, davon in der Hälfte der Fälle durch die Amtsleitung. Ferner arbeiten in diesen oftmals auch die Polizei, das Schulamt und u.a. Ausländerbehörden/Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Kulturämter und Vertreter/innen der Justiz zusammen.

Der Beitrag der Ämternetzwerke für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne liegt neben der Beteiligung am Begleitausschuss insbesondere in der Eröffnung von Zugängen zu kommunalpoli-

81 Vgl. Tabelle 63 und Tabelle 64 im Anhang.

82 Vgl. hierzu Kapitel 5.4.1.2. in diesem Bericht.

tischen Strukturen, in der Vermittlung der spezifischen Themenstellungen der Lokalen Aktionspläne und von Informationen aus dem Begleitausschuss in die Ämter sowie in der Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen.

Auch bei den Vorsitzenden der Begleitausschüsse kann von einer hohen personellen Kontinuität ausgegangen werden. Nur in wenigen Fällen hat der Vorsitz der Begleitausschüsse gewechselt. Im Vergleich zur Befragung in 2008 geben mehr Vorsitzende der Begleitausschüsse an, gleichzeitig auch als Koordinator/innen tätig zu sein. In der Besetzung der Begleitausschüsse zeigt sich ebenfalls eine hohe Kontinuität. Der Anteil von Frauen, Jugendlichen sowie Ämtern im Begleitausschuss ist relativ konstant. Offensichtlich konnten die Begleitausschüsse neue Akteure in ihren Reihen gewinnen, denn die Zahl der Begleitausschüsse, die weniger als 10 Mitglieder haben, sinkt um mehr als die Hälfte. Bei den im Begleitausschuss vertretenen Organisationen zeigen sich leichte Verschiebungen: Die am häufigsten im Begleitausschuss vertretenen Funktionsträger/Organisationen sind die Politik, Kirchen und religiöse Gemeinschaften sowie Jugendverbände und Träger der Jugendhilfe. Organe der Jugendvertretung sind in der aktuellen Befragung häufiger Mitglied im Begleitausschuss, dafür nimmt der Anteil der Wirtschaftsvertreter/innen ab. Das Jugendamt, das Schulamt und die polizeilichen Behörden sind die häufigsten im Begleitausschuss vertretenen Ämter bzw. staatlichen Funktionsbereiche. Integrationsbeauftragte/Migrationsdienste rücken auf die Stelle der zweithäufigsten vertretenen Ämter auf. Der Anteil an Begleitausschüssen, an denen die Ämternetzwerke teilnehmen, nimmt zu. Neben diesen sind insbesondere Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Netzwerke von spezifischen Akteursgruppen/Runder Tische vertreten. An der Arbeit des Begleitausschusses beteiligen sich als ranghöchste Vertreter/innen aus der Verwaltung in etwa jeweils ein Drittel Bürgermeister/innen oder Dezernent/innen und Amtsleiter/innen oder Fachdienstleiter/innen. Als ranghöchste Vertreter/innen aus der Politik beteiligen sich in knapp zwei Dritteln der Begleitausschüsse Vertreter/innen aus parlamentarischen Gremien der Gemeinde/des Landkreises.

Die Begleitausschüsse verwenden einen Großteil ihrer Arbeitszeit für die Auswahl von Projekten und deren Begleitung. An der Auswahl der Projekte waren neben dem Begleitausschuss insbesondere der/die Koordinator/in, das federführende Amt sowie das Ämternetzwerk beteiligt. Mehr Zeit würden sie für die Umsetzung eigener Aktivitäten benötigen.

Die Mehrzahl der Vorsitzenden der Begleitausschüsse macht die Aussage, dass ausreichend Zeit für die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans gefunden werden konnte. An der Fortschreibung waren eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure beteiligt, zuvorderst Vereine, die Jugendämter, politische Vertreter/innen, Träger der Jugend- und Sozialarbeit, die Polizei und Schulen.

Die Begleitausschüsse haben ferner auch eigenständig weitere themenspezifische Aktivitäten vor Ort umgesetzt. Die Teilnahme an der Initiative „Orte der Vielfalt“, die Impulssetzung für die Weiterentwicklung der Jugendförderung/Jugendarbeit und Aktionen gegen Rechtsextremismus sind u.a. solche Aktivitäten.

Auch bei den Projekten zeigt sich im Vergleich zur Befragung in 2008 eine hohe Kontinuität. Die Mehrzahl von Projekten wird von freien Trägern ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände sowie Vereinen durchgeführt. Demokratie- und Toleranzerziehung bleibt der zentrale Programmschwerpunkt, dem sich die Projekte zuordnen. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Menschen nimmt zwar in der Projektzuordnungen zum Programmschwerpunkt ab, bleibt aber in der projektbezogenen Ausrichtung auf das Ziel „Jugendliche in ihrer Kompetenz im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu stärken“ erhalten. Kreativprojekte, Begegnungsprojekte und appellative Einzelansprachen sind die zentralen Formate der Projekte. Hauptzielgruppen sind junge Menschen in strukturschwachen Regionen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren, sekundäre Zielgruppen sind insbesondere Eltern, Erzie-

her/innen, Lehrer/innen und Pädagog/innen. Für ein gutes Drittel der Projekte lässt sich keine nahtlose Passung der anvisierten Zielsetzungen in die Gesamtzielsetzungen der Lokalen Aktionspläne feststellen. Hierzu ist zu ergänzen, dass es eine begründbare strategische Entscheidung sein kann, Projekte zu fördern, die sich nicht nahtlos in die Zielsetzung des Lokalen Aktionsplans einordnen.

Knapp die Hälfte der im Jahr 2009 durch die Lokalen Aktionspläne geförderten Projekte konnte auch im Jahr 2010 weitergeführt werden, der Großteil von diesen mit Mitteln des Lokalen Aktionsplans bzw. Mischfinanzierungen, etwa ein Drittel mit externen Finanzmitteln. Der Anteil der fremdfinanziert fortgesetzten Projekte an allen Projekten des vorangegangenen Förderjahrs beträgt ein gutes Zehntel.

Die Überführung in eine Regelförderung gelingt dann, wenn Themenschwerpunkte in anderen professionellen Kontexten (z.B. Schulen) übernommen werden, die Projektthemen Berücksichtigung bei der Jugendhilfeplanung finden bzw. die Akquise von zeitlich befristeten Fördermitteln gelingt.

5.3 Einflussfaktoren auf die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne sowie auf die Entwicklung integrierter lokaler Handlungsstrategien

5.3.1 Vorbemerkungen

Ziel dieses Kapitels ist es, Faktoren zu benennen, die einen Einfluss auf die Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans haben. Dabei werden hier als Faktoren jene stabilen oder wiederkehrenden Merkmale bezeichnet, die für das Handeln der Akteure und/oder den Verlauf von Prozessen relevant sind. Insofern sind Faktoren ausdrücklich von Ereignissen abzugrenzen, die als singuläre Vorfälle ein „Vorher“ und ein „Nachher“ haben und nicht über eine Zeit fortbestehen.⁸³ Durch ihre zeitliche Stabilität schließen Faktoren am soziologischen Strukturbegriff an – rahmen also nicht nur Handeln und Prozesse, sondern können durch Handeln und Prozesse wiederum selbst verändert werden.⁸⁴ Beide Aspekte verleihen ihnen Steuerungsrelevanz: Sowohl durch das Schaffen oder das Unwirksam-Machen als auch durch die Veränderung von Faktoren kann die Form der Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen und damit auch der erreichten Ergebnisse und der angestoßenen Prozesse beeinflusst werden, die wiederum eine Rückwirkung auf die Faktoren bzw. auf deren Einflusspotential haben. Gewiss können Lokale Aktionspläne nicht wie „triviale Maschinen“ allein durch die mechanische Betätigung isolierter „Stellschrauben“ in produktive Entwicklungsbahnen gelenkt werden. Dennoch geht es auch um Ansatzpunkte zur wissenschaftlichen strategischen Intervention, wozu die Bestimmung relevanter Gelingensfaktoren eine Grundlage bietet, die mit Blick auf unterschiedliche Kontexte und Entwicklungsphasen weiter differenziert werden kann.⁸⁵

Nachdem 2009 jene Faktoren beschrieben wurden, die aus der Perspektive der unterschiedlichen an der Umsetzung eines Aktionsplans beteiligten Akteure – also auf der Handlungsebene – relevant sind, gilt es nun, in einem nächsten Schritt zu prüfen, von welchen Faktoren Prozesse

83 Luhmann 2000, S. 45.

84 Zum Strukturbegriff zusammenfassend Karliczek 2007, S. 20 ff.

85 Vgl. hierzu bereits ISS/Camino 2009, S. 76. In systemischem Vokabular lässt sich dieser Aspekt so formulieren, dass es darauf ankommt, „Konzeptionen politischer Intervention (politischer Aktivität) zu schaffen, welche zwei komplementäre Ziele verfolgen: eine Entlastung der Politik von Detailaufgaben der Regulierung gesellschaftlicher Bereiche einerseits und andererseits die Fähigkeit der Politik zu strategischer Intervention in Bereichen, in denen es um genuine Aufgaben der Herstellung und Sicherung kollektiver Güter geht“ (Willke 2005: 241). Strukturelle Programmvorgaben werden allerdings durch eine lokale „Logik der Praxis“ (Bourdieu) gebrochen und umgesetzt. Mit Blick auf Einflussfaktoren sind daher nicht nur die konzeptionellen Vorgaben und strukturellen Arrangements, sondern auch deren pragmatische Übersetzung zentral zu berücksichtigen. Vgl. zu einer feld- und praxistheoretischen Perspektive allgemein und dort sehr grundsätzlich zu Wirkungsfragen sozialpädagogischer Intervention und Evaluation (Neumann 2008: 259-278).

der Zielerreichung und Prozesse der Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie beeinflusst werden. Hierfür wurden analytische Verfahren genutzt, die die Ausprägung der Zielerreichungs- und Entwicklungsprozesse zum Auftreten unterschiedlicher Faktoren ins Verhältnis setzen.

Im Bereich der Zielerreichung wurde dies durch eine vergleichende statistische Analyse realisiert. Die Bewertung, inwieweit die übergeordneten Zieldimensionen⁸⁶ erreicht wurden, wurde in einem Zielerreichungsindex zusammengefasst. Dieser wurde auf seine Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren überprüft. Faktoren, die im Vergleich zu anderen einen höheren Zusammenhang zur Ausprägung der Zielerreichung aufwiesen, wurden als relevant für die Zielerreichung identifiziert und näher betrachtet (vgl. 5.3.2).

Im Sinne einer prozessbegleitenden Evaluation mit responsiven Elementen⁸⁷ wurde die Beobachtung aufgegriffen, dass die Aktionspläne unter sehr unterschiedlichen Bedingungen starteten und damit auch unterschiedliche Entwicklungsverläufe haben. Um einerseits das Ausgangsniveau zu definieren, andererseits der Dynamik der Lokalen Aktionspläne gerecht zu werden, wurden aus den Ergebnissen der qualitativen WB Kriterien entwickelt, die auf der Basis von Fallanalysen eine Zuordnung zu bestimmten Niveaus zu unterschiedlichen Zeitpunkten erlaubten. Hierdurch war es möglich, eine Entwicklungsdynamik abzubilden und zu überprüfen, inwieweit diese von bestimmten Faktoren beeinflusst wird (vgl. 5.3.3).

Auch wenn Entwicklungsfortschritte nur dann im Rahmen des Programms bedeutsam sind, wenn sie sich in mittlerer Frist auf die Zielerreichung auswirken, sind beide Prozesse zunächst getrennt zu betrachten. Lokale Aktionspläne, die eine gute Zielerreichung aufweisen, müssen nicht zwangsläufig weitgehende Entwicklungsfortschritte vollziehen und umgekehrt. Die Untersuchung macht auch deutlich, dass für die jeweiligen Prozessebenen unterschiedliche Faktoren von Bedeutung sind: Während für die Zielerreichung insbesondere Faktoren relevant sind, die sich auf die Art und Weise der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans beziehen, kann man das Fortschreiten der Entwicklungen eines Aktionsplans mit seinem strukturellen Aufbau in Beziehung setzen.

Um dem oben formulierten Anspruch gerecht zu werden, das Einflusspotential von Faktoren vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kontexte und Entwicklungsstände abzubilden, war es notwendig, beide Prozessebenen zusammenzuführen. Deutlich wurde, dass Faktoren, die für die Zielerreichung relevant sind, zugleich wichtige Kriterien beschreiben, anhand derer die Lokalen Aktionspläne einem bestimmten Entwicklungsniveau zugeordnet werden können, und dass hier zirkuläre Zusammenhänge feststellbar sind (vgl. 5.3.4). So weisen Lokale Aktionspläne, ein höheres Entwicklungsniveau auf, die über eine gute Vernetzung verfügen und sich intensiv um eine Strategieentwicklung bemühen, um nur ein Beispiel zu nennen. Dies bedeutet letztlich, dass Aktionspläne, die in ihrer Entwicklung auf einem hohen Niveau starteten bzw. weit fortgeschritten sind, in Bezug auf die Faktoren, die die Zielerreichung beeinflussen, einen Vorteil aufweisen. Insofern verwundert es auch nicht, dass die Zielerreichung hier überwiegend erfolgreicher war als bei Aktionsplänen, die auf einem niedrigeren Entwicklungsniveau starteten.

5.3.2 Relevante Einflussfaktoren für die Zielerreichung Lokaler Aktionspläne

5.3.2.1 Vorgehensweise

Die Bestimmung von für die Zielerreichung der Lokalen Aktionsplänen relevanten Faktoren steht neben der Darstellung der Strukturen der Lokalen Aktionsplänen und der Bilanzierung des Standes ihrer Zielerreichung im Mittelpunkt der WB. Während die Beschreibung von Struktur und Auf-

86 Vgl. ISS/Camino 2009, S. 36 ff.

87 Vgl. Kapitel 4.1 in diesem Bericht.

bau von Lokalen Aktionspläne auf der Grundlage mehr oder minder objektiver Daten entlang gegebener Kriterien vorgenommen werden kann, geht die Entwicklung von Maßstäben, worin im Einzelnen die Ziele Lokaler Aktionspläne bestehen und woran Erfolg in der Zielerreichung zu messen ist, der Bestimmung von für die Zielerreichung relevanten Faktoren systematisch voraus und ist bereits in vorangegangenen Phasen der wissenschaftlichen Begleitung ausführlich dargestellt worden.

Um den kontrovers diskutierten methodischen Herausforderungen wirkungsorientierter Evaluation von politischen Programmen⁸⁸ gerecht zu werden und möglichst belastbare Ergebnisse zu finden, hat die WB der Lokalen Aktionspläne zum Einen sowohl qualitative wie quantitative Methoden eingesetzt. Zum Andere hat die quantitative Analyse, die aufgrund einer umfassenden Vollerhebung in allen 90 Lokalen Aktionsplänen die Prüfung der Generalisierbarkeit von Hypothesen und Annahmen im Rahmen des Gesamtprogramms erlaubt, zudem die Bewertung der für die Zielerreichung relevanten Faktoren in unterschiedlichen und komplementären Untersuchungsschritten verfolgt.

Vor allem zwei Aspekte sind hervorzuheben. 1) Die Einflussfaktoren wurden im Rahmen von Expertenworkshops und fachlichen Überlegungen als umfassende und geschlossene Liste, gewissermaßen im Sinne einer „Programmtheorie“, generiert und im Zuge von verschiedenen Befragungswellen sowohl in Hinblick auf ihre Relevanz wie auch in Hinblick auf ihre förderlichen oder hinderlichen Effekte den Befragten zur Validierung und Bewertung vorgelegt.⁸⁹ 2) Komplementär wurden auf der Grundlage zentraler Programmdokumente programmimmanente Ziele bestimmt und in Form einer Zielmatrix mit insgesamt acht Dimensionen systematisiert.⁹⁰ Zu jeder dieser Zieldimensionen sind in einer ersten Runde zunächst spezifische ‚objektive‘ Indikatoren gebildet und erhoben worden.⁹¹ Anschließend ist eine Fragebatterie entwickelt worden, mit der die Befragten jede einzelne Zieldimension in Hinblick auf ihrer Erreichung bewerten konnten. Der so entwickelte Zielerreichungsindex, der in die folgenden Analysen eingegangen ist, setzt sich aus gesonderten Bewertungen zu neun Zieldimensionen zusammen. Es handelt sich dabei um

- die Nachhaltigkeit,
- die Öffentlichkeitsarbeit,
- die Bürgerbeteiligung,
- die Beteiligung deutungsmächtiger Akteure,
- die Kooperation zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren,
- die Stabilisierung und Erweiterung bestehender Netzwerke,
- die Schaffung neuer Netzwerke,
- den Zuwachs an Wissen über die Problemlage und
- die Umsetzung von Gender-Mainstreaming.

Jede dieser Dimensionen wurde von den Befragten auf einer fünfstufigen Skala bewertet. Aus diesen Bewertungen wurde durch Zusammenfassung ein übergreifender Summenindex für die gesamte Erreichung der durch die implizite Programmtheorie vorgesehenen Ziele berechnet.

88 Vgl. dazu bspw. die Beiträge in Lynen von /Roth 2003, Projekt exe 2006, Glaser/Schuster 2007.

89 Vgl. als Ergebnisüberblick die Grafiken in ISS/Camino 2009, S. 203-207, sowie in Triangulation mit qualitativen Befunden die Darstellung in ebd. S. 74-89.

90 Vgl. zur Ableitung dieser Ziel- und Handlungsdimensionen ISS/Camino 2009, S.25-39, als Überblick insb. S.37.

91 Vgl. zur Darstellung der in den Index eingegangen „objektiven“ Indikatoren den Anhang des 4. Kurzberichts: ISS/Camino 2009b, S. 54 f.

Es ist dieser Index, der ergänzend zur Benennung und Bewertung von Faktoren durch die Befragten die Grundlage für statistische Analysen zu relevanten Einflussfaktoren legt.⁹² Jenseits methodologischer Einzelheiten ist hervorzuheben, dass sich damit die Möglichkeit eröffnet, den Zusammenhang des Grads der Zielerreichung in den Lokalen Aktionsplänen mit bestimmten Variablen und Merkmalen zu untersuchen. In sogenannten bivariaten, also den Zusammenhang von zwei Variablen bzw. Merkmalen (Merkmal/Faktor & Grad der Zielerreichung) untersuchenden Analysen können Koeffizienten berechnet werden, die angeben, inwieweit ein bestimmtes, als Faktor angesetztes Merkmal mit Veränderungen der generellen Zielerreichung in Zusammenhang steht. Auch diese Analysen beruhen in Hinblick auf die Bewertung der Zielerreichung auf Selbstbewertungen der Befragten.⁹³ Sie ergänzen aber mit den statistischen Analysen zugleich das Darstellungsprinzip eines „account of accounts“, eines Berichts über die Berichte der Befragten, durch systematische Prüfungen ‚objektiver‘ und strukturierter Zusammenhänge zwischen bestimmten Merkmalen der Aktionspläne und deren Zielerreichung, die wiederum darauf zielen, die Angaben und die Selbstwahrnehmung der Befragten zu überprüfen und ggf. auch zu ergänzen. Nicht jeder von den Befragten als wichtig erachteter Faktor muss sich in diesen Analysen prinzipiell auch als besonders relevant erweisen und umgekehrt können sich Faktoren abzeichnen, die die Befragten selbst auf den ersten Blick gar nicht als solche wahrnehmen.

In einer ersten, univariaten und deskriptiven Annäherung lässt sich anschließend an die Befunde der Untersuchungswelle 2009 auch für 2010 zunächst überblickshaft ein Stärken-Schwächen-Profil der Lokalen Aktionspläne zeichnen. Es zeigt sich hier, dass die relativen Stärken der Lokalen Aktionspläne in denjenigen Handlungsdimensionen liegen, die sich auf Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, auf die Erweiterung und Stabilisierung bestehender und den Aufbau neuer Netzwerke sowie auf die Generierung von Wissen über lokale Problemlagen richten. Relative Schwächen, die allerdings weiterhin auf absolut gutem Niveau liegen, zeigen sich demgegenüber nach Einschätzung der Befragten in Dimensionen, die sich eher auf die Außenwirkung und das Einwirken in den kommunalen bzw. zivilgesellschaftlichen Kontext beziehen.⁹⁴ Die Bürgerbeteiligung, die Gewinnung deutungsmächtiger Akteure, die Öffentlichkeitsarbeit und -wirksamkeit sowie die Umsetzung von Prinzipien des Gender-Mainstreaming werden von den Befragten also als vergleichsweise weniger gut eingeschätzt als die Dimensionen der Vernetzung und Wissensgenerierung.⁹⁵

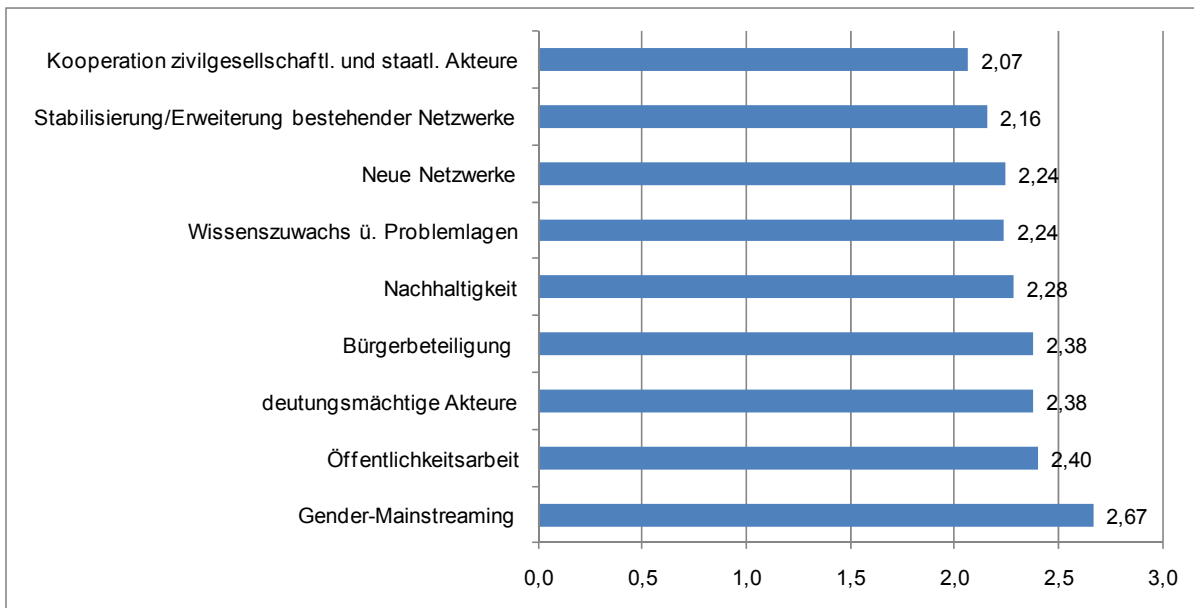
92 Da bei der Konstruktion eines die Folgeanalyse tragenden Indikators besondere Umsicht geboten ist, sind verschiedene Verfahren zur Prüfung von dessen Validität vorgenommen worden. So sind die mit dem Zielerreichungsindex generierten Befunde auch mit einem weiteren Index (MEX Maßnahmen-Evaluationsindex) überprüft worden. Hervorzuheben ist, dass bei einigen Abweichungen in Hinblick auf einzelne Variablen, die zentralen Faktorendimensionen sich nicht wesentlich unterscheiden.

93 Um mögliche Verzerrung in Abhängigkeit von den individuellen Befragten auszugleichen, sind für jeden Lokalen Aktionsplan die Angaben der Koordinierungsstellen und des Begleitausschusses miteinander verrechnet worden. Der Indexwert für jeden Lokalen Aktionsplan basiert also aus Angaben von zwei unabhängigen Befragten.

94 Zur Interpretation ist hier zu beachten, dass die Verwendung von Selbstaussagen zu verschiedenen Zieldimensionen einerseits den Boden für Bewertungen und Analysen bereitet, die den Anforderungen an wirkungsorientierte Evaluationen umfassender gerecht wird als verbreitete, mehr oder minder intuitive oder an Einzelfällen orientierte Bewertungen. Zugleich geht mit der Verwendung von Selbstaussagen aber auch eine gewisse Klumpung der Antworten in einem begrenzten Spektrum der Antwortmöglichkeiten einher. Entscheidend ist an dieser Stelle daher weniger das absolute, sich im Durchschnitt aller Lokalen Aktionspläne zwischen „gut“ und „mittel“ bewegende Antwortniveau, als vielmehr die Reihenfolge und die relativen Unterschiede der Bewertungen der jeweiligen Zieldimension.

95 Die quantitative WB hat diese Befunde zum Anlass genommen, die bereits in vorangegangenen Berichten bearbeiteten Querschnittsfragen (deutungsmächtige Akteure, Ausschöpfung des zivilgesellschaftlichen Potentials) unter der Rubrik „Außenwirkung und öffentliche Wahrnehmung“ und Heranziehung weiterer Datenquellen weiter zu verfolgen (vgl. Kapitel 5.5.).

Abbildung 3: Bewertung Zielerreichung in Handlungsdimensionen (Zusammengeführte Angaben der Koordinierungsstellen (N=90) und Begleitausschüsse (N=90), Mittelwerte der Bewertung: 1=sehr gut; 5=sehr schlecht)⁹⁶



Zur Interpretation der nachfolgend dargestellten Zusammenhänge zwischen erhobenen Faktoren und der über den Index gemessenen Zielerreichung lässt sich grundsätzlich anmerken, dass statistisch starke oder sehr starke Zusammenhänge im Datenmaterial nicht bzw. nur als schwer interpretierbaren Residualkategorien vorkommen. Für den sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich auf der Individualebene ist dies allerdings nicht unüblich, was insbesondere auf die Komplexität des sozialwissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand und der damit verbundenen, in der Regel großen Anzahl an Einflussfaktoren zurückzuführen ist.⁹⁷ Dies lässt sich auch auf den Untersuchungsgegenstand der Lokalen Aktionspläne übertragen. Analytisch interessant sind hier Zusammenhänge mit der Zielerreichung, die sich im sozialwissenschaftlichen Forschungsfeld im mittleren Bereich ansiedeln und sich damit von der Gruppe von Faktoren ohne oder mit geringem/nur sehr geringem Zusammenhang mit der Zielerreichung abheben. Gemäß der Literatur, die statistische Kenngrößen in spezifisch sozialwissenschaftlichen Verwendungskontexten darstellt, kann eine Korrelation für Koeffizienten über 0.2 als Korrelation von mittlerer Stärke angesehen werden.⁹⁸ Für das Vorgehen der quantitativen Analysen der Lokalen Aktionspläne ist somit ein Wert von 0.2 (Spearman) als Filter für die Bestimmung von für die Zielerreichung besonders einflussreichen Faktoren angesetzt worden. D.h. solche Variablen und Faktoren sind als relevant für die Zielerreichung eingeschätzt und berücksichtigt worden. Solche Faktoren oder Variablen, die einen sehr geringen oder geringen Zusammenhang ($<0,2$) zur Zielerreichung haben, finden in den weitergehenden, vertiefenden Analysen keine oder nur eine ergänzende Berücksichtigung⁹⁹.

96 Vgl. Tabelle 83 im Anhang.

97 Da aus methodischen Gründen auf die Selbstaussagen der Befragten zur Zielerreichung aufgebaut wird, ist die Streuung zudem erwartungsgemäß geringer.

98 „Zur Beurteilung der Stärke eines Zusammenhangs (...) gelten folgende Faustregeln für Korrelationen bei sozialwissenschaftlichen Datenanalysen:

Korrelationen zwischen $-0,05 \leq |r_{xy}| \leq +0,05$ sind im Allgemeinen zu vernachlässigen;

Korrelationen zwischen $0,05 < |r_{xy}| < 0,20$ gelten als gering;

Korrelationen zwischen $0,2 < |r_{xy}| < 0,5$ liegen im mittleren Bereich;

Korrelationen $|r_{xy}| > 0,5$ sind als hoch einzuschätzen, wobei Korrelationen $|r_{xy}| > 0,7$ sehr hoch sind“

(Kühnel/Krebs 2001, S. 404 f.). Vgl. etwas zurückhaltender auch Raithele 2008, S. 154 und Bühl 2008, S. 346.

99 Da an dieser Stelle in einem nutzungsorientierten und entscheidungsgesteuerten Zugang vor allem manifeste und wirk-same Faktoren identifiziert werden sollen, wurde die Darstellung instruktiver Fehlannahmen etwas zurückgefahren. Fest-

Im Fall der Projekte wurde zusätzlich die Signifikanz der Zusammenhänge betrachtet. Im Unterschied zu Untersuchung der Lokalen Aktionspläne liegt im Fall der Projekte keine Vollerhebung vor. Somit tritt die Frage der Verallgemeinerbarkeit der Stichprobenzusammenhänge auf die Grundgesamtheit – in diesem Fall alle Projekte – auf, die mittels des Signifikanzwertes beantwortet werden kann. In der Untersuchung der Projekte wurden jene Zusammenhänge, die ein Signifikanzniveau von mindestens 0,05 einhalten, als signifikant betrachtet.

5.3.2.1.1 Faktor: Priorisierung der Entwicklung einer Handlungsstrategie und deren Umsetzung durch passende Projektauswahl

Die Entwicklung und Umsetzung integrierter Handlungsstrategien im Themenfeld steht im Zentrum des Instruments der Lokalen Aktionspläne in „VIELFALT TUT GUT“. Wichtige inhaltliche Kennzeichen integrierter Strategien in „VIELFALT TUT GUT“ sind eine lokal fokussierte Problemanalyse und die daraus abgeleitete Festlegung von Schwerpunktbereichen sowie von Handlungs- und Mittlerzielen. Das zentrale Gremium für die Entwicklung und Umsetzung der lokalen Handlungsstrategie ist dabei der Begleitausschuss.

Die Umsetzung der Programmkonzeption gelingt sicherlich nicht in allen Lokalen Aktionsplänen gleichermaßen umfassend. So geben 10% der Begleitausschüsse eine sehr starke Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion an, 60% eine starke Weiterentwicklung, 25,6% etwas Weiterentwicklung und 4% kaum oder gar keine Weiterentwicklung (Angaben der Begleitausschüsse in %, N=90). Im Hinblick auf die Bestimmung zu berücksichtigender Einflussfaktoren ist allerdings bemerkenswert, dass verschiedene Faktoren, die sich auf die Strategieentwicklung und Zielumsetzung beziehen in allen drei befragten Akteursgruppen (Koordinierungsstellen, Begleitausschüsse, Projekte) relevante Zusammenhänge zur generellen Zielerreichung ergeben, die teilweise an der Spitze aller überhaupt gefundenen Werte liegen.

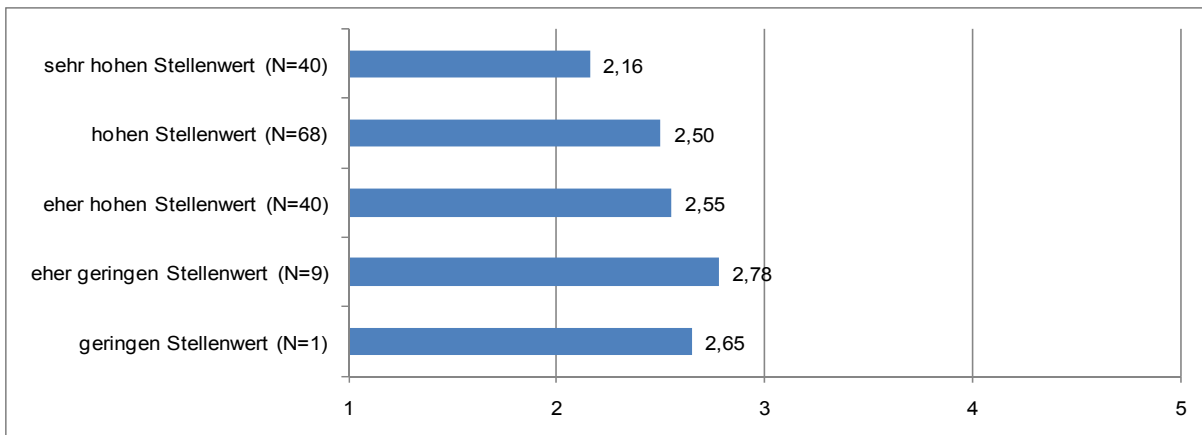
Auf der Ebene der Projekte und Einzelmaßnahmen verfestigt sich auf der Grundlage dieser Auswertungen die bereits in vorangegangenen Berichten¹⁰⁰ formulierte Einschätzung, dass die Passung der Projekte zur der Strategie des Lokalen Aktionsplans eine deutlich hervorzuhebende Größe darstellt. Projekte, die einen hohen Stellenwert der Handlungsstrategie des Lokalen Aktionsplans für die Entwicklung und Ausgestaltung des Projekts angeben, weisen in hoch signifikantem Ausmaß ($p < .01$) zugleich eine durchschnittlich höhere Zielerreichung auf (0,31). Der Umstand, dass die vorgenommene Kommunizierung von Erfahrungen und Ergebnissen der Projekte in den Begleitausschuss ebenfalls stark signifikant ($p < .01$) bessere Zielerreichungen erbringen (0,24) verhält sich insofern konsistent, als dass die Rückkopplung der Projekte mit dem Begleitausschuss als Instrument verstanden werden kann, über das eine Abstimmung mit den Zielen des Lokalen Aktionsplans geleistet wird.

Vergleichsweise deutlich lässt sich dieser Zusammenhang auch auf der Ebene der Mittelwerte der Zielerreichung illustrieren. Hier zeigt sich bei den vierzig Projekten, die den Stellenwert der Strategie des Lokalen Aktionsplans sehr hoch veranschlagen, eine durchschnittliche Zielerreichung von 2,16, demgegenüber bei den neun Projekten, die einen geringen Stellenwert angeben, von nur 2,78.

zuhalten bleibt aber dennoch, dass nicht alle als verlässlich angenommenen Hypothesen zum Einfluss bestimmter Faktoren sich auf der Grundlage einer Vollerhebung in allen LAP auch bestätigen lassen. In einem falsifikationistischen Zugang kann insofern auch die Belastbarkeit derjenigen Faktoren genauer dargestellt werden, zu denen im Feld explizite oder implizite Relevanzexpectationen formuliert werden. So verhalten sich verschiedene strukturelle Faktoren neutral in Hinblick auf die Zielerreichung der LAP und unterschreiten das im Folgenden angesetzte Kriterium einer mittleren Korrelation mit der Zielerreichung. Vgl. dazu den Abschnitt zur Prüfung struktureller Faktoren im Anhang dieses Berichts.

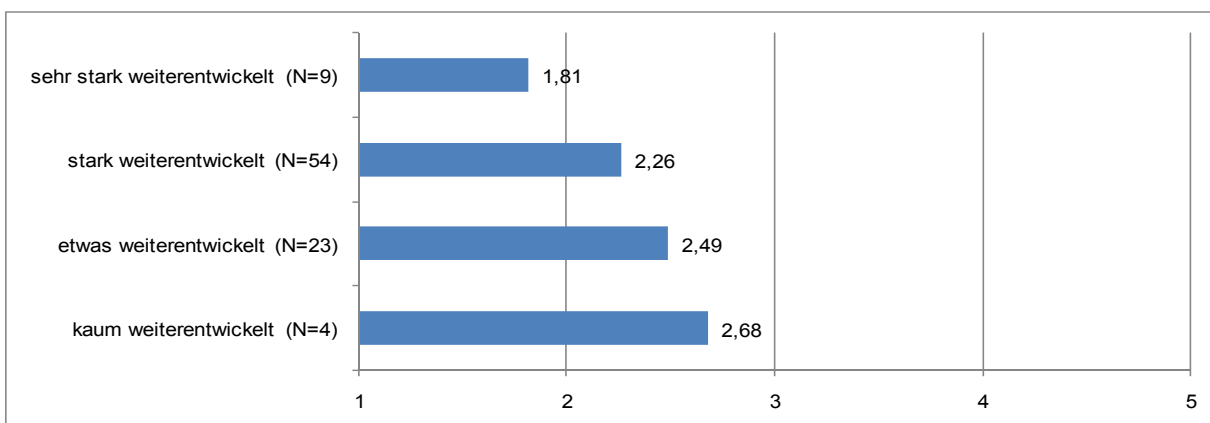
100 Vgl. ISS/Camino 2009 sowie ISS/Camino 2009b.

Abbildung 4: Stellenwert der Strategie des Lokalen Aktionsplans für Projekt und Zielerreichung (MW Zielerreichung nach Angaben der Projekte, N=158)¹⁰¹



Im Hinblick auf die Koordinierungsstellen zeigt sich ein förderlicher Einfluss der positiven Einschätzung der inhaltlichen Ausrichtung des Programms als Ganzem (0,37), die sich als Hinweis auf den Stellenwert einer hohen inhaltlichen Identifikation mit dessen spezifischem Fokus interpretieren lässt, ohne allerdings in strengem Sinn als Faktor gelten zu können. Die Bewertung des Ausmaßes der Fortentwicklung der lokalen Handlungsstrategie im Themenfeld durch „VIELFALT TUT GUT“ ist allerdings nach Angaben der Koordinierungsstellen (0,27) und noch stärker – und in Hinblick auf die Datenlage vergleichsweise sehr erheblichem Ausmaß – ausgeprägt in Bezug auf die Angaben der Begleitausschüsse (0,43). Eine intensive strategische Entwicklungsarbeit kann so in erheblichem Ausmaß als relevant auch in Hinblick auf weitere Ziel- und Bewertungsdimensionen von Lokalen Aktionsplänen unterstrichen werden. Wiederum lässt sich dieser Zusammenhang auch auf der Ebene eines Vergleichs der mittleren Zielerreichung in den jeweiligen Gruppen illustrieren. Die Gruppe der Begleitausschüsse (N=9), die eine sehr starke Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion angeben, erreicht zugleich den herausragenden Zielerreichungswert von 1,81, während die Gruppe, die kaum Weiterentwicklung angibt (N=4), nur den Wert von 2,68 erreicht.

Abbildung 5: Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion und Zielerreichung (Mittelwerte Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)¹⁰²



Mit einem ebenfalls ausgeprägten Zusammenhang (0,38) zur Zielerreichung weisen die Angaben der Begleitausschüsse zur Weiterentwicklung der Problemanalyse ein analoges Muster auf. Die

101 Vgl. Tabelle 84 im Anhang.

102 Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

Spitzengruppe mit einer sehr starken Weiterentwicklung der Problemanalyse (N=4) weist hier eine stark überdurchschnittliche mittlere Zielerreichung von 1,65 auf, die Gruppe mit kaum Weiterentwicklung (N=4) demgegenüber einen Wert von 2,71.

Neben dem Stand und der Entwicklung der Problemanalyse und Strategiedefinition sind auch Informationen zu den Arbeitsbereichen der Begleitausschüsse erhoben worden. Es lässt sich dabei nicht für alle vorgegebenen Arbeitsbereiche auch ein Zusammenhang zur generellen Zielerreichung nachweisen – unter denjenigen Arbeitsbereichen, bei denen ein solcher Zusammenhang besteht, stehen jedoch die Sicherung der Zielstellung jeweils des Programms (0,36) und des eigenen Lokalen Aktionsplans (0,33) an erster Stelle. Analog fällt auch der Zusammenhang in Hinblick auf die Frage aus, ob die Begleitausschüsse Zeit gefunden haben für die strategische Fortentwicklung des Lokalen Aktionsplans (0,24); auch hier sind wiederum diejenigen Lokalen Aktionspläne, die diese Frage bejahen, in der generellen Zielerreichung etwas überlegen. Zusammengenommen stützen sich diese Befunde wechselseitig und erlauben die Interpretation, dass sowohl die Investition von Arbeitszeit in die Weiterentwicklung von Problemanalyse, Strategieentwicklung und Strategieumsetzung wie auch die damit tatsächlich erreichten Ergebnisse ein für den Gesamterfolg von Lokalen Aktionsplänen wichtiger Faktor sind.

5.3.2.1.2 Faktor: Anbindung des Aktionsplans an lokale Akteurskonstellationen

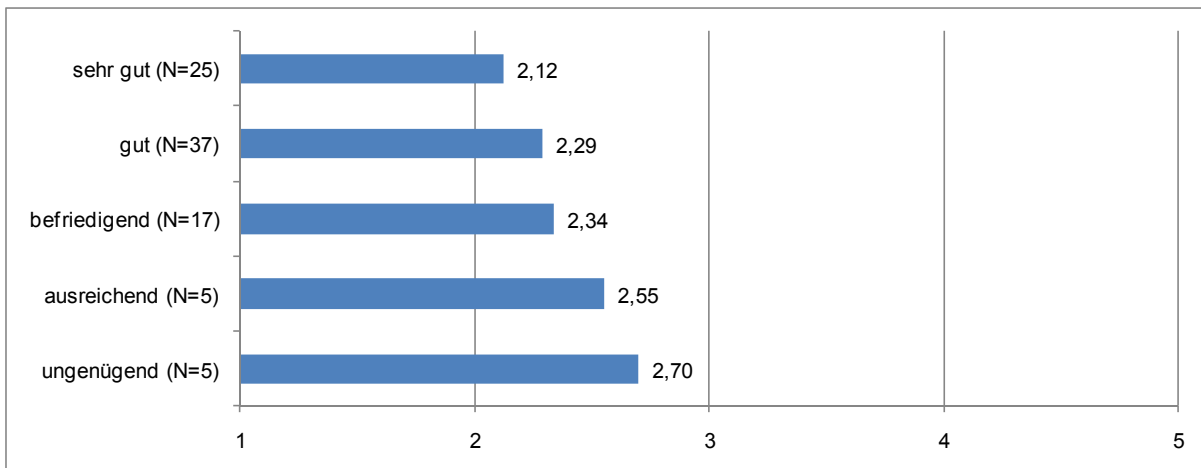
Neben der Zielorientierung und der Strategieentwicklung bildet auch die Koordination und Abstimmung der beteiligten Akteure ein Kernmerkmal eines gelungenen Aktionsplans. Die „Erstellung eines aussichtsreichen Plans für arbeitsteilige Aktivitäten erfordert sowohl korrektes Wissen über den relevanten Realitätsbereich (oder wenigstens erfolgsverbürgendes Rezeptwissen) wie auch eine Vorstellung über Zerlegung und Zusammenfügung von Teilaktivitäten. Die einzelnen Aktivitäten müssen gewissermaßen zur Welt und zueinander passen.“¹⁰³ Der Relevanz dieser sozialen Integration¹⁰⁴ eines Lokalen Aktionsplans sowohl in seinen Innenbeziehungen wie auch in Beziehung zu seiner lokalen Umwelt ist mit der Programmkonzeption prinzipiell Rechnung getragen worden. Entsprechende Maßnahmen gehören in gewissem Maße zu einem flächendeckend realisierten Standard. Über diese Grundvoraussetzungen hinausgehend lassen sich Lokale Aktionspläne jedoch sowohl in Hinsicht auf die Qualität der Beziehungen ihrer Träger und Beteiligten wie auch deren Zusammensetzung unterscheiden.

Eine Reihe von Faktoren mit relevanten Zusammenhängen zur generellen Zielerreichung lassen sich diesem Bereich einer sozialen Integration, der Koordination und Kooperation der Beteiligten der Lokalen Aktionspläne zuordnen. Eine erste Gruppe diesbezüglicher Variablen bezieht sich auf die Kooperation und Koordination mit dem Ämternetzwerk, mit bestimmten Ämtern und lokalen Entscheidungsträgern, also auf die Verzahnung mit Politik und Verwaltung. Nach Angaben der Begleitausschüsse ist hier insbesondere die Qualität der Beziehungen mit dem Ämternetzwerk als für die Zielerreichung relevanter Faktor hervorzuheben (0,31). Eine positive Bewertung der Beziehungen zum Ämternetzwerk steht also mit einer generell hohen Zielerreichung in Zusammenhang: Auf der Ebene des Vergleichs der durchschnittlichen Zielerreichung lässt sich dies illustrieren, insofern die Lokalen Aktionspläne mit als sehr gut bewerteten Beziehungen zum Ämternetzwerk (N=25) eine durchschnittliche Zielerreichung von 2.12 aufweisen, die Lokalen Aktionspläne mit als ungenügend bewerteten Kooperationsbeziehungen den Wert von nur 2,7.

103 Peters 1993, S. 98.

104 Vgl. zum soziologischen Grundbegriffe der Integration und insbesondere zur zentralen Unterscheidung von sozialer Integration und Systemintegration als klassische Referenz Lockwood 1969. Systemintegration bezieht sich auf die Integration der verschiedenen „Teilsysteme“ untereinander, Sozialintegration auf die Integration der Akteure in soziale Strukturen und Kontexte.

Abbildung 6: Bewertung der Kooperation mit dem Ämternetzwerk und Zielerreichung
(Angaben der Begleitausschüsse in MW-Zielerreichung, 1=Sehr gut, 5=Sehr
schlecht, N=89)¹⁰⁵



Für die Koordinierungsstelle findet sich ein relevanter Zusammenhang in Hinblick auf kommunale Verwaltung und Politik mit der Kenntnisnahme der Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne durch kommunale Entscheidungsgremien. Wo die Lokalen Aktionspläne positiv bestätigen können, dass lokale Entscheidungsgremien die Ergebnisse des Lokalen Aktionspläne ausreichend zur Kenntnis genommen haben, findet sich auch eine insgesamt bessere Zielerreichung (0,28).

Gleiches gilt sowohl nach Angaben der Begleitausschüsse als auch der Koordinierungsstellen auch für die Zusammenarbeit mit lokalen Gremien und Netzwerken. Die Angabe „keine Kooperation“ durch den Begleitausschuss weist einen (negativen) Zusammenhang zur Zielerreichung auf (0,22). Auch bei den Angaben der Koordinierungsstellen besteht ein solcher Zusammenhang (0,22). Die kleine Gruppe von drei Koordinierungsstellen, die angeben, nicht mit lokalen Gremien und Netzwerken zusammenzuarbeiten, erreicht eine deutlich schlechtere Zielerreichung (2,8) im Vergleich zu der überwiegenden Mehrheit, die in dieser Einzeldimension erfolgreich waren (2,27).

Zur Rolle des Jugendamts im Begleitausschuss ergeben sich Hinweise darauf, dass die Vertretung der jeweiligen Hierarchieebene Unterschiede ausmacht. Mit anderen Worten finden sich Hinweise darauf, dass die Beteiligung einer möglichst hohen Ebene (Amtsleitung) für die generelle Arbeit des Aktionsplans förderliche Einflüsse entfalten kann.

Auch für die Projektebene lässt sich neben der bereits angemerkten Bedeutung positiver Beziehungen zum Begleitausschuss ($p < .01$, 0,22) wiederum auch der Stellenwert einer positiven Bewertung der Zusammenarbeit mit dem Ämternetzwerk hervorheben ($p < .01$, 0,22). Auch das Vorhandensein einer Kooperation der Projekte mit anderen kommunalen Einrichtungen steht hoch signifikant ($p < .01$) in Zusammenhang mit einer guten Zielerreichung (0,25). In Hinblick auf die Angaben der Projekte zu einer besseren Vernetzung nach Durchführung des Projekts finden sich außerdem für alle abgefragten Gruppen ein Zusammenhang zur Zielerreichung, was sich wiederum als Indikator für den Stellenwert der Kooperationsdimension interpretieren lässt. Die Verbesserung der Vernetzung mit anderen Projekten und themenspezifischen Fachkräften weist dabei ein niedrigeres Signifikanzniveau ($p < .05$) und einen etwas geringeren Zusammenhang zur Zielerreichung (0,2) auf als diejenigen mit kommunalen Entscheidungsträgern ($p < .01$, 0,21) und vor allem zu verbesserter Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ($p < .01$, 0,39).

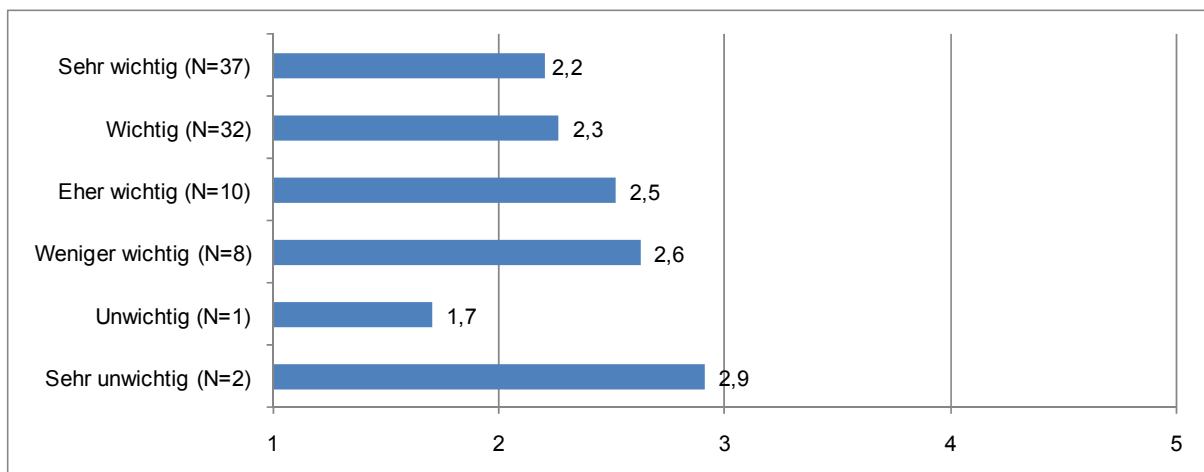
¹⁰⁵ Vgl. Tabelle 86 im Anhang.

5.3.2.1.3 Faktor: Bereitstellung und Wahrnehmung von Angeboten zu Coaching und Reflexion

Das Coaching-Verfahren ist zunächst als ergänzende Unterstützung für die Lokalen Aktionspläne befristet konzipiert worden, aufgrund des hohen Bedarfs und der guten Erfahrungen mit der Arbeit der Coaches aber ausgeweitet worden. Es ist bemerkenswert, dass auch die statistische Analyse des Zusammenhangs von Einzelfaktoren und allgemeiner Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne auf die Relevanz verschiedener coachingbezogener Aspekte verweist.

So finden sich in Hinsicht auf die Koordinierungsstellen überdurchschnittlich ausgeprägte Zusammenhänge zwischen der Zielerreichung und dem Stellenwert, der dem Coaching im jeweiligen Aktionsplan beigemessen wurde. Der entsprechende Wert liegt bezogen auf eine sechsgliedrige Skala bei 0,27, fällt bei einer Zusammenfassung der Lokalen Aktionspläne in drei Gruppen (wichtig, mittel, unwichtig) noch deutlicher aus (0,32). Als je höher der Stellenwert des Coachings innerhalb eines Aktionsplans angegeben wurde, desto besser fällt also auch die übergreifende Zielerreichung aus. Sieht man von der sehr kleinen Zahl von Aktionsplänen ab, die das Coaching als sehr unwichtig (N=2) bewerten und vor allem von einem außergewöhnlichen Fall mit einer Bewertung als unwichtig und einer sehr hohen Zielerreichung ab, dann zeigt sich auf der Ebene der Auswertung der mittleren Zielerreichung ein Wert von 2,2 in der sehr großen Gruppe mit einer Bewertung des Coaching als sehr wichtig (N=37) und ein Zielerreichungswert von 2,6 in der Gruppe derjenigen, die das Coaching als weniger wichtig bewerten (N=8). In Einzelfällen kann es also auch vorkommen, dass ein Lokaler Aktionsplan von Coaching-Angeboten keinen Gebrauch macht, weil er mit den Anforderungen bereits aus eigener Kraft hervorragend zurechtkommt. Zumeist gilt aber die Regel, dass die intensive Wahrnehmung von Coachingangeboten kein Indikator für besondere ausgeprägte Schwächen und daher eine hohe Hilfebedürftigkeit, sondern im Gegenteil Hinweis auf ein besonders adäquates Problembewusstsein und eine entwickelte Beratungsfähigkeit ist.

Abbildung 7: Stellenwert des Coaching und Zielerreichung
(Angaben der Koordinierungsstellen in MW, 1= sehr gut, 5 = sehr schlecht, N=90)¹⁰⁶



Der Stellenwert des Coachingverfahrens wird auch durch ähnlich gerichtete Angaben der Belegitausschüsse gestützt. Hier findet sich ebenfalls ein überdurchschnittlicher Zusammenhang der entsprechenden Bewertung mit der Zielerreichung (0,28) und eine Spannweite einer Zielerreichung von 2,2 bei einem sehr wichtigen Stellenwert des Coachings (N= 32) und von 2,6 bei

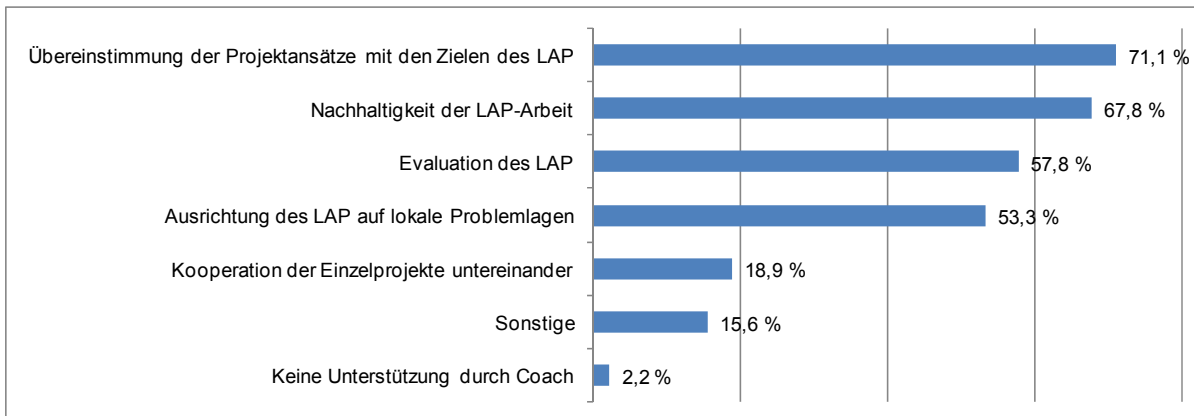
106 Vgl. Tabelle 87 im Anhang.

einer Einschätzung als weniger wichtig (N=16), bzw. in einem Fall mit einer Einschätzung als unwichtig auch von 2,9.

Welche konkreten geleisteten Unterstützungen der Coaches erweisen sich jenseits ihrer generell hohen „Funktionalität“ und des Bedarfs als besonders relevant für eine erfolgreiche Umsetzung der Lokalen Aktionspläne? Zu dieser Frage lässt sich vor allem ein zentraler und für beide Gruppen überdurchschnittlich ausgeprägter Zusammenhang festhalten: Lokale Aktionspläne, die – sei es in Form der Koordinierungsstelle, sei es in Form der Begleitausschüsse – Unterstützung bei der Sicherung der „Nachhaltigkeit der Arbeit der Lokalen Aktionspläne“ erhalten haben, schneiden auch in der Zielerreichung besser ab (Spearman-rho: BA: 0,21; LOK: 0,27). Zugleich ist die Sicherung der Nachhaltigkeit der einzige Coachingbereich, für den sich ein statistischer Zusammenhang zur Zielerreichung der Aktionspläne von mehr als geringer bzw. sehr geringer Stärke findet.¹⁰⁷

Abseits dieser statistischen Hinweise auf eine besonders hohe Relevanz des Ausmaßes der Wahrnehmung von Coaching allgemein und zu Fragen der Nachhaltigkeit für die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne im Besonderen lässt sich allerdings deskriptiv festhalten, dass Coachingangebote selbstverständlich auch in anderen Arbeitsbereichen umfangreich angefragt und abgerufen worden sind. Zur „Übereinstimmung der Projektansätze mit den Zielen des Lokalen Aktionsplans“ (71,1%) wurde nach Angaben der Befragten sogar noch etwas häufiger Unterstützung der Coaches zu Rate gezogen als zu Fragen der „Nachhaltigkeit der Lokalen Aktionspläne“ (67,8%). Die Angaben der Begleitausschüsse fallen in Verteilung und Reihenfolge nahezu identisch aus und werden daher an diese Stelle nicht gesondert ausgewiesen.¹⁰⁸

**Abbildung 8: Durch Coaching unterstützte Arbeitsbereiche
(Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁰⁹**



107 Da das Coachingverfahren zum Ende 2009 ausgelaufen ist, liegt es auf der Hand, dass es sich bei diesen Angaben vom Erhebungszeitpunkt in der ersten Jahreshälfte 2010 um rückblickende Einschätzungen handelt. Klammert man die fortgesetzte Förderung von LAP nach Abschluss der ersten Programmgeneration von „VIELFALT TUT GUT“ einmal aus, lässt sich sicherlich auch festhalten, dass die Sicherung der Nachhaltigkeit erst im letzten Förderjahr 2010 in die entscheidende Phase geht. Anzumerken ist insofern, dass Fragen der Nachhaltigkeit erstens schon vor Beginn des letzten Förderjahrs in den Lokalen Aktionsplänen berücksichtigt wurden und besonderen Beratungs- und Coachingbedarf aufgeworfen haben. Zweitens ist anzunehmen, dass sie insbesondere in der jeweils letzten Phase einer Programmförderung besondere Dringlichkeit gewinnen. Im Kontrast zur Praxis eines Auslaufens des Coaching in 2010 würde also insbesondere in dieser kritischen Phase, in der die Verfestigung der Aktionspläne besondere Relevanz gewinnt, eine flexible und thematisch fokussierte Bereitstellung von Coachingangeboten vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse sachlich naheliegen.

108 Vgl. zu den entsprechenden Werten aber Tabelle 88 im Anhang.

109 Vgl. Tabelle 88 im Anhang.

5.3.2.1.4 Faktor: Verzahnung der Aktionspläne mit weiteren Programmsäulen aus „VIELFALT TUT GUT“ und mit anderen Programmen (kompetent. für Demokratie)

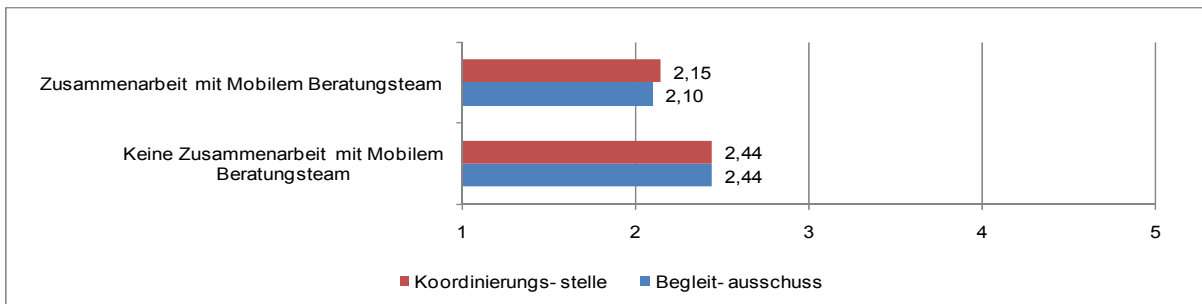
Die Programme zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bzw. zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz decken verschiedene Aufgabenbereiche ab und verhalten sich zum Teil komplementär zueinander. Schon innerhalb von „VIELFALT TUT GUT“ werden in den verschiedenen Programmsäulen mit den Lokalen Aktionsplänen (Säule 1) bzw. den Modellprogrammen (Säule 2) jeweils etwas unterschiedliche Stoßrichtungen verfolgt. Mehr noch gilt dies für „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie.“ Während „VIELFALT TUT GUT“ primär auf präventive Strategien zielt, setzt „kompetent. für Demokratie“ auf Intervention bei rechtsextremen Vorfällen.

Bemerkenswert ist allerdings, dass die Zusammenführung der Akteure und Kompetenzen zwischen den Programmen „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“ sowie der Lokalen Aktionspläne und der Einzelprojekte innerhalb der einzelnen Lokalen Aktionspläne einen Zusammenhang mit der generellen Zielerreichung aufweist. Die Zusammenarbeit sowohl der Koordinierungsstellen wie auch der Begleitausschüsse mit Mobilien Interventionsteams ist förderlich. Die Kooperation mit anderen Lokalen Aktionsplänen kann als Erfolgsfaktor gewertet werden.

Wird das Zusammenhangsmaß zur Zielerreichung betrachtet, so ergibt sich für eine Zusammenarbeit mit einem Mobilien Interventionsteam bei den Koordinierungsstellen ein Wert von 0,32, bei den Begleitausschüssen von 0,38 (rho). Diese Werte gehören innerhalb der Gesamtheit der gefundenen Zusammenhänge in die Spitzengruppe, zählen also zu den stärksten überhaupt nachweisbaren Zusammenhängen in Hinblick auf die Zielerreichung. Die für zwei Gruppen von Befragten übereinstimmenden Aussagen lassen sich zudem als zusätzlicher Hinweis für einen relevanten Faktor interpretieren.

Dieser Befund spiegelt sich auch im direkten Mittelwertvergleich von Lokalen Aktionsplänen mit und ohne Kooperationen mit Interventionsteams wider, ohne dass damit allerdings eine Differenz ums Ganze angezeigt wäre. Nach Angaben der Koordinierungsstellen liegt der durchschnittliche Indexwert zur Zielerreichung bei einer Zusammenarbeit mit einem Interventionsteam bei 2,15, bei denjenigen ohne eine entsprechende Zusammenarbeit bei 2,44. Ähnlich fallen die Werte auf der Grundlage der Angaben der Begleitausschüsse aus: Bei Kooperation mit Interventionsteams liegt der Index-Wert bei 2,10, ohne Kooperation bei 2,44. Damit lässt sich die generelle Kooperation mit Interventionsteams als relevanter Faktor für die Zielerreichung auf der Ebene der Lokalen Aktionspläne festhalten, der wiederum in zwei Befragtengruppen gleichgerichtet ausfällt – ohne allerdings den weitgehenden Schluss zu erlauben, dass eine derartige Zusammenarbeit eine zwingende Voraussetzung für die erfolgreiche Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne wäre.

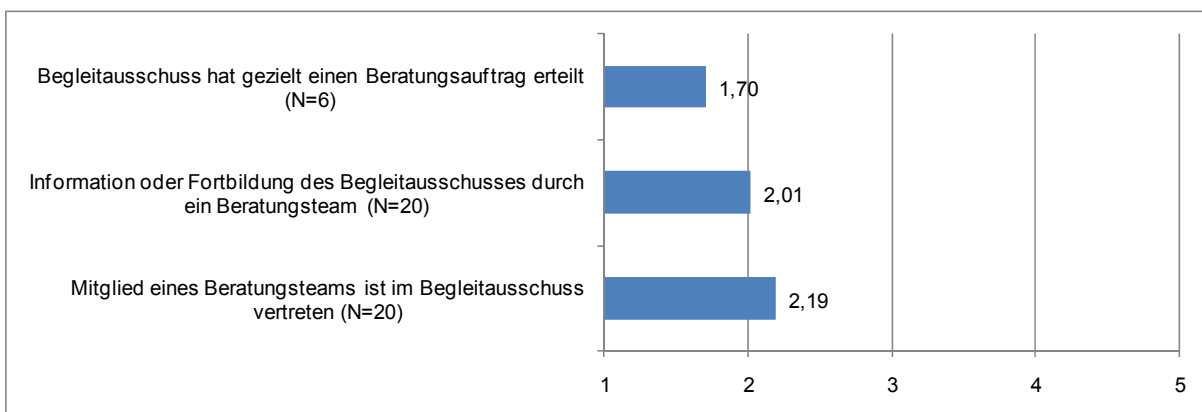
Abbildung 9: Zielerreichung und Kooperation mit Interventionsteams (Angaben der Begleitausschüsse (N=90) und Koordinierungsstellen (N=90) in MW der Zielerreichung)¹¹⁰



Zur Zusammenarbeit mit Interventionsteams als Einflussfaktor liegen von Seiten der Begleitausschüsse auch einige weitere Informationen vor, die sich auf die besonders förderlichen Formen der Zusammenarbeit zwischen Lokalen Aktionsplänen und den Mobilien Interventionsteams beziehen.

Bemerkenswert ist vor allem, dass die Erteilung eines gezielten Beratungsauftrags einen vergleichsweise starken und positiven Zusammenhang mit der Zielerreichung aufweist (0,39) und etwas schwächer positiv auch die Information und Fortbildung des Begleitausschusses durch ein Interventionsteam (0,26). Demgegenüber zeigt die Vertretung eines Mitgliedes eines Interventionsteams im Begleitausschuss, die von zwanzig Begleitausschüssen angegeben wird, einen eher negativen Zusammenhang zur Zielerreichung (0,23). Auch diese Werte heben sich von dem Zusammenhang anderer, ebenfalls abgefragter Formen der Kooperation zwischen Begleitausschuss und Mobilien Interventionsteams mit der Zielerreichung ab. Betrachtet man nur diejenigen Kooperationsformen, die einen gewissen Zusammenhang mit der Zielerreichung zeigen, dann erweist sich vor allem die Erteilung eines gezielten Beratungsauftrags als besonders förderlich. Begleitausschüsse, die einen gezielten Beratungsauftrag erteilt haben, erreichen eine durchschnittliche Zielerreichung von 1,7, Begleitausschüsse, in denen ein Berater Mitglied ist, einen Wert von 2,19.

Abbildung 10: Formen der Zusammenarbeit des Begleitausschusses mit Mobilien Interventionsteams (Angaben der Begleitausschüsse, MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht)¹¹¹



Als Form der programmbezogenen Kooperation inhaltlich ähnlich gelagert wie die Zusammenarbeit mit „kompetent. für Demokratie“ ist auch die Kooperation der Lokalen Aktionspläne mit ande-

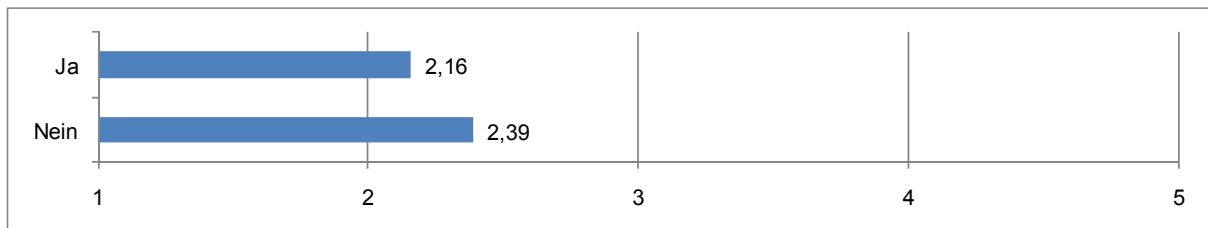
110 Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

111 Vgl. Tabelle 90 im Anhang.

ren Lokalen Aktionsplänen aus „VIELFALT TUT GUT“. Auch zu diesen programmgebundenen Kooperationen finden sich Zusammenhänge zur Zielerreichung, die sich allerdings etwas schwächer abzeichnen als diejenigen in Hinblick auf die Interventionsteams aus „kompetent“.

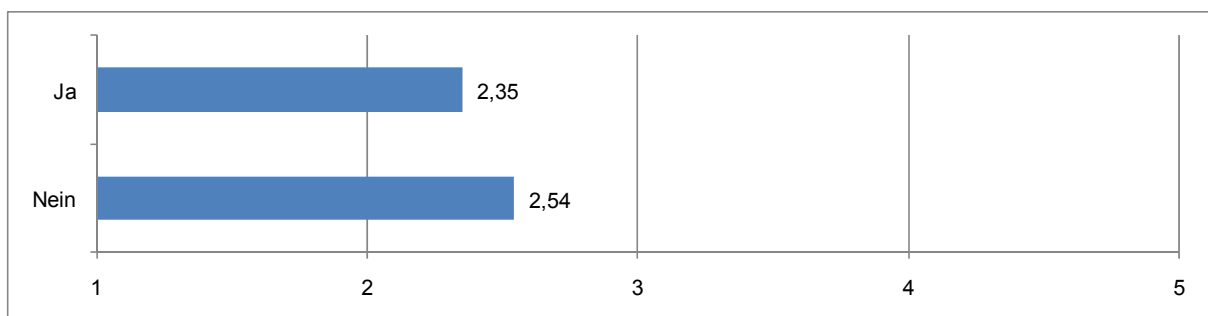
Auf der Steuerungsebene der Lokalen Aktionspläne sind hier insbesondere die Begleitausschüsse zu nennen. Die Angabe einer Kooperation mit anderen Lokalen Aktionsplänen durch Begleitausschüsse zeigt einen positiven Zusammenhang mit der Zielerreichung (0,26). Dieser Zusammenhang lässt sich auf der Ebene der mittleren Zielerreichung illustrieren: Die mit anderen Lokalen Aktionsplänen kooperierenden Begleitausschüsse geben durchschnittlich eine etwas höhere Zielerreichung (Index-MW: 2,16) an als die anderen (2,39).

Abbildung 11: Kooperation mit anderen Lokalen Aktionsplänen und Zielerreichung (N=90, Angaben der Begleitausschüsse in Mittelwerten: 1= Sehr gut, 5 = Sehr schlecht)¹¹²



Für die Projektebene findet sich in Hinblick auf die programmgebundene Kooperation ein hoch signifikanter ($p < .01$) und überdurchschnittlich ausgeprägter (0,21) Zusammenhang zur Zielerreichung bei dem Faktor einer Zusammenarbeit mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“. Projekte, die mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“ zusammenarbeiten, fallen auch in der Zielerreichung etwas besser aus. Dies lässt sich wiederum auf der Grundlage der durchschnittlichen Zielerreichung illustrieren. Für die mit anderen Vielfalt-Projekten kooperierenden Projekte ergibt sich der etwas bessere Wert von 2,35, für die nicht-kooperierenden Projekte der etwas weniger gute Wert von 2,54.

Abbildung 12: Projektkooperation mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“ und Zielerreichung (N=158, Angaben der Projekte in Mittelwerten: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)¹¹³

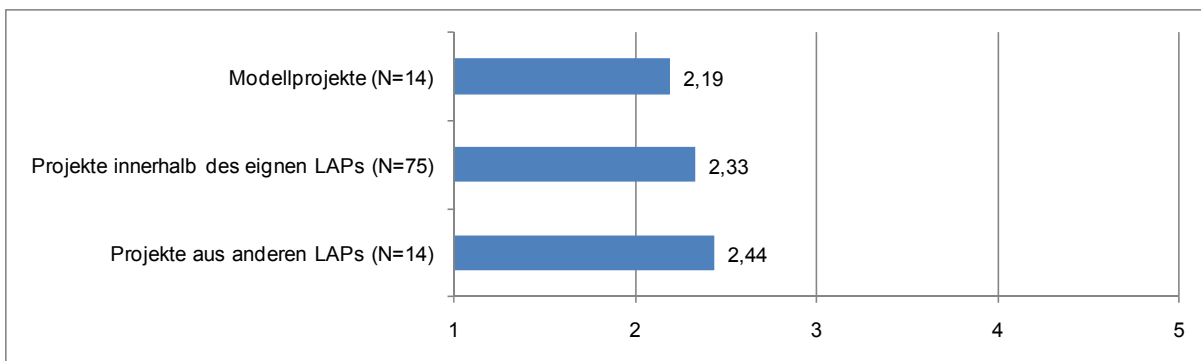


Sieht man von der Schwelle signifikanter und ausgeprägter Zusammenhänge mit der Zielerreichung ab, lassen sich auch einige Indikatoren dafür finden, dass insbesondere die Zusammenarbeit innerhalb des eigenen Lokalen Aktionsplans bzw. mit Modellprojekten förderlich für die Zielerreichung ist. Die mittlere Zielerreichung von Projekten, die mit Modellprojekten zusammenarbeiten, ist hier am stärksten ausgeprägt (2,19), die von denjenigen, die mit Projekten aus anderen Lokalen Aktionsplänen zusammenarbeiten, am schwächsten (2,44). Nur die Zusammenarbeit mit Projekten innerhalb des eigenen Lokalen Aktionsplans zeigt hier allerdings einen Zusammenhang zur Zielerreichung von sehr hoher Signifikanz ($p < .01$) und ausgeprägter Stärke (0,21).

¹¹² Vgl. Tabelle 91 im Anhang.

¹¹³ Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

Abbildung 13: Projektkooperation und Zielerreichung nach Typ des Projektpartners
(N=158, Angaben der Projekte in Mittelwerten: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)¹¹⁴



Während also auf der Steuerungsebene des Lokalen Aktionsplans (Begleitausschuss) die Kooperation mit anderen Lokalen Aktionsplänen mit positiver Zielerreichung einhergeht, lässt sich ein entsprechender Zusammenhang auf Projektebene nur in Hinsicht auf die Projekte des eigenen Lokalen Aktionsplans ausmachen obschon sich Hinweise darauf ergeben, dass die Zusammenarbeit mit Modellprojekten als besonderes Qualitätskriterium zu bewerten ist.

5.3.2.1.5 Faktor: Aktive Einbeziehung der lokalen Öffentlichkeit

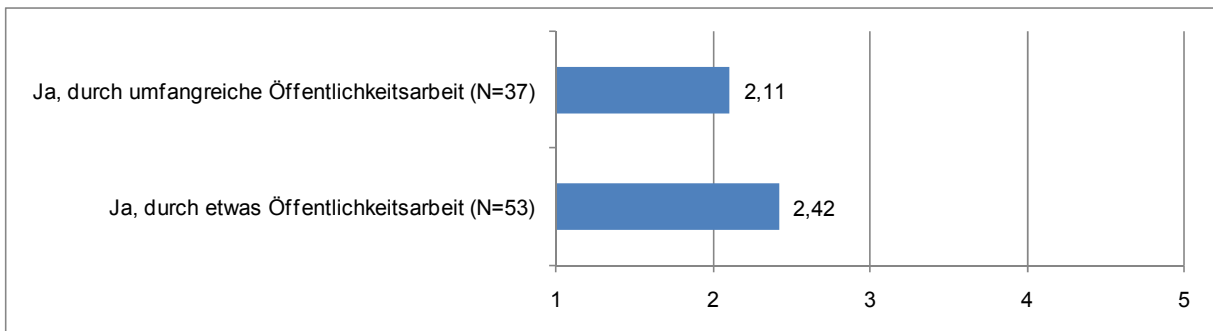
Neben der zielgruppenorientierten Projektarbeit und dem Aufbau lokaler Bündnisse gehört auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der Lokalen Aktionspläne zu den Zielen von „VIELFALT TUT GUT“. Die Art und Weise der öffentlichen Thematisierung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird damit als wichtiger Faktor zum Aufbau einer demokratischen Kultur vor Ort verstanden.

In den Analysen der Einflussfaktoren für eine hohe Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne bestätigt sich die Relevanz dieser Grundausrichtung des Programms. Die Angaben der Koordinierungsstellen verweisen auf einen überdurchschnittlich starken Zusammenhang sowohl der Öffentlichkeitsarbeit der Lokalen Aktionspläne wie auch ihrer Bekanntheit vor Ort mit einer hohen Zielerreichung. Beide Faktoren zählen bei den gemessenen Zusammenhängen zu der Spitzengruppe von Variablen mit besonders hohen Werten (Umfang der Öffentlichkeitsarbeit: 0,35; Bekanntheit des Aktionsplans: 0,32). Während Öffentlichkeitsarbeit der Lokalen Aktionspläne innerhalb des Programms obligatorisch ist und auch von ausnahmslos allen Koordinierungsstellen dementsprechend mehr oder minder umfangreich betrieben wird, erreichen diejenigen Aktionspläne, die eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit betreiben, auch die generellen Zielsetzungen ihrer Lokalen Aktionspläne besser. Die meisten Koordinierungsstellen betrachten ihre Lokalen Aktionspläne als „etwas bekannt“ (75,6%) – gegenüber einer kleineren Gruppe, die sie als „sehr bekannt“ (18,9%) oder „kaum bekannt“ (5,6%) einschätzen. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass mit steigender Bekanntheit auch die Zielerreichung insgesamt als höher eingeschätzt wird.

Diese bivariaten Zusammenhangsanalysen lassen sich auch durch entsprechende Auswertungen der durchschnittlichen Zielerreichung illustrieren. Lokale Aktionspläne, die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit betreiben, weisen eine durchschnittliche Zielerreichung von 2,11 auf, Lokale Aktionspläne mit nur etwas Öffentlichkeitsarbeit eine Zielerreichung von 2,42.

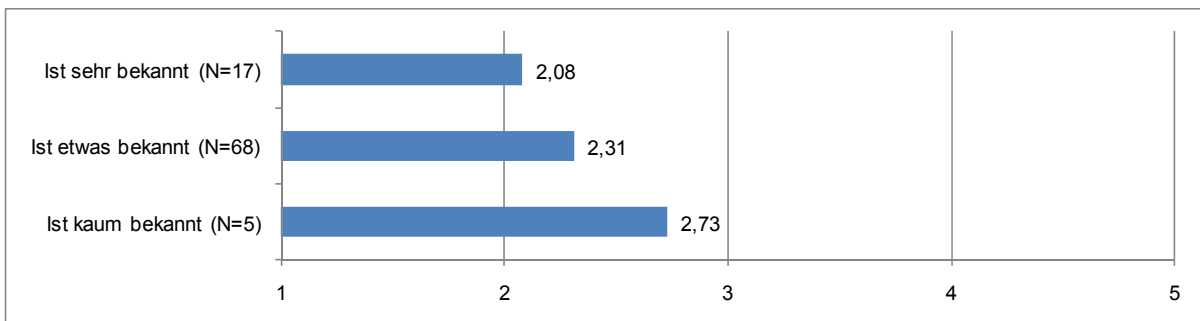
¹¹⁴ Vgl. Tabelle 93 im Anhang.

Abbildung 14: Begleitung des Lokalen Aktionsplans durch gesonderte Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen in MW der Zielerreichung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)¹¹⁵



Noch deutlicher fällt der Unterschied zwischen sehr bekannten und kaum bekannten Lokalen Aktionsplänen aus. Die sehr bekannten Lokalen Aktionspläne erreichen in Hinblick auf die Zielerreichung den Durchschnittswert von 2,08, die als kaum bekannt bewerteten nur 2,73.

Abbildung 15: Bekanntheit des Lokalen Aktionsplans und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen in MW der Zielerreichung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht; N=90)¹¹⁶



Von Seiten der Angaben der Begleitausschüsse wird dieser Befund insofern gestützt, dass die Übernahme von Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit durch den Begleitausschuss (neben der Entwicklung eigener Aktivitäten sowie der Sicherung der Zielsetzungen des eigenen Lokalen Aktionsplans und des Programms) einer der Tätigkeitsbereiche ist, der von insgesamt zehn abgefragten Bereichen einen Zusammenhang mit der Zielerreichung aufweist (0,28). Begleitausschüsse, die auch die Öffentlichkeitsarbeit zu Ihren Tätigkeitsbereichen zielen, weisen eine durchschnittliche Zielerreichung von 2,19 gegen 2,43 bei Begleitausschüssen, die nicht einschlägig aktiv sind. Dieser Tätigkeitsbereich wird außerdem vergleichsweise selten von 56,7% der Begleitausschüsse als ein von ihnen bearbeiteter Bereich genannt.

Es erhärtet sich damit die bereits in vorangegangenen Berichten als Faktor und Erfolgskriterium benannte Relevanz der Außenwirkung in den lokalen Raum. Insbesondere, wenn jenseits der Vielzahl geförderter Einzelmaßnahmen der lokale Raum als Ganzer als Fokus eines Lokalen Aktionsplans verstanden wird, ist die Einwirkung auf die Öffentlichkeit vor Ort insofern als gesonderte Handlungsdimension zu berücksichtigen, die zum Gelingen eines Aktionsplans nicht unerheblich beitragen kann.

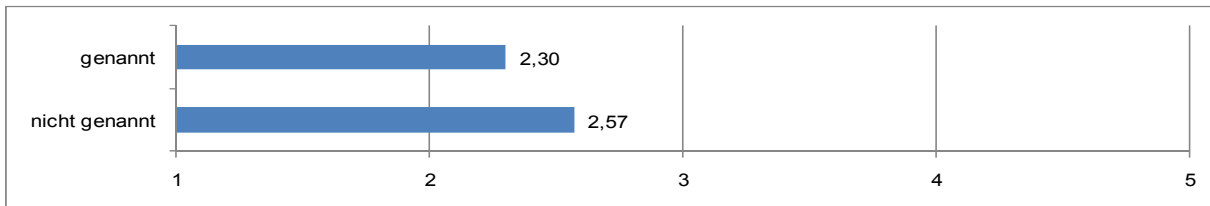
Auch auf der Ebene der Einzelmaßnahmen finden sich sachlich vergleichbare Faktoren. Insbesondere die Zielsetzung der „Sensibilisierung der Öffentlichkeit“ – und zwar als überhaupt genanntes Ziel wie auch als Hauptziel – stehen hier in hoch signifikantem Zusammenhang ($p < .01$)

115 Vgl. Tabelle 94 im Anhang.

116 Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

mit der generellen Zielerreichung: Die Nennung des Ziel der Öffentlichkeitssensibilisierung als eines der von mehreren genannten Zielen (0,247) steht dabei in stärkerem Zusammenhang mit der übergreifenden Zielerreichung des Projekts als dessen Nennung als Hauptziel (0,216), was insbesondere in Hinsicht auf die Fragestellung interessant ist, inwiefern gesonderte Projekte, die sich ausschließlich mit der Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen, ein relevantes Merkmal erfolgreicher Aktionspläne sind. Auf der Ebene des Mittelwertvergleichs zeigt sich dieser Zusammenhang in einer etwas besseren Zielerreichung derjenigen Projekte mit der Öffentlichkeitssensibilisierung als einem genannten Ziel (2,30) gegenüber solchen ohne diese Ziel (2,57).

Abbildung 16: Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel und Zielerreichung
 (Angaben der Projekte in MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht, N=158)¹¹⁷

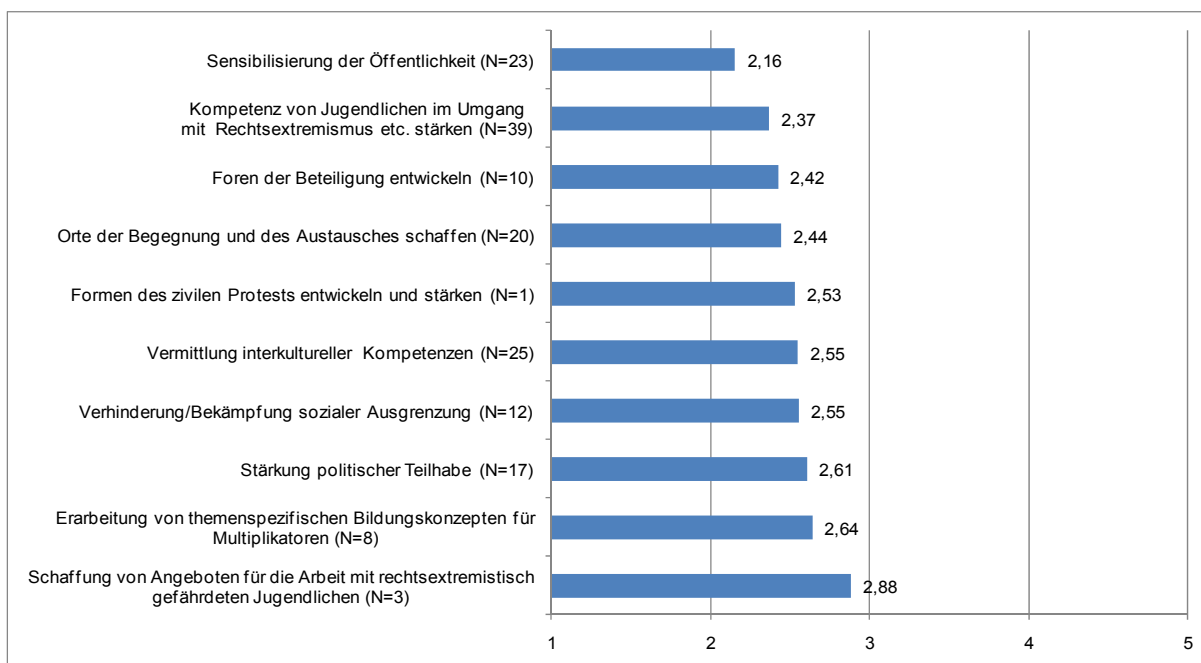


Werden die mittleren Werte der generellen Zielerreichung der Projekte über das genannte Hauptziel differenziert, dann zeigt sich ebenfalls eine Spitzenrolle der Projekte mit dem Hauptziel der Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Derartige Projekte erreichen einen durchschnittlichen Wert von 2,16 gegenüber einem Wert von 2,88 für Projekte mit dem Hauptziel der Schaffung von Angeboten für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen. Allerdings ist in der Interpretation dieses Befunds in Rechnung zu stellen, dass Zielsetzungen in schwierigen Bereichen nicht deshalb entbehrlich sind, weil sie nur eingeschränkt erreicht werden können. Im Gegenteil dürfte bspw. in Hinblick auf Schwerpunkte wie die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen die Konsequenz naheliegen, diese Aufgaben auch angesichts besonders hoher Anforderungen und einer daher mglw. auch höheren Anfälligkeit für Frustrationen unter keinen Umständen aus dem Blick zu verlieren.

Auf der Ebene der Lokalen Aktionspläne als Ganzes lässt sich aus den Befunden schließen, dass eine intensive Berücksichtigung von Belangen der Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere wenn sie sich auch tatsächlich in einer großen Bekanntheit des Lokalen Aktionsplans niederschlagen – ein wichtiger Einflussfaktor für eine generell positive Zielerreichung darstellt. Auf der Ebene der Projekte lässt sich zwar ebenfalls ein positiver Zusammenhang zwischen öffentlichkeitsbezogenen Projektzielen und dem generellen Erfolg finden, hier ist jedoch – insbesondere in Hinsicht auf Steuerungsempfehlungen – stärker in Rechnung zu stellen, dass positive Projektergebnisse in Hinsicht auf die Öffentlichkeitssensibilisierung allein nur ein eingeschränktes Bewertungskriterium darstellen.

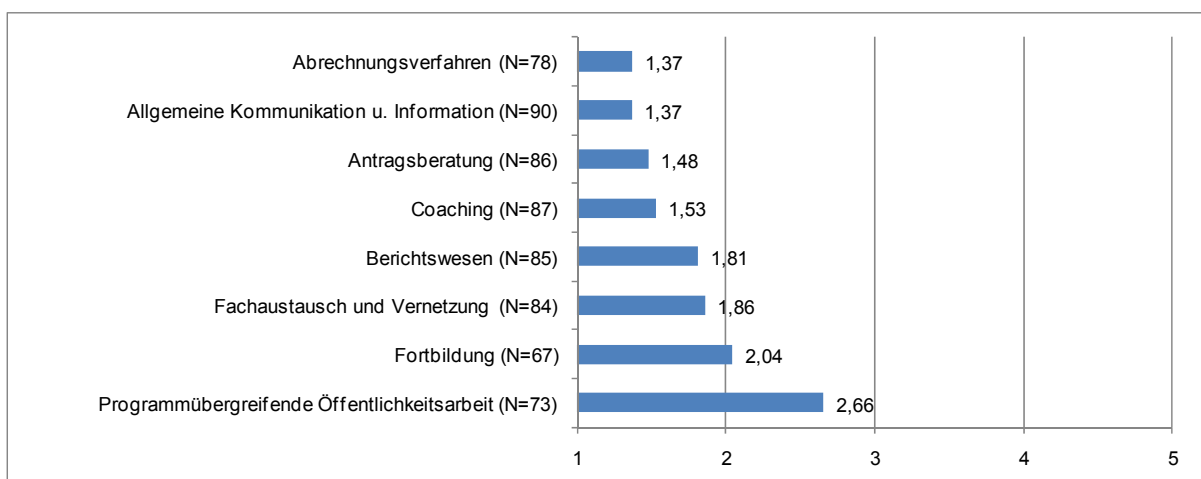
¹¹⁷ Vgl. Tabelle 96 im Anhang.

Abbildung 17: Hauptprojektziele und generelle Zielerreichung der Projekte
(Angaben der Projekte in MW Zielerreichung: 1=Sehr gut; 5=Sehr schlecht, N=158)¹¹⁸



Von den Angaben der Koordinierungsstellen sollen jedoch, abseits der Analyse von Zusammenhängen und Faktoren, zwei Informationen dargestellt werden, die auch steuerungsrelevante Implikationen beinhalten. Zum einen ergeben routinemäßig abgefragte Bewertungen der programmübergreifenden Angebote [der Arbeit der Regiestelle] einen, vor dem Hintergrund in der Regel positiver Einschätzung besonders auffälligen ‚Ausreißer‘: Die programmübergreifende Öffentlichkeitsarbeit wird mit einem Wert von 2,7 auf einer viergliedrigen Skala als einziges Angebot als unbefriedigend eingeschätzt.

Abbildung 18: Zufriedenheit mit jeweils genutzten Dienstleistungen der Regiestelle (MW der Angaben der Koordinierungsstellen, 1 = sehr zufrieden; 5 = sehr unzufrieden)¹¹⁹



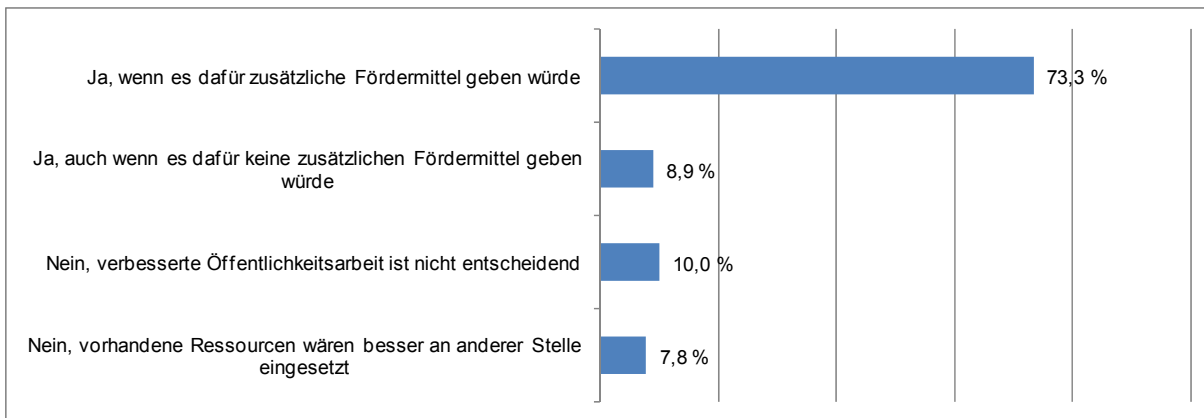
In Hinblick auf Verbesserungsmöglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit der Lokalen Aktionspläne ist außerdem, explizit erhoben worden, inwieweit die Koordinierungsstellen die in einigen Lokalen Aktionsplänen bereits umgesetzte Option eines gesonderten und ausschließlich mit der Öffent-

118 Vgl. Tabelle 97 im Anhang.

119 Vgl. Tabelle 98 im Anhang.

lichkeitsarbeit befassten Projekts als förderlich erachten. Dieses „Meinungsbild“ ist nicht ganz eindeutig. Zum einen verteilen sich zwar 82,2% Antworten auf die positiven Antwortvorgaben, die eine derartige Konzentration für sinnvoll erachten. Genauer betrachtet zeigt sich zum anderen aber, dass der Großteil dieser befürwortenden Angaben unter einem Finanzierungsvorbehalt steht und 73,3% ein gesondertes Projekt zur Öffentlichkeitsarbeit für sinnvoll erachten, wenn und insoweit dafür zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Abbildung 19: Wesentliche Verbesserung der Zielerreichung durch ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit gewidmetes Projekt (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹²⁰



5.3.2.2 Kurzzusammenfassung: Gelingensfaktoren für die Zielerreichung

Die Analyse der Einflussfaktoren für die Zielerreichung durch bivariate Verfahren ergänzt frühere Erhebungen der WB, mittels derer die Akteure aus den Lokalen Aktionsplänen über Aspekte Auskunft gegeben haben, die für ihre Arbeit förderlich oder hinderlich sind.¹²¹ Es ist generell auffällig, dass die in der aktuellen Erhebungsrunde generierten Faktoren weniger auf externe Rahmenbedingungen der Arbeit in den Lokalen Aktionsplänen verweisen als dass sie Kriterien guter Praxis unter den strukturell und durch das Programm gegebenen Voraussetzungen in den Vordergrund rücken.

Wird der Umstand berücksichtigt, dass im Zuge der Analysen zu Erfolgsfaktoren auch verschiedene strukturelle Kontextfaktoren auf ihren Zusammenhang zur Zielerreichung geprüft wurden, diese sich aber – zum Teil durchaus überraschend – nicht als entscheidende Faktoren erwiesen haben, lässt sich generell schlussfolgern, dass sowohl die Breite und Unterschiedlichkeit der in den Programmförderung einbezogenen Regionen wie auch die Spielräume in der lokalen institutionellen und strukturellen Ausgestaltung der Aktionspläne für eine zielführende Arbeit nicht von erstrangigem Stellenwert sind: Weder verhindern gewisse strukturelle Faktoren per se erfolgreiche Arbeit, noch können bestimmte strukturell-administrative Rahmensetzungen per se eine Art Erfolgsgarantie darstellen. Werden Grundregeln guter Praxis beachtet, dann kommt zwar eine ganze Reihe von Aspekten ins Spiel, die sich auf der Grundlage der identifizierten Einflussfaktoren ausbuchstabieren lassen, zugleich erweisen sich Lokale Aktionspläne aber auch als ein Instrument, das sich flexibel in unterschiedlichen strukturellen Kontexten einsetzen lässt.¹²²

¹²⁰ Vgl. Tabelle 99 im Anhang.

¹²¹ Vgl. ISS/Camino 2009, S. 74 ff.

¹²² Die methodologische Orientierung auf Gelingensfaktoren und Regeln guter Praxis heißt allerdings nicht, dass gewisse strukturelle bzw. administrative Aspekte durchgehend von sekundärem Stellenwert sind. Insbesondere unter Voraussetzungen, in denen wenig praktische Vorerfahrungen und kaum eigenständig aktive Akteure vorhanden sind, können be-

Die Einflussfaktoren für die Zielerreichung verweisen also auf Kriterien gelungener *Praxis*; sie markieren Tätigkeitsfelder, denen in erfolgreichen Aktionsplänen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde und lassen sich insofern auch als „Gelingensfaktoren“ bezeichnen.¹²³ Es handelt sich dabei zum Teil um Prioritätensetzungen und Faktoren deren Stellenwert schon in den Programmvorgaben gesehen und formuliert wurde, die aber in der lokalen Praxis unterschiedlich umgesetzt und gehandhabt werden. Zum anderen zeichnen sich aber auch Bereiche ab, deren besonderer Stellenwert für erfolgreiche Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention schon in der Programmlogik und -konstruktion noch exponierter berücksichtigt werden könnte.

Ein Gelingensfaktor, der schon im Mittelpunkt der Programmkonstruktion steht, ja der gewissermaßen eines der Definitionskriterien eines Aktionsplans darstellt, besteht in der Entwicklung integrierter und lokal angepasster Konzepte und Strategien. Auf der Grundlage der empirischen Befunde lässt sich festhalten, dass diese programmatische Orientierung beibehalten und kontinuierlich befördert werden sollte: Sowohl die tatsächlich erreichten Fortschritte in der Problemanalyse und Strategieentwicklung wie auch der ihnen eingeräumte Stellenwert unterscheiden sich nämlich von Aktionsplan zu Aktionsplan: Je stärker aber – womöglich schon in der Entwicklungsphase eines Aktionsplans – an dieser Stelle substanzielle Arbeit geleistet wurde, desto besser werden auch die generellen Ziele erreicht. Besonders hervorzuheben ist aber zugleich, dass die systematische Erarbeitung von Analysen und daraus abgeleiteten Strategien insbesondere durch den an dieser Stelle geforderten und zu fördernden Begleitausschuss nur eine Seite der Medaille darstellt. Deren tatsächliche Umsetzung durch die Auswahl und Einbindung der Einzelmaßnahmen und Projekte erweist sich nämlich erneut ebenso als wichtig. Strategieintegration darf sich zugunsten der Zielerreichung also nicht nur auf dem Papier und im Rahmen der Steuerungsebene der Lokalen Aktionspläne abspielen, sondern wird erst durch die Beteiligung passender Projekte praktisch lebendig.

Es zeigt sich hier, dass die konzeptionelle und inhaltliche Integration eines Lokalen Aktionsplans immer auch eine genuin soziale Dimension aufweist; es geht nie nur um die Integration und Systematisierung von Konzepten und Regelwerken, sondern auch um diejenige der sie tragenden Akteure. Aufgrund der besonderen Konstruktion der Lokalen Aktionspläne als Kooperationsformen von Zivilgesellschaft und Staat erweist sich in sozialer Perspektive insbesondere auch die Koordination mit themenspezifischen Netzwerken vor Ort, aber auch und gerade mit der Verwaltung sowie den Ämtern und Ämternetzwerken als zentraler Gelingensfaktor. Umgekehrt lässt sich dieser Zusammenhang auch so formulieren, dass Kooperationsprobleme und -blockaden zwischen Aktionsplänen und Verwaltung, politischen Entscheidern und Ämternetzwerk besonders empfindliche Störungen der erfolgreichen Arbeit eines Lokalen Aktionsplans darstellen. Ämterseitig kann insbesondere eine möglichst hochrangige Vertretung des Jugendamts ein Ansatzpunkt sein, um einen Aktionsplan aufzuwerten und zu befördern. Von Seiten erfolgreicher Aktionspläne ist auch in Hinblick auf die Nachhaltigkeit und Verstetigung die proaktive Vernetzung mit lokalen politischen Entscheidungsgremien wie auch dem themenspezifischen und bürgergesellschaftlichen Akteursspektrum eine zentrale Anforderung. Begriffe wie „Vernetzung“ und Aufbau „sozia-

stimmte verwaltungstechnische Arrangements einen erheblichen Stellenwert bei der Beförderung oder Blockierung von Lernprozessen bekommen. Vgl. dazu das folgende Kapitel zu Faktoren für Entwicklungsprozesse.

123 Die Orientierung auf derartige Gelingensfaktoren und Regeln guter Praxis in der Präventionsarbeit und lokalen Demokratieförderung ist in jüngerer Zeit in den Fokus einer ganzen Reihe von Autor/innen geraten (Vgl. etwa Korgel 2009, Strobl/Lobermeier 2009 oder Roth 2010). Spezifische Gelingensfaktoren können je nach Handlungsbereich – etwa Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Staat oder Schule und Öffentlichkeit – durchaus auch etwas unterschiedlich ausfallen. Zu beachten ist insofern, dass die vorliegende Reihe – bei allen partiellen Überschneidungen mit anderen Faktorenkatalogen – ihre empirische Grundlage in den Aktionsplänen hat und sich primär auf dieses Instrument bezieht.

len Kapitals“ mögen inflationär und gelegentlich auch unscharf verwendete Allzweck-Begriffe sein¹²⁴ – sie bleiben dennoch zentrale Erfolgsbedingungen.

Derartig vielschichtige und in der konkreten Umsetzung anspruchsvolle Gelingensfaktoren stellen nicht nur Anforderungen an die Akteure vor Ort dar – sie unterstreichen zugleich den erheblichen Stellenwert unterstützender Angebote zur Entwicklung und zur Wahrnehmung und Bearbeitung von Problemen sowie zur Aneignung vorliegender Erfahrungen. Die Analysen der Gelingensfaktoren legen hier den Schluss nahe, dass Lokale Aktionspläne als kontinuierliche Lernprozesse verstanden werden sollten. Wie sich diese Lernprozesse in der Praxis niederschlagen, wird im folgenden Kapitel näher ausgeführt. Die Befunde weisen weniger darauf hin, dass nur „schwache“ oder neu entwickelte Aktionspläne besondere Bedarfe an Unterstützung, Beratung und Begleitung haben, sondern dass durchgehend die Bereitschaft, Unterstützung aufzunehmen und in der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans zu berücksichtigen, dessen Erfolgsaussichten erhöht. Die Bereitstellung und Wahrnehmung qualifizierten Coachings ist in diesem Sinn nicht Ausfallbürge und Notfallmaßnahme, sondern ein kontinuierliches Erfordernis gelingender Praxis, wobei sich Anzeichen dafür finden, dass insbesondere die Verstetigung und die Sicherung der Nachhaltigkeit hier besondere Bedarfe erzeugt. Dauerhafte Verfügbarkeit von Coaching- und Beratungsleistungen bei gleichzeitiger Möglichkeit zur flexiblen und bedarfsgerechten Nutzung können insofern als Merkposten für die Förderung von Lokalen Aktionsplänen festgehalten werden.

Im Zuge der empirischen Analysen zeichnet sich darüber hinaus ab, dass eine der fruchtbarsten Möglichkeiten, vorhandene Erfahrungen für einen Lokalen Aktionsplan zu erschließen, jenseits des „Tellerrands“ der Programmsäule 1 (Lokale Aktionspläne) wie auch des Programms „VIELFALT TUT GUT“ liegt. Sowohl in anderen Säulen von „VIELFALT“ – insbesondere in den Modellprojekten wie auch in anderen thematisch verwandten Programmen – hier sind Informationen zu „kompetent. für Demokratie erhoben worden, es ist aber anzunehmen, dass einschlägige Ergebnisse auch für andere Programme etwa auf Landesebene gelten – liegen Erfahrungen vor, die parallel und begleitend zum institutionalisierten Coaching-Verfahren von den besonders gelungenen Aktionsplänen abgerufen und berücksichtigt werden. Die Verzahnung innerhalb von „VIELFALT TUT GUT“ wie auch mit anderen Programmen kann damit Kompetenzen zusammenführen und eine thematisch einschlägige Infrastruktur darstellen – auch dies ein Gelingensfaktor, der sich überraschend deutlich abzeichnet.

Die Hervorhebung von strategischen Konzepten, passenden Projekten, Vernetzung der relevanten Akteure von Zivilgesellschaft und Verwaltung bedeutet allerdings nicht, dass ein Lokaler Aktionsplan als eine Art geschlossener Handlungszusammenhang zu verstehen ist, der mit seinen Zielgruppen allein auf der Ebene der Einzelprojekte in Berührung kommt. Nichts wäre falscher als ein derart halbiertes Verständnis einer integrierten Handlungsstrategie gegen Rechtstextextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die Auseinandersetzung um den öffentlichen Raum steht nicht nur weit oben auf der Agenda rechtsextremer Akteure¹²⁵, sie stellt auch eine Voraussetzung für einen Erfolg von Lokalen Aktionsplänen dar, wo diese tatsächlich umfassend in den lokalen Raum wirken wollen.¹²⁶ Demokratieförderung ist „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ nicht zu haben und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Lokale Aktionspläne kann nicht als nachträgliche Public Relation für ein fertiges „Produkt“ verstanden werden, sondern ist integraler Bestandteil einer gelungenen Handlungsstrategie selbst. Ein hoher Stellenwert öffentlichkeitsbe-

124 Vgl. als neuere demokratietheoretische Analyse des Konzepts „Sozialkapital“ zwischen Putnam und Bourdieu Seubert 2009.

125 Vgl. zu den Öffentlichkeitsstrategien der „neuen Rechten“ etwa Benthin 2004.

126 Vgl. zum zentralen Stellenwert der Außenwirkung und öffentlichen Sichtbarkeit von Aktionsplänen ebenso wie dem fortbestehenden Handlungsbedarf Kapitel 5.5.

zogener Aktivitäten und als Resultat auch eine ausgeprägte Sichtbarkeit und hohe Bekanntheit des Lokalen Aktionsplans rangieren in diesem Sinn unter den gefundenen Gelingensfaktoren auf den vorderen Rängen. Dessen Stellenwert kann dabei durch klassische Öffentlichkeitsarbeit – vor allem wo sie aktiv auf Medien und Journalist/innen zugeht – aber auch durch eine entsprechende Anlage von Einzelprojekten Rechnung getragen werden. Zu bemerken ist aber, dass der Faktor einer Einbeziehung der Öffentlichkeit sich nicht nur auf die lokale Ebene, sondern auch auf die Bekanntmachung von „VIELFALT TUT GUT“ auf der Bundesebene bezieht.

5.3.3 Die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie

Eine integrierte lokale Strategie meint ein abgestimmtes Vorgehen, das sich auf einen konkreten Raum, eine konkrete Problemlage und entsprechend abgestimmte Ziele bezieht und von allen wichtigen in diesem Raum agierenden Akteuren getragen wird.

Lokale Aktionspläne sind als integrierte lokale Strategien angelegt und sollen somit vor dem Hintergrund der jeweiligen regionalen Problemlage den Orientierungsrahmen für Lösungsansätze vorgeben. Ihre Anbindung an die Kommunen macht sie zu einem kommunalpolitischen Steuerungsinstrument, das durch die verpflichtende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure Merkmale eines Co-Governance¹²⁷ aufweist. Statt einer hierarchischen Steuerung sind es hier funktionalistische Interaktionsprozesse innerhalb eines Problemzusammenhangs, die Handlungsoptionen vorgeben.¹²⁸ Es entstehen „problemzentrierte Kooperationen“ zwischen unterschiedlichen Akteuren,¹²⁹ die im kommunalen Kontext dann steuerungsrelevant werden, wenn sie nicht nur auf Anlässe reagieren, sondern sich selbst Ziele setzen.¹³⁰ Die Beschreibung des Erfolgs eines Lokalen Aktionsplans muss sich entsprechend an zwei Aspekten orientieren: der Zielformulierung und -erreicherung einerseits, dem Integrationsgrad auf inhaltlicher und struktureller Ebene als Kooperationsmerkmal andererseits. Während sich die Zielformulierung und -erreicherung auf das bezieht, was umgesetzt wird, beschreibt der Integrationsgrad das *Wie* der Umsetzung, also ob und in welcher Form und Qualität Akteure zusammenarbeiten.

Bisher wurde der Integrationsgrad der Lokalen Aktionspläne durch die wissenschaftliche Begleitung an Hand zweier Dimensionen untersucht: Zum einen wurde die gelingende Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteursgruppen auf der Planungs- und Steuerungsebene betrachtet, zum anderen wurde als eine Form der vertikalen Integration die Passung und Kooperation der Projekte untersucht.¹³¹ An dieser Aufteilung knüpft auch die Programmevaluation durch das DJI an. Hier wird unter einer integrierten lokalen Strategie das Zusammenspiel zwischen struktureller Integration (Vernetzung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure und Ressourcen vor Ort) und inhaltlicher Integration (Bündelung aller relevanten Maßnahmen vor Ort) verstanden.¹³² Sowohl die Passung und Kooperation der Projekte als auch die bisherige Erfassung der strukturellen und inhaltlichen Integration konzentrieren sich auf die Beschreibung eines Zustands zu einem bestimmten Zeitpunkt. Entstehungs- und Entwicklungsprozesse integrierter Strategien kommen noch nicht in den Blick. Will man jedoch den *unterschiedlichen Ausgangsbedingungen* der Lokalen Aktionspläne gerecht werden, müssen gerade diese als weiterer Aspekt in die Bewertung einbezogen werden.

127 Kooiman 2006, S. 149 f.; vgl. bereits ISS/Camino 2008, S. 74 f.

128 Seifer 2009, S. 12.

129 Seifer 2009, S. 88 f.

130 Vgl. Schimank 2007, S. 38 ff.

131 Vgl. hierzu ISS/Camino 2009b, S. 37 ff.; ISS/Camino 2008, S. 76 ff.; ISS/Camino 2009, S. 44 ff.

132 DJI-Bericht 2010.

Die Beobachtung, dass sich Entwicklungsprozesse in einer Wechselbeziehung zwischen dem Niveau der strukturellen Integration und der Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung¹³³ mit dem Problemfeld insofern vollziehen, als eine Erhöhung der inhaltlichen Qualität einer Erhöhung der strukturellen Integration vorausgeht, legt es nahe, Entwicklungsprozesse als Lernprozesse zu verstehen. In lerntheoretischen Konzepten werden – mit Blick auf das Ergebnis – verschiedene Lernformen benannt.¹³⁴ Für die Bewertung von Entwicklungsprozessen der Lokalen Aktionspläne in Bezug auf eine integrierte Handlungsstrategie bietet es sich an, die von Jachtenfuchs vorgenommene Unterscheidung zwischen einfachem und komplexem Lernen zu übernehmen.¹³⁵ Einfaches Lernen beschreibt den Einsatz von zunehmend effektiveren Mitteln für die Verfolgung der gesetzten Ziele und weist zum Teil erste strategische Ansätze auf. Komplexes Lernen umfasst darüber hinaus eine erfahrungsbasierte Veränderung der Ziele sowie die Entwicklung einer langfristigen Strategie. Auch wenn bereits durch einfache Lernprozesse zum Teil Anpassungsleistungen an eine sich ändernde Umwelt erbracht werden, gehen diese im Fall eines komplexen Lernens deutlich weiter, sind durch Innovation geprägt und erfolgreicher in Bezug auf eine Problemlösung.¹³⁶

5.3.3.1 Entwicklungsmodell einer integrierten Handlungsstrategie im Rahmen der Umsetzung Lokaler Aktionspläne

Um die Entwicklungsprozesse der Lokalen Aktionspläne zu beschreiben, wurde ein Modell entwickelt, mit welchem Fortschritte in Bezug auf die Herausbildung einer integrierten Handlungsstrategie unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Ausgangsbedingungen einer Region beschrieben werden können.

Mittels eines typisierenden Verfahrens (Kontrastierung und Vergleich)¹³⁷ wurden aus den empirischen Befunden der qualitativen WB Niveaus bestimmt, die die Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Problemlagen und den Grad der strukturellen Integration beschreiben. Durch das panelähnliche Erhebungsdesign und die daraus gewonnenen Fallanalysen¹³⁸ ist es möglich, sowohl das Niveau beim Start des Lokalen Aktionsplans als auch zu unterschiedlichen Umsetzungszeitpunkten zu bestimmen und so Entwicklungsprozesse nachzuvollziehen. Da freilich die Entwicklungsprozesse zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschlossen sind, müssen die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse als vorläufig gelten. Es zeigte sich, dass unabhängig vom Einstiegsniveau durch die Lokalen Aktionspläne Entwicklungsprozesse im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie angestoßen werden konnten, dass es aber immer auch Regionen gibt, die (zumindest bisher) trotz Lokalem Aktionsplan auf diesem Niveau verbleiben.¹³⁹ In einem zwei-

133 Der Begriff der inhaltlichen Integration wird hier durch „Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung“ ersetzt. Inhaltliche Integration ist in anderen Kontexten (insbesondere in Marketing und Public Relations) als Begriff eingeführt und meint hier die thematische Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen (vgl. bspw. Sauter 2006, S. 66; Bruhn 2007, S. 85 ff.). Die davon abweichende Verwendung durch die Programmevaluation, die zudem keine ausreichende Trennschärfe zur strukturellen Integration aufweist, könnte zu Irritationen führen. Die Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung bezieht sich hier sowohl auf die fachliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Problemlagen als auch auf die thematische Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen als Ergebnis der fachlichen Auseinandersetzung i.S. einer Transformation des vorhandenen Wissens in andere Bereiche.

134 Glock 2006, S. 69 ff.

135 Jachtenfuchs 1996, S. 31 ff.

136 Glock 2006, S. 199 ff.

137 Vgl. hierzu Kelle/Kluge 1999, S. 75 ff.

138 Vgl. die schematische Methodendarstellung in Kapitel 8.3.1. im Anhang. Im Sinne einer multikontextualen Fallanalyse wurden verschiedene Daten zusammengeführt und trianguliert. Zum einen kommt durch die Zusammenführung unterschiedlicher Daten eine Daten-Triangulation zur Anwendung, zum anderen wurden die Fälle im Forschungsteam an Hand der einzelnen die Niveaus bestimmenden Parameter im Sinne einer Investigator-Triangulation diskutiert (vgl. zu multikontextualen Fallanalysen Karliczek/Boers 2010, S. 71 und S. 73 f.; zu Triangulationsmethoden bereits ISS/Camino 2008, S. 23 ff.; ausführlich Flick 2000, S. 309 ff.). Die Erhebung zu unterschiedlichen Zeitpunkten ermöglicht die Abbildung von Verläufen.

139 Vgl. Tabelle Entwicklungsprozesse in Kapitel 8.3.2. im Anhang.

ten Schritt wurde überprüft, welchen Einfluss unterschiedliche Faktoren auf die festgestellten Entwicklungsprozesse haben. Als relevant erwiesen sich zum einen die zu bearbeitenden Problemlagen, zum anderen bestimmte strukturelle Faktoren, wie Entwicklungstyp, Typ des Ämternetzwerks und die Anbindung der Koordinierungsstelle.¹⁴⁰

5.3.3.2 Bestimmung der Entwicklungsniveaus innerhalb des Entwicklungsmodells

Die niedrigste Stufe, *Niveau 1*, ist hier jene, bei der zu Beginn des Lokalen Aktionsplans zwar eine Sensibilisierung bezüglich der Problemlage zu erkennen ist, in der Region aber noch keine systematische inhaltliche Auseinandersetzung stattgefunden hat, die zu mehr als punktuellen Reaktionen geführt hat (A_1). Es existieren nur sehr wenige und tendenziell eher instabile Strukturen der Zusammenarbeit,¹⁴¹ die Anknüpfungspunkte für den Lokalen Aktionsplan bieten könnten (S_1).

Auf *Niveau 2* ist die inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb einer Region dadurch gekennzeichnet, dass – über die punktuellen Reaktionen auf das jeweilige Problemfeld im vorherigen Niveau hinausgehend – einzelne Akteure bzw. Organisationen das Problemfeld fachlich qualifiziert bearbeiten. Ein fachlicher Austausch zwischen diesen Akteuren vollzieht sich jedoch nicht systematisch und bezieht keine weiteren Akteure der Region ein (A_2). Strukturell weisen die Regionen dieses Niveaus Formen der Zusammenarbeit auf und es gibt Erfahrungen im Bereich der Netzwerkarbeit. Auch wenn Kooperationen oder Netzwerke inhaltlich die für den Aktionsplan benannten Themenfelder streifen, sind sie jedoch nicht speziell auf das benannte Problemfeld ausgerichtet (S_2).¹⁴²

Eine *Entwicklung von Niveau 1 zu Niveau 2* ist dann gegeben, wenn die inhaltliche Auseinandersetzung auf einem fachlich höheren Niveau und/oder von neuen Akteuren geführt wird.¹⁴³ Eine strukturelle Entwicklung wird deutlich, wenn in der Region neue Kooperationen entstehen und sich erste Ansätze von Netzwerken abzeichnen.

Die nächste Stufe, *Niveau 3*, ist geprägt von einer fachlich fundierten Auseinandersetzung mit den Problemlagen in der Region, die von mehreren kooperierenden Akteuren getragen wird und stark auf die Entwicklung von Arbeitsmethoden gerichtet ist (A_3). Es gibt unterschiedliche stabile

140 Entwicklungstyp: Im Rahmen der qualitativen WB wurden Typen identifiziert, die eine jeweils unterschiedliche Entwicklung des Aktionsplans beschreiben: Ein Teil der Aktionspläne wurde bereits von Beginn an unter Beteiligung einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren entwickelt. Andere Aktionspläne wurden ausschließlich durch die Kommunen formuliert – Beteiligungsprozesse setzten erst später ein. In einigen Fällen wurde der Aktionsplan durch die Kommune in Zusammenarbeit mit einem freien Träger formuliert (ausführlich ISS/Camino 2008, S. 76 ff.). Anbindung Koordinierungsstelle: Laut Programmrichtlinien kann die (operativ tätige) Koordinierungsstelle sowohl verwaltungsintern installiert sein als auch einem freien Träger überantwortet werden. Jedoch besteht auch bei einer externen Trägerschaft der Koordinierungsstelle eine verwaltungsinterne Zuständigkeit. Eine Ausnahme stellen die beliebigen Koordinierungsstellen dar; hier wird die Gesamtverantwortung auf einen freien Träger übertragen. Form des Ämternetzwerks: Die untersuchten Aktionspläne nutzen unterschiedliche Formen eines Ämternetzwerks: Während einige für den Lokalen Aktionsplan ein eigenes Ämternetzwerk gründen, greifen andere auf bereits bestehende Netzwerke zurück. Wieder andere integrieren das Ämternetzwerk in den Begleitausschuss (ISS/Camino 2008, S. 85 f.). Problemlagen: Lokale Aktionspläne können sich insbesondere auf Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus beziehen oder darüber hinaus auch weitere Problemlagen berücksichtigen (ISS/Camino 2009, S. 144).

141 Dies könnte z.B. ein kriminalpräventiver Rat mit einem unregelmäßigen Arbeitsmodus sein oder ein Netzwerk, das sich auf Themen bezieht, zu denen keine inhaltlichen Verbindungen bestehen.

142 Gemeint sind Kooperationsstrukturen mit einer relativen Stabilität und Netzwerkarbeit, die z.B. im Rahmen einer sozialraumorientierten Gemeinwesenarbeit entstanden sind oder aus anderen strategisch orientierten Programmen (z.B. Stärken vor Ort) resultieren.

143 Erkennbar wäre dies bspw. daran, dass nun geplante Handlungsansätze fachlich begründet werden.

Strukturen, die Anknüpfungspunkte bieten können und von denen sich zumindest eine direkt am Lokalen Aktionsplan beteiligt (S₃).¹⁴⁴

Eine *Entwicklung von Niveau 2 zu Niveau 3* ist entsprechend dadurch gekennzeichnet, dass Netzwerke in die Arbeit eingebunden sind, die Zahl der Akteure, die sich mit dem Problemfeld inhaltlich auseinandersetzen, zunimmt und diese sich untereinander austauschen. Der fachliche Austausch ist mit einfachen Lernprozessen verbunden, es werden Handlungsansätze und Methoden überprüft, diskutiert und weiterentwickelt.

Niveau 4 beschreibt eine Stufe, auf der die inhaltliche Auseinandersetzung nicht nur auf die Weiterentwicklung von Methoden, sondern darüber hinaus auch strategisch ausgerichtet ist und von einer Vielzahl von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen getragen wird (A₄). Es gibt langjährige Erfahrungen in der Netzwerkarbeit und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereichen (S₄). Niveau 4 weist Merkmale einer integrierten lokalen Strategie auf.

Entsprechend wäre eine *Entwicklung von Niveau 3 zu Niveau 4* im Bereich der inhaltlichen Auseinandersetzung dadurch gekennzeichnet, dass neben der stetigen Verbesserung der (Arbeits-)Methoden Planungselemente einbezogen werden. Strukturell lassen sich eine Stabilisierung und eine Zusammenführung der Kooperationsstrukturen in einer Region sowie die gezielte und inhaltlich begründete Einbeziehung neuer Akteure beobachten. Die Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist möglicherweise noch nicht stabil, wird aber als wichtig und hilfreich empfunden und entsprechend praktiziert.

Eine *Weiterentwicklung von Niveau 4* wird im Folgenden als Wachstum und teils damit einhergehenden Paradigmenwechsel bezeichnet. Gemeint ist hier beispielsweise eine räumliche Neuorientierung durch die Einbeziehung angrenzender Regionen in den Lokalen Aktionsplan oder die Entwicklung und Erprobung innovativer strategischer Instrumente, die zu einer deutlichen Erweiterung und Veränderung der Strukturen der Zusammenarbeit führte. Von Niveau 4 ausgehende Entwicklungsprozesse zielen nicht nur auf eine Verbesserung der Methoden und Mittel ab, sondern auch auf eine Veränderung der Ziele und der Entwicklung neuer Strategien. Entsprechend kann hier von *komplexen Lernprozessen* gesprochen werden.¹⁴⁵ Sichtbar sind innovative Prozesse und die Suche nach Anschlussmöglichkeiten an Strukturen jenseits des Lokalen Aktionsplans.

Unter den in die qualitative WB einbezogenen Lokalen Aktionsplänen lassen sich zum Zeitpunkt des Programmbeginns von eins bis vier alle beschriebenen Niveaus finden, wobei eine Konzentration auf Niveau 2 und Niveau 4 zu erkennen ist. Während Niveau 2 jene Ausgangsbedingungen beschreibt, auf die das Programm idealtypisch gerichtet ist, ist davon auszugehen, dass Regionen, die bereits das Niveau 4 erreicht hatten, mit der Beteiligung am Bundesprogramm nach Möglichkeiten suchten, um innovative Prozesse anzustoßen. Auf allen Einstiegsstufen lassen sich sowohl Lokale Aktionspläne finden, die sich weiterentwickeln, als auch welche, die auf ihrem Einstiegsniveau verharren.

5.3.3.3 Entwicklungsprozesse unter Berücksichtigung des Einstiegsniveaus

Entwicklungserfolge bei Einstiegsniveau 1

Insgesamt sind drei Lokale Aktionspläne in Regionen gestartet, in denen die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem benannten Problemfeld im Vergleich zu anderen Regionen auf einem niedrigen Niveau stattfand und keine Formen struktureller Integration erkennbar waren.

144 Zusätzlich zu den auf Niveau zwei benannten Strukturen findet sich hier bspw. ein aktives zivilgesellschaftliches Netzwerk oder ein Aktionsbündnis, welches bereits an den im Aktionsplan benannten Problemlagen arbeitet und in Bezug auf eine Beteiligung am Bundesprogramm zumindest Anstoßfunktion hatte.

145 Glock 2006, S. 76 ff.

Während ein Lokaler Aktionsplan auf diesem niedrigen Niveau stagnierte und lediglich geringe inhaltliche Lernerfolge erzielen konnte, sind bei zwei Lokalen Aktionsplänen deutliche Entwicklungsfortschritte zu erkennen. Es gibt neue Kooperationen und Netzwerkbildung, auch wenn diese noch teilweise instabil wirken. Es werden Lernprozesse regionaler Verantwortungsträger beschrieben und es können Fortschritte in der inhaltlichen Auseinandersetzung konstatiert werden. Diese zeigen sich beispielsweise in einer Konkretisierung der Mittlerziele und deren inhaltlicher Begründung. In einer Region hat sich im Rahmen der Strukturen der Lokalen Aktionspläne in fachlicher Austausch etabliert, so dass hier sogar eine Entwicklung bis A₃ gegeben ist, also auf inhaltlicher Ebene sogar das übernächste Niveau erreicht wurde.

Betrachtet man Entstehungstyp und Anbindung der Koordinierungsstelle, zeigt sich, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sich bei einem Start auf Niveau 1 förderlich auf die Entwicklung integrierter lokaler Strategien auswirkt. Während die stagnierende Region den Lokalen Aktionsplan in ausschließlich kommunaler Ägide entwickelte und auch die Koordinierungsstelle intern angesiedelt ist (und zudem über wenig Handlungsspielräume verfügt), haben die anderen beiden Aktionspläne eine externe Koordinierung und der Lokale Aktionsplan wurde partizipativ bzw. zumindest unter Einbeziehung eines zivilgesellschaftlichen Akteurs vollzogen. In dieser Gruppe wurde ein Ämternetzwerk neu gegründet, zwei Aktionspläne integrierten das Ämternetzwerk in den Begleitausschuss. Jene beiden Aktionspläne, die Entwicklungsfortschritte aufweisen, haben einmal ein integriertes Ämternetzwerk, der andere gründete das Ämternetzwerk neu. Ein Zusammenhang zwischen Problemlagen und Entwicklungsfortschritten lässt sich auf diesem Niveau nicht erkennen. Sowohl ein Aktionsplan, der sich auf Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus bezieht, als auch einer, der weitere Probleme berücksichtigt, entwickelten sich weiter.

Entwicklungserfolge bei Entwicklungsniveau 2

Auf Niveau 2 starteten insgesamt acht Lokale Aktionspläne. Das Ausgangsniveau war in diesen Regionen dadurch gekennzeichnet, dass die für den Aktionsplan relevanten Probleme bereits im Fokus der Arbeit einzelner Akteure und/oder Organisationen standen. Strukturell knüpfte der Lokale Aktionsplan in diesen Regionen an Netzwerke an, die zum Teil aus einer sozialraumorientierten Gemeinwesenarbeit resultierten, zum Teil aber auch aus anderen Bundes- bzw. Länderprogrammen, wie bspw. „Stärken vor Ort“.

Während eine Region keine Fortschritte in Bezug auf die Entwicklung einer lokalen integrierten Strategie erzielen konnte, erreichten alle anderen das nächste oder sogar das übernächste Niveau. Bestehende Netzwerke werden in die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Problemfeld eingebunden, neue Akteure hinzugewonnen, Arbeitsansätze und Methoden überprüft, weiterentwickelt und diskutiert. Vier Aktionspläne richten ihre Arbeit darüber hinaus nun strategisch aus, drei Aktionsplänen gelang es auch, entsprechende Formen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren zu installieren.

Vier Aktionspläne, die hier ein neues Niveau erreichten, beziehen sich auf Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus, drei beziehen auch weitere Problemfelder in ihre Ausrichtung ein. Die Erarbeitung dieser Aktionspläne fand (bis auf eine Ausnahme) unter Einbeziehung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure oder zumindest in der Zusammenarbeit der jeweiligen Kommune mit einem freien Träger statt. Sechs dieser Aktionspläne haben eine externe Koordinierungsstelle. Die einzige interne Koordinierungsstelle dieser Gruppe verfügt verwaltungsintern über ein hohes Maß an Handlungsfreiräumen und richtet ihre Arbeit stark partizipativ aus. Auch in dieser Gruppe wird sichtbar, dass sich ein zivilgesellschaftlicher Einfluss positiv auf die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie auswirkt. Drei der in Bezug auf ein Fortschreiten des Entwicklungsprozesses besonders erfolgreichen Lokale Aktionsplänen nutzten zur verwaltungsinternen Vernetzung bereits bestehende Ämternetzwerke, die anderen Aktionspläne haben ihr Ämternetzwerk

entweder in den Begleitausschuss integriert oder installierten ein neues Netzwerk in der Verwaltung. Wie bereits bei Niveau 1 wurde der stagnierende Aktionsplan in Eigenregie der Kommune formuliert und nutzt eine interne Koordinierungsstelle.

Entwicklungserfolge bei Entwicklungsniveau 3

Vier Lokale Aktionspläne wurden in Regionen initiiert, die die Merkmale von Niveau 3 aufweisen. Zwei Aktionspläne entwickelten sich fort, einer allerdings nur im Bereich der inhaltlichen Auseinandersetzung. Bei diesem wird zwar die inhaltliche Auseinandersetzung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen geführt und bezieht strategische Elemente ein, mündete jedoch bisher noch nicht in stabilen Bündnissen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Zwei Aktionspläne stagnierten. Während bei einem Aktionsplan die Stagnation auf Konflikte zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren zurückzuführen ist, konzentrierte sich der andere Aktionsplan insbesondere auf eine Implementierung und Weiterentwicklung von Projektansätzen in spezifischen Bereichen.

In dieser Gruppe lassen sich – unabhängig von den erzielten Fortschritten in Bezug auf Entwicklungsprozesse – alle Formen von Entwicklungstypen finden. So wurde ein stagnierender Aktionsplan partizipativ entwickelt, ein anderer allein durch die Kommune. Von denen, die das nächste Niveau erreichten, wurde einer ebenfalls kommunal entwickelt, ein anderer durch die Kommune in Zusammenarbeit mit einem freien Träger. Auch in Bezug auf die Anbindung der Koordinierungsstelle und die Ausrichtung auf Problemlagen lassen sich keine Unterschiede finden. Während die auf Niveau 3 verbleibenden Aktionspläne ein integriertes Ämternetzwerk haben, nutzen die anderen beiden ein bereits bestehendes Ämternetzwerk.

Entwicklungserfolge bei Einstiegsniveau 4

Auf einem sehr hohen Eingangsniveau starteten fünf Lokale Aktionspläne. In vier Fällen handelt es sich um Aktionspläne, die einen engen Bezug auf Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus haben,¹⁴⁶ und alle hier eingeordneten Regionen haben bereits Erfahrungen im Rahmen von Vorläuferprogrammen gesammelt. Es gibt etablierte Formen der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren. Drei verfügten bereits über eine kommunal (mit-)finanzierte Fach- bzw. Koordinierungsstelle, deren Arbeit sich explizit auf die Themen bezieht, die auch durch den Lokalen Aktionsplan aufgegriffen werden. Da die themenbezogene inhaltliche Auseinandersetzung in diesen Regionen bereits auf einem sehr hohen Niveau stattfand und mit strategischen Überlegungen verbunden war, wurde der Lokale Aktionsplan als Möglichkeit gesehen, Strategien systematisch (weiter) zu entwickeln und ihre Umsetzung zu erproben.

Wenn man davon ausgeht, dass eine integrierte lokale Strategie ein in Bezug auf konkrete Problemlagen, einen konkreten Raum und konkrete Ziele abgestimmtes Vorgehen ist, das von wichtigen in diesem Raum agierenden Akteuren getragen wird, lässt sich konstatieren, dass in diesen Regionen bereits Formen integrierter Strategien erkennbar waren. Entsprechend wären Entwicklungserfolge hier dann gegeben, wenn zum einen die integrierte lokale Strategie auf einem hohen Niveau stabilisiert werden kann oder wenn sie sowohl inhaltlich als auch strukturell über die bisherige Planung hinausweist und damit wiederum ein neues Niveau erreicht. Dies wäre bspw. dann der Fall, wenn es gelänge, weitere Regionen in die strategische Planung einzubeziehen, oder wenn fachlich begründet neue gesellschaftliche Bereiche einbezogen werden und hierfür innovative Strategien zum Einsatz kommen.

146 Vgl. hierzu die Typisierung an Hand der Logischen Modelle in ISS/Camino 2009, S. 91 f., sowie S. 143 f.

Bei drei dieser fünf Aktionspläne wurde ein solcher Lernschritt vollzogen, zwei verbleiben (zunächst) auf ihrem – freilich hohen – Niveau. Entwicklungsfortschritte werden daran sichtbar, dass bei zwei dieser Aktionspläne integrierte Strategien aus einer Kommune in den umgebenden Landkreis getragen werden und darüber hinaus Partnerschaften mit bisher nicht eingebundenen gesellschaftlichen Bereichen angestrebt wurden und weitestgehend installiert werden konnten. Ein anderer Lokaler Aktionsplan bezog zwar keine neuen Räume ein, entwickelte aber Arbeitsformen so weiter, dass ihm die Integration neuer Akteure auf eine Art und Weise gelang, dass diese nicht nur auf Projektebene eingebunden sind, sondern an der Entwicklung weiterer strategischer Ziele mitwirken. Zum anderen werden hier strategische Kooperationen mit Netzwerken aus angrenzenden thematischen Feldern installiert und eine übergreifende Arbeitsstruktur angestrebt.

Auch in dieser Gruppe fällt auf, dass jene Aktionspläne, die deutliche Entwicklungsfortschritte erzielen konnten, partizipativ oder durch die Kommune in Zusammenarbeit mit einem freien Träger entwickelt wurden und dass zwei von drei eine externe Koordinierungsstelle haben. Hierin unterscheiden sie sich von den anderen beiden Aktionsplänen dieser Gruppe, die in kommunaler Regie entwickelt wurden und beide eine interne Koordinierungsstelle haben. Es lassen sich auch Unterschiede in Bezug auf die Form des Ämternetzwerks feststellen. Während die drei besonders weit fortgeschrittenen Aktionspläne an konkreten Netzwerkstrukturen im Verwaltungsbereich anknüpfen, also ein bestehendes oder neu gegründetes Ämternetzwerk nutzen, haben die beiden anderen Aktionspläne das Ämternetzwerk in den Begleitausschuss integriert.

5.3.3.4 Faktorenabhängigkeit der Entwicklungsprozesse

Ob im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans Fortschritte in der Entwicklung und Umsetzung einer integrierten Strategie erreicht werden konnten, hängt nicht vom jeweiligen Einstiegsniveau ab. Jedoch ließen sich Hinweise finden, dass einige der untersuchten Faktoren einen Einfluss auf Entwicklungsfortschritte haben können. Da die Entwicklungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind, sind für abschließende Aussagen die weiteren Verläufe zu beobachten.

Von den sechs im Ausgangsniveau verbleibenden Lokalen Aktionsplänen wurde lediglich einer partizipativ entwickelt, ein weiterer durch die Kommune in Zusammenarbeit mit einem freien Träger. Nur einer dieser Aktionspläne hat eine externe Koordinierungsstelle.

Aktionspläne, die in Bezug auf die Entwicklung und Umsetzung einer integrierten lokalen Strategie Fortschritte erreichten, wurden entweder unter Einbeziehung vieler Akteure (6) oder durch die Kommune und einen freien Träger (6) entwickelt. Lediglich zwei wurden zunächst durch die kommunalen Akteure formuliert. Nur drei dieser vierzehn Aktionspläne haben eine interne Koordinierungsstelle.

Bezogen auf das Ämternetzwerk, lässt sich insgesamt betrachtet feststellen, dass Aktionspläne, die in ihrem Einstiegsniveau verharren, bis auf eine Ausnahme das Ämternetzwerk in den Begleitausschuss integriert haben. Die in Bezug auf Entwicklungsprozesse erfolgreichen Aktionspläne nutzen auf Verwaltungsebene überwiegend neue oder bestehende Netzwerkstrukturen. Nur drei dieser Aktionspläne haben ihr Ämternetzwerk in den Begleitausschuss integriert.

Insbesondere die Befunde zum Einfluss des Entwicklungstyps eines Lokalen Aktionsplans lassen sich durch weitere Untersuchungen in angrenzenden thematischen Feldern bestätigen. Bei einem Vergleich unterschiedlich erfolgreicher Stadtpolitiken, dem lerntheoretische Annahmen zugrunde gelegt wurden, wird beispielsweise festgestellt, dass in Bezug auf Lernprozesse dann Erfolge erzielt werden, wenn bereits während der Entwicklung stadtpolitischer Konzepte ein breiter Konsens zwischen unterschiedlichen Akteuren angestrebt wird, ohne dass jedoch eine

Akteursgruppe über eine alleinige Steuerungsmacht (hier Blockademacht) verfügt.¹⁴⁷ Dies deckt sich mit den Befunden über die Lokalen Aktionspläne – wo von Anfang an eine hohe Beteiligung angestrebt wurde, konnten weiterreichende Entwicklungsfortschritte gemacht werden. Eine externe Koordinierungsstelle scheint derartige Prozesse zu unterstützen: Auf die Frage nach Vor- und Nachteilen einer externen bzw. internen Koordinierungsstelle wird in den Interviews darauf verwiesen, dass eine externe Koordinierungsstelle oft über Kenntnisse in Bezug auf die Kompetenzen, Ressourcen und Interessen zivilgesellschaftlicher Träger verfügt, die der Verwaltung nicht (bzw. nicht in dieser Form) zur Verfügung stehen.

Allerdings ist auch festzustellen, dass in Regionen, die in Bezug auf die Entwicklung einer integrierten lokalen Strategie weit fortgeschritten sind, die internen Koordinierungsstellen über ähnliche Kenntnisse verfügen. Diese wurden entweder in der langjährigen Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommune erworben oder der/die Koordinator/in wurde aus einem zivilgesellschaftlichen Kontext in die kommunalen Strukturen übernommen. Positiv scheint es sich weiterhin auszuwirken, wenn eine interne Koordinierungsstelle nicht in die (üblichen) vertikalen Verwaltungsstrukturen eingebunden ist und dadurch ein hohes Maß an Querschnittskompetenz und Handlungsfreiräumen hat und überdies nach partizipativen Grundsätzen arbeitet.

Weniger eindeutig stellen sich die bisher sichtbaren Befunde zum Ämternetzwerk dar. Gleichwohl weist vieles darauf hin, dass hier eine konkrete Struktur in Bezug auf Entwicklungsprozesse hilfreich ist. Geht man davon aus, dass integrierte lokale Strategien an kollektives Handeln gebunden sind und damit durch Verhandlungsprozesse geprägt sind, erscheint dies auch plausibel. Für die Umsetzung von Kooperationen bedarf es verbindlicher Vereinbarungen, die als ein Ergebnis wechselseitiger Einflussnahme und direkter Kommunikation getroffen werden.¹⁴⁸ Sollen sich solche Vereinbarungen auch in konkreten lokalpolitischen Kontexten niederschlagen, bedarf es eben auch hier entsprechender Strukturen, die Aushandlungsprozesse und das Treffen von verbindlichen Vereinbarungen ermöglichen.

Sowohl in lerntheoretisch orientierten Arbeiten als auch in der empirischen Governanceforschung sind nicht nur konsensbasierte Konzepte Voraussetzung für die Entwicklung erfolgreicher Strategien. Ein weiterer in diesem Zusammenhang thematisierter Aspekt ist die Art und Weise der Problemwahrnehmung. In Bezug auf Stadtpolitiken stellt Glock zunächst fest, dass erfolgreiche Strategien dann entwickelt werden, wenn es eine Anerkennung der Problemlage gibt und diese als grundsätzliches und nicht als episodenhaftes Problem akzeptiert wird. Bereits die Beteiligung am Bundesprogramm weist bei allen untersuchten Regionen auf eine entsprechende Sensibilisierung in Bezug auf die Problemlagen hin. Um aber neue und innovative Lösungswege im Sinne eines komplexen Lernens zu finden und umzusetzen, ist es darüber hinaus nötig, traditionelle Handlungsorientierungen zu ändern. Dies ist eher dann der Fall, wenn ein hoher Problemdruck besteht.¹⁴⁹ Auch in der empirischen Governanceforschung geht man davon aus, dass kollektive Lernprozesse durch bestimmte Rahmenbedingungen verstärkt werden. Als besonders wirkungsvolle Rahmenbedingung werden hier Probleme benannt, die einen Handlungsdruck erzeugen.¹⁵⁰ Insofern verwundert es auch nicht, dass gerade Lokale Aktionspläne, die sich auf Problemlagen mit einem engen Bezug zu rechtsextremistischen Erscheinungsformen richten, Fortschritte in der Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie machen. Auch wenn innerhalb der einzelnen Ausgangsniveaus keine eindeutigen Befunde erkennbar sind, sind es 75% (9 von 12) der Akti-

147 Glock 2006.

148 Vgl. Benz 2007, S. 110 ff.: „Persönliche Kommunikation in Verhandlungsprozessen erzeugt eine Eigendynamik, welche den Übergang von kompetitivem oder egozentrischem zu kooperativem Verhalten und damit von positionsbezogenem, [zu] kompromissorientiertem zu verständigungsorientiertem Verhalten fördert“ (ebd., S. 111).

149 Glock 2006, S. 200 ff.

150 Fürst 2007, S. 358.

onspläne mit einem engen Bezug zu Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus, die Entwicklungsfortschritte aufweisen, während dies bei Aktionsplänen, die weitere Themenbereiche einbeziehen, in 62,5% (5 von 8) der Fall ist.

5.3.4 Zusammenführung

Anschließend an die systematische Differenzierung von Zielerreichung und Entwicklungsniveau und die Darstellung der Befunde zu den jeweils relevanten Faktoren, soll abschließend eine Zusammenfassung und Zusammenführung der Befunde vorgenommen werden.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Bestimmung von Einflussfaktoren auf vorangegangenen Analysen der WB aufbaut und diese zugleich systematisch erweitert und ergänzt. Nach einer Beschreibung der Strukturen der Lokalen Aktionspläne und deren Implementierung¹⁵¹ ist in einem weiteren Schritt die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne in verschiedenen Handlungsdimensionen überprüft worden. In diesem Kontext sind auf der Grundlage expliziter Abfragen bei den Akteuren auch bereits erste Befunde zu förderlichen und hinderlichen Faktoren generiert worden.¹⁵² Da im Zuge einer auch nutzungsorientierten und entscheidungsgesteuerten Evaluation nicht nur die Beschreibung eines Status quo angezielt wurde, sondern auch die für Interventionen relevanten Ansatzpunkte identifiziert werden sollten, ist die Bestimmung der Einflussfaktoren für die Zielerreichung erweitert und vertieft worden. In der aktuellen Untersuchungswelle sind dabei nicht ausschließlich die direkten Angaben der Befragten zum Ausgangspunkt für die Bestimmung von Faktoren genommen worden. Vielmehr wurden mithilfe eines Indizes zur Zielerreichung Zusammenhänge zwischen verschiedenen Faktoren und der Zielerreichung berechnet.

Es ist bemerkenswert, dass die gefundenen „Gelingensfaktoren“ nahezu ausschließlich praxisbezogene Faktoren darstellen, währenddessen Faktoren, die sich auf die strukturellen Merkmale der jeweiligen Förderregionen beziehen, kaum auf die Zielerreichung durchschlugen. Zwar konnte für den Kontextfaktor einer Vertretung rechtsextremer Parteien in kommunalen Parlamenten ein Zusammenhang zur Zielerreichung (0,22) nachgewiesen werden. Faktoren wie die Größe des Fördergebietes, die Ansiedlung in ost- oder westdeutschen Bundesländern, der Typus der Koordinierungsstelle, die Ansiedlung im ländlichen oder städtischen Raum etc. erwiesen sich für die Zielerreichung aber nicht als ausschlaggebend.¹⁵³ Als entscheidend erscheint vielmehr die Berücksichtigung und Umsetzung bestimmter Kriterien guter Praxis in den Lokalen Aktionsplänen, zu denen etwa 1) eine intensive Strategieentwicklung und eine gute Projektauswahl, 2) die Koordination und Kooperation relevanter Akteure, aber auch 3) die Verzahnung im Rahmen einer auch durch andere Programme erzeugten themenspezifischen Infrastruktur oder 4) die Bereitstellung und Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten und 5) die Einbeziehung der lokalen Öffentlichkeit zu zählen sind.

Diese Ergebnisse können dahingehend interpretiert werden, dass das Instrument des Lokalen Aktionsplans in hohem Maße flexibel in ganz unterschiedlichen Förderregionen eingesetzt werden kann, solange einschlägige Handlungsregeln und Qualitätskriterien berücksichtigt werden. Dieser Befund ist festzuhalten und für eine gute Praxis Lokaler Aktionspläne zu berücksichtigen. Im Zuge einer responsiven Evaluation, die permanent auch Rückmeldungen aus der Praxis auf-

151 Vgl. ISS/Camino 2008.

152 Vgl. ISS/Camino 2009.

153 Zur Vertretung rechtsextremer Parteien in kommunalen Parteien ist auffällig, dass diese mit einer etwas besseren Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne einhergeht. Zwar könnte angenommen werden, dass erfolgreiche Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne sich gerade insofern auswirkt, dass rechtsextreme Akteure keine parlamentarische Vertretung erreichen können. Tatsächlich verhält es sich jedoch eher so, dass eine entsprechende Vertretung einen zeitlich anhaltenden, sichtbaren und normativ empfindliche Bereiche berührenden Problemdruck darstellt, der dann anscheinend auch zu einer stärker fokussierten und zielbewussten Aktivität der Lokalen Aktionspläne führt. Vgl. auch die überblickshafte Darstellung der Zusammenhänge zwischen strukturellen Faktoren und Zielerreichung in Kapitel 8.3.3. im Anhang.

nimmt, hat sich allerdings weiterführender Klärungsbedarf insofern abgezeichnet, dass die Umsetzung und Berücksichtigung von Gelingensfaktoren selbst ein voraussetzungsreicher Umstand ist. Wird allein die Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne als Kriterium für die Bestimmung von Einflussfaktoren herangezogen, so wird mit anderen Worten leicht übersehen, dass die Lokalen Aktionspläne von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen und unterschiedliche Ausgangsbedingungen aufweisen.

Um diesen unterschiedlichen Voraussetzungen Rechnung tragen zu können, wurde für zwanzig ausgewählte Aktionspläne ihr Entwicklungsstand in Bezug auf eine integrierte Handlungsstrategie bestimmt, und zwar sowohl zum Zeitpunkt des Programmstarts, quasi als Ausgangsniveau, als auch der Entwicklungsstand, der im Verlauf des Programms erreicht werden konnte. Dabei zeigte sich, dass es Entwicklungsprozesse in unterschiedlicher Ausprägung gibt, die ebenfalls auf ihre Abhängigkeit von verschiedenen Einflussfaktoren überprüft wurden. Im Unterschied zur Analyse der Zielerreichung erweisen sich in den qualitativen Analysen sehr wohl gewisse, in bestimmtem Sinn als strukturell zu beschreibende Faktoren als einflussreich. Sieht man zunächst von weiteren Differenzierungen ab, dann lassen sich pauschal folgende Faktoren als für dynamische Entwicklungsprozesse förderliche Größen benennen: 1) die möglichst partizipative Entwicklung des Lokalen Aktionsplans in der Startphase unter frühzeitiger Einbeziehung auch zivilgesellschaftlicher Akteure, 2) die Konstituierung eines spezifisch mit dem Aktionsplan befassten Ämternetzwerks und 3) im Fall eines niedrigen Entwicklungsniveaus die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle sowie 4) der fokussierte Bezug auf spezifische Problemlagen – insbesondere die Orientierung auf Problemlagen, die genuin mit Rechtsextremismus zu tun haben. Es sind also diese Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Lokale Aktionspläne nicht auf ihrem Eingangsniveau verbleiben, sondern sich in Folge von Lernprozessen positiv weiterentwickeln.

In Hinsicht jeweils auf die Zielerreichung und die Entwicklungsprozesse zeigen sich in den quantitativen und qualitativen Analysen also unterschiedliche Faktorenkataloge. Da sich die jeweils untersuchten Bezugsgrößen inhaltlich unterscheiden und also sachlich unterschiedliche Konstrukte untersucht wurden, könnte die Analyse an dieser Stelle abgeschlossen werden. Wird aber beachtet, dass a) zum einen die jeweiligen Konstrukte zwar analytisch unterschieden werden können, aber selbstverständlich in der Qualität von Lokalen Aktionsplänen durchaus auch einen gemeinsamen Konvergenzpunkt haben, und b) zum anderen die Faktorenanalysen Elemente einer nutzungsorientierten Evaluation und damit auch als Entscheidungshilfen verstanden werden können, kann die Frage gestellt werden, welche Faktoren gewissermaßen Priorität genießen und wie die jeweiligen Faktoren zusammenpassen. Die für eine Zielerreichung relevanten und an einer guten Praxis orientierten Gelingensfaktoren bilden gleichzeitig auch Kriterien ab, an Hand derer die jeweiligen Entwicklungsniveaus bestimmt wurden. Erwartungsgemäß weisen deshalb Lokale Aktionspläne, die ein höheres Entwicklungsniveau haben, in der Tendenz bessere Werte in Bezug auf die Zielerreichung auf, denn schließlich sind bei ihnen die hierfür relevanten Faktoren deutlich besser ausgeprägt als bei Lokalen Aktionspläne die ein niedrigeres Entwicklungsniveau in Bezug auf eine integrierte Handlungsstrategie aufweisen.¹⁵⁴

Eine gute Zielerreichung wirkt auf die Kriterien, nach denen die Entwicklungsniveaus bestimmt werden. Somit kann man von einem zirkulären Zusammenhang ausgehen: Ein hohes Niveau weist Faktoren auf, die für eine gute Zielerreichung relevant sind. Eine hohe Zielerreichung führt wiederum zu einer Verbesserung der Faktoren. Damit kann der Aktionsplan das nächsthöhere Entwicklungsniveau erreichen und folgerichtig auch weitere Fortschritte in der Zielerreichung machen.

154 Vgl. Übersicht in Kapitel 8.3.3. im Anhang.

In der Summe sind damit sowohl strukturelle Faktoren als auch Faktoren, die sich an einer guten Praxis orientieren, für den Erfolg eines Lokalen Aktionsplans relevant. Sie erlangen aber je nach Entwicklungsstand der Aktionspläne eine unterschiedliche Bedeutung und einen unterschiedlichen Stellenwert. Bei niedrigem Einstiegsniveau sind insbesondere die Arbeits- und Umsetzungsstrukturen bedeutsam. Wo ein gewisser Erfahrungsschatz und ein entwickeltes Ausgangsniveau vorausgesetzt werden kann, geht es stärker um pragmatische Fragen und die Modalitäten der lokalen Praxis.

5.4 Nachhaltige Entwicklungen durch die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen

„Ein Lokaler Aktionsplan ist ein geeignetes Instrument zur Steuerung von Entwicklungsprozessen zur Demokratieentwicklung und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Der lokale Aktionsplan verknüpft damit nachhaltig und zielorientiert wirksames Handeln auf lokaler Ebene und befördert ein breites zivilgesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger.“¹⁵⁵

Wie dieser Auszug aus den Leitlinien für die „Entwicklung lokaler integrierter Strategien“ (Lokale Aktionspläne) zeigt, verfolgen die Programmgestalter nicht nur inhaltlich orientierte Ziele, deren Erreichung Thema im Bericht der WB von 2009¹⁵⁶ war und auch im vorliegenden Bericht ist (vgl. 5.3), sondern erwarten, dass sich hierdurch nachhaltige Effekte einstellen.

In den letzten zehn Jahren erlebte der Begriff der Nachhaltigkeit – als solcher ursprünglich durch die Umweltpolitik geprägt und inzwischen auch auf ökonomische und soziale Bereiche bezogen¹⁵⁷ – eine Konjunktur auch im Bereich sozialpolitisch geprägter Programme.¹⁵⁸ Dabei ist die Evaluation bzw. wissenschaftliche Begleitung solcher Programme regelmäßig mit dem in diesem Bereich noch relativ diffusen Begriffsverständnis von Nachhaltigkeit konfrontiert.¹⁵⁹ Der kleinste gemeinsame Nenner ist hier, dass es bei der Erreichung von Nachhaltigkeit darum geht, dass etwas weiterleben, fort dauern, also in irgendeiner Weise nach Programmende bestehen bleiben soll.¹⁶⁰ Hier kann es sich um „die [fortgesetzte] Nutzung und/oder Verbreitung der Erkenntnisse und Anregungen, die aus der Programmumsetzung resultieren,“ handeln,¹⁶¹ die dauerhafte Verankerung von Projekten oder deren dauerhafte Unterstützung.¹⁶² Andere Autor/innen differenzieren Nachhaltigkeit in Bezug auf die Dauerhaftigkeit der Wirkungen, der Zielrelevanz und der weiteren Zusammenarbeit.¹⁶³ Verbreitet ist auch die Unterscheidung zwischen inhaltlicher und struktureller Nachhaltigkeit.¹⁶⁴

Die Gleichsetzung des Begriffes Nachhaltigkeit mit Dauerhaftigkeit wird allerdings zum Teil als eine sich in der Praxis vollziehende Reduktion und inhaltliche Aushöhlung des Begriffs empfunden.¹⁶⁵ Andererseits besteht bei der Verwendung eines komplexen Nachhaltigkeitsbegriffs, der alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt (Ökologie, Ökonomie und Soziales¹⁶⁶) und damit letztlich alle Lebensbereiche berührt, „die Gefahr einer Verallgemeinerung des Nachhaltig-

155 BMFSFJ (o.J.): Leitlinien, S. 2 f.

156 ISS/Camino 2009, S. 35 ff.

157 Vgl. Definition des Rats für nachhaltige Entwicklung.

158 Haubrich/Lüders 2006, S. 9. Zur Begriffsentwicklung bspw. Nöthen/Eisenstecken 2005, S. 4 f.; auch Teller 2005, S. 38.

159 Haubrich/Lüders 2006, S. 9.

160 Ebd.

161 Obst 2006, S. 1.

162 Obst 2006, S. 12.

163 Nöthen/Eisenstecken 2005, S. 3 f.

164 Vgl. etwa Brüggemann/Klingelhöfer/Schmidt 2004, S. 23.

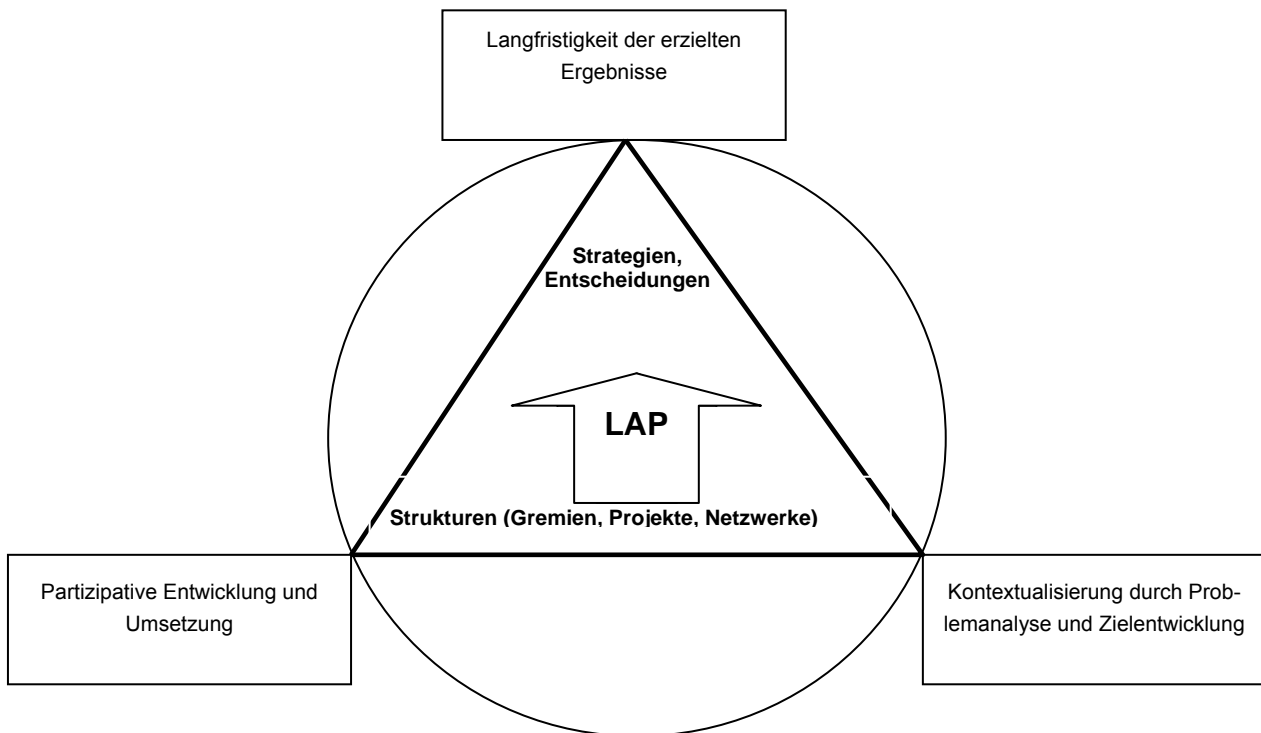
165 Lorenz 2006, S. 11.

166 Vgl. hierzu Littig/Grießler 2004, S. 4.

keitsprinzips, bis zum Verlust der definitorischen Schärfe“.¹⁶⁷ Aber gerade in den Bereichen der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung von Programmen und Projekten bedürfen Untersuchungsdimensionen einer Konkretisierung, die eine Operationalisierung ermöglicht.¹⁶⁸

Im Ergebnis einer Analyse der verschiedenen im Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ implizierten Aspekte entwickelt Majer eine Definition von Nachhaltigkeit, die sowohl den Ansprüchen an inhaltliche Komplexität als auch denen nach definitorischer Schärfe gerecht wird. Nachhaltigkeit wird hier als ein „Problemlösungskonzept“ verstanden und umfasst neben Langfristigkeit noch die Bereiche Gerechtigkeit und Ganzheitlichkeit (neues Nachhaltigkeitsdreieck).¹⁶⁹ Dabei holt er die Begriffe Gerechtigkeit und Ganzheitlichkeit aus ihrem normativen Kontext und definiert sie in einer Form, die eine Anwendbarkeit im Rahmen der Evaluation konkreter Programme und Projekte ermöglicht. Kategorien sind hier die partizipative Form des Zustandekommens von Handlungsstrategien bzw. deren Umsetzung (Gerechtigkeit) und die Konkretisierung des Handlungsraums, auf den sich ein Programm bezieht (Ganzheitlichkeit), sowie die Zeit, über die die Ergebnisse, die sich in einem solchen Handlungskontext ergeben, fortbestehen (Langfristigkeit). Teller greift diese Definition auf und modifiziert sie dahingehend, dass er Ganzheitlichkeit als systemische Orientierung umformuliert und Gerechtigkeit in Gemeinschaftlichkeit. Damit wird dem Sprachduktus sozial orientierter Programme und der Projektrealität besser entsprochen.¹⁷⁰

Abbildung 20: Nachhaltigkeitsdreieck



Überträgt man das Nachhaltigkeitsdreieck auf das Modell eines Lokalen Aktionsplans, stellt man fest, dass bereits durch die Programmleitlinien zwei Aspekte der Nachhaltigkeit gefördert werden: Die Beteiligungsansprüche des Programms gewährleisten – sofern sie umgesetzt werden – die Berücksichtigung von Gerechtigkeits- bzw. Gemeinschaftsaspekten durch die partizipative Entwicklung und Umsetzung des Aktionsplans. Der Bezug auf einen lokalen Raum sowie das Verständnis einer aktors- und organisationsbezogenen Integration und eine fortlaufende Problem-

167 Teller 2005, S. 38.

168 Teller 2005, S. 10.

169 Majer (o.J.), S. 7 f.; vgl. auch Nöthen/Eisensteck 2005, S. 5 ff.

170 Teller 2005, S. 39.

analyse sowie Zielentwicklung stellen eine Kontextualisierung dar. Diese definiert einen Handlungsraum in seinen strukturellen und inhaltlichen Ausprägungen und greift damit den Aspekt der Ganzheitlichkeit bzw. der systemischen Orientierung auf. Beide Aspekte wurden in den vorangehenden Berichten der WB bereits ausführlich betrachtet. Die partizipative Entwicklung und Umsetzung sowie die Kontextualisierung produzieren Strukturen in Form von Gremien, Projekten und Netzwerken, die wiederum die Strategieentwicklung und die Entscheidungen im Rahmen des Lokalen Aktionsplans beeinflussen, die letztlich zu Ergebnissen führen, die, wenn sie langfristig fortbestehen, als nachhaltig bezeichnet werden können.

Der Rahmen ist also gesetzt, somit bleibt die Frage, wie wird er genutzt und welche nachhaltigen Ergebnisse werden erzielt. Die Orientierung am Nachhaltigkeitsdreieck gewährleistet dabei, dass nur jene Dinge als nachhaltig erfasst werden, die den normativen Ansprüchen des Begriffs Nachhaltigkeit einerseits, denen der Lokalen Aktionspläne andererseits genügen. Denn da Handeln grundsätzlich nicht wirkungsfrei bleiben kann, gleichwohl nicht jede Wirkung programm- bzw. projektrelevant ist, muss sich die Nachhaltigkeit der Lokalen Aktionspläne immer auch an den formulierten Zielen und an den gesetzten Ansprüchen an Partizipation messen lassen. Mit anderen Worten: Nachhaltig ist, was aus einem Lokalen Aktionsplans resultiert, der partizipativ entwickelt und umgesetzt wurde und der auf einer Problemanalyse und entsprechend daraus abgeleiteten Zielen basiert und längerfristig fortbesteht. Dabei sind die partizipative Entwicklung und die Kontextualisierung durch Problemanalyse und die Zielentwicklung zwar Ausgangsbedingungen, wirken jedoch in den Ergebnissen des Lokalen Aktionsplans fort.

Es lassen sich im Rahmen der WB zwei Zeithorizonte unterscheiden. Zum einen natürlich jener, der über das Programm hinausweist. Befunde hierzu müssen, aufgrund des Zeitrahmens der wissenschaftlichen Begleitung, überwiegend im Bereich des Hypothetischen bleiben. Man kann erfassen, was geplant ist oder zumindest angestrebt wird. Nur in *vereinzelt*en Fällen ist eine solche Planung bereits mit verbindlichen politischen Beschlüssen untersetzt. Aber auch bereits während der Programmlaufzeit – und das ist der zweite Zeithorizont – wurden sowohl Handlungen als auch Maßnahmen¹⁷¹ aus der Programmstruktur herausgelöst und in andere Kontexte integriert, was ihnen einen von der Programmlaufzeit unabhängigen Bestand sichert. Allerdings bewegen sich die Befunde hier auf einem niedrigen Niveau.

Um nun die Beobachtungen zu systematisieren, haben wir uns für vier Kategorien entschieden, anhand derer Nachhaltigkeit beschrieben werden soll:

- Strukturelle Nachhaltigkeit: Von struktureller Nachhaltigkeit kann dann gesprochen werden, wenn Arbeitsstrukturen, die sich im Rahmen der Programm-/Projektumsetzung herausbilden, erhalten bleiben und wenn Projekte fortbestehen.
- Handlungswirksame Lernprozesse: Von Nachhaltigkeit soll auch dann die Rede sein, wenn es im Rahmen der Umsetzung eines Programms bzw. Projekts zu einem Wissenszugewinn kommt, der Akteure/Organisationen zu veränderten oder neuen Handlungsweisen anregt.
- Relevanzzerhalt: Ein Relevanzzerhalt ist bereits gegeben, wenn eine strukturelle Nachhaltigkeit feststellbar ist. Darüber hinaus ist es aber auch nachhaltig, wenn die zentralen Inhalte/Ziele in Kontexte übernommen werden, die unabhängig von dem betrachteten Programm/Projekt sind und hier gemeinschaftlich bearbeitet werden.
- Anstoß von Prozessen: Nachhaltigkeit ist dann gegeben, wenn Prozesse angestoßen werden, die über die Intentionen des Programms bzw. Projekts hinausweisen, gleichwohl einen Bezug zu seinen Zielsetzungen aufweisen.

171 Vgl. hierzu die Definition von Nachhaltigkeit bei Nöthen/Eisensteck 2005, S. 3: „Nachhaltigkeit bedeutet die Berücksichtigung der langfristigen Folgen von Handlungen und Maßnahmen und die Sicherstellung, dass Handlungen und Maßnahmen im Sinne der gewünschten Ziele auf Dauer wirken.“

Die Entwicklung dieser Kategorien erfolgte in drei Stufen: Zunächst wurden die in verschiedenen empirischen Untersuchungen verwendeten Kategorien von Nachhaltigkeit gesammelt und systematisiert. Anhand der empirischen Befunde aus den Lokalen Aktionsplänen wurden diese Kategorien noch einmal konkretisiert. Ein letzter Schritt diente der Überprüfung der Aussagekraft der entwickelten Kategorien, also der Überprüfung, inwieweit sie auch außerhalb der Programmlogik der Lokalen Aktionspläne relevant sind. Hierfür wurden sie als Kennzeichen für die Nachhaltigkeit anderer Programme bzw. Projekte diskutiert, so z.B. für die Beraternetzwerke des Programms „kompetent: für Demokratie“ und für das Stadtteilmütterprojekt Neukölln. Deutlich wurde, dass es nicht notwendig ist, in allen Kategorien positive Befunde zu haben, um von Nachhaltigkeit zu sprechen. Vielmehr kann auch jede Kategorie für sich stehen, um Nachhaltigkeit zu operationalisieren.

5.4.1 Strukturelle Nachhaltigkeit

Von struktureller Nachhaltigkeit kann dann gesprochen werden, wenn Arbeitsstrukturen, die sich im Rahmen der Programm-/Projektumsetzung herausbildeten, erhalten bleiben. Operationalisiert man diese Kriterien so, dass sie auf die Lokalen Aktionspläne bezogen werden können, ist Nachhaltigkeit dann gegeben, wenn eine oder mehrere der durch die Programmvorgaben festgelegten Organisationsstrukturen – Begleitausschuss, Ämternetzwerk, Koordinierungsstelle – Bestand haben, aber auch, wenn regional spezifische Arbeitsstrukturen (z.B. Netzwerke, Arbeitsgruppen etc), die sich herausgebildet haben, erhalten werden. Da diese Strukturen an die Umsetzung des Programms gekoppelt sind, kann zum jetzigen Zeitpunkt Nachhaltigkeit in diesem Bereich nur in Form von Erwartungen und Planungen erfasst werden.

5.4.1.1 Erhalt von Arbeitsstrukturen

Koordinierungsstelle

Die Koordinierungsstelle ist für die operative Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans zuständig. Hier laufen Informationen zusammen, werden Beratungsleistungen erbracht, und hier wird die Kommunikation innerhalb des Netzwerks organisiert. Insofern verwundert es nicht, dass der Fortbestand der Koordinierungsstellen als wichtige Voraussetzung für die Fortsetzung der im Lokalen Aktionsplan begonnenen Arbeit gesehen wird. Selbst wenn keine Projektmittel zur Verfügung stehen würden, könnte eine solche Stelle zumindest beraten und Vernetzungen pflegen. Eine Möglichkeit, sie zu erhalten, wäre eine kommunal finanzierte Stelle, die in der Verwaltung eine Querschnittsfunktion einnimmt, mit ausreichend Handlungsspielräumen versehen ist und deren Inhaber/in über ein hohes Maß an Akzeptanz in zivilgesellschaftlichen Strukturen verfügt. In zwei der zwanzig untersuchten Regionen gab es bereits vor Programmstart eine solche Stelle, die auch weiterhin Bestand haben wird. In einer Region beteiligt sich die Kommune bereits seit mehreren Jahren an der Finanzierung der Koordinierungsstelle eines Bürgerbündnisses.

Nahezu alle Interviewpartner/innen äußern sich positiv über die Arbeit der Koordinierungsstellen und sind sich ihrer Bedeutung bewusst:

„Als Zugangsstelle darf so was nicht zerschlagen werden, sonst fängt man wieder von vorne an.“ (08A_72)

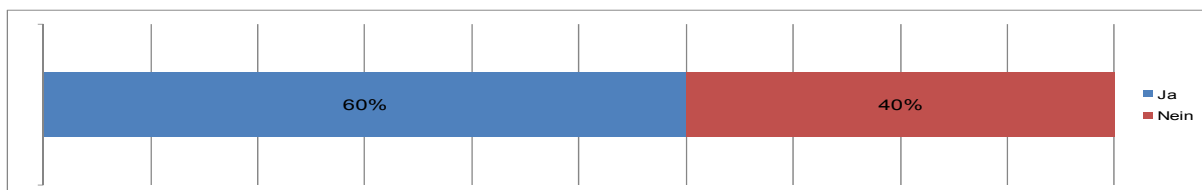
Gleichwohl gibt es lediglich in einem Aktionsplan konkrete Absichten, die (interne) Koordinierungsstelle zu erhalten. In mehreren anderen Regionen wird noch nach Möglichkeiten gesucht, wie die Arbeit der (hier überwiegend externen) Koordinierungsstellen fortgesetzt werden könnte. Als gangbare Wege erscheinen die Integration der Koordinierungsstelle in den Arbeitsbereich der Jugendpflege, um so sowohl die Themen des Aktionsplans und das institutionell erworbene Wissen als auch die individuellen Erfahrungen weiterhin in die kommunale Arbeit einfließen zu lassen. Aber auch die (Teil-)Finanzierung einer entsprechenden Stelle bei einem freien Träger wird in Erwägung gezogen. Entscheidungen sind bisher erst in einem Aktionsplan gefallen. Um ein

entsprechendes politisches Votum zu bekommen, müssen nach Ansicht der Interviewpartner/innen die Ergebnisse der Arbeit des Lokalen Aktionsplans in die entsprechenden Ausschüsse und in die jeweiligen Stadtparlamente bzw. Kreistage kommuniziert werden.

„Ich kann nicht nur mit irgendwelchen Vorstellungen kommen, wenn ich sage, wir brauchen nächstes Jahr X Euro im Haushalt, für ne Stelle und für Sachmittel und so weiter, dann muss man schon ein bisschen Butter bei die Fische bringen, und dann geht das auch.“ (3B_ 720)

Hierfür werden die Projekt- und Selbstevaluationen der Lokalen Aktionspläne genutzt, die, wie die Befunde der quantitativen Befragung zeigen, von einer Mehrheit der Koordinierungsstellen (60%) für eine spätere Weiterverwendung schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht werden.

Abbildung 21: Erkenntnisse aus Evaluation zur Weiterverwendung schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁷²



Weiterhin werden Regionalkonferenzen und Workshops durchgeführt, auf denen sowohl die Entwicklung der Problemlagen als auch die Ergebnisse des Aktionsplans diskutiert werden. Die Unterstützung des Aktionsplans durch die Verwaltungsspitzen wird als förderlich für eine Vermittlung in die politischen Entscheidungsgremien wahrgenommen.

Ämternetzwerk

Im Rahmen der Lokalen Aktionspläne haben sich unterschiedliche Formen von Ämternetzwerken etabliert. Anscheinend unabhängig von der jeweiligen Form des Ämternetzwerks sind in den Verwaltungen neue Kooperationsbeziehungen entstanden, an denen man festhalten will, sofern sie sich bewährt haben. Beschrieben werden u.a. Kooperationen zwischen Jugendamt und Schule, Jugendamt und Gesundheitsamt, Ordnungsamt, Jugendamt und Gesundheitsamt sowie Jugendamt, Schule und Kulturbereiche. Sie können sich auf einen Austausch über wahrgenommene Handlungsbedarfe, aber auch auf gemeinsame Projekte beziehen. Insbesondere die Möglichkeit, personelle und materielle Ressourcen zu bündeln, wird als großer Gewinn solcher Kooperationen gesehen. Dort, wo die Vorteile solcher Kooperationen erkannt sind, werden sie auch für Bereiche außerhalb des Lokalen Aktionsplans genutzt.

„Also wir haben auch hier eine Mitarbeiterin, die im Bereich Gesundheitsamt tätig ist. Und wir arbeiteten nebeneinander her, wir arbeiten in einer AG Jugendschutz, die machen ihrs, machen ihren Plan fürs Jahr. Dann sage ich, das ist doch schade. Warum können wir das nicht miteinander abstimmen! Bestimmte Termine, bestimmte Veranstaltungen, die wir für den Landkreis organisieren.“ (9B_236)

Eine Jugendhilfeplanerin geht davon aus, dass sich solche Kooperationen auch aufgrund der durch das Programm gesetzten Zwänge entwickelt haben:

„Ich glaube nicht, dass sich das per se von alleine so entwickelt hätte, [bezogen auf die Kooperation zwischen Jugendamt und dem Amt für Stadterneuerung:] ... und mit denen hätte man sich zwangsläufig verständigen müssen. Aber wenn es nicht vorgeschrieben worden wäre, hätte man da sicherlich sehr schnell gesagt, ach na ja, das ist so sozialer Kram. Macht ihr mal euers und wir machen unsers. ... Ich denke, wenn man das nicht vorher rein geschrieben hätte, wäre das nie zustande gekommen. Ich glaube, als Kommune alleine hätte man nicht unbedingt überlegt, dass das sinnvoll wäre, unterschiedliche Ämter dort einzubinden. Da gibt's ne koordinierende Stelle für das Programm und das war's dann. Und diesen Lerneffekt zu haben und zu sagen, es bringt auch was, wenn ich mal ne andere Perspektive dort noch mitnehme. Das macht schon Sinn.“ (23B_239)

Insofern verwundert es nicht, dass in Regionen mit einer beliebigen externen Koordinierungsstelle im Bereich des Ämternetzwerks keine nachhaltigen Effekte feststellbar sind: Da durch diese

172 Vgl. Tabelle 100 im Anhang.

Konstruktion eine Einbeziehung der Verwaltung in die Umsetzung des Aktionsplans nahezu vollständig umgangen bzw. auf eine passive Rolle reduziert wird, stellten sich zwischen den Ämtern dieser Regionen auch keine nachhaltigen Vernetzungseffekte ein.

Begleitausschuss

Die Arbeit der Begleitausschüsse wird sowohl von den Interviewpartner/innen aus zivilgesellschaftlichen Bereichen als auch von Interviewpartner/innen aus der Verwaltung als Erfolg beschrieben.¹⁷³

Entsprechend planen nahezu alle in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne, die Arbeit des Begleitausschusses fortzusetzen und (teilweise) dessen Zusammensetzung und Arbeitsweise entsprechend der gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln. Problematisiert wird allerdings die Tatsache, dass die Entscheidung über die Projektförderung als ein Arbeitsfeld der Begleitausschüsse nach dem Auslaufen des Programms wegfällt. Die Begleitausschüsse sehen sich sowohl als inhaltlich arbeitendes Gremium als auch als Instanz zur Vergabe von Fördermitteln. Die Interviewten gehen davon aus, dass sich inhaltliche Diskurse vielfach an Diskussionen um die Förderwürdigkeit von Projekten entsponnen haben und hierdurch ihren lebensweltlichen Bezug behielten.

„Aber wenn man gar keine Gelder vergibt, da wird man vielleicht schnell auch zu einem, wie soll ich sagen, zu einem Expertenstammtisch. Ist vielleicht auch zuwenig.“ (19B_ 99)

Allerdings wird bisher lediglich aus einem Aktionsplan berichtet, dass die Kommune Mittel zur Verfügung stellen wird, über die der Begleitausschuss entscheiden kann. Gleichwohl plant die Mehrzahl der Begleitausschüsse, sich auch weiterhin wenigstens zwei- bis dreimal pro Jahr und/oder anlassbezogen zu treffen. In einigen Regionen wird gezielt in den Stadt- bzw. Kreisparlamenten für den Lokalen Aktionsplan geworben, um zumindest in geringem Umfang Mittel verfügbar zu machen. Argumentiert wird hier damit, dass gerade dort, wo sich soziale Problemlagen verschärfen, eine gute Präventionsarbeit nötig ist.

Ein möglicher Aspekt, der in diesem Kontext förderlich sein kann, ist – neben der Unterstützung und der Einbindung der Verwaltungsspitzen – die Einbindung politischer Akteure in den Begleitausschuss, damit diese auch in den Parlamenten für eine Weiterfinanzierung werben. So überlegen vor diesem Hintergrund inzwischen auch Lokale Aktionspläne, die sich bewusst gegen die Einbindung politischer Akteure in den Begleitausschuss entschieden hatten, ob und in welcher Form diese zukünftig realisiert werden könnte.

Die quantitativen Erhebungen zeigen in diesem Zusammenhang, dass in nur 20% der Begleitausschüsse keine Vertreter/innen aus parlamentarischen Gremien vertreten sind. Die überwiegend gegebene Einbindung von Vertreter/innen parlamentarischer Gremien bezieht sich vor allem auf die Ebene der Gemeinde oder des Kreises (68,9%). Parlamentarische Gremien des Bundes (2,2%), des Landes (3,3%) oder Sonstige ohne konkrete Zuordnung (3,3%) sind demgegenüber nur ausnahmsweise vertreten. In Hinsicht auf die Erwartungen der Begleitausschüsse, die Arbeit des Lokalen Aktionsplans durch eine verstärkte Einbeziehung höherer Entscheidungsebenen von Ämtern und Kommunen zu verbessern, ergibt sich ein zwiespältiges Bild: 14,4% der befragten Begleitausschüsse bejahen das deutlich, 32,2% etwas, während 48,9% eine Verbesserung auf diesem Weg kaum und 4,4% keinesfalls eröffnet sehen.

Einige Lokale Aktionspläne sehen in einer thematischen Ausweitung der Arbeit des Begleitausschusses eine Chance, dessen Bestand zu sichern. Die Pläne hierfür sind noch weitestgehend diffus: Man kann sich vorstellen, sich zukünftig auch der allgemeinen Kriminalprävention zuzuwenden oder zusätzliche Themen aus den Bereichen Kultur oder Sport aufzugreifen. Da gerade

173 Vgl. hierzu ISS/Camino 2009, S. 84 ff.

die Fokussierung der Lokalen Aktionspläne auf konkrete Problemlagen als Erfolgsfaktor ihrer Arbeit gesehen werden kann, sind entsprechende Entwicklungen aufmerksam zu beobachten. Einerseits kann durch eine thematische Ausweitung die Bedeutung des Begleitausschusses erhöht werden, andererseits besteht die Gefahr einer schleichenden „Verwässerung“ der Arbeit und damit eines Bedeutungsverlustes.

Lediglich bei vier Aktionsplänen wird bereits jetzt davon ausgegangen, dass der Begleitausschuss seine Arbeit nicht fortsetzen wird. Während in zwei Regionen nicht vorstellbar ist, dass ein gemeinsamer Austausch ohne eine entsprechende Bundesförderung zustande kommt, sind in den anderen beiden Netzwerkstrukturen entwickelt worden, die anstelle des Begleitausschusses erhalten werden sollen.

Sonstige Kooperationen

Bei der Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen wurde insbesondere auf die Entwicklung von Netzwerken großer Wert gelegt. Entsprechend gibt es für alle in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne positive Befunde in diesem Bereich, die sich sowohl auf grundsätzliche Verbesserungen von regionaler Vernetzung als auch auf den Bereich spezifischer Vernetzungen beziehen.¹⁷⁴ Grundsätzlich besteht bei allen ein Interesse, den erreichten Vernetzungsstand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Es besteht aber auch die Befürchtung, dass die Arbeit der entstandenen Netzwerke ohne verfügbare Mittel destabilisiert wird.

„... das Netzwerk zu stabilisieren, weil, da müssen wir uns nichts vormachen, das Netzwerk wird schon bröckeln, wenn kein Geld mehr da ist. Weil, Netzwerke werden natürlich oft auch vom Geld gehalten. Das ist Fakt.“ (13B_234)

Wird nach einem langfristigen Bestand der aus dem Aktionsplan resultierenden Netzwerke gefragt, muss zwischen Netzwerken unterschieden werden, an denen eine Vielzahl von Akteuren aus sehr heterogenen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt sind, und solchen, die Akteure aus homogenen bzw. nur schwach heterogenen Bereichen zusammenführen.

Bereits bei der Erhebung von Ergebnissen und Wirkungen der Lokalen Aktionspläne mittels Logischer Modelle gaben alle in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne positive Entwicklungen im Bereich der Netzwerkarbeit/Netzwerkbildung an.¹⁷⁵ Es wird durchgängig als wünschenswert beschrieben, die Arbeit dieser großen, gesellschaftsübergreifenden Netzwerke fortzuführen. Für große, heterogene Netzwerke ist es wichtig, ein gemeinsames Ziel zu definieren und über Handlungsfähigkeit zu verfügen. Tendenziell verfügen solche Netzwerke nur über einen schwachen Organisationsgrad und einen entsprechend höheren Abstimmungsbedarf. Viele der Interviewten gehen entsprechend davon aus, dass ein längerfristiger Fortbestand und eine Handlungsfähigkeit nur dann zu erreichen sind, wenn diese Netzwerke organisiert und koordiniert werden.¹⁷⁶

„Es muss sich jemand verantwortlich fühlen, alles zusammenzuhalten. Also das wird sicherlich auch nicht allein ehrenamtlich passieren können. ... Es muss jemand im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit diese Netzwerkarbeit auch weiter koordinieren können.“ (4A_148)

[Auf die Frage, ob das Netzwerk weiterarbeiten wird:] *„Ich glaube, es ist eher unwahrscheinlich, auf dieser Breite. Da werden sicher Kooperationsebenen zwischen den einzelnen Trägern das überdauern, aber so eine Netzwerkebene bedarf immer eines „Kümmerers“, der sich darum kümmert, so was wie eine Tagesordnung zu organisieren, den Ort zu organisieren. Solche Geschichten. So, und mit dem Beenden des Programms fällt ja auch die externe Koordinierung weg, und wir werden es hier nicht leisten können...“ (10B_282)*

174 Vgl. ISS/Camino 2009, S. 151.

175 ISS/Camino 2010, S. 25.

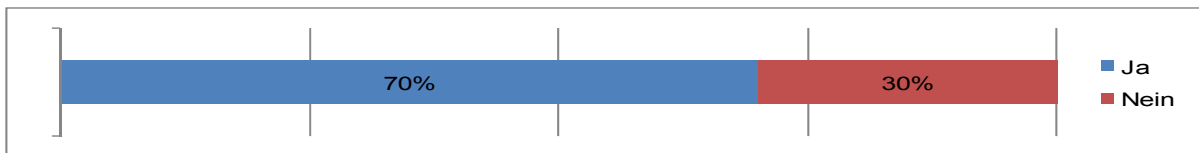
176 In Netzwerken treffen eine Vielzahl individueller Akteure mit jeweils eigenen Zielen und Präferenzen aufeinander. Um ein kollektives Handeln zu ermöglichen, müssen die Ziele in Aushandlungsprozessen zusammengeführt werden. Entsprechend sind Netzwerke als kollektiver Akteur nur dann in der Lage, nach außen wie „ein Mann“ aufzutreten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, wenn sie nach innen koordiniert werden (vgl. March 1990; Esser 2000, S. 47 ff.).

Der längerfristige Bestand von homogenen Netzwerkstrukturen bzw. Kooperationsbeziehungen, die 2009 von 12 Aktionsplänen als Ergebnis bzw. Wirkung beschrieben werden,¹⁷⁷ wird zumeist an Nützlichkeitsaspekte geknüpft: Es wird davon ausgegangen, dass bspw. Trägerkooperationen oder themenspezifische Arbeitsgruppen bestehen bleiben, die eine erfolgreichere Arbeit, Arbeits erleichterungen und/oder die Einsparung von Ressourcen für die jeweils beteiligten Akteure/Organisationen ermöglichen. Ein spezieller Koordinationsbedarf wird hier nicht formuliert.¹⁷⁸

Viele Lokale Aktionspläne haben ihre Förderentscheidungen mit dem Ziel verknüpft, nachhaltige Vernetzungen bzw. Kooperationen zu erreichen. Ausgehend von der Erwartung, dass positive Kooperationserfahrungen eine nachhaltige Zusammenarbeit bewirken, werden Kooperationsbeziehungen im Rahmen von Projekten als Voraussetzung für eine Förderung benannt. Andere Aktionspläne fördern ausschließlich lokal verankerte Träger mit der Begründung, dass überregionale Träger nicht dauerhaft in Netzwerkstrukturen einzubinden seien.

In Blick auf die Gesamtheit aller Lokalen Aktionspläne lässt sich zusammenfassend festhalten, dass 70% der Koordinierungsstellen angeben, bereits konkrete Schritte eingeleitet zu haben, um eine Fortführung des Aktionsplans im Anschluss an die Programmförderung zu ermöglichen.

Abbildung 22: Bereits erfolgte Einleitung konkreter Schritte zur Fortführung der integrierten lokalen Strategie im Anschluss an die Programmförderung (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁷⁹



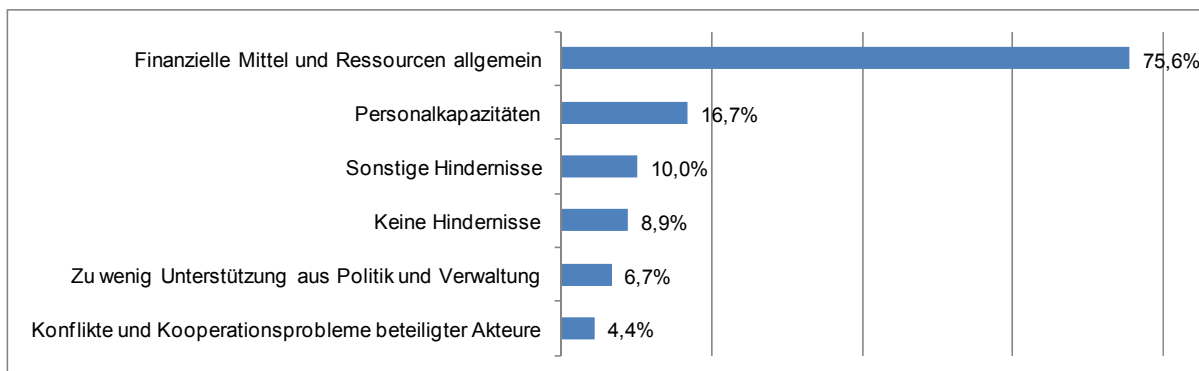
Am häufigsten werden als entsprechende Initiativen die Thematisierung der Weiterführung in Gesprächen mit unterschiedlichen Akteuren und in verschiedenen Kontexten (24,4%) und die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (20%) genannt. Als zentrales Hindernis, auf das die Koordinierungsstellen in Ihren Bemühungen um den Erhalt von der Arbeitsstrukturen und die Fortsetzung der integrierten Strategie stoßen, wird außerdem mit deutlichem Abstand von 75,6% der Koordinierungsstellen auf finanzielle Aspekte und Ressourcenfragen verwiesen. Auch Personalkapazitäten (16,7%) werden in gewissem Ausmaß genannt. In den Antworten auf die ungestützte, also ohne Vorgaben gestellte Frage tauchen auch die mangelnde Unterstützung aus Politik und Verwaltung (6,7%) und Konflikte und Kooperationsprobleme der beteiligten Akteure (4,4) gelegentlich auf. Insofern diese letztgenannten Nennungen aber nur selten vorkommen, kann davon ausgegangen werden, dass es sich in Hinblick auf den Strukturerehalt hierbei nicht um die erstrangig zu lösenden Probleme handelt.

177 ISS/Camino 2010, S. 25.

178 Die Organisation eines (Handlungs-)Erfolges für große Gruppen ist wesentlich schwieriger zu erreichen als für Gruppen mit einer beschränkten Anzahl von Mitgliedern (Braun 1999, S. 107; ausführlich Olson 1965, S. 44 ff.).

179 Vgl. Tabelle 101 im Anhang.

Abbildung 23: Zentrale Hindernisse für Fortführung der integrierten Strategie (ungestützte Antworten der Koordinierungsstellen in % der Lokalen Aktionspläne, N=90, Mehrfachnennungen mgl.)¹⁸⁰



5.4.1.2 Erhalt von Projekten außerhalb des Programmkontextes sowie die Nachnutzungen von Projektansätzen und Arbeitsmethoden

Bereits während der Programmlaufzeit wurden für vereinzelte Projekte nach der Förderung durch den Lokalen Aktionsplan andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden. Neben der Einwerbung von Mitteln von Sponsoren oder Stiftungen gibt es auch einzelne Projekte, deren Finanzierung durch Kommune/Landkreis übernommen wurde. Projekte wurden dann fortgeführt bzw. wird ihre Fortführung dann in Erwägung gezogen, wenn sie ein hohes Innovationspotential aufweisen und von den Zielgruppen besonders gut aufgenommen werden.

So wurde bspw. im Rahmen eines Aktionsplans ein niederschwelliges Angebot entwickelt, welches junge deutsche Mütter aus sozial benachteiligten Kontexten und ausländische Mütter zusammenführt. Dieses wird aufgrund seines großen Erfolges weiterhin bestehen. Auch ein Projekt, das sich über das Medium Musik um die soziale Integration von Jugendlichen aus unterschiedlichen Kulturen bemüht und auf ein so großes Interesse stieß, dass es inzwischen eine Warteliste für die Teilnahme gibt, wird fortgeführt.¹⁸¹ „Aber da hat sich das Jugendamt letztendlich entschieden, das als so wichtig zu erachten, und den Erfolg dieses Projekts auch so hoch eingeschätzt, dass das sozusagen eine Schwerpunktarbeit [der Jugendförderung] sein wird.“ (10B_197)

Im Rahmen der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne wurden vielfach neue Projektansätze und Arbeitsmethoden erprobt. Sofern sich diese bewähren, ist eine Überführung in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Jugendförderung und damit in die Regelarbeit möglich.¹⁸²

„Aber es ist auf jeden Fall der Ansatz gedacht, dass wir ein bisschen Geld in die Hand nehmen können, um so Schwerpunktprojekte auch weiter zu fördern.“ (23B_113)

Die Ergebnisdokumentation und die Evaluation der Projekte bildet in der Regel die Grundlage für solche Entscheidungen.

„Noch mal zu extrahieren, was hat gut funktioniert und warum hat das gut funktioniert und wie lässt sich das gut Funktionierende möglicherweise in Regelarbeitsansätze überleiten. Das funktioniert nicht bei allen Projekten, auch nicht bei allen Inhalten, aber bei einigen funktioniert das immer.“ (10B_316)

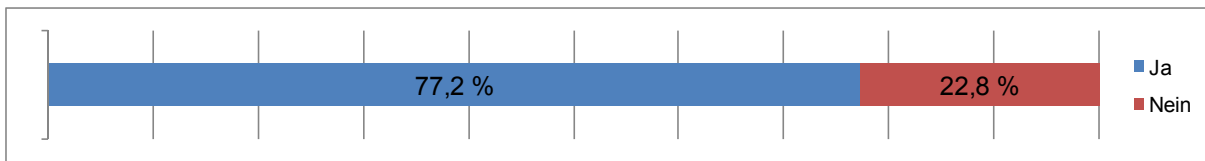
Auf der Grundlage der Projektbefragung in ausgewählten Lokalen Aktionsplänen lässt sich annehmen, dass eine derartige Ergebnissicherung relativ weit verbreitet ist. 77,2% der befragten Projekte haben angegeben, dass Erkenntnisse aus dem Projekt schriftlich dokumentiert wurden, nur in einer Minderheit von 22,8% war das nicht der Fall.

¹⁸⁰ Vgl. Tabelle 102 im Anhang.

¹⁸¹ Vgl. hierzu auch Projektbeschreibung ISS/Camino 2010, S. 35 f.

¹⁸² Vgl. hierzu Kapitel 5.4.5 in diesem Bericht.

Abbildung 24: Schriftliche Sicherung von Erkenntnissen aus Projekten
(Angaben der Projekte in %, N=158)¹⁸³



Wie eine Weiterförderung besonders erfolgreicher Projekte ermöglicht werden könnte, ist Thema fast aller interviewten Verwaltungsspitzen. Lediglich eine Dezernentin geht davon aus, dass aufgrund der Haushaltslage der Kommune grundsätzlich keine Möglichkeiten für die Weiterförderung von Projekten bestehen.

„Also wir können jedenfalls als Stadt nicht einspringen, und es zeichnet sich auch nicht von anderer Seite her ein adäquater Ersatz ab.“ (18B_138)

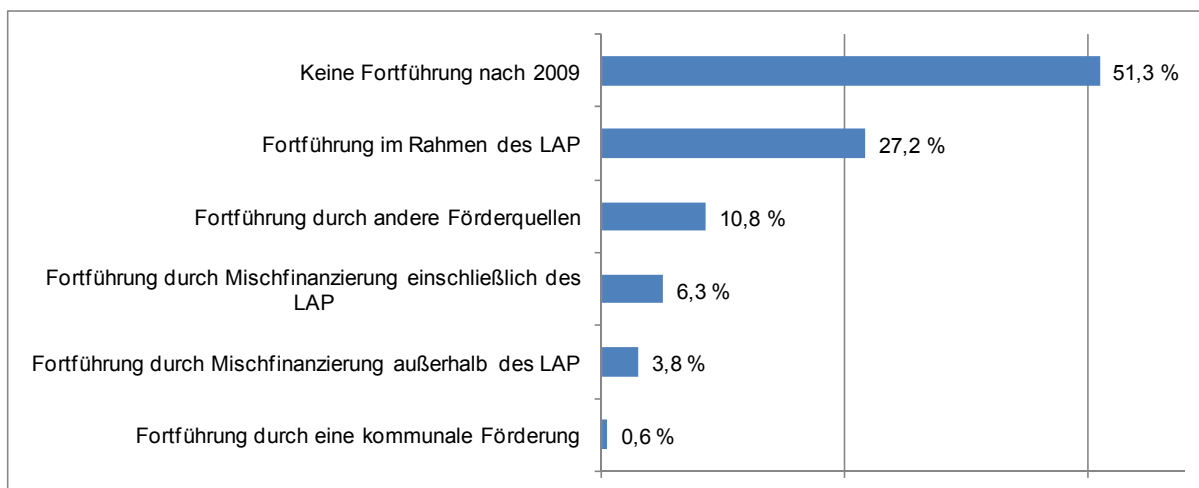
Die Haushaltslage der Kommunen und Landkreise erscheint auch anderswo als Hindernis für die Weiterförderung von Projekten. Gleichwohl ist man derzeit in allen untersuchten Aktionsplänen noch auf der Suche nach Möglichkeiten wie zukünftig Projektförderungen fortgesetzt werden können. Gute Chancen werden Projekten eingeräumt, denen eine Mischfinanzierung gelingt, aber auch Kleinstprojekten, denen im Übrigen eine hohe Wirksamkeit bescheinigt wird.

„Dann kann man Anträge mit kleinen Summen stellen. Ob das mal zweihundertfünfzig Euro sind oder tausend, und dieser Aktionsfonds, der ist glänzend gelaufen. Also wirklich, wo man den Eindruck hat, da kann man die Zivilgesellschaft, ob es kleine Bürgerinitiativen sind, ob es kleine Schülergruppen sind, ob es da irgendwelche Seniorenkreise sind oder Migrantenkreise, ganz schnell, wenn die ne Idee haben, erreichen. Ich finde, das ist eine überragende Geschichte.“ (19B_235)

Wird der derzeitige Stand bilanziert, also die Fortführung der Projekte aus dem Förderjahr 2009, dann lässt sich zunächst festhalten, dass ungefähr die Hälfte (48,7%) der befragten Projekte mit unterschiedlicher Finanzierung und womöglich partiell geändertem Fokus fortgeführt wurden, während die andere Hälfte (51,3%) nicht fortgeführt wurde. Dabei überwiegt allerdings bei gut einem Viertel der befragten Projekte eine Fortführung im Rahmen des Lokalen Aktionsplans (21,7%). Eine Mischfinanzierung, bei der auch Mittel des Aktionsplans genutzt werden, wurde von 6,3% der befragten Projekte der Fortführung zugrunde gelegt. Eine Fortführung durch kommunale Förderung wurde nur in einem Fall (0,6%) angegeben, eine Mischfinanzierung ohne Mittel des Aktionsplans von 3,8% der befragten Projekte. Die Erschließung „anderer Förderquellen“ bildet mit 10,8% der befragten Projekte einen vergleichsweise großen Posten der befragten Projekte.

183 Vgl. Tabelle 103 im Anhang.

Abbildung 25: Fortführung von Projekten nach 2009 (Angaben der Projekt in %, N=158)¹⁸⁴



Zum Teil bemühen sich Schulen und Kindertagesstätten, an denen Projekte im Rahmen des Aktionsplans durchgeführt wurden, eigenständig um die Erschließung von Mitteln, um diese Projekte wiederholen zu können, und werden hier teilweise von den Kommunen unterstützt.

„Also wir wollen das schon mal positiv begleiten, auch diese Nachhaltigkeit, indem wir auch differenziert die Ergebnisse würdigen und sagen, jawohl, das hat sich bewährt. Ihr sagt doch immer, ihr wollt die selbstständige Schule sein. In eurer Schule sind viele Aussiedler, da sind auch viele Asylbewerber, weil das Asylbewerberheim da ist. Nun macht doch mit euren Mitteln und Möglichkeiten, Träger ist die Stadt plus der finanziellen Mittel, die ihr habt, und es geht hier dann nicht um Summen, sondern meinetwegen mal um 2.000 oder 3.000 Euro, und versucht das doch mal zu regeln.“ (2B_225)

Neben der Übernahme von Projekten in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Bereich der Jugendarbeit, die eine Projektrealisierung im Rahmen der Regelförderung ermöglichen würde, erwägen einige Kommunen/Landkreise Projektfinanzierungen, die durch unterschiedliche Verwaltungsbereiche (bspw. Schulverwaltung und Jugendamt) getragen werden. Für manche Projekte ist auch die Weiterführung in einem kleineren Rahmen angedacht.

Auch wenn mehrere Interviewpartner/innen gerade bei kleinen Projekten die Chancen einer Fortführung hoch einschätzen, sehen andere gerade in der qua Programmrichtlinien zeitlich begrenzten Fördermöglichkeit auf ein Jahr ein Hindernis, um Nachhaltigkeit zu erzielen: Wenn ein Projekt über drei Jahre laufen würde, wäre es für die Kommune/den Landkreis schwerer zu begründen, wieso danach keine Weiterfinanzierung gewährt werden soll.

„Weil das natürlich sofort suggeriert, wenn das Projekt mal ausläuft, muss es das Jugendamt machen.“ (23B_109) [so die Aussage einer/s Planer/in]

„... und um auch am Ende, das was sicher gewünscht wird, dass kommunale oder regionale Finanzierung so Dinge weitertragen, das so lange zu etablieren, dass es dann auch passiert. Wenn ein Projekt nur ein Jahr läuft, dann ist das relativ einfach, das wieder über die Klinge springen zu lassen oder ohne Nachhaltigkeit verpuffen zu lassen.“ (5A_69)

Besonders problematisiert wird auch die nachhaltige Verankerung von Projekten, die stark auf ehrenamtliches Engagement setzen.

„Auch Ehrenamtliche brauchen Begleitung, brauchen Unterstützung, haben immer wieder Fragen. Wir erleben das bei ganz vielen Projekten, die mit Ehrenamtlichen laufen.“ (5B_129)

Hier wird befürchtet, dass gerade bei erfolgreichen Projekten davon ausgegangen wird, dass diese ohne Unterstützung fortbestehen. Dies sei aber ein Trugschluss, da auch ehrenamtliches Engagement koordiniert, motiviert und unterstützt werden müsse.

184 Vgl. Tabelle 104 im Anhang.

5.4.2 Handlungswirksame Lernprozesse

Von Nachhaltigkeit soll auch dann die Rede sein, wenn es im Rahmen der Umsetzung eines Aktionsplans zu einem Wissenszugewinn kommt, der einzelne Akteure oder auch Organisationen zu veränderten oder neuen Handlungsweisen anregt. So können bspw. auf politischer Ebene Diskussionen angestoßen werden, die zu einer Verschiebung von Prioritäten und einem veränderten Mitteleinsatz führen. Handlungswirksame Lernprozesse können sich auf Entscheidungen, Handlungsrountinen und auf die Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen auswirken oder aber auch dazu beitragen, dass bestimmte Akteursgruppen in einer anderen Form wahrgenommen werden. Auch die Erweiterung der inhaltlichen Arbeitskonzepte von zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgrund von Lernerfahrungen wird durch Interviewpartner/innen beschrieben. Vereinzelt kann dies zum jetzigen Zeitpunkt bereits festgestellt werden, inwieweit hier in Bezug auf alle Lokalen Aktionspläne Nachhaltigkeit erreicht werden konnte, bleibt noch zu überprüfen.

Ein einmaliger, gleichwohl bemerkenswerter Befund von Nachhaltigkeit wird für eine Region beschrieben: Infolge des Erkennens der Notwendigkeit und Wirksamkeit von Jugendarbeit und Präventionsarbeit wurde nicht nur ein Fonds aufgelegt, der sozial schwache Kinder fördert, sondern wurden auch zwei Stellen im Bereich der Jugendarbeit und eine im Bereich der Schulsozialarbeit neu eingerichtet.

„So, und das liegt daran, dass dieses Programm uns auch Augen geöffnet hat, was Betreuungsnotwendigkeiten angeht.“ (20B_128)

Auch wenn Kommunen wenig Geld und vielfältige Aufgaben haben – so der Bürgermeister –, ist es ihnen doch möglich, Prioritäten zu setzen:

„Und die sind eindeutig hier festgelegt worden: Schule, Bildung, Jugend, Jugendbetreuung.“ (20B_104)

Der Amtsleiter einer anderen Region berichtet, dass der Kreistag plant, die Kürzungen des Landes von Mitteln für die demokratische Jugendarbeit auszugleichen, weil man dieser ein hohes Maß an Bedeutung für den Kampf gegen Extremismus zuschreibt.

In diesem Kontext wird von einer Bürgermeisterin einer am Lokalen Aktionsplan beteiligten Gemeinde Nachhaltigkeit folgendermaßen definiert:

„Nachhaltigkeit ist, wenn man Werte erkannt hat, die man bisher ignorierte, wenn man nach anderen Wegen sucht, um diese Werte zu erhalten.“ (11B_431)

Ihr Bemühen, die durch den Lokalen Aktionsplan begonnene Arbeit in irgendeiner Form fortzusetzen, kann vor diesem Hintergrund als ebenfalls handlungswirksamer Lernprozess beschrieben werden.

Mehrfach wird berichtet, dass sich die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf die Kommunikationskultur in der Verwaltung ausgewirkt hat. Bisher negativ besetzte Themen werden in den (sprachlichen) Alltag übernommen, was auf eine aktive Problembearbeitung hinweist.

„Nachhaltigkeit wird schon allein dadurch erreicht, dass über Sachen geredet wird, dass man bestimmte Namen und Begriffe benutzt. Das ist eigentlich das Ziel, das wir erreichen wollen. Es muss zu unserem alltäglichen Sprachgebrauch werden.“ (2B_207)

„Aber was ich merke, ist, dass man über bestimmte Dinge, die da passieren, ob das nun dieser Aktionstag war auf dem Markt, oder dass irgendwelche Veranstaltungen, die in den Jugendeinrichtungen stattfinden, dass man da mehr drüber redet, dass man sich austauscht.“ (27B_219)

Handlungswirksame Lernprozesse können sich auch auf die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteuren aus dem Bereich der Verwaltung beziehen. Erste Lernprozesse wurden bereits durch die WB beschrieben.¹⁸⁵ Dass diese auch nachhaltig wirken, wird

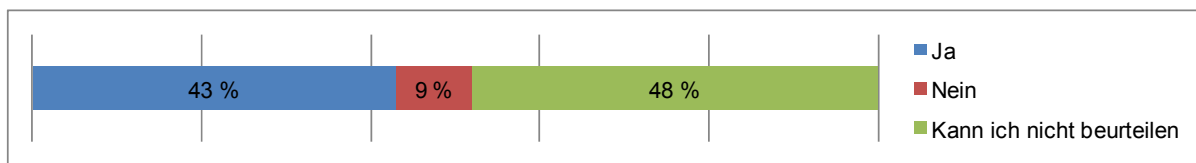
185 ISS/Camino 2008, S. 83 f.

bspw. deutlich, wenn eine Verwaltungsmitarbeiterin davon ausgeht, dass sie durch die Zusammenarbeit mit der externen Koordinierungsstelle bessere Einblicke in den Arbeitsalltag der freien Träger bekommen hat und dies aus ihrer Sicht dazu führte, dass sich die Zusammenarbeit mit freien Trägern deutlich verbesserte.

Die Quantifizierung derartiger Lernprozesse und damit auch die Erzeugung von Orientierungsgrößen zur Nachhaltigkeit handlungswirksamer Lernprozesse berührt eine Reihe von Aspekten und ist daher mit isolierten Indikatoren nur bedingt zu leisten. Grundsätzlich lässt sich aber annehmen, dass die mehrheitliche Bewertung der Weiterentwicklung der Strategiebildung als „stark“ sowohl durch die Koordinierungsstellen (54,4%) wie auch durch die Begleitausschüsse (60%) für nicht unerhebliche Lernprozesse spricht, von denen begründet angenommen werden kann, dass sie für die beteiligten Akteure Erfahrungen darstellen, die nicht einfach spurlos verschwinden werden.

In Hinblick auf den Übertrag solcher Lernprozesse in andere Bereiche wie die Verwaltung oder das weitere Spektrum der Zivilgesellschaft liegen verschiedene Informationen vor, die zugleich die Stärken von „VIELFALT TUT GUT“ in dieser Hinsicht unterstreichen wie auch deren fortdauernde Bedeutung in Hinblick auf die Erreichung belastbarer Nachhaltigkeit: Betrachtet man eine ausreichende Kenntnisnahme als eine grundlegende Voraussetzung für Ausstrahlungseffekte von Lernprozessen, dann ist bemerkenswert, dass erheblich mehr Koordinierungsstellen diese Kenntnisnahme gewährleisten sehen (43%) als nicht (9%). Allerdings ist auch anzumerken, dass hier noch eine gewisse Grauzone insofern vorzuliegen scheint, dass der größten Anteil (48%) der Antworten keine definitive Beurteilung vornimmt.

Abbildung 26: Ausreichende Zurkenntnisnahme der Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne durch kommunale Entscheidungsgremien (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁸⁶



Auch im Bereich der Zivilgesellschaft konnten handlungswirksame Lernprozesse registriert werden. Dies betrifft zum einen solche Akteure, die bisher in den relevanten Themenfeldern nicht aktiv waren. Hier können teilweise Veränderungen der Angebote und in der Angebotstruktur festgestellt werden.

„Dem Ortsjugendring ist klar geworden, dass er nicht nur Kinder betreuen muss, sondern auch Leute befähigen und motivieren muss. Das ist ihm gelungen. Das ist auch etwas Neues. Auch aufgrund dieses Programms entstanden. Das hat es sonst auf örtlicher Ebene noch nie gegeben.“ (20B_76)

Es wird aber auch von Veränderungen in Bezug auf bereichsspezifische Qualifizierungen berichtet. So werden nun bspw. in einigen Regionen in die Ausbildungen der Jugendwarte der Feuerwehr und der Jugendtrainer Inhalte integriert, die zu einer aktiven Auseinandersetzung mit rechten Erscheinungsformen befähigen.

Aber auch im Bereich von Trägern, die bereits erfahren im Themengebiet sind, können handlungswirksame Lernprozesse festgestellt werden. So wird aus einem Aktionsplan berichtet, dass diese bei einer Ausweitung der Handlungsfelder (einmal nach einem Zusammenschluss von Gebietskörperschaften, zum anderen bei einer Regionen übergreifenden Zusammenarbeit) nun stärker auf die Einbeziehung bereits vorhandener Strukturen, wie Sportjugend, Feuerwehr, Junge Gemeinde, achten.

186 Vgl. Tabelle 105 im Anhang.

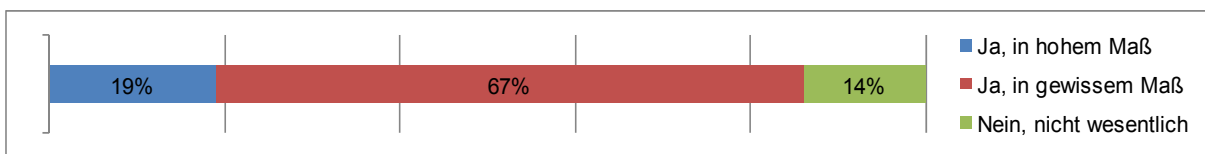
Am Beispiel eines Konfliktes um die Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzeptes beschreibt ein Interviewpartner eine Veränderung im zivilgesellschaftlichen Partizipationsvermögen:

„Und wir haben jetzt so einen Prozess, wo sich die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Verwaltung gerade nicht so ganz einig sind, wie es damit weiter gehen soll. Und jetzt ist unsere Sache natürlich, wie schaffen wir es, in diesen Entwicklungsprozess uns intensiver einzubringen und das doch stärker mit zu gestalten. ... Und jetzt kennen wir die Prozesse etwas genauer und das [Einbringen] machen wir jetzt, so im Großen wie im Kleinen ... Das stärkt unser Selbstbewusstsein und das kann für die Stadtgesellschaften gut sein.“ (21B_22)

Da es aufgrund von Lernerfahrungen zu einer aktiveren Beteiligung an politischen Prozessen kommt, kann auch hier von einem handlungswirksamen Lernprozess gesprochen werden.

Gleichwohl ist, wie die quantitativen Befunde in Hinblick auf das Programmziel der Demokratieförderung zeigen, die politische Partizipation als eine Dimension von Nachhaltigkeit noch ausbaufähig.

Abbildung 27: Positive Auswirkung des Aktionsplan auf die Bereitschaft von Bürger/innen zu Engagement und Beteiligung (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁸⁷



So erachtet die überwiegende Mehrheit der Koordinierungsstellen bezüglich einer positiven Auswirkung des Aktionsplans auf die Beteiligungsbereitschaft von Bürger/innen den mittleren Wert („in gewissem Maße“) für zutreffend (67%), während klar abschlägige (14%) oder deutlich zustimmenden Antworten (19%) ungefähr gleich verteilt sind. Mittelfristige Effekte in Hinblick auf verstärkte politische Beteiligung verdienen eine weitere Beobachtung.

5.4.3 Relevanzerhalt – fortgesetzte gemeinschaftliche Bearbeitung des Ziels/Themas/Problems durch die beteiligten Akteure

Von einem Relevanzerhalt kann dann gesprochen werden, wenn die festgestellten Problemlagen, die Zielstellungen und Handlungskonzepte des Lokalen Aktionsplans auch nach Programmende für die beteiligten Akteure bedeutsam sind. Ein Relevanzerhalt kann natürlich in Bereichen festgestellt werden, in denen eine strukturelle Nachhaltigkeit diagnostiziert wurde. Schließlich ist ein Bemühen um einen Strukturserhalt nur dann beobachtbar, wenn die Funktion dieser Strukturen als bedeutsam beurteilt wird. Insofern ist vieles bereits genannt und soll hier nicht wiederholt werden. Aber auch dort, wo Strukturen nicht erhalten werden, die Inhalte des Lokalen Aktionsplans jedoch weiterhin von Bedeutung sind, kann von Nachhaltigkeit gesprochen werden. Am deutlichsten manifestiert sich Nachhaltigkeit in diesem Bereich, wenn Projekte des Lokalen Aktionsplans in einen anderen Kontext überführt werden. Dies kann bedeuten, dass Projekte ehrenamtlich fortgeführt werden oder aber auch, dass die Inhalte und Arbeitsmethoden, die Projekte des Lokalen Aktionsplans entwickelten, in andere Arbeitsstrukturen übernommen werden. Eine Nachnutzung der im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans entwickelten Projektansätze oder Arbeitsmethoden erfolgt durch deren Integration in die Arbeit anderer Projektträger oder Institutionen, wie Schulen oder Kindertagesstätten, durch die Übernahme zentraler Aspekte in andere Kontexte oder durch die Dokumentation spezifischer (Projekt-)Erfahrungen, so dass diese für andere Akteure nützlich und nutzbar sind.

„Also ein ganz konkretes Beispiel ist unsere mobile Jugendarbeit die über den LAP initiiert worden ist. Da wollen wir darüber beraten, wie wir das schriftlich alles festhalten können, weil das vor allen Dingen auch ein Projekt war, was ganz wichtig ist für so einen Flächenkreis wie uns. Wie man also die Erfahrungen, die sie

¹⁸⁷ Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

dort gemacht haben, übertragen kann auf andere Bereiche und auch auf andere Träger. Dass man da also ein Material in der Hand hat am Ende, das sich jeder Träger nehmen kann.“ (1B_ 472-484)

Ein Relevanzerhalt wird aber auch jenseits der Projektebene erwartet. Es wird hier davon ausgegangen, dass die Themen und Inhalte des Lokalen Aktionsplans jenseits der durch den Aktionsplan entwickelten Strukturen ihre Bedeutung behalten und weiterbearbeitet werden.

So hat sich in einer Region ein Jugendarbeitskreis zusammengefunden, der sich regelmäßig über die auftretenden Probleme informiert und lösungsorientierte Handlungskonzepte entwickelt. Anderswo ist geplant, bestimmte Aspekte des Lokalen Aktionsplans im Rahmen des Präventionsrats fortzuführen: So soll hier das Thema Rechtstextremismus verstärkt berücksichtigt werden und die Zielstruktur des Lokalen Aktionsplans sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren als Arbeitsform übernommen werden.

Da man davon ausgehen kann, dass Multiplikator/innen ihr erworbenes Wissen – unabhängig vom Fortbestand des Aktionsplans – in ihren Arbeitskontexten weitervermitteln, ist Relevanzerhalt als eine Form von Nachhaltigkeit auch durch die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikator/innen gegeben.

„Da geht's ja darum, dass die gewaltfreie Auseinandersetzung oder Konfliktlösung machen, dass die das dann in ihren Schulen weiter tragen. Wie erfolgreich das dann auch immer sein mag, aber zumindest, es ist der Ansatz da und der geht ja auch nicht verloren. Selbst wenn das Projekt dann ausgelaufen ist.“ (23B_101)

Bereits 2009 benennen alle in die qualitative WB einbezogenen Lokalen Aktionspläne Ergebnisse bzw. Wirkungen in Bezug auf Multiplikator/innen.¹⁸⁸

Auch die Gruppe der durch die Lokalen Aktionspläne gewonnenen deutungsmächtigen Akteure hat einen nicht unerheblichen Stellenwert für die weiterführende Beschäftigung mit Thema und Problematik vor Ort. Dieser Akteurstyp konnte – gemäß den Befragungen aus 2009 – nicht nur in beträchtlichem Ausmaß zur Unterstützung gewonnen werden. In Hinblick auf die Nachhaltigkeit ist vor allem bemerkenswert, dass die Befragten nahezu ausnahmslos davon ausgingen, dass die einschlägige Zusammenarbeit und Unterstützung auch zukünftig fortbestehen würde (LOK: 97%; BA: 85,7%, Projekte: 93,3%): Die Gewinnung deutungsmächtiger Akteure erweist sich damit zur Sicherung der nachhaltigen Relevanz des Themas als aussichtsreich und zielführend.

5.4.4 Anstoß von Prozessen, die über die Intentionen des Lokalen Aktionsplans hinausweisen

Verschiedentlich haben sich aus den Aktivitäten des Aktionsplans Prozesse entwickelt, die über die Anliegen des Aktionsplans hinausgehen, z.B. über seinen regionalen Bezug oder inhaltliche Ansprüche, gleichwohl im Kontext seiner Zielstellungen bedeutsam und somit nachhaltig sind. Teilweise entsprechen solche Prozesse einem Wachstum/Paradigmenwechsel und sind bereits jetzt bei Lokalen Aktionsplänen beobachtbar, die sich auf Entwicklungsniveau 4 befinden. Aber auch Lokale Aktionspläne, die diesen Schritt noch nicht vollzogen haben, formulieren hier vereinzelt Erwartungen. Formuliert werden aber auch Erwartungen, die sich auf die Beteiligungen an anderen Programmen, die einen ähnlichen thematischen Anspruch wie der Lokale Aktionsplan haben, beziehen.

In mehreren Regionen werden, angeregt durch die Arbeit im Lokalen Aktionsplan, in partizipativen Prozessen kommunale Leitbilder entwickelt und mit Handlungskonzepten unterlegt.¹⁸⁹ Solche Leitbilder beziehen verschiedene gesellschaftliche Bereiche – bspw. Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus, aber auch Jugend, Bildung und Soziales – ein. Die Themenfelder der Lokalen Aktionspläne Demokratieentwicklung, Toleranz und ein klares Bekenntnis

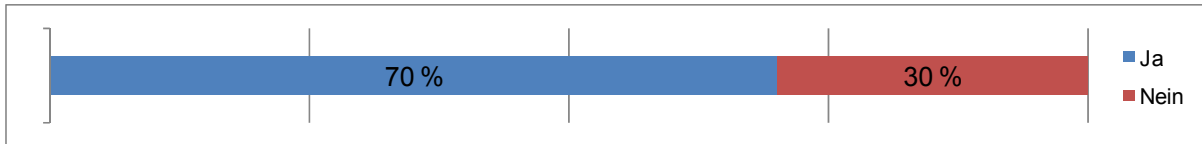
188 ISS/Camino 2009, S. 151.

189 Vgl. z.B. Stadt Dessau-Rosslau 2010.

gegen Fremdenfeindlichkeit werden in die kommunalen Leitbilder integriert und hierüber in die entsprechenden gesellschaftlichen Bereiche vermittelt.

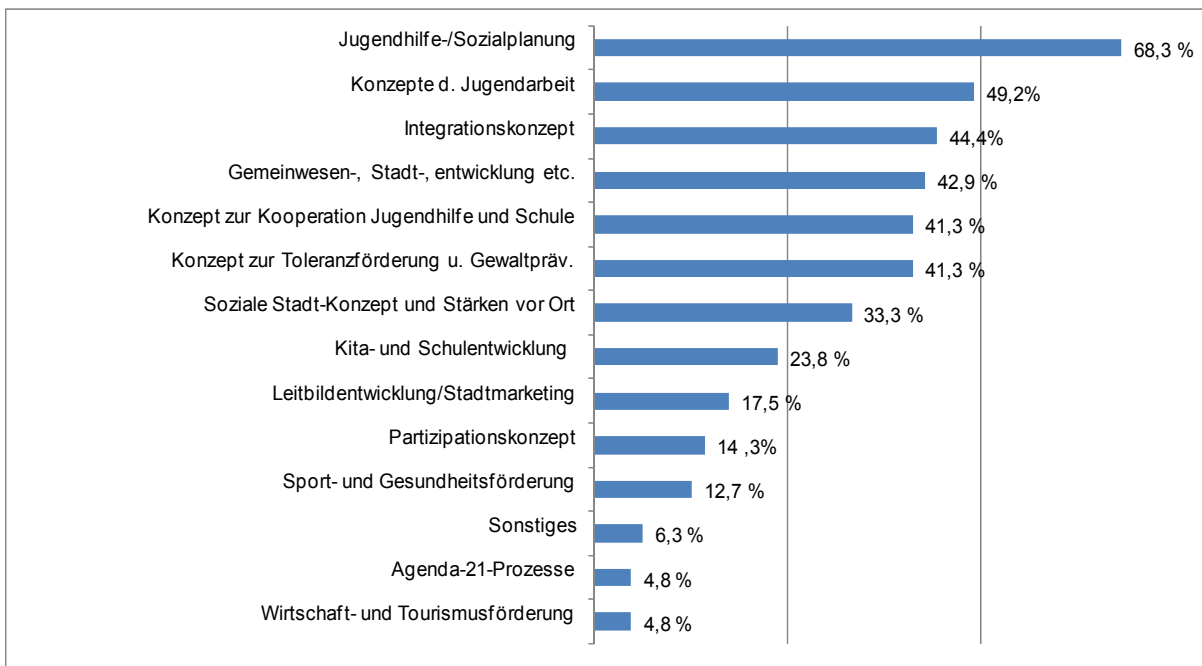
Im Zuge der quantitativen Befragung geben in diesem Sinn 70% der Koordinierungsstellen, also eine klare Mehrheit, an, dass eine Integration von Ergebnissen des Lokalen Aktionsplans in kommunale Entwicklungsprozesse vorgenommen wurde.

Abbildung 28: Integration von Erkenntnissen und Ergebnissen der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (Angaben der Koordinierungsstelle in %, N=90)¹⁹⁰



Inhaltlich betrifft eine derartige Übertragung von Ergebnissen in andere Kontexte vor allem die Jugendhilfe- und Sozialplanung (68%), Konzepte der Jugendarbeit (KJP) (49%), Integrationskonzepte (44%) oder die Gemeinwesen- bzw. Stadtentwicklung (43%). Aspekte wie die Wirtschafts- und Tourismusförderung (4,8%) oder Leitbildentwicklung und Stadtmarketing (17%) werden demgegenüber allerdings erheblich seltener genannt.

Abbildung 29: Kommunale Entwicklungskonzepte, in die Ergebnisse der lokalen Aktionspläne integriert werden (Angaben der Koordinierungsstellen aus Lokalen Aktionsplänen, deren Ergebnisse in kommunale Entwicklungskonzepte integriert wurden in %, N=63)¹⁹¹



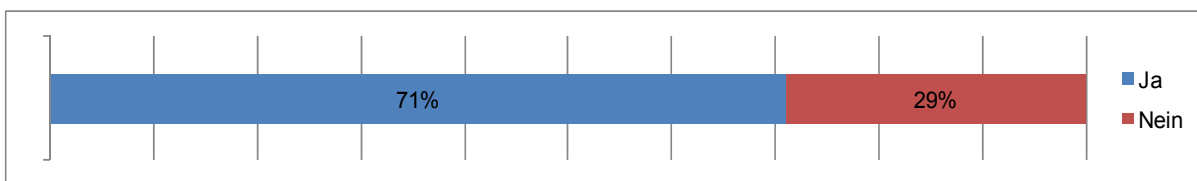
Mehrfach wird die Programmbeteiligung einer Region als Anlass genannt, dass Schulen sich um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bemühen. Auch eine Bewerbung um den Titel „Ort der Vielfalt“ resultierte oftmals aus der Arbeit des Lokalen Aktionsplans. Lediglich bei drei der in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne hat weder die Gesamtregion noch eine Teilregion den Titel „Ort der Vielfalt“ verliehen bekommen.

190 Vgl. Tabelle 107 im Anhang.

191 Vgl. Tabelle 108 im Anhang.

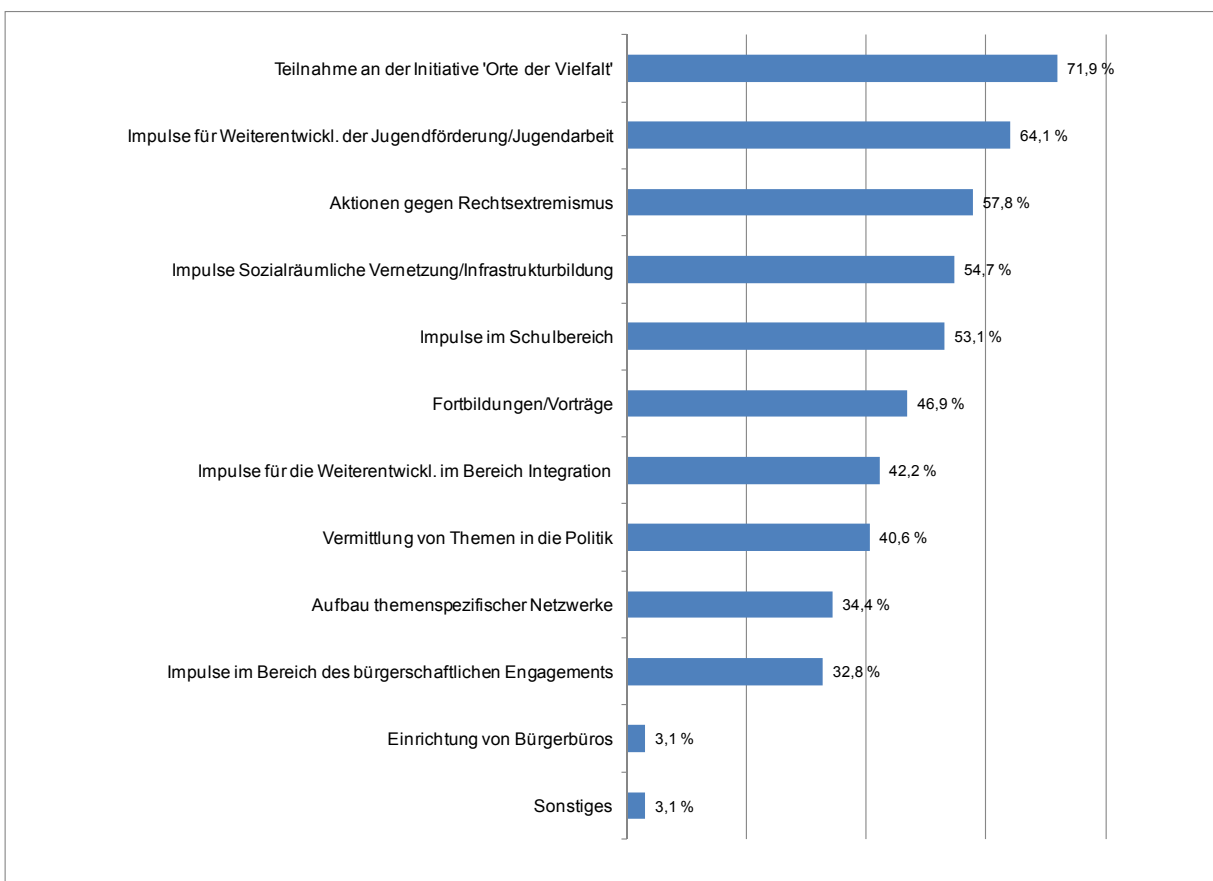
Insgesamt gibt auch eine deutliche Mehrheit der quantitativ befragten Begleitausschüsse an, spezifische Aktivitäten jenseits der Projektförderung innerhalb der Lokalen Aktionspläne anregt zu haben zu können (71%).

Abbildung 30: Anregung von weiteren themenspezifischen Aktivitäten jenseits der LAP-geförderten Projekte (Angaben der Begleitausschüsse in %, N=90)¹⁹²



Unter den Aktivitäten, die konkret außerhalb der Projektförderung der Aktionspläne angeregt wurden, wird an erster Stelle die Teilnahme an der Initiative „Orte der Vielfalt“ (71,9%) genannt. Ebenfalls mehrheitlich nennen die befragten Begleitausschüsse auch Impulse für die Weiterentwicklung der Jugendförderung oder Jugendarbeit (64,1%), Aktionen gegen Rechtsextremismus (57,8%), Impulse für die sozialräumliche Vernetzung und Infrastrukturbildung (54,7%) und Impulse im Schulbereich (53,1%).

Abbildung 31: Art der jenseits des LAP angeregten Aktivitäten (Angaben von Begleitausschüssen, die weitere Aktivitäten angeregt haben in %, N=64, Mehrfachangaben mgl.)¹⁹³



Von Nachhaltigkeit ist auch dann zu sprechen, wenn vermittelt durch am Aktionsplan beteiligte Akteure Erfahrungen einerseits auf neue Regionen, andererseits auf neue Themenfelder übertragen werden:

¹⁹² Vgl. Tabelle 109 im Anhang.

¹⁹³ Vgl. Tabelle 110 im Anhang.

„Das ist eben nicht auf Landkreisebene, aber damit die auch genauso auf der Ebene einer Kleinstadt ins Gespräch kommen, einen Präventionsrat auch mal erweitern und sich treffen mit dem Bürgermeister, dem Ordnungsamt und dem Jugendamt. Die Sozialarbeiter gehören dazu, die Jugendhilfe gehört dazu. Und dann auch Prioritäten festlegen. Es muss nicht immer nur Vielfalt sein, kann auch mal Ordnung und Sauberkeit sein. Warum nicht? Der Zweck ist ja trotzdem erfüllt. Die Leute kommen da in Kontakt und bewerten das Ganze und stehen dafür ein. Und vor allen Dingen haben sie ein Gremium, das sich auch mal der Problemlagen annimmt.“ (15B_ 191)

In mehreren Regionen sind die Koordinator/innen schon jetzt als Berater/innen über den Lokalen Aktionsplan hinaus aktiv und vermitteln relevantes Wissen weiter.

5.4.5 Zur Nachhaltigkeit Lokaler Aktionspläne aus der Perspektive der Jugendhilfeplanung¹⁹⁴

Jugendhilfeplanung hat die Funktion, Handlungskonzepte zu entwickeln, die die Angebote der Jugendhilfe mit der jeweiligen Bedarfslage in Einklang bringen. Hierfür werden die jeweiligen Angebote dokumentiert, Bedarfe in einer Form erfasst, die auch Wünsche, Bedürfnisse und Interessen junger Menschen berücksichtigt (§ 80 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII), und hieraus, unter Berücksichtigung anderer regionaler Planungen (vgl. (§ 80 Abs. 4 SGB VIII) und in einem partizipativen Verfahren, entsprechende Handlungskonzepte abgeleitet (§ 80 Abs. 3 SGB VIII). Es besteht Einigkeit darüber, dass es bei der Erstellung eines Jugendhilfeplans nicht nur um die Erhebung und Prüfung statistischer Daten geht, sondern dass insbesondere die Angemessenheit von Angeboten und deren qualitative Weiterentwicklung in Hinblick auf die Bedarfslagen einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Da § 80 SGB VIII keine Rechtsverbindlichkeit der Jugendhilfeplanung festlegt, ist diese zunächst eine jugendpolitische Willenserklärung, die zwar Empfehlungscharakter hat, aber noch keine Handlungsverpflichtung für die Kommunen bzw. Landkreise festlegt. Erst durch eine Beschließung der Vertretungskörperschaft wird ein Jugendhilfeplan zwingend handlungs- und damit auch haushaltswirksam.¹⁹⁵ Die Verwaltungen sind nach einem solchen Beschluss einerseits verpflichtet, entsprechende Planungen umzusetzen, andererseits erhalten sie aber auch eine Handlungs- und Entscheidungssicherheit, die für sie insbesondere dann bedeutsam wird, wenn es um strukturelle Veränderungen der Angebotslandschaft geht – sei es ein Ausbau oder aber auch ein Rückbau von Strukturen.

Da die Haushaltslage der meisten Kommunen und Landkreise es nicht erlaubt, alle Bedürfnisse gleichermaßen zu befriedigen, werden im Rahmen der Jugendhilfeplanung Gewichtungen vorgenommen und Arbeitsschwerpunkte festgelegt.

„Also was will ich in die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit stecken, was kann ich in die politische Bildung stecken, was kann ich in die kulturelle Jugendarbeit stecken und was in den offenen Kinder- und Jugendarbeitsbereich.“ (23B_13)

Darüber hinaus können in Jugendhilfeplänen Leitlinien formuliert werden, die grundsätzlich in der Kinder- und Jugendarbeit der jeweiligen Region zu berücksichtigen sind.

Beides, die Gewichtung von Arbeitsschwerpunkten und die Formulierung von Leitlinien, macht die Jugendhilfeplanung zu einem Impulsgeber für die Entwicklungen einer Region im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und begründet die Bedeutung einer Integration von Teilaspekten Lokaler Aktionspläne in die Planung als ein wichtiger Aspekt von Nachhaltigkeit.

Dies wurde von den meisten Lokalen Aktionsplänen auch erkannt. Entsprechend wurden Vertreter/innen der Jugendhilfeausschüsse bzw. der regionalen Trägerkonferenzen und/oder die

194 Jugendliche sind die Hauptzielgruppe der Lokalen Aktionspläne. Insofern lag es nahe, in der Untersuchung ein besonderes Augenmerk auf Anbindungsmöglichkeiten im Bereich der Jugendhilfeplanung zu legen, auch wenn durchaus auch andere regionale Planungsstrukturen eine Rolle spielen können.

195 Frankfurter Kommentar 2006, § 80 RN 20 ff.; Jordan/Schone 1992, S. 29.

(Jugendhilfe-)Planer/innen in die Begleitausschüsse einbezogen. Eine solche Einbindung ist in der Regel mit einem engmaschigen Informationsaustausch zwischen den jugendpolitischen Gremien und Ausschüssen verbunden. Wo eine Einbindung der mit der Planung befassten Akteure nicht möglich war, wurden diese – über die interne Koordinierungsstelle oder das Ämternetzwerk – zumindest regelmäßig über die Arbeit des Aktionsplans und seine Projekte informiert. Von den zehn interviewten Planer/innen war lediglich eine/r nicht über den Aktionsplan informiert.

Aus Sicht der befragten Planer/innen bieten sich insbesondere im Bereich der Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) und Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) Anknüpfungspunkte für einen Lokalen Aktionsplan, die den Erhalt der im Aktionsplan entwickelten Projekte und Projektideen sichern.

„Aber gerade in dem Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, ich glaube, in dem Bereich hat man viele Anknüpfungspunkte.“ (3B_87)

Ein Jugendhilfeplan kann auf eine Zielsetzung des Aktionsplans Bezug nehmen und diesen Schwerpunkt dann stärken. Projektkonzepte oder auch konkrete Projekte können berücksichtigt werden. Um dies zu erreichen ist es, so die Planer/innen, nötig, die Ergebnisse der Projekte zu ermitteln, zu dokumentieren und in den Jugendhilfeausschuss zu kommunizieren.

Als inhaltliche Leitlinie können die Themen eines Aktionsplans aber auch auf alle anderen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bezogen werden. So wird beschrieben, dass die Beteiligung von Jugendlichen bei der Projektentwicklung – an sich ein Grundprinzip der Jugendarbeit – als jugendpolitische Leitlinie nunmehr verstärkt berücksichtigt wird, politische Bildung im Gesamtkontext von Bildung mitgedacht wird oder dass die Zielsetzungen des Aktionsplans als handlungsleitendes Element der Kinder- und Jugendarbeit aufgegriffen werden:

„Dass es quasi klar ist, wenn irgendein offener Freizeittreff in irgendeinem Stadtbezirk finanziert wird, dass er in der Grundausrichtung seiner Arbeit diese Art von Antidiskriminierung, von Extremismusprävention, von Gewaltprävention, von Deeskalation und Förderung von Vielfalt praktiziert.“ (19B_123)

Ein Aufgreifen der Aktionsplan-Ziele durch die Leitlinien des Jugendhilfeplans würde diesen – sofern der Plan durch die Vertretungskörperschaft beschlossen ist – Satzungscharakter verleihen. Damit wäre ihre Beachtung grundsätzlich Fördervoraussetzung und sie könnten bei der Vergabe von Zuwendungen als Qualitätskriterium berücksichtigt werden.

Die Jugendhilfeplanung kann jedoch nicht nur helfen, die Nachhaltigkeit der Inhalte und Projekte eines Aktionsplans zu sichern – sie profitiert auch selbst von der Arbeit eines Aktionsplans und den in diesem Zusammenhang gemachten Erfahrungen.

Das Programm bietet die Möglichkeit, neue Arbeitsformen und Methoden zu entwickeln und zu testen und so die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit fortzuentwickeln. So wird es bspw. als Gewinn beschrieben, dass Projekte Ansätze politischer Bildungsarbeit mit anderen Handlungsbereichen verbunden haben – hier ist eine gelungene Mischung entstanden, die einen besseren Zugang zu den Zielgruppen ermöglicht und deswegen auch in Zukunft gefördert werden soll. Im Rahmen der Regelförderung stehen für solche Experimente oftmals keine Zeit und keine Ressourcen zur Verfügung.

Aus Sicht der Planer/innen hat die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans dazu beigetragen, dass sich bei den an Planungsprozessen beteiligten Akteuren eine differenziertere Problemsicht entwickelt. Außerdem werden in einigen Regionen die Kooperationen, die sich im Rahmen des Aktionsplans entwickelten, nunmehr für die faktische Planungsarbeit genutzt oder geben zumindest inhaltliche Anregungen.

„Also da ist auch ein ganz anderes Miteinander entstanden, das ich natürlich auch wieder für die Jugendhilfeplanung gut nutzen kann. Also das Projekt war für die Jugendhilfeplanung auch gut. Weil man natürlich viele Ideen, die dort auch schon mal entstanden sind, Visionen, die man aufgeschrieben hat, die kann man ja auch für die Jugendhilfeplanung nutzen.“ (3B_503)

Insbesondere Regionen, die ihre Planung in Form von Fachplanungen erstellen, konnten aus diesen – in der Regel bereichsübergreifenden – Kooperationen Anregungen für eine komplementäre Sozialplanung beziehen. In einer Region wurde der Aktionsplan gezielt auch als Instrument genutzt, um die Entwicklung eines Sozialraummanagements voranzubringen.

„In X war es so, mit Beginn des Bundesprogramms, dass parallel dazu dieses neue Fachamt gegründet worden ist, für Sozialraummanagement, was letztendlich genau diese Aufgabe hat, unterschiedliche bisher separat arbeitende Ämter sozusagen an einen Tisch zu bringen und mit denen gemeinsam bestimmte Strategien, sei es in dem großen Feld von Vielfalt, sei es in dem Feld von einer aktiven Stadtteilentwicklung, wie auch immer, zu entwickeln. Von daher glaube ich, haben wir diese Chance ganz gut genutzt, da Bewegung reinzukriegen. Und in der Tat ist es ja so, gerade in dem Bereich der Zuwendungen, die über den Landesjugendplan gefördert werden, dass wir da in diesem Bereich, glaube ich, ideologisch auch was verändert haben.“ (10B_185-186)

In einigen Planungsregionen werden die Mittel, die einer Region aus unterschiedlichen Förderprogrammen zur Verfügung stehen, zumindest indirekt mitgedacht. Zwar werden Planungen nicht darauf aufgebaut, dass es Bundesprogramme gibt, gleichwohl sieht man hier Spielräume, um trotz einer mittelfristigen Planung auf kurzfristig auftretende Probleme reagieren zu können. Zum anderen werden die Programme als Möglichkeit gesehen, die Grundversorgung mit einem „Leistungsplus“ zu ergänzen. Freilich kann ein solches Plus aufgrund der lediglich für ein Jahr verbindlichen Förderzusagen nicht in die strategische Planung einbezogen werden. Um temporäre Programme dennoch als Unterstützung der Regelarbeit zu nutzen und zu verhindern, dass sie sich als Parallelstruktur entwickeln, die nur solange existiert, wie es Programmmittel gibt, ist es nötig, so die Interviewpartner/innen, dass die Arbeit des Aktionsplans immer auch in die entsprechenden kommunalen Strukturen rückgebunden wird.

„Man muss die Verlinkungen mit den Netzwerken organisieren, die es ohnehin gibt und die im Rahmen der Fach-AG's eben laufen. ... Meinetwegen hatten wir ein Modellprojekt ‚Komplexer Hilfebedarf‘. Und dort haben wir dafür gesorgt, dass die Ergebnisse auch in der Fach-AG ‚Hilfen zur Erziehung‘ kommuniziert werden und diskutiert werden. Um die einfach rückzubinden.“ (23B_139-148)

Abschließend bleibt festzuhalten, dass eine gut funktionierende Jugendhilfeplanung aufgrund ihrer Arbeitsprinzipien grundsätzlich für einen Lokalen Aktionsplan gute Anknüpfungsmöglichkeiten bietet. Gleichwohl führt eine einfache Zurkenntnisnahme des Aktionsplans durch die Jugendhilfeplanung nicht zwingend dazu, dass seine Ziele und Projekte in die Planung übernommen werden.

5.4.6 Kurzzusammenfassung

Lokale Aktionspläne bieten bereits in ihrer Anlage eine Basis für nachhaltige Entwicklungen: Durch ihre Ansprüche an die Problemanalyse und Zielformulierung werden Handlungsräume konkretisiert und durch ihre Beteiligungsorientierung wird gewährleistet, dass sich sowohl die Problemanalyse als auch die Zielbestimmung und Umsetzung in partizipativen Prozessen vollzieht, die dann langfristige Ergebnisse produzieren sollen. In Bezug auf die Nachhaltigkeit konnten in allen vier zur Beschreibung herangezogenen Kategorien (strukturelle Nachhaltigkeit, handlungsrelevante Lernprozesse, Relevanzerhalt und der Anstoß neuer Prozesse) Effekte beobachtet werden. Nicht alle Lokalen Aktionspläne erreichen in allen Kategorien Nachhaltigkeit, die meisten jedoch in mehreren. Nur ein Teil der Befunde beschreibt jedoch bereits jetzt feststellbare nachhaltige Ergebnisse, der überwiegende Teil der Befunde bezieht sich auf geplante Vorhaben bzw. Erwartungen. Die Tatsache, dass die Befunde in Interviews mit den jeweiligen Verwaltungsspitzen generiert wurden, verleiht ihnen jedoch eine hohe Relevanz. Ob alles oder zumindest ein Teil des Geplanten letztlich realisiert wird, muss nach Beendigung des Programms geprüft werden. Relevante Indikatoren können hier sein:

- Strukturelle Nachhaltigkeit
 - Erhalt der Koordinierungsstelle
 - Fortführung der Arbeit der Begleitausschüsse

- Erhalt von anderweitigen im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans neu geschaffenen Arbeitsstrukturen
- Erhalt von Projekten
- Handlungswirksame Lernprozesse
 - Bereich Politik:
 - Bereitstellung von Mitteln und Personalstellen in themenrelevanten Bereichen
 - Entwicklung von übergreifenden Handlungsstrategien und Prioritätensetzung, die sich an den vom Aktionsplan benannten Problemlagen orientiert
 - Bereich Verwaltung
 - Berücksichtigung der Problemlagen und Themenfelder des Aktionsplans im Verwaltungshandeln
 - Veränderungen der Kooperation und Kommunikation sowohl verwaltungsintern als auch nach außen
 - Bereich Zivilgesellschaft
 - Veränderung der Angebotspalette
 - Berücksichtigung der Themenfelder des Aktionsplans in Weiterbildungen für Mitarbeiter/innen und ehrenamtlich Aktive
 - aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen
- Relevanzserhalt
 - Übernahme von im Aktionsplan entwickelten Projekthaltungen und Arbeitsmethoden in andere Kontexte
 - Fortsetzung der Auseinandersetzung mit Themenfeldern des Aktionsplans in unabhängig bestehenden Strukturen
 - Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikator/innen
- Anstoß von Prozessen
 - Einbeziehung der Themenfelder des Aktionsplans in übergreifende kommunale Leitbilder
 - Einbeziehung neuer Regionen bzw. Wissenstransfer in andere Regionen
 - Beteiligung an themenverwandten Programmen

Von den in die qualitative WB einbezogenen 20 Aktionsplänen gaben insgesamt dreizehn Regionen an, nach Programmende Geld aufwenden zu wollen (sieben Regionen beteiligen sich bereits jetzt finanziell am Lokalen Aktionsplan): Sei es, um die Koordinierungsstelle (mit) zu finanzieren, um für den fortbestehenden Begleitausschuss ein Budget zur Verfügung zu stellen, überwiegend jedoch, um einzelne Projekte fortzuführen. Derzeit wird in den meisten Kommunen und Landkreisen der Haushalt für das nächste Jahr erstellt: Es bleibt abzuwarten, wie vielen Regionen es gelingt, die entsprechenden Pläne trotz allgemein schlechter Haushaltslage zu realisieren.

Von Nachhaltigkeit kann gesprochen werden, wenn konkrete Projekte fortgeführt werden. Bereits während der Programmlaufzeit wurden erste Projekte in andere Finanzierungen überführt. Bei vielen anderen ist dies geplant, oder die Inhalte und Arbeitsansätze werden in andere Arbeitsstrukturen übernommen. Eine besondere Bedeutung wird dem Erhalt der Koordinierungsstelle beigemessen. Sie wird als Voraussetzung gesehen, um die entstanden Arbeitsstrukturen zu erhalten und das erworbene Wissen zu institutionalisieren. Gleichwohl gibt es erst in drei der zwanzig untersuchten Regionen konkrete Aussagen zum Erhalt der Koordinierungsstellen, von denen zwei bereits vor Programmbeginn in anderen Arbeitskontexten bestanden. Kooperationen sollen in der Regel dann erhalten werden, wenn sie sich – nicht nur in Bezug auf die Zielstellung, sondern auch aus Sicht der beteiligten Akteure – bewährt haben. Dies trifft auf große heterogene Netzwerke genauso zu wie auf Fach- oder Arbeitsgruppen, auf Kooperationen im Verwaltungskontext ebenso wie auf Kooperationen im Bereich der Zivilgesellschaft oder auch auf übergreifende Kooperationen. Insbesondere die Begleitausschüsse wurden als erfolgreiche Kooperationen wahrgenommen und werden – zumindest ist dies geplant – wohl überwiegend ihre Arbeit fortsetzen. Zum Teil werden die Themen des Lokalen Aktionsplans von bereits bestehenden Strukturen einer Region, z.B. einem Präventionsrat, weiterbearbeitet, auch ohne dass die Strukturen des Aktionsplans selbst erhalten werden. Hier kann man zumindest einen Relevanzserhalt feststellen. Neben nachhaltigen strukturellen Effekten regen Lokale Aktionspläne aber auch

Lernprozesse an, die wiederum das Handeln der Akteure in Bezug auf die Zielsetzungen der Lokalen Aktionspläne beeinflussen: Im Ergebnis können veränderte politische Entscheidungen stehen oder Arbeitsweisen, auch Kooperations- und Kommunikationsformen können sich verändern. In einigen Regionen wurden Prozesse angestoßen, die zwar durch den Lokalen Aktionsplan inspiriert waren, aber sich unabhängig von ihm vollziehen. Insbesondere diese Nachhaltigkeitskategorie strahlt in Bereiche, die bisher nicht zum Handlungsfeld des Aktionsplans zählten. Es werden entsprechend neue Regionen und/oder gesellschaftliche Bereiche erschlossen.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass verschiedene Bereiche von Nachhaltigkeit miteinander in Beziehung stehen und ein nachhaltiger Effekt in einem Bereich zu weiteren nachhaltigen Effekten in anderen Bereichen führen kann. Dies ist bspw. dann der Fall, wenn aufgrund eines handlungswirksamen Lernprozesses politische Entscheidungen getroffen werden, die die (Teil-)Strukturen eines Lokalen Aktionsplans längerfristig sichern.

Eine naheliegende Möglichkeit, um zumindest Teilaspekte eines Lokalen Aktionsplans in der Kinder- und Jugendarbeit einer Region nachhaltig zu verankern, bieten die Strukturen der Jugendhilfeplanung: Inhaltliche Konzepte des Lokalen Aktionsplans, aber auch die einzelner Projekte können in der Jugendhilfeplanung durch die Gewichtung von Arbeitsschwerpunkten und die Formulierung von Leitlinien berücksichtigt werden. Voraussetzung ist eine gute Kommunikation der Inhalte und Ergebnisse des Lokalen Aktionsplans in die Planungsstrukturen.

5.5 Außenwirkung der Lokalen Aktionspläne und des Programms „VIELFALT TUT GUT“

Öffentlichkeitsarbeit ist durch die Leitlinien von „VIELFALT TUT GUT“ als eine der Standardaufgaben der Lokalen Aktionspläne festgeschrieben und ist zudem auf bundesweiter Ebene als Teil der Säule 3 für das Gesamtprogramm vorgesehen. Die Erhebungen der quantitativen WB belegen auch, dass Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit flächendeckend implementiert sind und von allen Koordinierungsstellen mehr oder minder intensiv betrieben werden. Dabei wird nicht nur allgemein ein breites Repertoire von Instrumenten eingesetzt, sondern insbesondere sehr oft auch der digitale „cyber space“ durch entsprechende Internetangebote bedient.¹⁹⁶ Es kann zunächst davon ausgegangen werden, dass die Aktionspläne den Stellenwert einer Einbeziehung der Öffentlichkeit in Prozessen der Demokratieförderung erkannt haben und sich aktiv bemühen, die Anliegen und die Aktivitäten der Aktionspläne bekannt zu machen. Dennoch finden sich im Zuge der WB wiederholt auch Indikatoren dafür, dass ungeachtet dieser in die richtige Richtung weisenden Impulse und Aktivitäten in Hinsicht auf die Außenwirkung der Lokalen Aktionspläne noch Nachholbedarf besteht. Die Bekanntheit der Lokalen Aktionspläne und des Programms „VIELFALT TUT GUT“ wird zumeist nur als mittel bewertet und auch die Zufriedenheit mit der Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler und bundesweiter Ebene ist ausbaufähig.

5.5.1 Bekanntheit und Zustimmung als Dimensionen der Außenwirkung

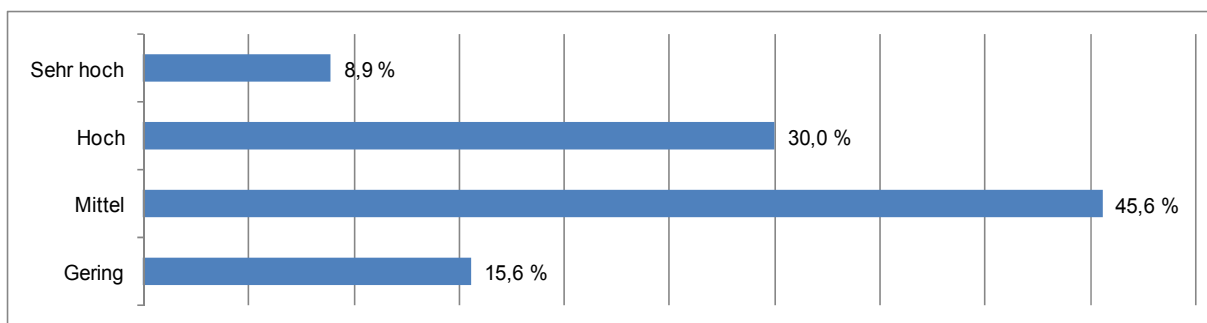
Bezüglich der Chancen für eine aktive Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Aktivitäten der Lokalen Aktionspläne stellt sich allerdings vorweg die Frage, inwiefern die „diskursiven Gelegenheitsstrukturen“ vor Ort eine Ausstrahlung der Aktionspläne und damit eine ausgeprägte Außenwirkung überhaupt zulassen. So ist im Zuge von Expertenworkshops die Hypothese formuliert worden, dass Ausmaß und Tenor der Mediendarstellung der Lokalen Aktionspläne weniger auf die Aktivitäten der LAP-Akteure zurückzuführen ist, sondern stark abhängig von medialen Themenkonjunkturen bleiben, die von Seiten der Lokalen Aktionspläne und der lokalen Ebene kaum zu beeinflussen sind. In der Soziologie der politischen Öffentlichkeit ist eine einfache Differenzierung

¹⁹⁶ Vgl. dazu auch ISS/Camino 2009, S. 53 ff.

von Öffentlichkeitserfolgen verbreitet, die in diesem Zusammenhang hilfreich ist.¹⁹⁷ Um ihre Anliegen in der öffentlichen Meinung zielgerichtet zu verankern, benötigen Akteure „Aufmerksamkeit“ und „Zustimmung“: Beide Dimensionen sollten analytisch auseinandergehalten werden: Große Aufmerksamkeit muss nicht immer vorteilhaft ausfallen (Skandale etc.), mitunter ist aber eine „schlechte Presse“ dem schlichten Übersehenwerden sogar noch vorzuziehen. Aufmerksamkeit verbunden mit Zustimmung würde einen Idealzustand markieren, oft sind aber Akteure, denen großes Vertrauen entgegengebracht wird, nicht unbedingt die weitbekannteren „Prominenten“.

Es lässt sich in diesem Zusammenhang zunächst festhalten, dass alle Koordinierungsstellen (100%) angeben, dass über den Aktionsplan in den Medien berichtet wurde. Auf der Grundlage der erhobenen Daten lassen sich weitergehend Orientierungswerte zur Einschätzung der Dimensionen Aufmerksamkeit und Zustimmung durch die Koordinierungsstellen gewinnen – es wurde neben der Aufgeschlossenheit der lokalen Medien nämlich auch nach dem Tenor der Berichterstattung gefragt.¹⁹⁸ In beiden Dimensionen findet sich zunächst, wie in der Datenstruktur insgesamt nicht unüblich, eine leichte Tendenz in den positiven Wertebereich, die allerdings für den Berichterstattungstenor deutlicher ausfällt als für die Aufgeschlossenheit der lokalen Medien. Die meisten Koordinierungsstellen (Modalwert) geben eine mittlere Aufgeschlossenheit der lokalen Medien für die Inhalte des Lokalen Aktionsplans an (45,6%). Eine hohe Aufgeschlossenheit sehen 30%, eine sehr hohe Aufgeschlossenheit 8,9%, während die Einschätzung einer geringen Aufgeschlossenheit von 15,6% der Koordinierungsstellen getroffen wird.

Abbildung 32: Einschätzung der Aufgeschlossenheit lokaler Medien für den Aktionsplan und dessen Inhalte (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)¹⁹⁹



Demgegenüber geben die meisten Koordinierungsstellen (Modalwert) einen eher positiven (47%) und immer noch 35% sogar einen sehr positiven Medientenor gegenüber dem Aktionsplan an. Ein negativer oder sehr negativer Berichterstattungstenor wird von keiner Koordinierungsstelle angegeben, ein neutraler Tenor von 8% der Koordinierungsstellen.

Werden diese Befunde in Hinsicht auf die Frage der „diskursiven Gelegenheitsstrukturen“²⁰⁰ im lokalen Raum hin interpretiert, dann kann festgehalten werden, dass die durchschnittliche Einschätzung der Koordinierungsstellen auf einer fünfstufigen Skala für die Art der Berichterstattung (1,7) deutlich besser ausfällt als für die generelle Aufgeschlossenheit der lokalen Medien (2,7). Pointiert formuliert lässt sich interpretieren, dass die Aktionspläne an dieser Stelle durchaus mit positiver Berichterstattung rechnen können, es jedoch weniger gut gelingt, sich für die lokalen

197 Vgl. dazu bspw. Lüter 2008, S. 66 ff., Neidhardt 1994, S. 15 ff., und Neidhardt 2010.

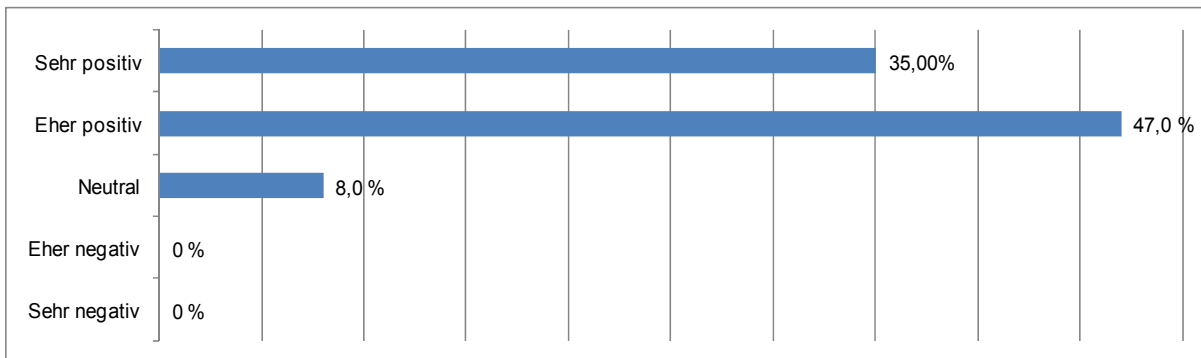
198 Diesen beiden Dimensionen bzw. Variablen korrelieren mit einer Stärke von 0,36 (spearman). Die jeweiligen Angaben der Befragten hängen damit zusammen, ohne dass die Dimensionen vollkommen voneinander abhängig wären und einen identischen Sachverhalt messen würden. Die analytische Unterscheidung ist damit auch empirisch tragfähig. Aufgrund der identischen Spannbreite der für die beiden Variablen verwendeten Skalen lassen sich die jeweiligen Werte hier gut vergleichen.

199 Vgl. Tabelle 111 im Anhang.

200 Vgl. zum Konzept „diskursiver Gelegenheitsstrukturen“ etwa Koopmans/Olzak 2004 und Koopmans/Muis 2008.

Medien überhaupt erst interessant zu machen und deren Aufmerksamkeit und Interesse zu gewinnen.

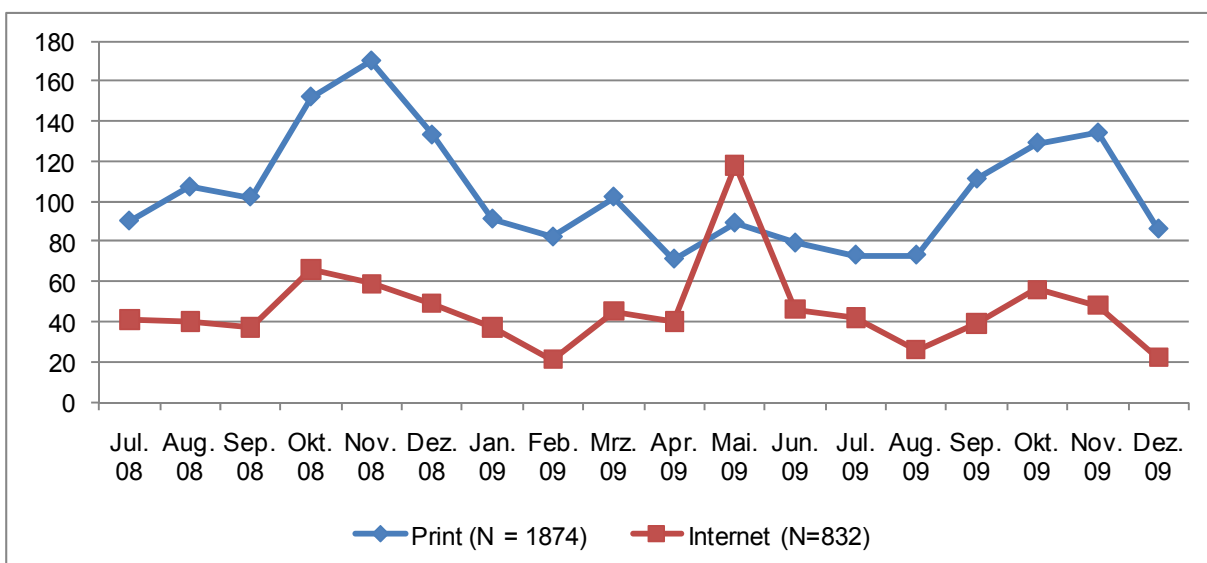
Abbildung 33: Bewertung des Tenors der medialen Berichterstattung über den Lokalen Aktionsplan (Angaben der Koordinierungsstellen in %, N=90)²⁰¹



Die zentrale Herausforderung an die Lokalen Aktionspläne und an „VIELFALT TUT GUT“ in Hinblick auf eine verbesserte Außenwirkung – so lässt sich schlussfolgern – besteht weniger darin, ein positives „Image“ zu gewinnen, weil dieses durchaus vorausgesetzt werden kann. Entscheidend ist, öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und das Programm und die Aktionspläne bekannt zu machen. Für die Annahme, dass die Außenwirkung in Form der Bekanntheit eine wichtige Herausforderung bleibt, spricht die sehr überwiegende Einschätzung der Lokalen Aktionspläne als „etwas bekannt“ (75,6%) und liegt damit im mittleren Wertebereich der Antwortskala. 5,6% der Koordinierungsstellen geben an, dass der Lokale Aktionsplan „kaum bekannt“ und 18,9%, dass er „sehr bekannt“ sei.

Eine in diesem Zusammenhang interessante Information findet sich auch durch eine Auswertung der Pressedokumentation und der Clipping-Berichte des gesamten Bundesprogramms. Die Auswertung der Berichterstattung über „VIELFALT TUT GUT“ in Hinblick auf die Berichterstattungsintensität zeigt hier, dass – über das gesamte Programm betrachtet – die Häufigkeit der Berichterstattung im Zeitraum von Juli 2008 bis Dezember 2009 mit Fortschreiten der Laufzeit und der Etablierung der Lokalen Aktionspläne nicht ansteigt. Wertet man die Berichterstattungsintensität als Indikator für die Außenwirkung, dann nimmt diese im Zeitverlauf eher ab als zu.

Abbildung 34: Berichterstattungsintensität zu "VIELFALT TUT GUT" im Zeitverlauf 2008-2009 (Pressedokumentation des Programms)²⁰²



201 Vgl. Tabelle 112 im Anhang.

Die Spitze der Berichterstattung liegt im November 2008 und damit im ersten Drittel des untersuchten Zeitraums. In der Tendenz findet sich im Folgezeitraum eine leichte Abnahme der Berichterstattungsintensität. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die mediale „Karriere“ des Themas „VIELFALT TUT GUT“ deutliche „Jahresendeffekte“ aufweist. In beiden untersuchten Jahren findet sich also jeweils im Oktober und November ein sehr starkes Aufkommen von Artikeln und Berichten. In Hinblick auf diese Berichterstattungsverläufe finden sich zugleich starke Ähnlichkeiten zwischen den beiden Untersuchungsjahren. Es ist anzunehmen, dass diese Berichterstattungsspitzen in der zweiten Jahreshälfte auch durch eine Vielzahl kleinerer Beiträge und Erwähnungen zu erklären sind, die mglw. auch in Zusammenhang stehen mit der spezifischen Förderstruktur der Aktionspläne (Ausschreibungen für die nächste Förderperiode etc.).

5.5.2 Publizität als Transparenz: Einbindung in kommunale Selbstdarstellung und Webangebote

Neben der medialen Berichterstattung lässt sich auch die Verankerung der Lokalen Aktionspläne in der öffentlichen Selbstdarstellung der Kommunen und Landkreise als ein Indikator für die Außenwirksamkeit von „VIELFALT TUT GUT“ verstehen. Es geht hier um die Frage, inwieweit die Themen des Programms in die kommunalen Selbstverständnisse und Routinen eingehen. Mit der Initiative „Orte der Vielfalt“ liegt dabei ein mit den Themen von „VIELFALT TUT GUT“ verwandtes Format vor, das explizit auf diese Dimension der öffentlichkeitswirksamen Darstellung und Außenwirkung zielt. Systematisch lässt sich aber die entsprechende Fragestellung auch an die Lokalen Aktionspläne adressieren. Welche Angebote machen also die Kommunen und Landkreise, um über ihre Selbstdarstellungen auch die Bekanntheit und Außenwirkung der lokalen Aktionspläne zu verbessern?

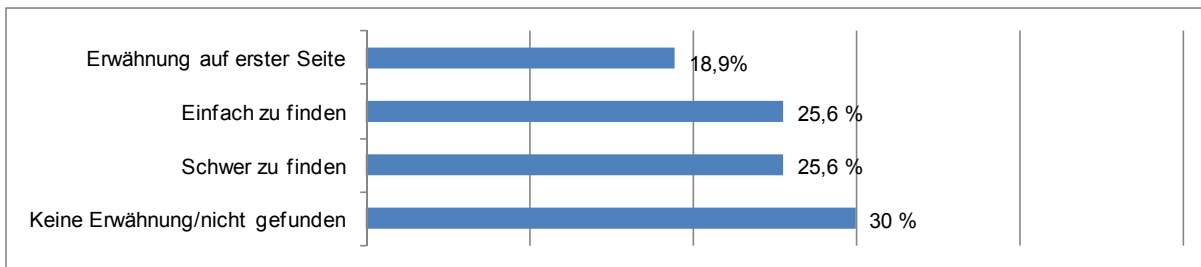
Um diese Frage der Außenwirksamkeit der Lokalen Aktionspläne in Hinblick auf ihre Einbettung in kommunalen Selbstverständnisse zu explorieren, erscheinen die Websites als ein geeigneter Indikator.²⁰³ Die quantitative WB hat daher die Befragungen der Lokalen Aktionspläne durch eine flächendeckende Auswertung der Websites in den Förderregionen ergänzt. Einbezogen wurden zum einen die ggf. direkt durch den Lokalen Aktionsplan selbst erstellten Websites, zum anderen aber auch die Seiten der öffentlichen Träger in Hinsicht auf die dortige Platzierung von Informationen über den Lokalen Aktionsplan.

Wird zunächst die Verankerung von „VIELFALT TUT GUT“ in kommunalen Webangeboten als Indikator für die Ausstrahlung der Lokalen Aktionspläne auf die Selbstdarstellung der Kommunen und Landkreise betrachtet, dann zeigt sich, dass eine sehr exponierte Darstellung auf der Hauptseite nur in einer Minderheit der Förderregionen (18,9%) vorgenommen wurde. Allerdings ist umgekehrt auch festzuhalten, dass in einem knappen Drittel (30%) der entsprechenden Auftritte auch bei fokussierter Suche keine einschlägigen Informationen oder Verweise gefunden werden konnten. Zumeist finden sich Informationen zu den Lokalen Aktionsplänen oder dem Programm jedoch durch eine sehr einfache (25,6%) oder etwas aufwendigere (25,6%) Suche.

202 Vgl. Tabelle 113 im Anhang.

203 Vgl. generell zur Diskussion um digitale Öffentlichkeit und Politik: Elter 2010 und Münker 2009.

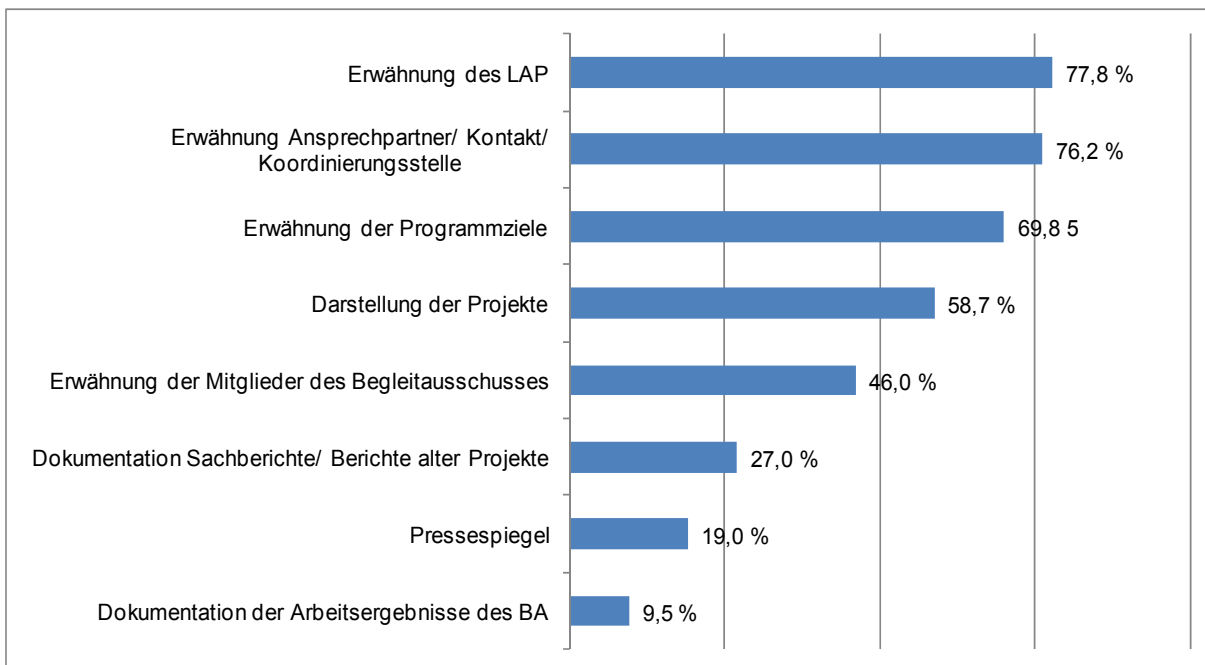
Abbildung 35: Vielfaltlabel oder LAP-Erwähnung auf Web-Seiten der öffentlichen Träger (Stadt, Landkreis etc.) (N=90, Anzahl der Lokalen Aktionspläne)²⁰⁴



Die einschlägigen Informationen finden sich überwiegend direkt auf den Homepages der Kommunen und Landkreise (58,7%), zum Teil verweisen sie aber auch durch Verlinkungen auf die einschlägigen Seiten, die durch die Aktionspläne selbst eingerichtet wurden (41,3%) (N=63 – Förderregionen mit einschlägigen Angaben auf Homepages). Ganz überwiegend sind die erreichbaren Informationen und Materialien auf einem sehr aktuellen Stand (2010: 69,8%, älter als 2010: 17,5%, keine Datierung: 12,7%).

Betrachtet man die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, dann handelt es sich dabei vor allem um die Erwähnungen des Lokalen Aktionspläne generell (77,8%), um die Angabe von Kontaktpersonen und Ansprechpartner/innen (76,2%), die Erwähnung der Programmziele (69,8%) und ebenfalls recht häufig um die Darstellung der Projekte (58,7%) (N=63 – Förderregionen mit einschlägigen Angaben auf Homepages). Auch detailliertere Informationen zu den Arbeitsvorgängen der Lokalen Aktionspläne oder zum Presseecho finden sich zum Teil, dies aber nur in einer geringeren Anzahl der Förderregionen.

Abbildung 36: Informationen zu Lokalen Aktionsplänen/"VIELFALT TUT GUT" auf Homepages der öffentlichen Träger (N=63, LAP mit einschlägigen Angaben)²⁰⁵



Bilanzierend lässt sich festhalten, dass in den Selbstdarstellungen der Kommunen und Landkreise das Programm zumeist insoweit eingebunden ist, dass Interessierte einschlägige Informatio-

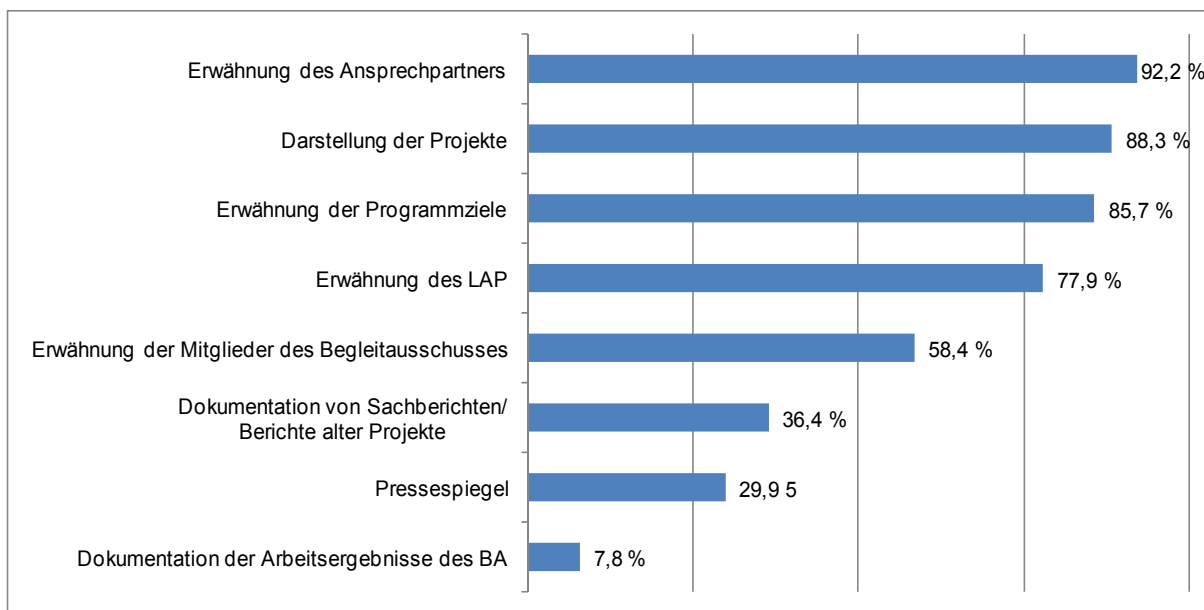
204 Vgl. Tabelle 114 im Anhang.

205 Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

nen mit mehr oder minder großem Aufwand recherchieren und sich insofern informieren können. Eine offensive Werbung bzw. Darstellung, die auch Unkundige auf das Programm und dessen Anliegen proaktiv aufmerksam macht, kommt jedoch nur ausnahmsweise vor. Die Angebote der öffentlichen Träger dokumentieren damit die Existenz der Lokalen Aktionspläne und tragen somit dazu bei, dass die Programmaktivitäten auf lokaler Ebene transparent und nachvollziehbar sind. Eine Priorisierung und hochrangige Einbindung der Themen und Symbole des Programms ist damit jedoch nur ausnahmsweise verbunden.

Ergänzt man diesen Befund noch durch eine Einbeziehung der Websites, die nicht von öffentlicher Seite bereitgestellt werden, aber Informationen zu den Lokalen Aktionsplänen bzw. von Teilen derselben enthalten, dann zeigen sich strukturell ähnliche Muster und zugleich aber auch noch tiefenschärfere und detaillierte Information, die geeignet sind, in noch höherem Ausmaß Transparenz über die Vorgänge in den Lokalen Aktionsplänen herzustellen bzw. zu ermöglichen. Zunächst konnten für 80% der Lokalen Aktionspläne eigenständige Homepages gefunden werden und zuzüglich für weitere 5,6% in umfassendere Websites eingebundene eingehende LAP-Darstellungen, die nicht kommunalen Ursprungs waren. Darstellungen von 85,6% der Lokalen Aktionspläne konnten damit im Internet aufgefunden werden (Angaben in % der Lokalen Aktionspläne, N=90).

Abbildung 37: Inhalte von LAP-bezogenen Homepages außerhalb öffentlicher Trägerschaft (Angaben in %, N=77)²⁰⁶



Sehr häufig wurden auf diesen identifizierten Seiten Ansprechpartner/innen und Kontaktpersonen genannt (92,2%) und die Programmziele (85,7%) oder auch der Lokalen Aktionspläne insgesamt (77,9%) erwähnt bzw. beschrieben. In Hinsicht auf die angesprochene Erzeugung von Transparenz über die Abläufe und Aktivitäten innerhalb der Aktionspläne ist aber besonders bemerkenswert, dass 88,3% der einschlägigen Websites auch Projektdarstellungen beinhalten und 58,4% die Mitglieder des Begleitausschusses erwähnen. Diese Informationen sind auch nahezu ausnahmslos (97,4%) auf aktuellem Stand (2010). Auch diese Angebote haben ihre Stärke also darin, zum Teil sehr spezifische Informationen über die Lokalen Aktionspläne verfügbar zu machen und damit einen Beitrag zu einem öffentlich transparenten Auftritt der Aktionspläne zu leisten. Insofern auch die Verwaltungen und öffentlichen Träger an dieser Transparenz mitwirken, lässt sich konstatieren, dass hier moderne Governance- und Verwaltungsprinzipien berücksichtigt sind

206 Vgl. Tabelle 116 im Anhang.

und die Publizität der Maßnahmen weitgehend gewährleistet ist.²⁰⁷ Zugleich ist aber festzuhalten, dass die weitgehende Berücksichtigung des Transparenzprinzips zwar Publizität im Sinne einer bei Bedarf gegebenen öffentlichen Einsehbarkeit bedeutet, aber nicht deckungsgleich ist mit Publizität im Sinne von „publicity“, also Außenwirkung und allgemeiner Bekanntheit.²⁰⁸

5.5.3 Publizität als Bekanntheit: Instrumente und Faktoren

So begrüßenswert also die Herstellung von Publizität in Form der Gewährleistung von Transparenz gerade im Bereich der Demokratieförderung ist, ist die eingangs formulierte Frage der Bekanntheit der Aktionspläne und des Programms „VIELFALT TUT GUT“ mit diesen Angeboten nicht ausreichend beantwortet. Es ist aber insbesondere diese Dimension einer aktiven Einbeziehung der Öffentlichkeit, die zu den wichtigen „Gelingensfaktoren“ Lokaler Aktionspläne zu zählen ist. Abschließend sollen daher einige kompakte Befunde dargestellt werden, die auch in Hinsicht auf die Verbesserung der Zielerreichung Beachtung verdienen.

Zunächst lässt sich nochmals auf den Umstand verweisen, dass die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit von „VIELFALT TUT GUT“ in den Lokalen Aktionsplänen vor Ort eher kritisch bewertet wird. Im Vergleich zu den übrigen, durchgehend als sehr gut bis gut beurteilten Angeboten der Regiestelle ist die Zufriedenheit mit der bundesweiten Öffentlichkeitsarbeit mit einem Wert von 2,7 auf einer fünfstelligen Bewertungsskala deutlich unterdurchschnittlich. Auch angesichts der durch die WB vorgenommenen Fokussierung auf die lokale Ebene und die Aktionspläne sind also auch auf dieser Ebene durchaus Ansatzpunkte für eine intensivere Bekanntmachung der Aktionspläne zu vermuten.

Zu den auf lokaler Ebene entfalteteten öffentlichkeitsbezogenen Aktivitäten sind bereits an anderer Stelle Informationen zu den vorherrschenden Vorgehensweisen und Prozessen aufbereitet worden.²⁰⁹ In Hinsicht auf die als strategische Schlüsselgröße identifizierte Bekanntheit der Lokalen Aktionspläne ist hier vor allem interessant, welche Formen und Vorgehensweisen einen Effekt entfalten und mit der Bekanntheit in Zusammenhang stehen. Daher sind analog zum methodischen Vorgehen bei der Bestimmung von Einflussfaktoren für die Zielerreichung wiederum bivariate Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Einschätzung der Bekanntheit der Lokalen Aktionspläne berechnet worden. Grundsätzlich lässt sich zunächst feststellen, dass die Bekanntheit der Lokalen Aktionspläne tatsächlich in Zusammenhang steht mit der Aufgeschlossenheit der lokalen Medien. Obzwar diese Aufgeschlossenheit eine Art externen Faktor darstellt, finden sich aber auch Ergebnisse, die auf besonders taugliche Formen der Generierung von Aufmerksamkeit verweisen. Zusammenhänge zwischen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Bekanntheit, die über dem Schwellenwert einer Korrelation von 0,2 liegen, finden sich zu den Kategorien „Auftaktveranstaltung“ (0,26), „Öffentlichkeitsarbeit (gsub), Aktion im öffentlichen Raum (Infostand, etc.)“ (0,23), der „Präsentation auf öffentlichen Veranstaltungen“ (0,24), und der „Pressekonferenz“ (0,34).

Will man diese Befunde zusammenfassend interpretieren, so lässt sich festhalten, dass die explizit an die lokalen Medien adressierte Öffentlichkeitsarbeit etwa durch Presseerklärungen oder Pressekonferenzen für die Steigerung der Bekanntheit der Aktionspläne entscheidend ist. Die Thematisierung der Aktionspläne durch Medien und Journalist/innen erscheint insofern nicht ersetzbar durch eine intensive Erstellung sonstiger öffentlichkeitsbezogener Aktivitäten und Materi-

207 Vgl. grundlegend zur Diskussion um Transparenz bspw. Fung/Graham/Weil 2007. Vgl. zur Umsetzung von Transparenzprinzipien auf Bundesebene und unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung des Alltagslebens auch das Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ (Regierungsprogramm 2010).

208 Vgl. zum in diesem Kontext relevanten Zusammenspiel „regulativer“ (Verwaltung, Ämter) und „kommunikativer“ (öffentliche Meinung, Medien etc.) Institutionen grundlegend auch Alexander 2006, S. 53 ff., und dazu Lüter 2008a.

209 Vgl. dazu die Darstellung in ISS/Camino 2009, S.53 ff.

alien wie Druckmaterialien (Broschüren, Flyer) oder auch einschlägige Websites. Solche Materialien sind zur Dokumentation der Aktivitäten der Lokalen Aktionspläne, zur Sicherung von Erfahrungen und zur Ansprache sehr spezifischer Zielgruppen tauglich. Um die Bekanntheit der Lokalen Aktionspläne und damit auch deren generelle Zielerreichung zu verbessern, erscheint aber die gezielte Ansprache der massenmedialen Ebene im lokalen Raum weiterhin als unverzichtbar.

5.6 Querschnittsthemen

5.6.1 Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming (GM) ist eine Strategie zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, die als EU-Richtlinie 1997 verbindlich für alle Mitgliedstaaten im Amsterdamer Vertrag verankert und auch von der Bundesregierung 1999 als strukturierendes Leitprinzip anerkannt wurde. GM ist in den seit dem 1. Januar 2000 geltenden Kinder- und Jugendplan-Richtlinien (RL-KJP) verpflichtend vorgegeben. Demzufolge müssen bundesgeförderte Programme und Projekte bei der Planung, Umsetzung und Evaluation ihrer Maßnahmen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und deren Auswirkungen auf die Geschlechter in der Weise berücksichtigen, dass grundsätzlich auf das Ziel einer Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, Mädchen und Jungen hingewirkt werden kann.

In Bezug auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming im Rahmen der Lokalen Aktionspläne zeigt die Auswertung aller für 2009 eingegangenen Sachberichte folgende Palette an Maßnahmen:

- Bei der Besetzung des Begleitausschusses wird auf eine ausgewogene Geschlechterverteilung geachtet (der durchschnittliche Anteil von Frauen in den Begleitausschüssen beträgt 46%) in einzelnen Begleitausschüssen werden gezielt Gleichstellungsbeauftragte oder auch geschlechtshomogene Projekte integriert.
- Bei der Projektauswahl wird Gender Mainstreaming reflektiert durch
 - Förderrichtlinien
 - Checklisten
 - Spezifische Expertisen durch Gender Mainstreaming-Fachkäfte
- Es werden Qualifikationen zu Gender Mainstreaming bzw. Diversity angeboten, z.T. auch Handreichungen bereitgestellt. Vielfach beraten auch die Koordinator/innen einzelne Projekte zur genderspezifischen Ausrichtung der Projektansätze
- Es werden Vernetzungen zu genderspezifischen Facharbeitskreisen genutzt und gefördert sowie
- Bei der Auswertung von Projekten gezielt genderrelevante Informationen eingeholt.

In der Mehrzahl der Sachberichte wird betont, dass insbesondere der Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs von Mädchen und Jungen zu den Projekten (Beachtung ihrer spezifischen Motivationen) eine große Bedeutung beigemessen wird. Spezifische geschlechtshomogene Angebote werden nicht in allen Standorten verfolgt. Bei der untersuchten Stichprobe von 158 Projekten geben dementsprechend lediglich 8% (12) Projekte an, eine dezidiert geschlechtsspezifische Ausrichtung zu verfolgen. 8 Projekte arbeiten ausschließlich mit Jungen, 4 Projekte ausschließlich mit Mädchen.

Danach gefragt, ob geschlechtsspezifische Erkenntnisse bei der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne bzw. der Projekte gewonnen wurden, gaben 18% der Koordinator/innen (16) und 15% (24) der Projekte dezidierte Auskunft. Insgesamt lassen sich 3 relevante Themenfelder identifizieren, die genderrelevante Aspekte bei der Umsetzung von Maßnahmen berücksichtigen:

Zugangsoptionen bei der Förderung von Beteiligungs- und Engagementstrukturen sowie bildungsorientierten Projekten: Aus den berichteten Erfahrungen bildet sich ab, dass Frauen und junge Mädchen einen deutlich höheren Beteiligungsgrad an bildungs- und engagementorientierten Projekten haben als (junge) Männer. Insofern müsste aus der Sicht der

Verantwortlichen vor Ort in den Projektkonzeptionen ein stärkeres Augenmerk auf die Stärkung der Kommunikationskompetenz von jungen Männern gelegt werden und die Projektansätze stärker auf die Zielgruppe bildungsbenachteiligter junger Männer ausgerichtet werden.²¹⁰

Geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Die traditionellen Geschlechterrollen junger Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft prägen die gemachten Erfahrungen im Kontext der Projektarbeit. Die Projekte beschreiben, dass eine kultursensible Ansprache, die ggf. auch eine Arbeit in homogenen Gruppen erfordert, Voraussetzung für die Reflexion von Vorurteilsstrukturen, Diskriminierungserfahrungen und Gewalt ist. Ebenso ist eine intensive Elternarbeit oftmals die notwendige Voraussetzung dafür, dass eine Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Projekten erwirkt werden kann. Frauen und junge Mädchen benötigen aus Sicht der Projekte Optionen zur Selbsterfahrung, Jungen Optionen zur Selbstreflexion. Projektkonzeptionen sollten verstärkt die Erprobung alternativer Verhaltensmuster für beide Geschlechter ermöglichen und inhaltlich eine Auseinandersetzung mit religiösen Aspekten der Geschlechtertrennung befördern.²¹¹

Auseinandersetzung mit der Verknüpfung von traditionellen Rollenmustern und Rechtsextremismus: Aus den Projekterfahrungen bildet sich ab, dass junge Mädchen mit ausgeprägt traditionell weiblichen Rollenmustern eine spezifische Affinität zu rechtsextremistischen Einstellungen und Gruppen aufweisen. Insofern betonen die Projekte die Bedeutung einer Auseinandersetzung mit weiblichen Rollenklischees und spezifischer Angebote, die die Rolle von Frauen in der NS-Zeit reflektieren. Ferner bedarf es aus Sicht der Projekte ebenfalls verstärkter Maßnahmen, die dem Vorurteil begegnen, dass rechtsextremistische Grundhaltungen ausschließlich von Männern vertreten werden.²¹²

Insgesamt zeigt sich aus den Auswertungen, dass insbesondere Konzepte, die eine Verknüpfung zwischen Ansätzen der sozialpädagogischen Arbeit mit bildungs- und beteiligungsbenachteiligten Jugendlichen und Ansätzen der Engagement- und Demokratieförderung ermöglichen, sowie Ansätze, die Interkulturelles Lernen sowie Ansätze der politischen Bildung mit Genderpädagogik zusammenführen, aus der Praxis heraus angefordert werden. Aus den Erfahrungsberichten der Projekte und Lokalen Koordinierungsstellen wird deutlich, dass eher der kleinere Teil der Projekte ausreichend qualifiziert ist, um Genderaspekte bei der Ansprache von Jugendlichen bereits in die Projektkonzeptionen einfließen zu lassen. Hier könnten angepasste Gender-Checklisten, so wie sie i.E. bei dem Programm „Entimon“ verwendet wurden, hilfreich sein.²¹³ Ferner könnte die frühzeitige Qualifizierung der Koordinator/innen für relevant für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Lokalen Aktionsplänen förderlich sein.

5.6.2 Antrags- und Abrechnungsverfahren

Im Folgenden werden die Erfahrungen der befragten Akteure mit dem Antrags- und Abrechnungsverfahren des Programms untersucht.

Das Antragsverfahren beginnt mit der Antragsstellung durch das federführende Amt, wobei die Fördersumme zunächst für ein Haushaltsjahr bewilligt wird und eine Fortschreibung im zweiten und dritten Förderjahr durch anschließende Anträge erfolgt.²¹⁴

Da die erstmalige Bewilligung der Lokalen Aktionspläne zum Teil erst spät im Laufe des Jahres 2007 erfolgte, die innerhalb des Haushaltsjahres nicht verbrauchten Fördersummen jedoch nicht

210 Vgl. MANNE e.V. – Potsdam, Pressemitteilung vom November 2007.

211 Vgl. Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. 2007.

212 Vgl. hierzu auch Bundeszentrale für politische Bildung 2007.

213 Vgl. BMFSFJ 2004: Merkblatt Gender Mainstreaming. Ggf. sollten lokal entwickelte Checklisten und Handreichungen hierzu ausgewertet und herangezogen werden.

214 Vgl. BMFSFJ 2009: Handbuch Lokale Aktionspläne, S. 3 ff.

in das Folgejahr übertragen werden konnten,²¹⁵ ergab sich für einige Aktionspläne ein relativer kurzer Zeitraum, in dem über die Verwendung der Projektfördergelder entschieden werden musste. Von einer Vielzahl der befragten Akteure wurde dieses Vorgehen kritisiert:

„Als wir kurzfristig, ich sage mal, im Jahr 2007 ausgewählt worden sind als Lokaler Aktionsplan, da musste sofort Geld ausgegeben werden. Keiner wusste eigentlich so richtig, auch die in der Verwaltung nicht, wie funktioniert das eigentlich. Da sind Anträge gestellt worden, also wir haben auch viele Dinge gemacht, die man auch falsch gemacht hat zu Anfang.“ (35B_107)

Insbesondere den Akteuren aus kleinen und ländlichen Regionen stellte sich das Problem, in kurzer Zeit ausreichend Träger zu finden, um eine sinnvolle Projektförderung zu betreiben. Daneben kritisieren mehrere Akteure an dieser Anfangsphase, dass kaum oder keine Zeit blieb, im Rahmen der Projektförderung Kooperationen und Vernetzungen unter den Trägern anzuregen, wie es explizit durch das Programm gefordert wird. Auf Seiten der Träger habe zudem ein hoher Beratungsbedarf bestanden, der für die gerade erst installierten lokalen Koordinierungsstellen in so kurzer Zeit unmöglich adäquat abzudecken war. So halten 64% der Koordinator/innen ihr Stellenvolumen nicht für ausreichend, um die Koordinierungsaufgaben zu erfüllen.²¹⁶

Mittlerweile wird jedoch vielfach konstatiert, dass die Abläufe sehr viel routinierter und effektiver geworden seien. Gelobt wird in diesem Zusammenhang auch mehrfach die Zusammenarbeit mit der Regiestelle, die sich bei Unsicherheiten auf Seiten des federführenden Amtes oder der Koordinator/innen sehr kooperativ und responsiv gezeigt habe.

Es gilt sowohl für die Anfangsphase als auch für die Endphase des Programms, dass sich mehrere Akteure übereinstimmend eine Flexibilisierung der Förderzeiten wünschen, die einen flexibleren Umgang mit den Fördergeldern und ggf. eine Streckung der Förderlaufzeiten ermöglichen würde.

„Vielleicht auch die Option zu geben, flexiblere Laufzeiten zu haben. Das muss man mal gucken, ob man das kann, ob mal der Landkreis sich quasi im Sinne von Nachhaltigkeit entscheiden kann. Wie bei Altersteilzeit quasi ... Entweder man teilt es auf, oder man sagt drei Jahre, oder man sagt fünf Jahre, und dafür eben auch mit der Summe, dass man das also so flexibler gestalten könnte.“ (15B_318)

In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung des Programms zeigen sich die befragten Akteure überwiegend zufrieden und wünschen sich keine Veränderung. So urteilen 74% der Koordinator/innen, die inhaltlichen Vorgaben und Gestaltungsspielräume des Programms seien „genau richtig“, während nur 22% der Meinung sind, es sollten größere Gestaltungsspielräume gelassen werden. Entsprechend halten 71% der Koordinator/innen den inhaltlichen Fokus, den das Programm vorgibt, für angemessen, um den Problemlagen in ihrer Region gerecht zu werden; nur 28% sehen hier weiteren Entwicklungsbedarf.

Auch die Vorgabe, den Lokalen Aktionsplan jährlich hinsichtlich seiner Zielsetzungen zu überprüfen und weiterzuentwickeln, wird als gewinnbringend beschrieben. Der Zwang zur Konkretisierung von Zielen und zur Aufstellung einer Zielhierarchie wird als Anstoß eines fruchtbaren Reflektions- und Lernprozesses gesehen.

„Also ich glaube, da ist im Verlaufe des Programms viel passiert. Bei den Akteuren, die das machen, klarstellen, wir müssen uns Ziele stellen, die wir selber für uns prüfen können und messen können. Und das ist auch was, was ich immer mit meinen Kollegen hier bespreche und sage: ‚Diesen Handlungsschwerpunkt, wie wollt ihr denn den umsetzen, da müsst ihr dann auch was rein schreiben, was wollt ihr denn? Wollt ihr ein Projekt dazu machen?‘ Dieses Verständnis zu entwickeln, das ist, glaube ich, ganz gut gelungen. Das sollte auch unbedingt beibehalten werden. Also möglichst wirklich konkrete Sachen. Weil, mit diesen großen Leitzielen, das ist ja schön. Klar, das ist die Vision, die man irgendwo hat, ne? Aber man muss es irgendwie runterbrechen. Und das muss man lernen, glaube ich. Weil das kann nicht jeder. Also zu sagen, wie krieg ich das jetzt untersetzt – wobei ich es sehr schwierig finde, die Struktur mit diesen Leit-, Mittler- und Handlungszielen auch nach außen zu transportieren. Also da muss man dann wirklich immer auf der

215 Vgl. BMFSFJ 2009: Handbuch Lokale Aktionspläne, S. 6.

216 Vgl. ISS/Camino 2008, S. 31.

kommunalen Ebene gucken, was krieg ich denn jetzt nach außen verkauft, was die Leute auch noch verstehen.“ (23B_245)

Dass die Fortschreibung der Aktionspläne jedes Jahr eine neue Antragsstellung erfordert, wird dennoch von einigen Akteuren als eine bürokratische Überforderung angesehen.

„Ja, aber ich sage Ihnen mal erst mal so allgemein zur Bürokratie: Ich denke, es ist notwendig gewesen, dass man erst mal so ein Interessenbekundungsverfahren durchführt und sagt: ‚Ja, ich will da mitmachen.‘ ... Aber nun jedes Jahr, wenn es eigentlich nur drei Jahre geht, zu jeder Position, dann doch immer wieder dasselbe oder Nuancen anders zu formulieren, dann sage ich, das muss nicht sein.“ (2B_265)

Zu Beginn der Erhebungsphase wurde von vielen Koordinator/innen von einer Überforderung durch den bürokratischen Aufwand, den das Programm erforderte, berichtet. Auch viele der für die Abrechnungen verantwortlichen Verwaltungsakteure zeigten sich zum Teil überrascht über das Ausmaß der zusätzlichen Arbeit, die das Programm ihnen bereitet hatte. Ein Amtsleiter unterstreicht, dass er speziell in der Anfangsphase stark auf die Expertise einiger Mitarbeiter/innen angewiesen war, die bereits über Erfahrungen mit EU-Programmen und der Abrechnungspraxis in größeren Programmen verfügten. Angemerkt wurde des Öfteren, dass insbesondere bei einer Vielzahl an kleinen Projekten der Aufwand, beispielsweise durch die Abrechnung der Einzelverwendungsnachweise, überproportional steige.

Die Orientierung des Programms auf die Förderung kleinerer Projekte wird gleichwohl begrüßt, da sie ein innovatives Potential biete: Durch die vorgegebene Begrenzung der Fördersummen²¹⁷ würde kleineren Vereinen – die in der sonstigen Förderpraxis häufig keine Chance hätten, sich gegenüber den großen Trägern im sozialen Bereich durchzusetzen – die Möglichkeit geboten, neue Projektideen auszuprobieren.

Um den bürokratischen Aufwand zu minimieren und kleinen Initiativen den Zugang zum Programm zu erleichtern, wurde von vielen Aktionsplänen ein Aktionsfonds²¹⁸ installiert. Das Aktionsfonds-Modell wird daher von einer ganzen Reihe von Akteuren als Erfolg gewertet, da es die Möglichkeit bietet, auf unbürokratischem Wege kleine Initiativen und Vereine zu unterstützen.

„Ich denke, gerade diese kleinen Initiativen bringen am Ende häufig mehr, weil sie so eine Anregungsfunktion haben, weil es eben nicht so hyperbürokratisch ist, dort was zu machen, man muss nicht in ein Riesen-Antragsverfahren rein ... Man erreicht dort Initiativen, Vereine, die man mit der klassischen Jugendförderung nie erreichen würde, weil sie eben keine eingetragenen Vereine der Kinder- und Jugendhilfe sind. Also wo ich ja doch eine relativ große Barriere habe, um erst mal überhaupt zu sagen, ihr könnt hier nicht beantragen oder aber ihr müsst so ein Antragsformular machen, was ja viele dann schon abschreckt.“ (23B_93)

Trotz der Möglichkeiten, die das Aktionsfonds-Modell bietet, kritisieren einzelne kommunale Akteure, dass ausschließlich gemeinnützige Träger förderberechtigt sind, da sie sich eine flexiblere Fördermittelvergabe, etwa an Jugendclubs, Einwohnerinitiativen etc., wünschen würden.

Im Sinne eines inhaltlichen Controllings müssen für jedes Einzelprojekt programmbezogene Anträge und Berichte in Form von zwei Stammblätern erstellt werden, in denen die Inhalte, die Ziele und Erfolgsindikatoren für die Zielerreichung dargestellt werden.²¹⁹ Diese inhaltlichen Anforderungen des Programms wurden zunächst häufig als eine Überforderung und als Bevormundung der Träger erlebt, im Rückblick jedoch häufig als ein Erfolg gewertet. Dass die Träger durch die Vorgaben des Projektantrags dazu angehalten wurden/werden, Ziele und Erfolgsindikatoren regel-

217 Die Fördersumme eines Einzelprojekts darf demnach eine Summe von 20.000 Euro nicht überschreiten. Mehrere Lokale Aktionspläne haben sich für niedrigere Fördersummengrenzen entschieden. Vgl. BMFSFJ 2009: Handbuch Lokale Aktionspläne, S. 24.

218 Bei einem Aktionsfonds handelt es sich um ein eigenständiges Projekt, das mit Mitteln in unterschiedlicher Höhe ausgestattet wird, die in einem weniger formalisierten Verfahren an (sehr) kleine Initiativen weitergegeben werden, in der Regel bis maximal 500 Euro pro Projekt.

219 Vgl. BMFSFJ 2009: Handbuch Lokale Aktionspläne, S. 15 ff.

mäßig zu überprüfen, habe zum einen zu einer höheren Passgenauigkeit der Projekte beigetragen und zum anderen häufig auch bei den Trägern Lernprozesse begünstigt.

„Aber ich denke, dass den Trägern das auf jeden Fall gut getan hat, in dieser Projektlaufzeit für die eigene Entwicklung. Auch zu gucken, wie muss ich ein Konzept schreiben, wo kann ich Geld her kriegen.“ (9B_267)

„Na, also schließ ich mich auf jeden Fall denen an, die so denken, dass man sagt, ich muss erst wissen, was ich überhaupt will. Also so arbeitet eigentlich jeder, dass ich mir erst überlege, was ist mein Ziel, und dann überlege, wie komm ich da hin. Und da die Akteure auch zusammen zu kriegen. Auch die unterschiedlichen Sichtweisen zu bündeln ... Das ist ganz, ganz wichtig, weil, ansonsten verzettelt man sich bei der Projektvergabe. ... Aber meiner Meinung nach ist eine Zielführung immer sinnvoll, und da hat sich auch gezeigt, wie sinnvoll das sein kann.“ (15B_75)

Das Projektantragsverfahren, das zunächst von vielen Koordinator/innen und Vertreter/innen des Ämternetzwerks als eine Überforderung der Träger angesehen wurde, wird mittlerweile oftmals als sinnvoll und zielführend anerkannt.

Man befürchtete zu Programmbeginn häufig, dass insbesondere kleine, ehrenamtlich arbeitende Träger durch den Antragsaufwand abgeschreckt würden. Tatsächlich berichten viele Koordinator/innen, dass diese Träger stark auf Beratungsunterstützung angewiesen seien, da viele nicht in der Lage sind, ihre Projektidee antragsadäquat zu formulieren. Die quantitativen Erhebungen zeigen, dass sogar die Hälfte der Koordinierungsstellen davon ausgeht, dass potentielle Träger aufgrund des Antragsverfahrens Abstand von einer Programmbeteiligung genommen haben; von diesen nehmen 22% an, dass sich insbesondere kleine Initiativen und Vereine haben abschrecken lassen.

Bei den am Programm beteiligten Trägern scheint sich mittlerweile eine höhere Routine hinsichtlich der Antragspraxis eingespielt zu haben.

„Also auch die Träger, mit denen wir das zusammen gemacht haben, die haben schon mindestens zwei Jahre lang nicht mehr gestöhnt.“ (10B_395)

Bei der Bewertung des Antrags- und Abrechnungsverfahrens durch die Akteure der Lokalen Aktionspläne muss zwischen der Bewertung des inhaltlichen Controlling und der Bewertung der administrativ-fiskalischen Auflagen unterschieden werden: Trotz einer weit verbreiteten Akzeptanz dafür, dass die Vergabe öffentlicher Gelder der Kontrolle bedarf, wünscht sich eine Mehrheit der Akteure, die Abrechnungsfomalitäten auf ein geringeres Maß zu beschränken, und eine höhere Flexibilität hinsichtlich der Förderzeiten und zum Teil auch hinsichtlich der Mittelvergabe. Demgegenüber wird das inhaltliche Controlling seit dem Beginn des Programms zunehmend positiv bewertet.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

6.1 Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der WB zeigen zunächst auf, dass die Lokalen Aktionspläne über stabile Arbeitsstrukturen verfügen. Für die Personalstruktur und Ansiedlung der Koordinierungsstellen sowie den Vorsitz und die Besetzung der Begleitausschüsse, aber auch für die Zusammensetzung der Ämternetzwerke lassen sich nur punktuelle Veränderungen nachzeichnen. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass sich die strukturellen Vorgaben des Programms als tragfähig und angemessen für die Programmumsetzung erwiesen haben. Ein zentraler struktureller Nachsteuerungsbedarf besteht nicht. Die Kopplung demokratischer Zielsettings mit der Zielsetzung einer Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen sowie eines Engagements für eine inklusive Einwanderungsgesellschaft erweist sich als tragfähig für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne. Dies gilt auch für die Möglichkeit, gleichermaßen zielgruppenorientierte Projekte umzusetzen und zivilgesellschaftliche Netzwerke aufzubauen und zu stabilisieren. Damit erweisen sich sowohl die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung des Programms auf Demokratieförderung als auch der Ansatz der Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als umsetzbar und zielführend.

Der diesjährige Bericht der WB fokussiert auf Faktoren, die einen förderlichen Einfluss auf die Zielerreichung und Entwicklung einer integrierten Strategie der Lokalen Aktionspläne haben. Hier lässt sich als ein zentraler Befund festhalten, dass strukturelle Ausgangsbedingungen der Standorte von Lokalen Aktionsplänen, also ihre Verortung in Kommunen, Landkreisen oder Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften, in westlichen oder östlichen Bundesländern oder die Zahl der Einwohner/innen, keinen Einfluss auf den Zielerreichungsgrad der Lokalen Aktionspläne haben. Dieser Befund gilt ebenfalls für die institutionelle Ausgestaltung der operativen Handlungsebene der Aktionspläne, so z.B. hinsichtlich der zusätzlichen Einrichtung externer Koordinierungsstellen oder der Besetzung des Vorsitzes des Begleitausschusses. Weder verhindern gewisse strukturelle Faktoren per se erfolgreiche Arbeit noch können bestimmte strukturell-administrative Rahmensetzungen eine Art Erfolgsgarantie darstellen. In Hinblick auf die Entwicklungsprozesse von Lokalen Aktionsplänen zeigt sich zunächst ebenfalls der Befund, dass Fortschritte in der Entwicklung und Umsetzung einer integrierten Strategie von Lokalen Aktionsplänen nicht von ihrem jeweiligen Einstiegsniveau abhängen. Damit erweisen sich Lokale Aktionspläne als ein Instrument, das sich flexibel in unterschiedlichen strukturellen Kontexten einsetzen lässt.

Als Gelingensfaktoren zeichnen sich vielmehr Kriterien guter Praxis ab. Lokale Aktionspläne, denen es gelingt, bereits frühzeitig der Entwicklung und Fortschreibung lokaler Problemanalysen und einer entsprechenden Strategieentwicklung einen hohen Stellenwert einzuräumen, und denen es ferner gelingt, durch die passgenaue Auswahl und Einbindung von Einzelmaßnahmen eine integrierte Strategie umzusetzen, erweisen sich in der Zielerreichung als erfolgreich. Die Bereitschaft, Unterstützung durch das Coaching aufzunehmen und in der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans zu berücksichtigen, hat hierbei eine hohe Bedeutung. Auf der Grundlage der Befunde lässt sich festhalten, dass die programmatische Orientierung des Programms auf die Entwicklung integrierter und lokal angepasster Strategien zielführend ist.

Vernetzung und der Aufbau sozialen Kapitals sind weitere zentrale Gelingensfaktoren der Lokalen Aktionspläne. Als ein zentraler förderlicher Einflussfaktor für die Entwicklung einer integrierten Strategie hat sich zunächst die Tatsache erwiesen, dass Lokale Aktionspläne von Anbeginn an partizipativ entwickelt wurden. Aktionspläne, die entweder unter Einbezug zahlreicher Akteure oder zumindest in Kooperation zwischen Verwaltung und freien Trägern entstanden, entwickelten sich in der Regel weiter. Gelingt weiterhin vor Ort eine Koordination und Kooperation der intern

beteiligten Akteure (Begleitausschuss, Koordinierungsstelle sowie Verwaltung) und darüber hinaus auch die soziale Integration der Akteure der Lokalen Aktionspläne zur lokalen Umwelt, d.h. zu themenspezifischen Netzwerken und Gremien, zu politischen Entscheidungsträgern oder auch von Projekten zu kommunalen Einrichtungen, so erhöht sich der Zielerreichungsgrad Lokaler Aktionspläne. Lokale Aktionspläne profitieren von einer zusätzlichen externen Koordinierungsstelle dann, wenn in den Verwaltungen keine zentralen Erfahrungen in der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vorliegen und das Einstiegsniveau niedrig ist. Ansonsten stellt sich die Ansiedlung der Koordinierungsstelle nicht als zentrales förderliches Kriterium für die Zielerreichung bzw. Entwicklung der Lokalen Aktionspläne dar. Als ebenfalls förderlich für Entwicklungsprozesse erweist sich, für die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen nicht auf eine gezielte Vernetzung von Ämtern untereinander zu verzichten. Lokale Aktionspläne mit einem in den Begleitausschuss integrierten Ämternetzwerk erreichen seltener ein höheres Entwicklungsniveau. Der Programmansatz der Kooperation insbesondere zwischen Zivilgesellschaft und Staat, aber auch der gezielten Qualifizierung der Verwaltung im Umgang mit Demokratieförderung, Integration und Rechtsextremismusbekämpfung erweist sich somit nicht nur als umsetzbar, sondern auch als zielführend.

Werden darüber hinaus Wissen und Erfahrungen aus dem Programm „VIELFALT TUT GUT“ mit Kompetenzen aus dem Programm „kompetent. für Demokratie“ verschränkt, so ergibt sich ebenfalls eine bessere Zielerreichung. Dieser Umstand schließt an den Befund an, dass Lokale Aktionspläne, die konkrete rechtsextremistisch bedingte – und insbesondere durch die Vertretung rechtsextremer Parteien in den Parlamenten sichtbare – Problemlagen aufgreifen, durch den verstärkten Handlungsdruck zu einer erfolgreichen Umsetzung und Entwicklung gelangen. Nicht zuletzt stellt auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch die Lokalen Aktionspläne einen zentralen Faktor für die Zielerreichung dar. Lokale Aktionspläne, die durch eine geeignete aktive Öffentlichkeitsarbeit oder gezielte Projekte dazu beitragen, die Aktivitäten öffentlich bekannt zu machen und für die Ziele des Programms zu sensibilisieren, sind erfolgreicher als solche, denen diese Maßnahmen nicht gelingen. Öffentlichkeitsarbeit ist somit nicht als nachträgliche Public Relation zu verstehen, sondern als eine Voraussetzung bzw. auch als eine zentrale Handlungsstrategie für den Erfolg von Lokalen Aktionsplänen.

Lokale Aktionspläne bieten bereits in ihrer Anlage durch die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat eine gute Basis für nachhaltige Entwicklungen. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, dass von Beginn an von Seiten der Programmgestalter immer wieder die Bedeutung der frühzeitigen Sicherung von Nachhaltigkeit betont wurde. Zwar können bislang keine gesicherten Aussagen zur Weiterführung von Koordinierungsstellen, Projekten oder anderen Gremien des Lokalen Aktionsplans getroffen werden, jedoch lassen sich konkrete Planungen zur Sicherung des Fortbestands der Aktionspläne identifizieren. In diese Planungen sind die jeweiligen Verwaltungsspitzen einbezogen, was ihnen eine hohe Relevanz verleiht. Absichtserklärungen beziehen sich bislang auf die Fortführung von bewährten Projekten, die z.T. weiter finanziert werden sollen, z.T. werden aber auch die Inhalte und Arbeitsansätze in andere Arbeitsstrukturen übernommen. Die Überführung von Projekten in eine Regelförderung gelingt am ehesten, wenn Themenschwerpunkte in andere professionelle Kontexte (z.B. Schulen) übernommen werden oder wenn die Projektthemen Berücksichtigung bei der Jugendhilfeplanung finden. Neben diesen nachhaltigen strukturellen Effekten haben Lokale Aktionspläne aber auch Lernprozesse angeregt, die wiederum das Handeln der Akteure in Bezug auf die Zielsetzungen der Lokalen Aktionspläne beeinflussen. Im Ergebnis stehen dann veränderte politische Entscheidungen oder Arbeitsweisen oder neue Kooperations- und Kommunikationsformen. Dort, wo zwar Strukturen nicht erhalten werden können, die Inhalte des Lokalen Aktionsplans jedoch weiterhin von Bedeutung sind, kann von Nachhaltigkeit im Sinne eines Relevanzerhaltes gesprochen werden. Relevanzerhalt kann des Weiteren auch durch die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikator/innen erreicht werden,

da davon ausgegangen werden kann, dass Multiplikator/innen ihr erworbenes Wissen unabhängig vom Fortbestand des Aktionsplans in ihren Arbeitskontexten weitervermitteln. Darüber hinaus wurden in einigen Regionen Prozesse angestoßen, die zwar durch den Lokalen Aktionsplan inspiriert waren, aber sich unabhängig von ihm vollziehen, z.B. die Entwicklung von übergreifenden kommunalen Leitbildern oder die Beteiligung an ähnlich ausgerichteten Programmen. Hier werden also neue Bereiche erschlossen, die bisher nicht zum Handlungsfeld des Aktionsplans zählten. Deutlich wird, dass verschiedene Bereiche von Nachhaltigkeit miteinander in Beziehung stehen und ein nachhaltiger Effekt in einem Bereich zu weiteren nachhaltigen Effekten in anderen Bereichen führen kann. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn aufgrund eines handlungswirksamen Lernprozesses politische Entscheidungen getroffen werden, die die (Teil-)Strukturen eines Lokalen Aktionsplans längerfristig sichern.

6.2 Empfehlungen

Angesichts der diesjährigen Befunde der WB, die darauf verweisen, dass der Grad an Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne weniger von Standortfaktoren abhängig ist als vom Gelingen kommunikativer und reflexiver Prozesse und der Entfaltung dafür notwendiger Strukturen. In Anlehnung an bereits ausgeführte Befunde, lassen sich folgende Empfehlungen für die zukünftige Praxis aussprechen:

- Die bestehenden Gremien und operativen Ebenen der Lokalen Aktionspläne haben sich bewährt und sollten beibehalten werden. Die lokalen Koordinierungsaufgaben sollten durch eine externe Koordinierungsstelle dann verstärkt werden, wenn in der Verwaltung keine spezifischen Erfahrungen in der Aktivierung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure bestehen.
- Ebenfalls bewährt hat sich die inhaltliche Ausrichtung des Programms, die eine positive Ausrichtung auf gesellschaftliche Werte und eine ausreichende inhaltliche Bandbreite an lokalen Handlungsoptionen ermöglicht. Allerdings sollten Lokale Aktionspläne sich auf zentrale konkrete Problemlagen konzentrieren, eine zunehmende lokal begründete Zielfokussierung vornehmen und nicht alle Optionen gleichermaßen aufgreifen.
- In der **Implementierungsphase** der Lokalen Aktionspläne ist es sinnvoll, alle bestehenden Gremien zunächst zu einem Arbeitsbündnis zusammenfinden zu lassen. Je partizipativer ein Lokaler Aktionsplan erarbeitet und je besser eine Kultur der Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren (Verwaltung, Zivilgesellschaft, Träger und Politik) etabliert werden kann, desto eher gelingt die stetige Fortentwicklung und Zielerreichung der Lokalen Aktionspläne. Insofern darf auf eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Beantragung der Förderung nicht verzichtet werden. Lokale Aktionspläne, die auf einem niedrigen Erfahrungsniveau starten, sollten vorrangig hinsichtlich kooperativer Entwicklungen und partizipativer Verfahren gestärkt werden. Insgesamt bedarf es hierzu Zeit und Unterstützung z.B. durch ein gezieltes Coaching, das dabei behilflich ist, notwendige Arbeitsbündnisse aufzubauen und Übung bei der Identifikation konkreter Problemlagen und bei der Konkretisierung geeigneter Zielstellungen zu gewinnen. Es erscheint nicht sinnvoll, die wenig erfahrenen Lokalen Aktionspläne von Beginn an daran zu messen, inwieweit sie passgenaue integrierte Strategien umsetzen. Vielmehr ist hier eher geraten, über eine breite Förderung von Initiativen Multiplikator/innen anzusprechen und zu Arbeitsbündnissen zu gelangen, um arbeitsfähige Strukturen herzustellen. Weiterhin kann es bei diesen Aktionsplänen sinnvoll sein, eine externe Koordinierungsstelle einzurichten, da meist davon auszugehen ist, dass in den Ämtern nicht ausreichend Erfahrungen in der vernetzten und fokussierten Arbeit gegen Rechtsextremismus vorhanden ist. In der Implementierungsphase sollte ebenfalls über eine zentrale Fortbildung der Koordinierungsstellen hinsichtlich der Prinzipien des Gender Mainstreaming und Verfahren der Selbstevaluation nachgedacht werden, da

diese wesentlich zu einer Multiplikation der Grundsätze beitragen. Alternativ hierzu oder ergänzend könnten Handreichungen zu diesen Themenfeldern hilfreich sein.

- Demgegenüber misst sich der Erfolg Lokaler Aktionspläne in der **Entwicklungsphase** sehr wohl an der Umsetzung lokal angepasster und integrierter Handlungsstrategien. Je besser es gelingt, lokale Problemlagen zu analysieren, entsprechende Strategien und passgenaue Projektansätze aufeinander abzustimmen, desto eher erreichen Lokale Aktionspläne die Programmziele. Hier sollte ein stärkeres Augenmerk auf die Passung der Projekte gerichtet werden. Hierzu sind eine ausreichende strukturelle Ausstattung der Koordinierungsstellen, aber insbesondere auch eine in zeitlichem und inhaltlichem Umfang angemessene Beschäftigung des Begleitausschusses mit der Entwicklung und Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans nötig. Unablässig ist hierbei, dass die Begleitausschüsse sich als strategisch steuernde Gremien verstehen und ggf. gezielt hierbei unterstützt werden. In der Entwicklungsphase Lokaler Aktionspläne sollte auf die Prüfung der passgenauen Entwicklung von Handlungsstrategien ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Die Vorgabe, Leit-, Mittler- und Handlungsziele auszuweisen, ist hierbei hilfreich und sollte konsequent angewendet werden. Um sicherzustellen, dass auch kleine freie Träger gefördert werden können, hat sich das Instrument des Aktionsfonds bewährt. Hierüber kann auch die Beteiligung von Jugendlichen gestärkt werden. Das Ämternetzwerk gewinnt an Bedeutung und erweist sich als zielführend, wenn es eine eigene Struktur entwickelt oder auf einer vorhandenen aufbaut.

- In der **Verstetigungsphase** zahlt sich das eigene Ämternetzwerk noch stärker aus, insbesondere wenn es um die Sicherung von Nachhaltigkeit geht. Hierfür ist eine Einbindung des Lokalen Aktionsplans in die Verwaltungsstrukturen und eine Förderung durch die Verwaltungsspitze unabdingbar. Beispielsweise bietet die Jugendhilfeplanung eine naheliegende Möglichkeit, um zumindest Teilaspekte eines Lokalen Aktionsplans in der Kinder- und Jugendarbeit einer Region nachhaltig zu verankern. Voraussetzung dafür ist eine gute Kommunikation der Inhalte und Ergebnisse des Lokalen Aktionsplans in die Planungsstrukturen. Weitere wichtige Voraussetzungen sind politische Unterstützung sowie die Kommunikation in politische Gremien. Hier kann/sollte auch der Begleitausschuss aktiv werden, indem seine Mitglieder beispielsweise Kontakt zu Vertreter/innen der Politik halten und in politischen Gremien Bericht erstatten. So kann möglicherweise auch erreicht werden, dass Ziele und Inhalte des Lokalen Aktionsplans in kommunale Richtlinien aufgenommen werden. Auch der Öffentlichkeitsarbeit kommt – die jedoch, wie bereits skizziert, von Beginn an eine zentrale Handlungsstrategie für den Erfolg von Lokalen Aktionsplänen darstellt – insbesondere in der Verstetigungsphase hohe Bedeutung zu.

Insgesamt ergeben sich aus den Befunden der WB folgende übergeordnete steuerungsrelevante Erkenntnisse:

- Lokale Aktionspläne sollten verstärkt auf eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit hinwirken und das Ziel, Außenwirkung zu erreichen, als eine zentrale Strategie in ihre Handlungsansätze aufnehmen. Hierzu gehören eine aktive Pressearbeit, ein Internetauftritt, der sowohl möglichst niedrigschwellig die Zielsetzungen des Programms transportiert als auch detaillierte und aktuelle Informationen bereitstellt und nicht zuletzt auch anerkennende öffentliche Aktionen – wie z.B. bei der Initiative Orte der Vielfalt –, die dazu beitragen, lokale Identifikationen mit den Zielen des Programms zu stärken. Insgesamt sollten ebenfalls bundeszentral die Bemühungen hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit, der Verstärkung der Außenwirkung und Sichtbarkeit des Programms erhöht werden.

- Eine kontinuierliche qualifizierte Beratung der Akteure der Lokalen Aktionspläne stellt eine wichtige Grundlage für die Entwicklung und den Erfolg der lokalen integrierten Strategien dar und wird besonders auch für die Sicherung der Nachhaltigkeit der Lokalen Aktionspläne bzw. Projekte

als hilfreich eingeschätzt. Das Coaching sollte deshalb kontinuierlich bereitgestellt werden, allerdings flexibel und bedarfsangemessen abrufbar sein.

- Die Zusammenführung der Programme „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“ zu einem gemeinsamen Programm erweist sich als zielführend, da lokal von geteiltem Wissen und dem Aufbau einer thematischen Infrastruktur profitiert wird. Dies gilt auch für die Schnittstellen zu anderen Landesprogrammen, die derzeit zur Sicherung der Nachhaltigkeit gesucht werden. Es sollte bei der zukünftigen Programmumsetzung jedoch darauf geachtet werden, dass keine thematische Engführung der Zielsetzung auf Rechtsextremismusbekämpfung erfolgt. Dies könnte im Nachhinein die Wirkung positiv formulierter Zielsetzungen abschwächen

7 Literaturverzeichnis

- Alexander, Jeffrey (2006): *The Civil Sphere*, Oxford.
- Atteslander, Peter (2000): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, Berlin.
- Behn, Sabine (2005): Erfahrungen aus der Erstellung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie in Potsdam, in: Dokumentation E&C-Konferenz vom 12. und 13. Dezember 2005 „Lokale Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden, Standards“, Erfurt, S. 80-88.
- Benz, Arthur (2007): Verhandlungen, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): *Handbuch Governance*, Wiesbaden, S. 106-118.
- Benthin, Rainer (2004). *Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten*, Frankfurt am Main/New York.
- Beywl, Wolfgang (2006): Evaluationsmodelle und qualitative Methoden, in: Flick, Uwe (Hg.): *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*, Reinbek bei Hamburg, S. 92-116.
- Beywl, Wolfgang (2006a): Demokratie braucht wirkungsorientierte Evaluation – Entwicklungspfade im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe, in: Projekt eXe (Hg.): *Wirkungsorientierte Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe. Einblicke in die Evaluationspraxis*, München, S. 25-48.
- Boers, Klaus (2010): Wirtschaftskriminalität: Begriffe, Methoden, empirische Erkenntnisse, Theorien und Forschungsziele, in: Boers, Klaus/Nelles, Ursula/Theile, Hans: *Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe*, Baden-Baden, S. 17-67.
- Boers, Klaus/Theile, Hans/Karliczek, Kari-Maria (2004): Wirtschaft und Strafrecht – wer reguliert wen?, in: Oberwittler, Dietrich/Karstedt, Susanne (Hg.): *Soziologie der Kriminalität. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43/2003*, Wiesbaden, S. 469-493.
- Bohnsack, Ralf (2006): Qualitative Evaluation und Handlungspraxis – Grundlagen dokumentarischer Evaluationsforschung, in: Flick, Uwe (Hg.): *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*, Reinbek bei Hamburg, S. 135-155.
- Braun, Dietmar (1999): *Theorien Rationalen Handelns in der Politikwissenschaft*, Opladen.
- Brüggemann, Ulrich/Klingelhöfer, Susanne/Schmidt, Mareike (2004): Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Entimon“- gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, www.dji.de/bibs/Zwischenbericht_der_wiss_Begleitung_entimon_2004.pdf, ges. 03.08.2010.
- Bruhn, Manfred (2007): *Kommunikationspolitik. Systematischer Einsatz der Kommunikation für Unternehmen*, München.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.J.): Leitlinien zum Programmbereich „Entwicklung lokaler integrierter Strategien“ (Lokale Aktionspläne), www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e7153/Leitlinien_LAP.pdf, ges.: 28.06.2010.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): *Handbuch Lokale Aktionspläne. Stand 18.05.2009*, www.berlin.de/imperia/md/content/batempelhofschoeneberg/abtjugfamSPORT/vielfalt-tut-gut/allgemeineinformationenzumprogramm/handbuch_lokale_koordinierungsstellen_18.05.2009.pdf?start&ts=1267629043&file=handbuch_lokale_koordinierungsstellen_18.05.2009.pdf, ges. 03.08.2010.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Merkblatt Gender Mainstreaming, www.entimon.de/content/e28/e379/e434/Merkblatt_GenderMainstreaming.pdf, ges. 27.08.2010.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Rechtsextrem orientierte Frauen und Mädchen – eine besondere Zielgruppe?, www.bpb.de/themen/A8QXFY,0,Rechtsextrem_orientierte_Frauen_und_M%E4dchen_%96_eine_besondere_Zielgruppe.html, ges. 27.08.2010.
- Bühl, Achim (2008): SPSS 16. Einführung in die moderne Datenanalyse, München.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen, Berlin.
- DJI (2010): Bericht der Programmevaluation (unveröffentlicht).
- Elter, Andreas (2010): Bierzelt oder Blog? Politik im digitalen Zeitalter. Hamburg.
- Esser, Hartmut (2000): Die Konstruktion der Gesellschaft, Frankfurt/New York.
- Flick, Uwe (2000): Triangulation in der qualitativen Forschung, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst v./Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Hamburg, S. 309-318.
- Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe (2006), hrsg. von Münder, Johannes u. a., Weinheim/München.
- Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen.
- Fung, Archon/Graham, Mary/Weil, David (2007): Full Disclosure. The Perils and Promise of Transparency, Cambridge.
- Fürst, Dietrich (2007): Regional Governance, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): Handbuch Governance, Wiesbaden, S. 353-365.
- Giddens, Anthony (1984): Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung, Frankfurt/New York.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung, Bern [1967].
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hg.)(2007): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen, Halle.
- Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten, Wiesbaden.
- Haubrich, Karin (2006): Wirkungsannahmen sichtbar machen: Cluster-Evaluation innovativer multi-zentrischer Programme, in: Projekt eXe (Hg.): Wirkungsevaluation in der Kinder- und Jugendhilfe. Einblicke in die Evaluationspraxis, München, S. 101-124.
- Haubrich, Karin/Lüders, Christian (2006): Möglichkeiten und Grenzen für Evaluationen von Modellprogrammen angesichts der Frage nach ihrer Wirksamkeit und Nachhaltigkeit, in: entimon Newsletter, H. 4, S. 8-9.
- ISS/Camino (2008): Erster Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, 2008. www.vielfalt-tutgut.de/content/e4458/e6684/WB_LAP_Jahresbericht_2008.pdf ges.: 04.08. 2010
- ISS/Camino (2008b): Zweiter Kurzbericht der wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, (unveröffentlicht).

- ISS/Camino (2009): Gesamtbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2008-31.08.2009 der Wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: Entwicklung integrierter Lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ 2008-2009, www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e7451/Gesamtbericht_2008-2009_WB_LAP.pdf sowie www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e7452/Gesamtbericht_2008-2009_WB_LAP-Anhang.pdf, ges. 04.08.2010.
- ISS/Camino (2009b): Vierter Kurzbericht der wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, (unveröffentlicht).
- ISS/Camino (2010): Fünfter Kurzbericht der wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, (unveröffentlicht).
- Jachtenfuchs, Markus (1996): *International Policy-Making as a Learning Process? The European Union and the Greenhouse Effect*, Aldershot.
- Jordan, Erwin/Schone, Reinhold (1992): *Jugendhilfeplanung aber wie? Münster*.
- Kardorff, Ernst v. (2006): Zur gesellschaftlichen Bedeutung und Entwicklung (qualitativer) Evaluationsforschung, in: Flick, Uwe (Hg.): *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*, Reinbek bei Hamburg 2006, S. 63-91.
- Karliczek, Kari-Maria (2004): Vom Nutzen qualitativer Forschung in der Kriminologie, in: dies. (Hg.): *Kriminologische Erkundungen*, Münster, S. 210-225.
- Karliczek, Kari-Maria (2007): *Strukturelle Bedingungen von Wirtschaftskriminalität. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungen ausgewählter Betriebe der ehemaligen DDR*, Münster.
- Karliczek, Kari-Maria/Boers, Klaus (2010): Qualitative Methoden zur Erhebung der Wirtschaftskriminalität, in: Boers, Klaus/Nelles, Ursula/Theile, Hans: *Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe*, Baden-Baden, S. 68-86.
- Kelle, Udo (1997): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung*, Weinheim.
- Kelle, Udo/Kluge, Susanne (1999): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*, Opladen.
- Klein, Ansgar (2001): *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen*, Opladen.
- Klein, Ludger (2007): *Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Studie erstellt für den und herausgegeben vom Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn.
- Klingelhöfer, Susanne/Schmidt, Mareike/Schuster, Silke/Brüggemann, Ulrich (2007): *Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, Jahre 2002-2006*, München.
- Kluge, Susanne (2000): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung, in: *Forum qualitative Sozialforschung/Forum/Qualitative Social Research (online-journal) 1(1)*, <http://qualitative-research.net/fqs>, ges. 28.07.2008.

- Kooiman, Jan (2006): Governing as Governance, in: Schuppert, Gunnar-Folke (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über den Stand von Entwicklungslinien, Baden-Baden, S. 149-172.
- Koopmans, Ruud/Olzak, Susan (2004): Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence, in: American Journal of Sociology, Jg. 110, H.1, S. 198-230.
- Koopmans, Ruud/Muis, Jasper (2008): The Rise of Right-Wing Populist Pim Fortuyn in the Netherlands. A Discursive Opportunity Approach. Discussion Paper SP IV 2008-703 am Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin.
- Korgel, Lorenz (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Bonn, S.251-267.
- Kromrey, Helmut (2007): „Begleitforschung und Evaluation – fast das Gleiche, und doch etwas anderes!“, in: Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen, Halle, S. 113-135.
- Kuckartz, Udo (2006): Quick and dirty? – Qualitative Methoden der drittmittelfinanzierten Evaluation in der Umweltforschung, in: Flick, Uwe (Hg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung, Reinbek bei Hamburg, S. 267-283.
- Kühnel, Steffen-M./Krebs, Dagmar (2001): Statistik für Sozialwissenschaftler. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg.
- Littig, Beate/Grießler, Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit. Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien.
- Lockwood, David (1969): Soziale Integration und Systemintegration, In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin, S. 124-137.
- Lorenz, Andreas, 2006: Nachhaltigkeit, in entimon Newsletter, H. 4, S. 11.
- Lüter, Albrecht (2008): Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen, Wiesbaden.
- Lüter, Albrecht (2008a): Jeffrey Alexander, Solidarität und die ‚Civil Sphere‘, In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg.21, H. 4, S. 153-159.
- Luhmann, Niklas (2000): Organisation und Entscheidung, Wiesbaden.
- Lynen von Berg; Heinz/ Roth, Roland (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet: Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen.
- Majer, Helge (o.J.): Ganzheitliche Sicht von Nachhaltigkeit, S. 7 f., [www.unw-ulm.de/pdf/pdf_doc_neu/Helge_Majer2/Soziale Nachhaltigkeit.pdf](http://www.unw-ulm.de/pdf/pdf_doc_neu/Helge_Majer2/Soziale_Nachhaltigkeit.pdf), ges. 30.6.2010.
- March, J.G. (1990): Beschränkte Rationalität, Ungewissheit und die Technik, in: ders.: Entscheidung und Organisation, Wiesbaden, S. 297-328.
- Mayring, Philipp (1991): Qualitative Inhaltsanalyse, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst v./Keupp, Heiner/Rosenstiel, Lutz v./Wolff, Stephan (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung, München, S. 209-213.
- Mayring, Philipp (1999): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim.
- March, J.G. (1990): Beschränkte Rationalität, Ungewissheit und die Technik, in: ders.: Entscheidung und Organisation, Wiesbaden, S. 297-328.

- Münker, Stefan (2009): Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die soziale Medien im Web 2.0, Frankfurt am Main.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: ders. (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen – Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm (2010): Funktionen politischer Öffentlichkeit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 23 Jg., H.3, S.26-34.
- Neumann, Sascha (2008): Kritik der sozialpädagogischen Vernunft. Feldtheoretische Studien, Velbrück.
- Nöthen, Joachim/Eisenstecken, Erich (2005): Strategien zur Nachhaltigkeit der Bündnisarbeit und ihrer Ziele, www.dji.de/bibs/Lok_Buend_Praxisinfo/315_StrategienNachhaltigkeit090205.pdf, ges. 29.06.2010.
- Obst, Sven-Olaf (2006): Nachhaltigkeit als Kriterium der Evaluation, in: entimon Newsletter, H. 4, S. 1, 12.
- Olson, Mancur (1965): The Logic of Collective Action, Cambridge.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt am Main.
- Projekt eXe (Hg.) (2006): Wirkungsevaluation in der Kinder- und Jugendhilfe. Einblicke in die Evaluationspraxis, München.
- Raithel, Jürgen (2008): Quantitative Forschung. Ein Praxiskurs, Wiesbaden.
- Rat für nachhaltige Entwicklung (o.J.): Was ist Nachhaltigkeit?, www.nachhaltigkeitsrat.de/de/nachhaltigkeit/?size=2amp%3Bblstr%3D0, ges. 20.07.2010.
- Regierungsprogramm (2010): Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/ModerneVerwaltung/regierungsprogramm_verwaltung.html?nn=109632, ges. 25.08.2010.
- Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität. Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin.
- Sauter, Rebekka (2006): Crossmedia-Kampagnen: Aspekte formaler und inhaltlicher Integration, Hamburg.
- Schimank, Uwe (2007): Elementare Mechanismen, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): Handbuch Governance, Wiesbaden, S. 29-45.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (1995): Methoden empirischer Sozialforschung, München.
- Seifer, Kerstin (2009): Governance als Einfluss-System, Wiesbaden.
- Seubert, Sandra (2009): Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse, Frankfurt am Main/New York.
- Siebert, Ingo (2008): Demokratische Kultur in der Kommune stärken – wie geht das?, in: Molthagen u.a.: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“, Bonn, S. 245-256.
- Spöhring, Walter (1995): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart.
- Stadt Dessau-Rosslau (2010): Stadtleitbild, www.dessau.de/downloads/Deutsch/Archiv/Stadtleitbild-Dessau-02331/Stadtleitbildentwurf.pdf, ges. 20.07.2010.
- Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung, München.

- Stockmann, Reinhard (2006): Evaluation und Qualitätsentwicklung. Eine Grundlage für wirkungsorientiertes Qualitätsmanagement, Münster.
- Strauss, Anselm (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München.
- Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf (2009): Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Bonn, S. 15-22.
- Teller, Matthias (2005): Projekt BeNN. Wissenschaftliche Begleitforschung, Moderation und Coaching regionaler Netzwerke auf dem Gebiet neuer Nutzungsstrategien, www.netzwerk-kompetenz.de/download/bericht.pdf, ges. 29.06.2010.
- Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V., Bremen, in Kooperation mit Prof. Dr. Kurt Möller (2007): Distanz(-ierung) durch Integration. Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. Konzept, Praxis, Evaluation, Esslingen
- Willke, Helmut (2005): Systemtheorie II: Interventionstheorie, Stuttgart.

8 Anhang

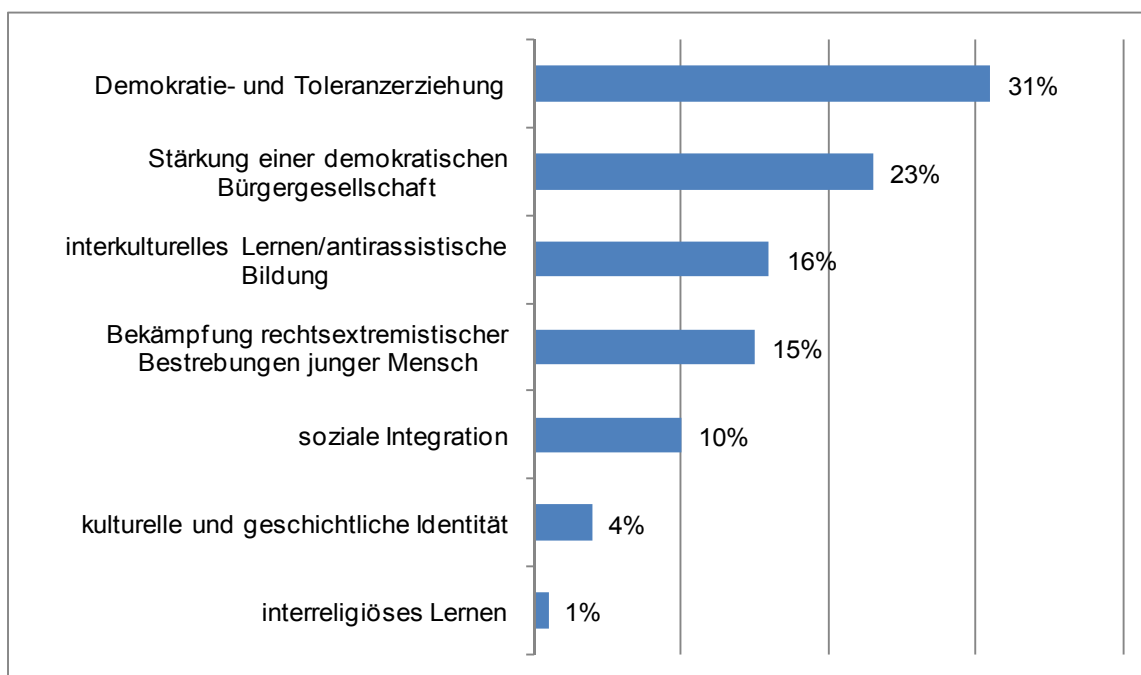
8.1 Anhang 1: Strukturdaten der Lokalen Aktionspläne

8.1.1 Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne

Entsprechend der festgelegten Förderschwerpunkte des Programms wurden die Koordinator/innen gebeten, die spezifischen Programmschwerpunkte ihres Lokalen Aktionsplans (in einer dreistufigen Rangfolge nach Wichtigkeit) zu benennen.

Für 57 Lokale Aktionspläne wurden drei Programmschwerpunkte benannt, für weitere 30 zwei und für 3 ein Programmschwerpunkt.

Abbildung 38: Alle Programmschwerpunkte der Lokalen Aktionspläne (N = 234)²²⁰



Werden alle Programmschwerpunkte gemeinsam betrachtet, dann dominieren die Schwerpunkte „Demokratie- und Toleranzerziehung“ gefolgt von „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ und „Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung“.

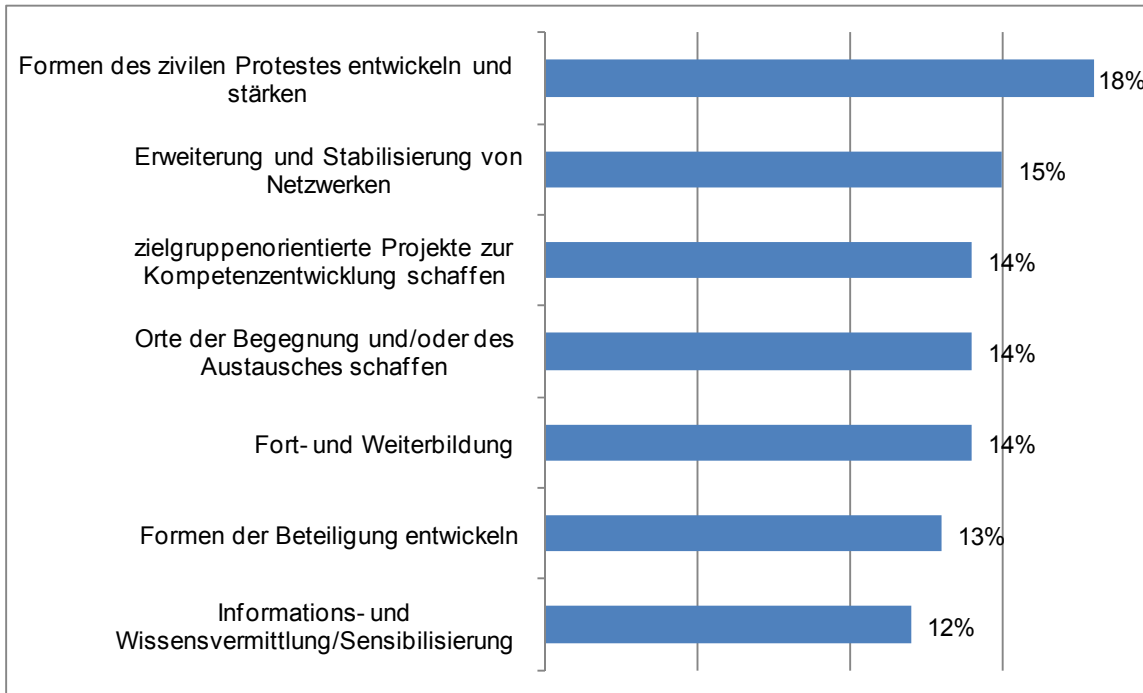
Wird hingegen ausschließlich der wichtigste Programmschwerpunkt der Lokalen Aktionspläne fokussiert, dann bleiben die Schwerpunkte „Demokratie- und Toleranzerziehung“ gefolgt von „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ die wichtigsten Schwerpunkte, gefolgt aber von Schwerpunkt „Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen“.²²¹

Bei der Zuordnung der von den Koordinator/innen genannten Mittlerziele zu den Programmschwerpunkten der Lokalen Aktionspläne zeigt sich bei Betrachtung aller genannten Mittlerziele eine ausgewogene Verteilung:

²²⁰ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

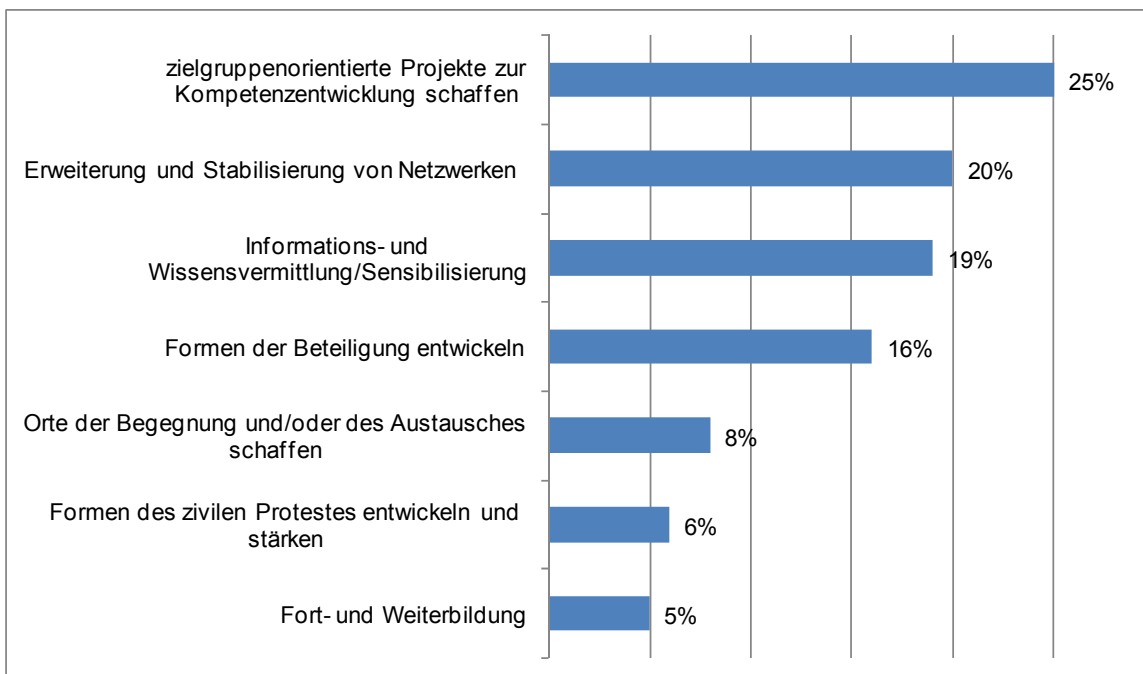
²²¹ Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

Abbildung 39: Alle für die 3 Programmschwerpunkte genannte Mittlerziele (N = 859)²²²



Werden die Mittlerziele wiederum ausschließlich für den wichtigsten Programmschwerpunkt analysiert, dann steht das Ziel „Zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung schaffen“ an erster Stelle, gefolgt von den Zielen „Erweiterung und Stabilisierung von Netzwerken“ sowie dem Ziel „Informations- und Wissensvermittlung/Sensibilisierung“.

Abbildung 40: Alle für den wichtigsten Programmschwerpunkt genannten Mittlerziele (N = 260)²²³



222 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

223 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

8.1.2 Strukturdaten der Lokalen Koordinierungsstellen

In den insgesamt 90 Standorten der Lokalen Aktionspläne waren in 54 Standorten (60%) zusätzlich zu den internen Koordinierungsstellen ebenfalls externe Koordinierungsstellen eingerichtet.

Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen sind in der Mehrzahl Ämter für Jugend und/oder Soziales/Familie/Sport 58% (52), gefolgt von Beauftragten im Amt (z.B. Integrations-/Gleichstellungsbeauftragte) mit 11% (10).²²⁴

26% (14) der von freien Trägern getragenen zusätzlichen Lokalen Koordinierungsstellen werden von Vereinen getragen, jeweils 19% (10) von Trägern der Jugendhilfe bzw. Jugendringen/Jugendverbänden gefolgt von 17% (9) von Bildungsträgern.²²⁵

Alle Träger haben nach Aussage der befragten Koordinator/innen Vorerfahrungen mit der Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure: 84% (76) der 90 Koordinator/innen geben an, dass ihre Träger über sehr große bzw. große Vorerfahrungen verfügen, 16% (14) dagegen verfügen lediglich über einige bzw. geringe diesbezügliche Erfahrungen.

In Hinblick auf die Vorerfahrungen ihres Trägers mit den programmrelevanten Themenfeldern Demokratie- und Toleranzförderung geben 60% (54) der Koordinator/innen sehr große bzw. große Erfahrungen an. Einige Erfahrungen haben 31% (28), geringe und sehr geringe diesbezügliche Vorerfahrungen 9% (8).

8.1.3 Person und Tätigkeit der Koordinator/innen

62% (50) der Koordinator/innen sind weiblich und 38% (34) männlich.

86% (77) Koordinator/innen haben bereits vor 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen, 11% (10) im Jahr 2009 und 3% (3) im Jahr 2010, so dass von einer hohen personellen Stabilität ausgegangen werden kann.

Von den 13 neu hinzugekommenen Koordinator/innen verfügen 10 bereits über Erfahrungen mit programmrelevanten Themen, 3 geben an, keine Vorerfahrungen zu haben.

Folgende Arbeitszeitvolumen in Prozent einer Vollzeitstelle werden für die Koordinatorentätigkeit angegeben:

- bis 25%: 22% (20)
- 26 bis 50%: 52% (47)
- 51 bis 75%: 8% (07)
- 76 bis 100%: 2% (02).

16% (14) der Koordinator/innen geben allerdings an, dass ihr Stellenvolumen nicht definiert sei.

Durchschnittlich verwenden die Koordinator/innen 19% ihrer Arbeitszeit für die Beratung der Projektträger, 13% für Erfassung der Projektdaten/Antragsstellung und Berichterstattung, 12% für die Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel. Für die Vorbereitung und Begleitung der Arbeit des lokalen Begleitausschusses bringen die Koordinator/innen durchschnittlich 9% ihrer Arbeitszeit und für die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Steuerung der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans jeweils 8%.²²⁶

Lediglich 30% (27) der Koordinator/innen halten ihr Stellenvolumen für ausreichend, um die Koordinationsaufgaben zu erfüllen, die überwiegende Mehrheit von 70% (63) jedoch nicht. Wäh-

224 Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 6 im Anhang.

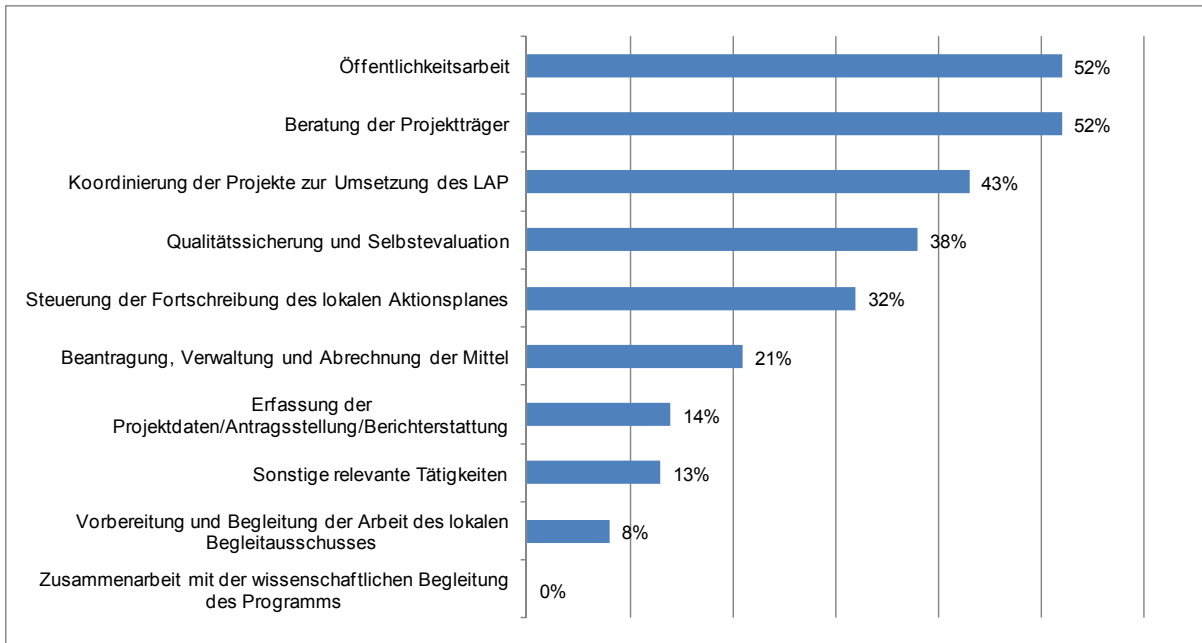
225 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

226 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

rend lediglich nur 24% (13) der Koordinator/innen, die bei freien Trägern angesiedelt sind, ihr Arbeitszeitvolumen für ausreichend halten, sind es bei den öffentlichen Trägern (39%) (14).²²⁷

Ein größeres Arbeitszeitvolumen würden sie für folgende Aufgabenbereiche benötigen:

Abbildung 41: Aufgabenbereiche, für die die Koordinator/innen ein größeres Arbeitszeitvolumen benötigen (N = 63, Mehrfachnennungen)²²⁸



Ihren Angaben nach benötigen die Koordinator/innen insbesondere für drei übergeordnete Tätigkeitsbereiche mehr Arbeitszeit: Für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Beratung, Koordinierung und Evaluation der Projekte sowie für die Steuerung und Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne.

Gegenüber dem Ämternetzwerk nehmen die Koordinator/innen überwiegend Aufgaben des Informationsaustausches (90%) der Abstimmung von Zielen und Strategien des Lokalen Aktionsplans (73%) sowie organisatorische Aufgaben wahr.²²⁹

Zentrale Tätigkeitsbereiche der Koordinator/innen gegenüber dem Begleitausschuss sind die Koordination und Kommunikation zwischen Mitgliedern des Begleitausschusses (z.B. Sitzungsprotokolle, Einladungen, Terminabsprachen), die Vorbereitung der Auswahl und der inhaltlichen Bewertung der Projekte sowie die Vorbereitung und Unterstützung bei der inhaltlichen Weiterentwicklung des Lokalen Aktionsplans (jeweils 87%).²³⁰

Gegenüber den Projekten nehmen die Koordinator/innen hauptsächlich Aufgaben der Beratung bei der Antragstellung (93%) und der Beratung über Kooperationsmöglichkeiten mit weiteren Trägern sowie Aufgaben der fachlichen Beratung der Projekte (59%) und des Controlling der laufenden Tätigkeit (52%) wahr.²³¹

8.1.4 Zusammensetzung und Tätigkeitsbereiche der Ämternetzwerke

Die Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne (43%) verfügt über integrierte Ämternetzwerke, d.h. dass Ämtervertreter/innen im Begleitausschuss vertreten sind. 22% der Lokalen Aktionspläne verfügen

227 Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

228 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

229 Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

230 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

231 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

über ein speziell für den Lokalen Aktionsplan gegründetes Ämternetzwerk und 18% über Ämternetzwerke, die auch andere Zuständigkeiten wahrnehmen.²³²

In 92% der Ämternetzwerke ist das Jugendamt vertreten, davon in der Hälfte der Fälle durch die Amtsleitung. In 71% der Ämternetzwerke arbeiten ferner die Polizei (davon in 22% vertreten durch die Amtsleitung), in 69% das Schulamt (davon in 26% vertreten durch die Amtsleitung) und in 64% andere Ämter bzw. Funktionsträger (u.a. Ausländerbehörden/Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Kulturämter und Vertreter/innen der Justiz).²³³

Der Beitrag der Ämternetzwerke für die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne liegt neben der Beteiligung am Begleitausschuss insbesondere in der Eröffnung von Zugängen zu kommunalpolitischen Strukturen (73%), in der Vermittlung der spezifischen Themenstellungen der Lokalen Aktionspläne und von Informationen aus dem Begleitausschuss in die Ämter (61%) sowie der Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen (61%).²³⁴

8.1.5 Strukturmerkmale und Zusammensetzung der Begleitausschüsse

8.1.5.1 Person des/der Vorsitzenden²³⁵ des Begleitausschusses

38 der befragten 90 Vorsitzenden (42%) sind gleichzeitig auch als Koordinator/in des Lokalen Aktionsplans tätig. 37 Vorsitzende (41%) sind weiblich und 53 (59%) männlich. 89% (80) Vorsitzende haben bereits vor 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen 8 Vorsitzende in 2009 und 2 in 2010.

Von den Begleitausschuss-Vorsitzenden sind

- 48% (43) bei öffentlichen Trägern beschäftigt,
- 30% (27) bei freien Trägern,
- 2% (02) in der Privatwirtschaft und
- 10% (09) sind institutionell nicht angebunden.

31% (28) der Vorsitzenden sind ehrenamtlich tätig, 30% (27) werden von ihren Arbeitsgebern für die Tätigkeit freigestellt. Eine Aufwandsentschädigung erhalten lediglich 3% (3) der Vorsitzenden.

Die Mehrzahl (46%) der Befragten wendet monatlich 1-5 Stunden für ihre Tätigkeit auf. 33% benötigen monatlich 6 bis 10 Stunden.²³⁶

Mitglieder der Begleitausschüsse

Die Begleitausschüsse haben durchschnittlich 16 Mitglieder, allerdings weist die Mitgliederzahl ebenfalls eine große Streuung auf. So haben von den befragten Begleitausschüssen

- 6% (05) bis zu 10 Mitglieder,
- 39% (35) 11 bis 15 Mitglieder,
- 39% (35) 16 bis 20 Mitglieder und
- 17% (15) über 20 Mitglieder.

Der Anteil der Frauen beträgt durchschnittlich 46%, der der Jugendlichen lediglich 9%. 33% der Vorsitzenden geben an, dass in ihrem Begleitausschuss keine Jugendlichen vertreten sind.

In den Begleitausschüssen ist in der Regel eine breite Palette von Vereinen, Verbänden und Organisationen vertreten.

232 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

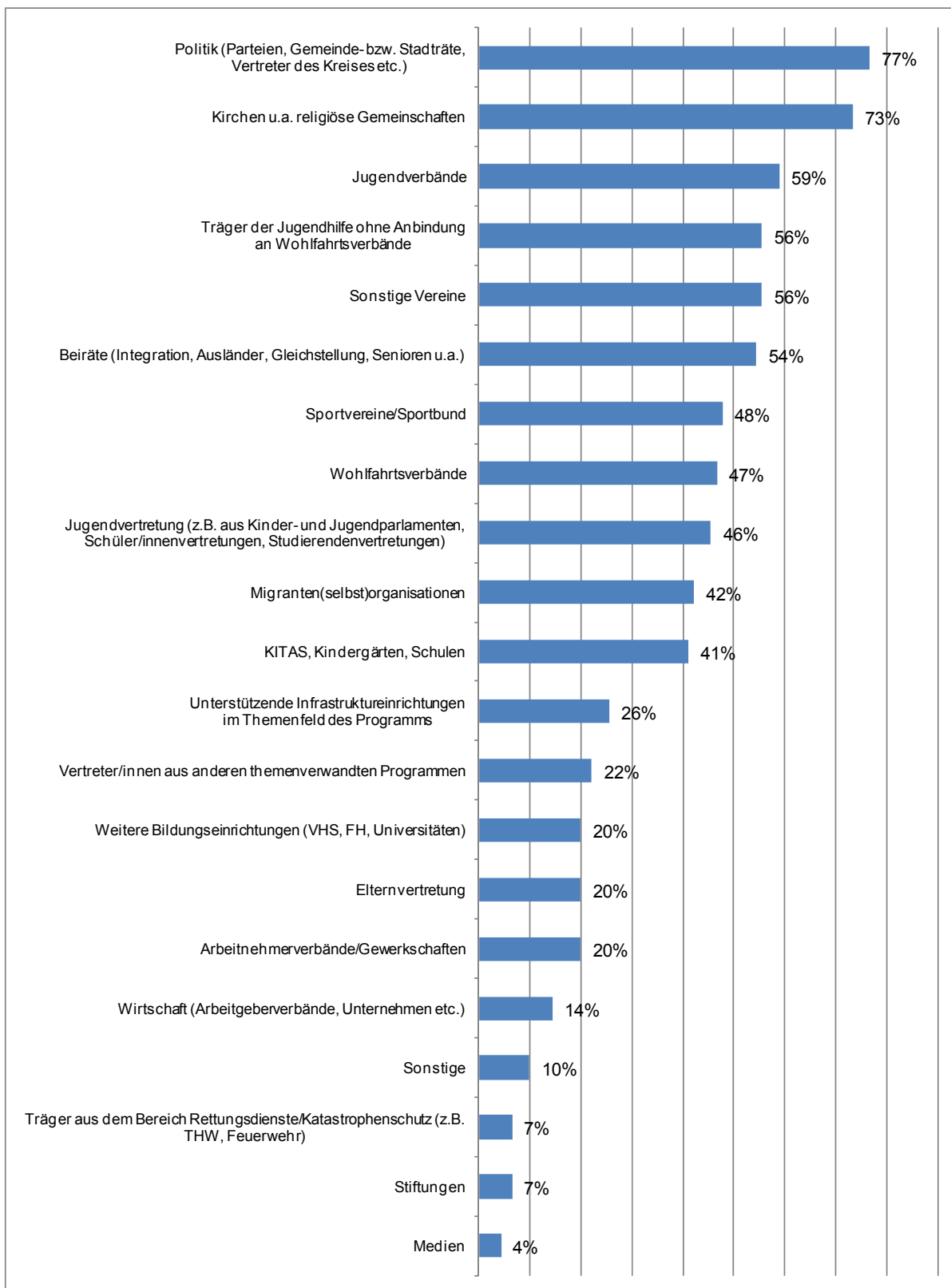
233 Vgl. Tabelle 15 und Tabelle 16 im Anhang.

234 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

235 Im Weiteren wird der Begriff Vorsitzende verwendet auch, wenn es sich formal um Sprecher/innen der Begleitausschüsse handelt oder um Koordinator/innen, die Moderationsaufgaben wahrnehmen.

236 Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

Abbildung 42: In den Begleitausschüssen vertretene Organisationen (ohne Ämter) (N = 90, Mehrfachnennungen)²³⁷



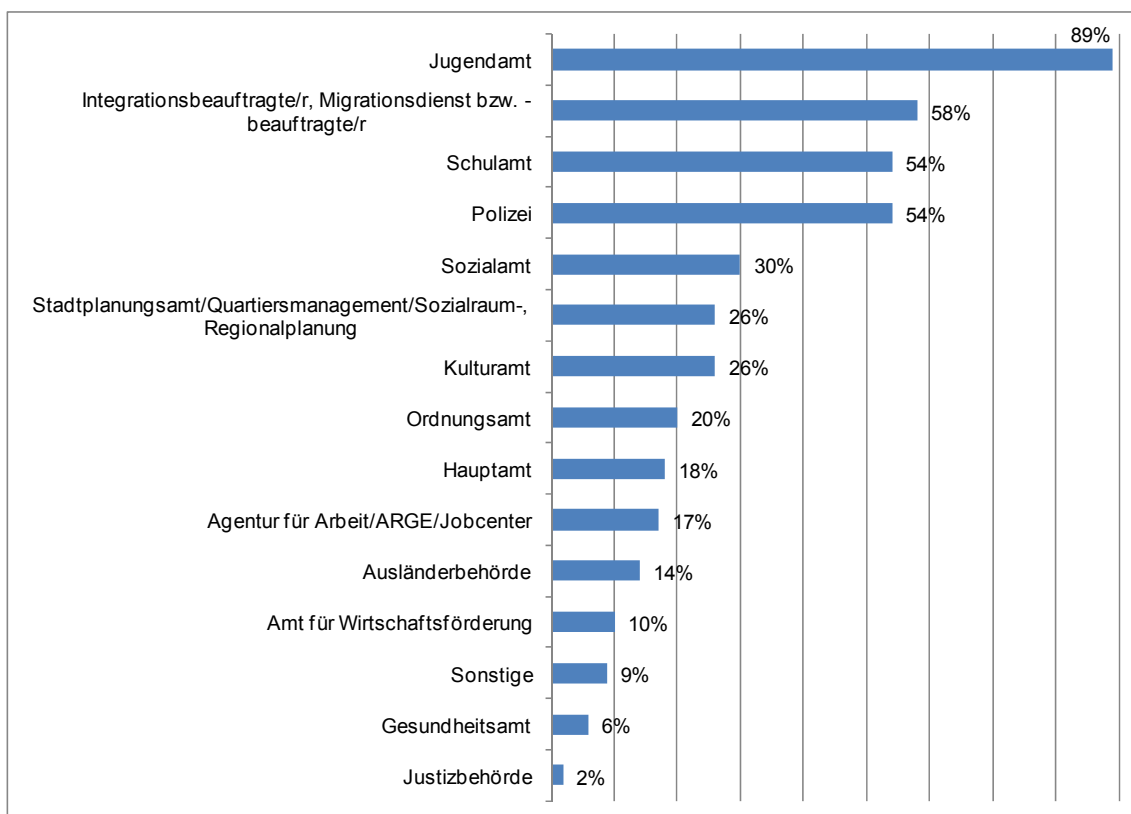
Örtliche Vertreter/innen der Politik sowie Kirchen und religiöse Gemeinschaften sind in 3/4 der Begleitausschüsse vertreten. Als zweite große Gruppe kommen Jugendverbände, Träger der

²³⁷ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

Jugendhilfe und Vereine in etwas mehr als der Hälfte der Begleitausschüsse hinzu. Beiräte (i.e. Integrations- bzw. Ausländerbeiräte oder Gleichstellungsbeiräte sind ebenfalls in gut der Hälfte Mitglieder der Begleitausschüsse. Vertreter/innen aus Migrantenselbstorganisationen sowie von Kitas, Kindergärten und Schulen sind in 42% bzw. 41% der Begleitausschüsse vertreten. Wirtschaftsvertreter/innen beteiligen sich in 14% der Begleitausschüsse.

8% der Vorsitzenden der Begleitausschüsse geben an, dass in ihrem Begleitausschuss keine Träger von geförderten Projekten vertreten sind. 73% (66) geben an, dass weniger als die Hälfte der geförderten Projekte, 16% (14) mehr als die Hälfte und in 3% (3) alle geförderten Projekte durch ihre Träger vertreten sind.

Abbildung 43: In den Begleitausschüssen vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen)²³⁸



Von den Ämtern ist das Jugendamt mit Abstand am häufigsten (89%) in den Begleitausschüssen vertreten, gefolgt von Integrationsbeauftragten bzw. Migrationsdiensten (58%), der Polizei (54%) und dem Schulamt (54%).

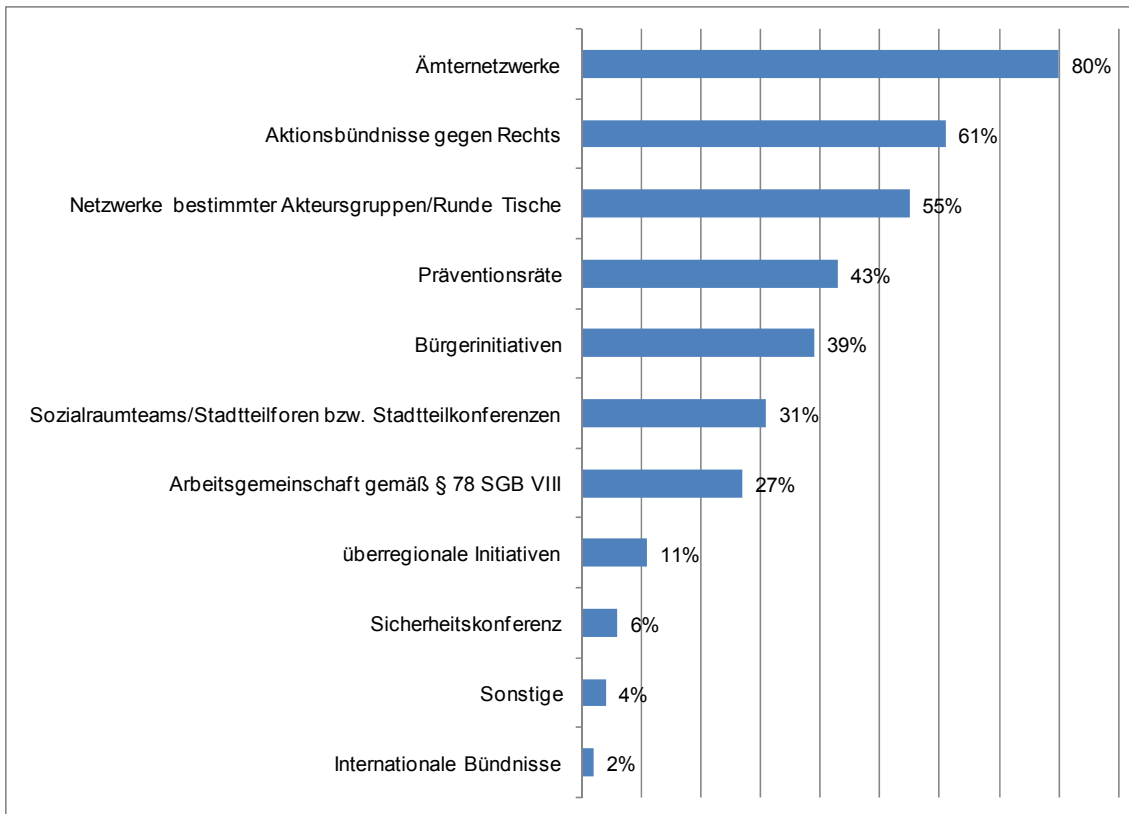
Der Anteil der Ämter an den Mitgliedern der Begleitausschüsse liegt durchschnittlich bei 27%. Allerdings gibt es eine große Spannweite von einem Anteil von 0% bis hin zu einem Anteil von maximal 58% in jeweils zwei Begleitausschüssen.

An der Arbeit des Begleitausschusses beteiligen sich als ranghöchste Vertreter/innen aus der Verwaltung in 30% der Lokalen Aktionspläne Bürgermeister/innen oder Dezernent/innen und in 28% der Lokalen Aktionspläne Amtsleiter/innen oder Fachdienstleiter/innen. Als ranghöchste Vertreter/innen aus der Politik beteiligen sich in 69% der Begleitausschüsse Vertreter/innen aus parlamentarischen Gremien der Gemeinde/des Landkreises.²³⁹

238 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

239 Vgl. Tabelle 20 und Tabelle 21 im Anhang.

Abbildung 44: In den Begleitausschüssen vertretene Netzwerke (N=90, Mehrfachnennungen)²⁴⁰



In 80% der Begleitausschüsse sind die Ämternetzwerke vertreten. Hinzu kommen Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus zu 61% sowie Netzwerke bestimmter Akteursgruppen/Runde Tische (55%) sowie Präventionsräte (43%) und Bürgerinitiativen (39%).

Der Aussage, dass bei der aktuellen Besetzung der Begleitausschüsse das Spektrum relevanter gesellschaftlicher Akteure vor Ort vollständig abgedeckt sei, stimmen 9% (8) befragte Vorsitzende. Der Aussage, dass dieses überwiegend abgedeckt sei, stimmen 72% (65) zu. 15% (14) sagen aus, dass das Spektrum relevanter gesellschaftlicher Akteure ansatzweise und 3% (3) nicht abgedeckt sei.

Danach gefragt, ob Personen oder Akteure nicht im Begleitausschuss vertreten sind, die es nach Meinung der Vorsitzenden sein sollten, geben 49% (44) Befragte an, dass zusätzliche Akteure hinzukommen sollten. In der Mehrzahl sind diese Akteure Jugendliche (55%), Wirtschafts- und Unternehmensvertreter/innen (46%) sowie Medienvertreter/innen (34%).²⁴¹

79% (71) der Begleitausschüsse werden für ihre Arbeit Ressourcen durch die Kommunalverwaltung zur Verfügung gestellt, 50% (45) durch die lokalen Koordinierungsstellen. Weitere Ressourcen werden zu 33% (30) durch Projektträger/Einrichtungen und zu 20% durch Träger von Begleitausschussmitgliedern bereitgestellt.

8.1.5.2 Arbeitsformen und Tätigkeitsschwerpunkte der Begleitausschüsse

76% (68) der Begleitausschüsse tagen regelmäßig, 24% (22) nur bei Bedarf. Allerdings streut die Sitzungsfrequenz zwischen halbjährlich (4%), vierteljährlich (30%), alle zwei Monate (37%) bis zu monatlich oder öfter (29%).

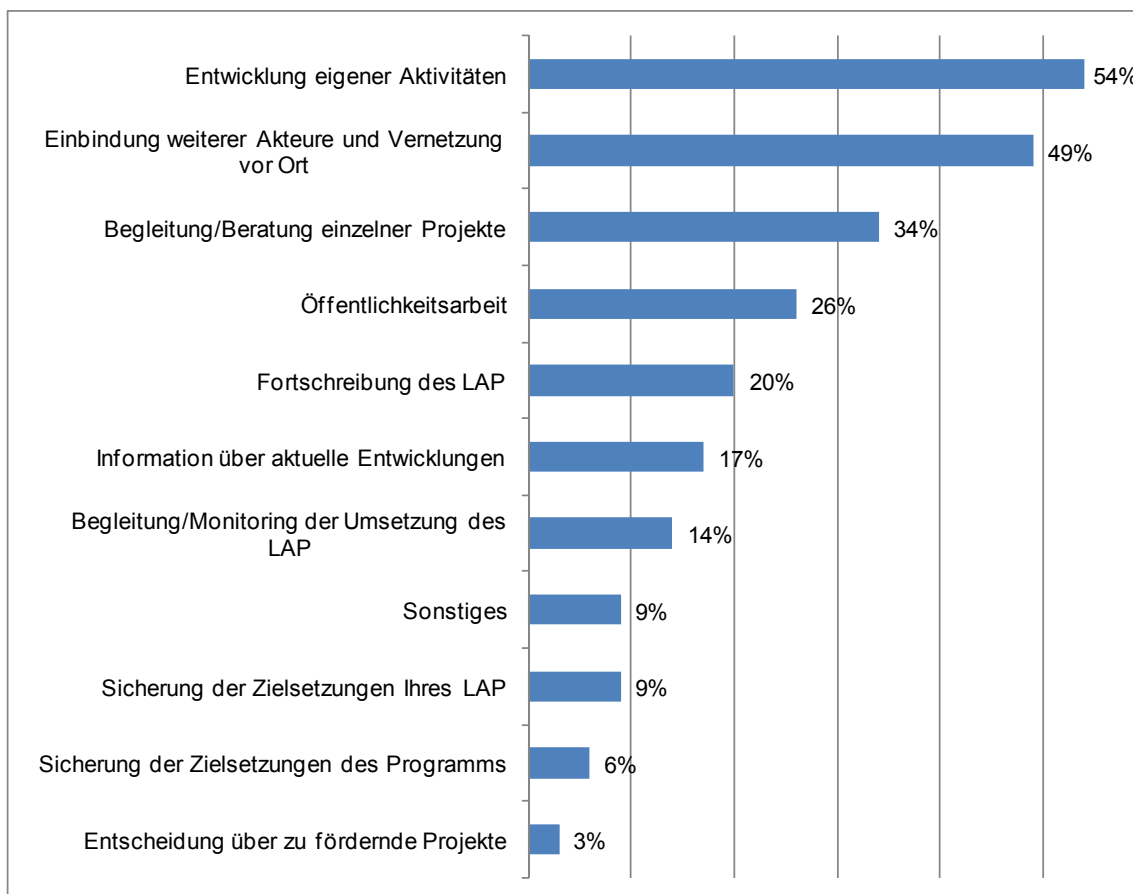
²⁴⁰ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

²⁴¹ Vgl. Tabelle 25 Und Tabelle 26 im Anhang.

Durchschnittlich verwenden die Begleitausschüsse 34% der Arbeitszeit mit der Entscheidung über zu fördernde Projekte. Durchschnittlich 13% der Arbeitszeit entfällt auf die Begleitung und Beratung einzelner Projekte und durchschnittlich 11% der Arbeitszeit auf die inhaltliche Beratung und Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans.

39% (35) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse geben an, dass es Aufgabenbereiche gibt, die der Begleitausschuss nicht ausreichend erfüllen konnte. Diese Aufgabenbereiche sind insbesondere die Entwicklung eigener Aktivitäten (54%), die Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort (49%) sowie die Begleitung bzw. Beratung von Projekten (34%).

Abbildung 45: Aufgabenbereiche für die der Begleitausschuss mehr Zeit bzw. Ressourcen benötigt (N = 35, Mehrfachnennungen)²⁴²



Trotz der o.g. Einschätzung geben an 71% der befragten Vorsitzenden an, dass der Begleitausschuss auch weitere themenspezifische Aktivitäten vor Ort anregen konnte. 72% Vorsitzenden benennen hierbei die Teilnahme an der initiative „Orte der Vielfalt“, 64% benennen Impulse für die Weiterentwicklung der Jugendförderung/Jugendarbeit und 58% Aktionen gegen Rechtstextremismus.²⁴³

8.1.5.3 Projektakquise

Für das Förderjahr 2009 sind pro Lokalem Aktionsplan durchschnittlich 21 Projektanträge eingegangen. Hier lag die Maximalnennung bei 54 Anträgen. Rund 83% der Begleitausschüsse betreiben die Projektakquise über Informationen mittels Homepage und Internet, 57% führen öffentli-

²⁴² Vgl. Tabelle 28 im Anhang.

²⁴³ Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

che Ausschreibungen bzw. Wettbewerbe durch. Eine gezielte Aufforderung zur Teilnahme wird von 71% der Begleitausschüsse als Akquisestrategie genannt.²⁴⁴

In allen Lokalen Aktionsplänen gingen nach Angabe der Vorsitzenden der Begleitausschüsse insgesamt 1.878 Projektanträge ein, 1.368 wurden genehmigt. Nach Angabe der Koordinator/innen wurden 1.336 auch durchgeführt. Von den eingegangenen Projektanträgen wurde von 83% (75) der Begleitausschüsse mindestens jeder zweite auch genehmigt, in einigen Regionen war die Chance sogar noch deutlich höher. So wurden in 52 Fördergebieten (58%) mehr als 75% aller Anträge genehmigt, in weiteren 23 (26%) mehr als 50%. Im Durchschnitt wurden pro Lokalem Aktionsplan 15 Projekte genehmigt.

An der Auswahl der Projekte waren neben dem Begleitausschuss insbesondere die/der Koordinator/in (64%) (58), das federführende Amt (39%) (35) sowie das Ämternetzwerk (29%) (26) beteiligt. Nach Angabe der Koordinator/innen sind im Förderjahr 2010 in 84% der Lokalen Aktionspläne auch Projekte von neuen, bislang nicht durch das Bundesprogramm geförderten Trägern hinzugekommen. 46 Koordinator/innen (50%) geben ferner an, dass es Träger vor Ort gab, die aufgrund des Antragsverfahrens, Abstand von einer Beteiligung am Lokalen Aktionsplan genommen haben. Von diesen waren 49% kleine Initiativen und Vereine.²⁴⁵

8.1.6 Strukturmerkmale der Projekte

Auf der Projektebene ist eine breite Trägervielfalt vorhanden (vgl. Abbildung nächste Seite).

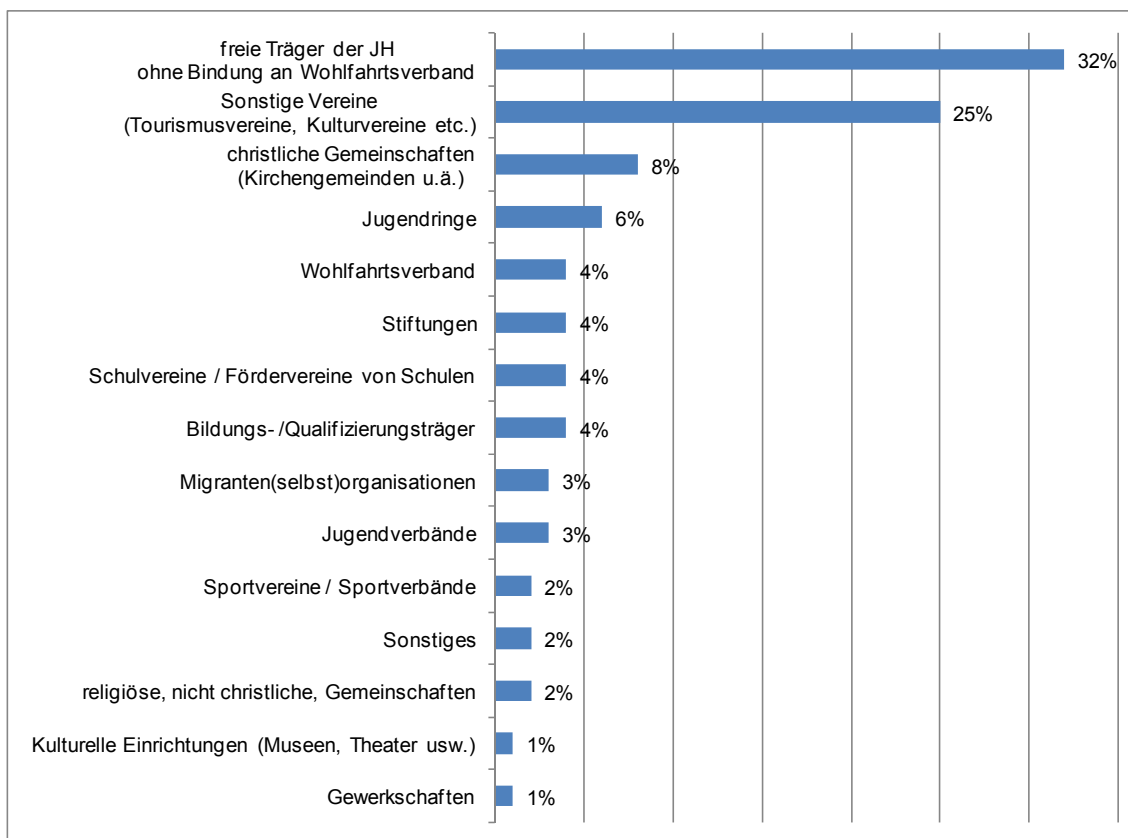
Gut ein Drittel aller Projekte wird von freien Trägern der Jugendhilfe ohne Mitgliedschaft in einem Wohlfahrtsverband durchgeführt. An zweiter Stelle mit 25% folgen sonstige Vereine, die häufig nicht aus dem Jugendhilfebereich kommen, sondern aus den Bereichen Kultur, Bildung und Engagement.

54% (86) der Projekte geben an, dass ihr Träger über große Vorerfahrungen, 44% (69) über einige Vorerfahrung mit programmrelevanten Themenbereichen hat. Lediglich 2% (3) der Träger besitzen keine relevante Vorerfahrung.

244 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

245 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

Abbildung 46: Art des Projektträgers (N = 158)²⁴⁶



8.1.6.1 Personalressourcen der Projekte

In den Projekten sind 97 hauptamtliche über den Lokalen Aktionsplan finanzierte Mitarbeiter/innen und 182 hauptamtliche nicht über den Lokalen Aktionsplan finanzierte Mitarbeiter/innen tätig. Damit werden durchschnittlich 0,61 Stellen aus dem Bundesprogramm finanziert und stehen in den Projekten zusätzlich durchschnittlich 1,15 Stellen zur Verfügung, die nicht über das Bundesprogramm gefördert sind. In 73% (115) der Projekte kommen zusätzlich ehrenamtlich Tätige hinzu.

Zu ihrem Stellenvolumen als hauptamtlich im Lokalen Aktionsplan finanziert Tätige konnten nur 70% (68) genaue Angaben machen.

Das Stellenvolumen verteilt sich folgendermaßen:

- bis 0,25 Stellen 51% (34)
- bis 0,5 Stellen 37% (25)
- bis 0,75 Stellen 3% (2)
- bis 1, 0 Stellen 10% (7)

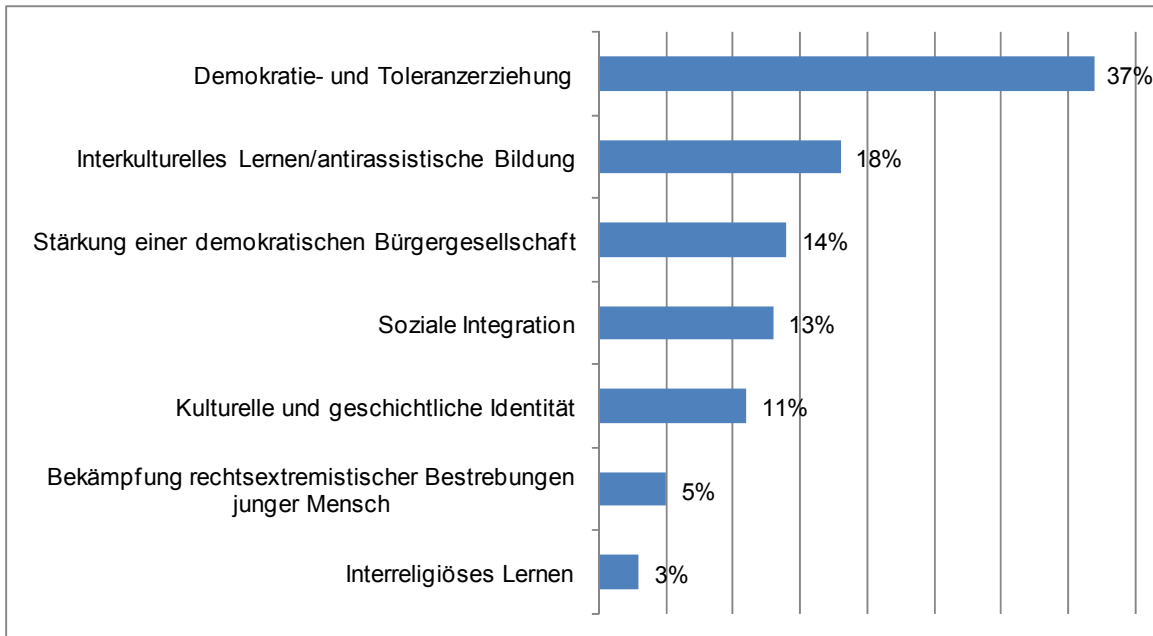
Die Zahl der Ehrenamtlichen, die in den 115 Projekten aktiv sind, beträgt insgesamt 1.265. Damit waren durchschnittlich 11 Ehrenamtliche in diesen Projekten tätig, allerdings zeigt sich hier eine große Spannweite von 1 bis zu 75 Ehrenamtlichen im Projekt.

246 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

8.1.6.2 Umgesetzte Programmschwerpunkte Ziele, Maßnahmen und erreichte Zielgruppen der Projektarbeit

Den Förderschwerpunkten ihres Lokalen Aktionsplan ordneten sich die Projekte folgendermaßen zu.

Abbildung 47: Zuordnung zu Förderschwerpunkten des LAP (N = 158)²⁴⁷



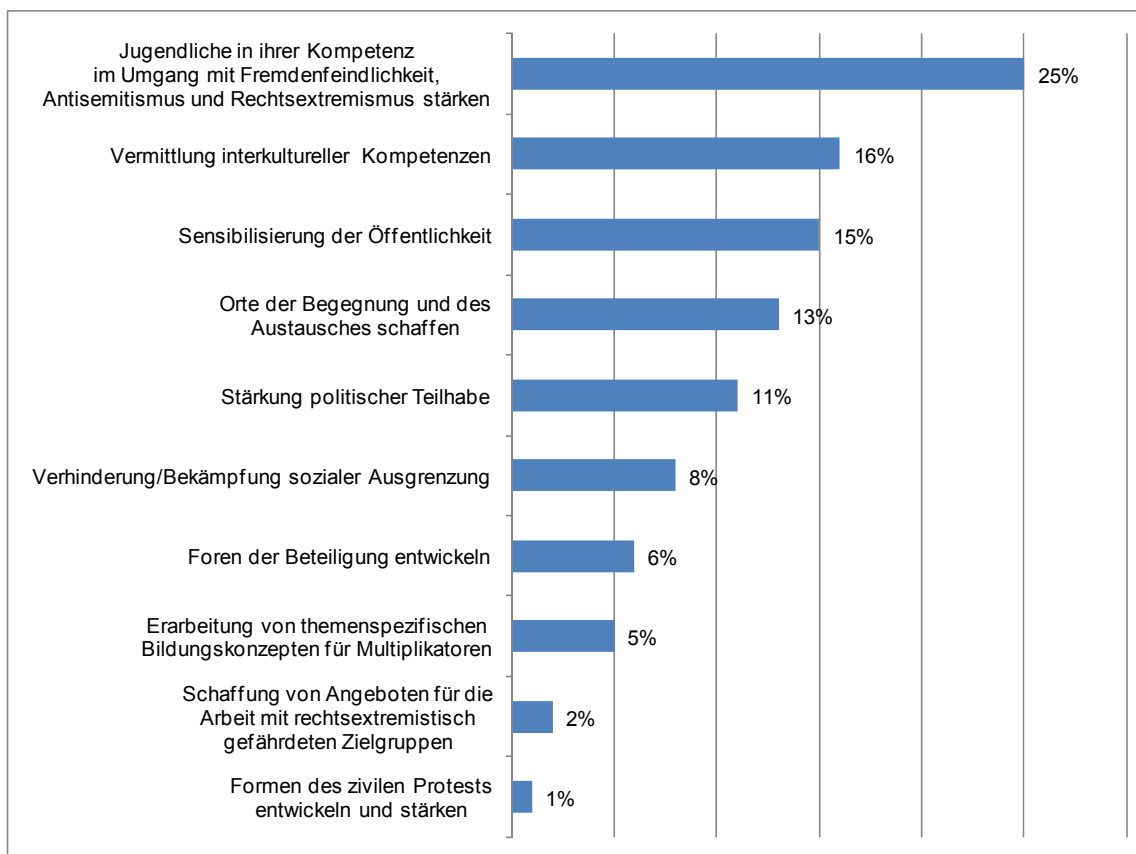
37% der durchgeführten Projekte ordnen sich dem Programmschwerpunkt Demokratie- und Toleranzerziehung zu, 18% dem Schwerpunkt Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung und 14% dem Schwerpunkt Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft. 62% der Projekte sind gut in die Zielsetzungen des Lokalen Aktionsplans eingebettet, bei 38% sind die genannten Zielsetzungen der Projektansätze jedoch nicht nahtlos zu den Gesamtzielen des Lokalen Aktionsplans zuordenbar.²⁴⁸

Die Mehrzahl der Projekte 25% (39) benennt als zentrale Zielsetzung ihrer Arbeit Jugendliche in ihrer Kompetenz im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu stärken. Hiernach folgen mit 16% (25) die Zielsetzung interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln, mit 15% (23) die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und mit 13% (20) die Zielsetzung, Orte der Begegnung zu schaffen.

²⁴⁷ Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

²⁴⁸ Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

Abbildung 48: Zielsetzung der Projekte (N = 158)²⁴⁹



Im Vordergrund der Projektformen, mit deren Hilfe die Projektziele erreicht werden sollen, stehen Kreativprojekte (22%), Begegnungsprojekte (15%) sowie appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals) (11%).

Werden die Förderschwerpunkte, denen sich die Projekte zuordnen, daraufhin angeschaut, welche zwei Projekttypen am häufigsten bei ihnen zur Anwendung kommen, ergeben sich folgende Schwerpunkte:²⁵⁰

- **Demokratie- und Toleranzerziehung:** Es kommen alle 15 Ansätze zum Einsatz, vorrangig aber Kreativprojekte und aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit.
- **Interkulturelles/antirassistische Bildung:** Es werden 9 Ansätze umgesetzt, Kreativprojekte und Begegnungsprojekte bilden den Schwerpunkt.
- **Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft:** Hier werden ebenfalls 9 Ansätze umgesetzt, insbesondere appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals) sowie Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen (lokale Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise)
- **Soziale Integration:** Auch in diesem Schwerpunkt kommen 9 unterschiedliche Arbeitsansätze vor, vorrangig Kreativprojekte und Begegnungsprojekte.
- **Kulturelle und geschichtliche Identität:** 7 Ansätze werden umgesetzt, schwerpunktmäßig Kreativprojekte, Begegnungsprojekte und appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals)

²⁴⁹ Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

²⁵⁰ Vgl. Tabellen 43 bis 49 im Anhang.

- **Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Menschen:** 5 unterschiedliche Ansätze kommen in diesem Schwerpunkt vor, insbesondere Kreativprojekte und aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit.
- **Interreligiöses Lernen:** Hier kommen gleichrangig 4 Ansätze zum Tragen, Begegnungsprojekte, Kreativprojekte, Projekte zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare) sowie subjektorientierte Projekte zur Erarbeitung von Wissen.

Abbildung 49: Projekttypen (N = 158)²⁵¹



Die Zahl der Teilnehmer/innen, die von den Projekten als Zielgröße genannt wird, bewegt sich zwischen unter 10 bis zu 1.500 Teilnehmer/innen.²⁵² So nannten

- 9% (14) Projekte bis zu 10 Teilnehmer/innen,
- 13% (21) 10 bis 20 Teilnehmer/innen,
- 25% (39) 21 bis 50 Teilnehmer/innen,

251 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

252 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

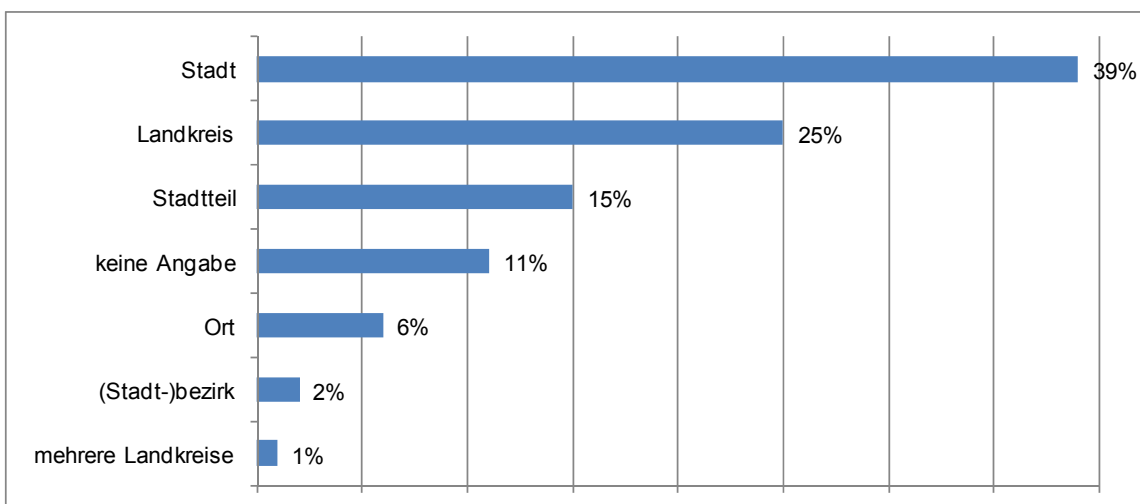
- 13% (21) 51 bis 100 Teilnehmer/innen,
- 17% (27) 101 bis 200 Teilnehmer/innen,
- 13% (21) 201 bis 500 Teilnehmer/innen und
- 9% (15) 501 bis 1.500 Teilnehmer/innen.

Damit wurde nach Angaben der Projekte angestrebt, mit den 158 Maßnahmen insgesamt 27.734 Personen als Zielgruppe anzusprechen.

53% (83) der Projekte arbeiten mit anderen Projekten aus dem Lokalen Aktionsplan zusammen. 66% (63) führten gemeinsame Aktivitäten mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe, 71% (74) auch mit anderen kommunalen Einrichtungen durch.

46% (73) der Projekte sind Einsätze des Mobilen Interventionsteams bekannt, jedoch lediglich 17% (26) der Projekte haben mit diesen Teams im Rahmen ihrer Projektarbeit kooperiert.

Abbildung 50: Aktionsgebiete, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N = 158)²⁵³



Eindeutig steht das gesamte Fördergebiet des Lokalen Aktionsplans als Aktionsgebiet der Projekte im Vordergrund. Danach folgt ein Teilbereich des Fördergebiets. Überregional ist nur ein kleiner Teil der Projekte ausgerichtet.

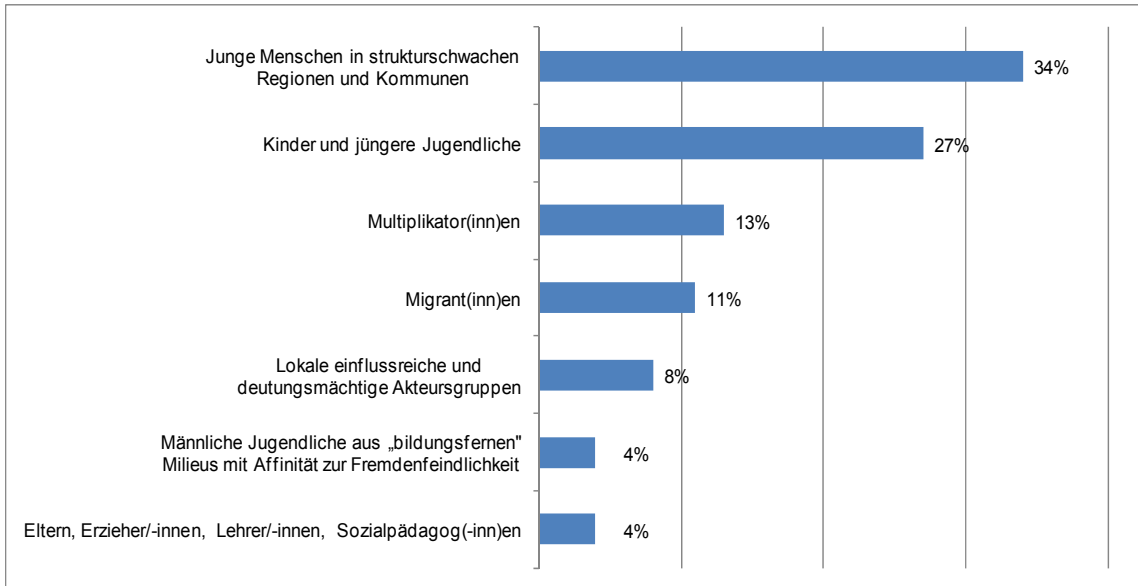
8.1.6.3 Zielgruppen der Projekte

Die Projekte nennen folgende als ihre primären Zielgruppen:

- 34% (53) Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen,
- 27% (42) Kinder und jüngere Jugendliche,
- 13% (43) Multiplikator/innen sowie
- 11% () Migrant/innen.

²⁵³ Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

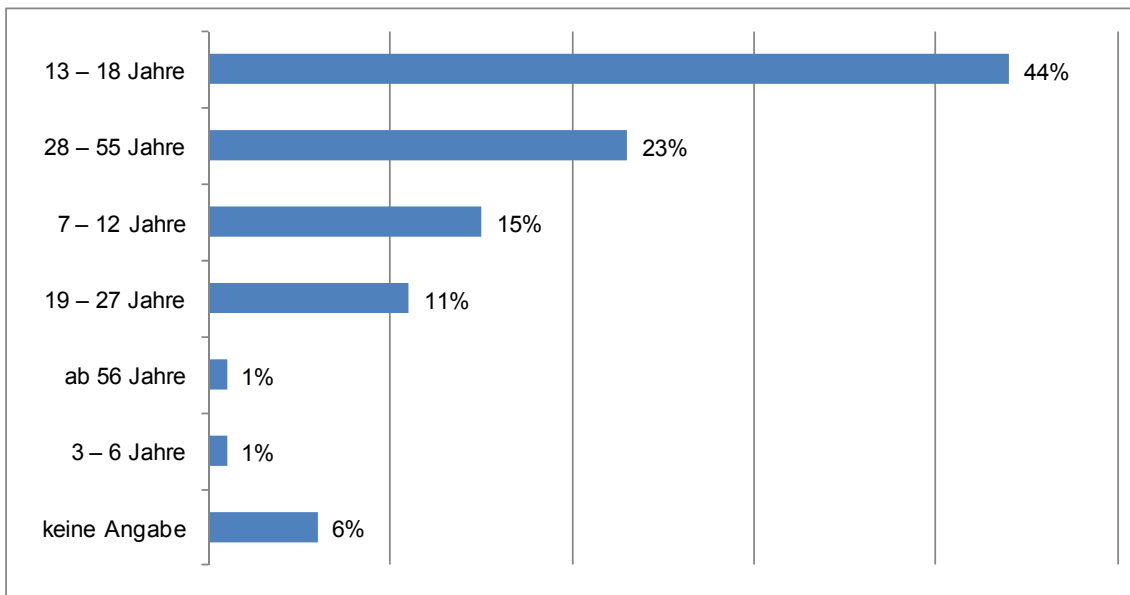
Abbildung 51: Zielgruppe, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N = 158)²⁵⁴



Neben diesen primären Zielgruppen richten die Projekte ihre Angebote auch noch an weitere (sekundäre) Zielgruppen. Die am häufigsten benannten sind:²⁵⁵

- 35% (55) Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen
- 34% (54) Migrant/innen und
- 28% (44) Kinder und jüngere Jugendliche.

Abbildung 52: Alter der Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N = 158)²⁵⁶



Deutlich im Vordergrund der altersspezifischen Zielgruppen stehen Jugendliche und Erwachsene. Hiernach folgen ältere Kinder und junge Volljährige.

²⁵⁴ Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

²⁵⁵ Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

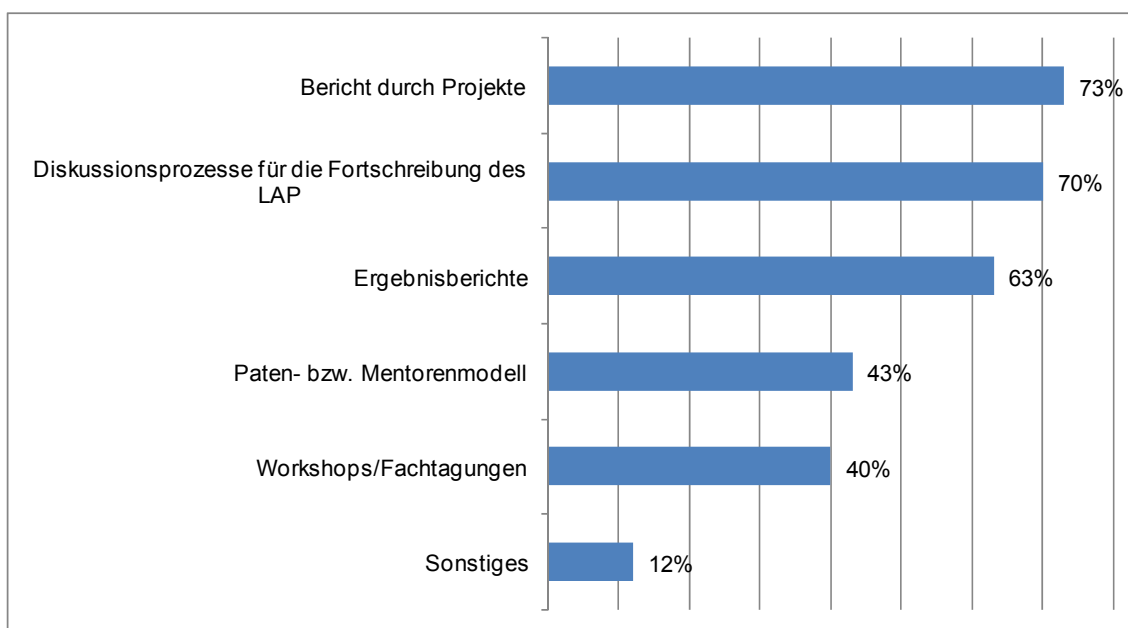
²⁵⁶ Vgl. Tabelle 54 im Anhang.

8.1.6.4 Verfahren der Qualitätsentwicklung, Fortschreibung und Evaluation

Für die Evaluation der Projekte wurden in der Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne (61%) (55) Verfahren der Selbstevaluation genutzt. In 36% (32) der Lokalen Aktionspläne wurden die Projekte durch zentrale Maßnahmen evaluiert, 3% (3) geben an, externe Formen der Evaluation genutzt zu haben.

Die Ergebnisse der Projektevaluation wurden in nahezu allen Begleitausschüssen (92%) (83) ausgewertet. Hierbei kamen Projektberichte sowie Diskurse im Interesse der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans zum Einsatz:

Abbildung 53: Auswertungsverfahren der Evaluationsergebnisse der geförderten Projekte im Begleitausschuss/Nennungen der Koordinator/innen (N = 83, Mehrfachnennungen)²⁵⁷



Darüber hinaus haben nach Angabe der Koordinator/innen 60% der Projekte (54) die Erkenntnisse der Evaluation schriftlich gesichert und zugänglich gemacht. Nach Angabe der Projekte sind die Erfahrungen und Erkenntnisse sogar zu 77% (122) schriftlich fixiert worden und darüber hinaus u.a. in kommunale Entscheidungsgremien kommuniziert worden:

- 82% (129) Projekte haben dem Begleitausschuss Bericht erstattet,
- 37% (59) Projekte haben kommunalen Entscheidungsgremien ihre Ergebnisse kommuniziert und
- 49% (77) Projekte haben auf Fachtagungen Praktiker/innen die Ergebnisse ihrer Arbeit vorgestellt.

23% (21) Vorsitzende der Begleitausschüsse geben an, dass die Projekte regelmäßig, in 63% (57) der Lokalen Aktionspläne anlassbezogen und in 13% der Lokalen Aktionspläne nie im Begleitausschuss über den Stand ihrer Arbeit referieren.

Die **Lokalen Aktionspläne in ihrer Gesamtheit** werden zu 59% (53) evaluiert. Während die Mehrheit der Koordinator/innen (48%) (43) nicht beurteilen kann, ob die Ergebnisse des Lokalen Aktionsplans ausreichend von kommunalen Entscheidungsgremien zur Kenntnis genommen wurde, geben 43% (39) Koordinator/innen an, dass eine Kenntnisnahme erfolgte. 9% (8) Koordinator/innen verneinten diesen Umstand.

²⁵⁷ Vgl. Tabelle 56 im Anhang.

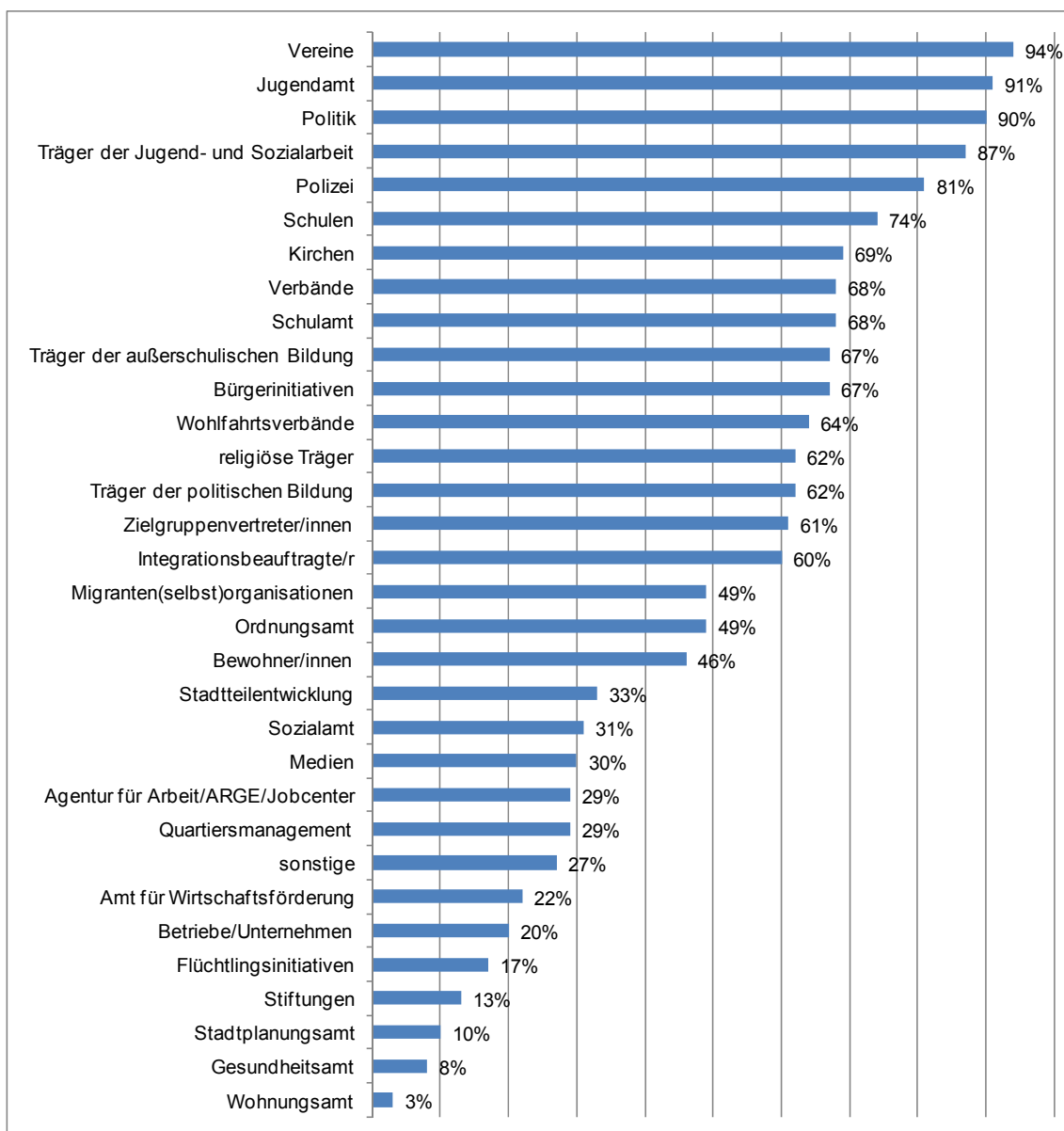
An **Fort- und Weiterbildungen** haben 81% der Koordinator/innen (73) teilgenommen. Ebenso gibt knapp über die Hälfte der Vorsitzenden der Begleitausschüsse (51%) (46) an, dass einzelne Mitglieder des Begleitausschusses an Fortbildungen teilgenommen haben, 34% (31) haben gemeinsame Fortbildungen durchgeführt. Die Teilnahme an Fortbildungen von Projektmitarbeiter/innen fällt hingegen niedriger aus, hier nahmen 38% (60) an Fortbildungen teil.

Danach gefragt, welchen Stellenwert die **Coachingangebote** des Programms für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans hatte, geben 77% (69) der Koordinator/innen an, dass das Coaching wichtig bzw. sehr wichtig war. Ähnlich hoch bewerten die Vorsitzenden der Begleitausschüsse die Coachingangebote, 70% (63) beurteilen diese als wichtig bzw. sehr wichtig. Als sehr hilfreich wurde hierbei die Unterstützung bei der Sicherstellung der Übereinstimmung der Projektansätze mit den Zielen des Lokalen Aktionsplans gewertet sowie die Ausrichtung des Lokalen Aktionsplan auf die lokalen Problemlagen, ferner die Unterstützung bei der Evaluation sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit des Lokalen Aktionsplans.²⁵⁸

61% (55) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse machen die Aussage, dass sie ausreichend Zeit für die **Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans** gefunden haben. An der Fortschreibung waren eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure beteiligt, zuvorderst Vereine, die Jugendämter, politische Vertreter/innen, Träger der Jugend- und Sozialarbeit, die Polizei, Schulen und auch Kirchen.

258 Vgl. Tabellen 56 bis 59 im Anhang.

Abbildung 54: Beteiligte Partner bei der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne (N = 90, Mehrfachnennungen)²⁵⁹



62% (56) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse geben an, dass sich die Problemanalyse und 60% (54) dass sich die Konzept- und Strategiediskussion in ihrem Lokalen Aktionsplan stark weiterentwickelt haben.²⁶⁰ Trotz dieser positiven Entwicklungen sehen aber dennoch auch 56% (50) der Vorsitzenden und 67% (60) Koordinator/innen weiteren Entwicklungsbedarf, um zu einer umfassenden integrierten Handlungsstrategie zu kommen. Benannt wurden u.a. folgende Aufgabenbereiche:

- Bürgerbeteiligung
- Sensibilisierung politischer Akteure
- Partizipation und Integration von Migrant/innen
- Partizipation der Wirtschaft
- Streuung der Ansätze der Lokalen Aktionspläne in Flächenlandkreisen sowie
- Die Sicherstellung von Knowhow bei personeller Fluktuation.

²⁵⁹ Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

²⁶⁰ Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

Unterstützend wären hierbei aus Sicht der Vorsitzenden der Begleitausschüsse neben der Fortführung des Programms insbesondere:

- Fortbildungen und Coaching
- ein Interkommunaler Erfahrungsaustausch sowie
- eine verstärkte auch überregionale Öffentlichkeitsarbeit.

Aus Sicht der Mehrzahl der Koordinator/innen (83%) (75) gibt es wesentliche Aufgabenbereiche für deren Umsetzung ein längerer Zeitraum benötigt wird als der, der über die dreijährige Impulsfunktion des Bundesprogramms sichergestellt werden kann. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Demokratie- und Toleranzerziehung, die Integrationsarbeit, die Sensibilisierung der Verwaltung und politischen Ebene sowie Verbreitung von Knowhow durch Schulungen und Fortbildungen.

8.1.6.5 Verstetigung der Projektarbeit

Nach Angabe der Koordinator/innen wurden 42% (559) der im Jahr 2009 geförderten Projekte auch im Förderjahr 2010 fortgesetzt. 58% von diesen Projekten (322) wurden weiterhin im Rahmen des Lokalen Aktionsplans weitergefördert, weitere 13% (70) durch eine Mischfinanzierung, die u.a. Mittel des Lokalen Aktionsplans einschließt. 11% (60) der Projekte wurden in eine kommunale Förderung überführt, 10% (55) sicherten ihren Fortbestand durch eine Mischfinanzierung und weitere 9% (49) durch Drittmittel.²⁶¹ Damit konnten 30% der fortgesetzten Projekte eine Finanzierung durch programmexterne Quellen erschließen, ihr Anteil an allen durch den Lokalen Aktionsplan geförderten Projekten beträgt 12%.

Lediglich 32% (29) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse bestätigen die Frage, dass sie dazu beitragen konnten, dass erfolgreiche Projekte des Lokalen Aktionsplans in die Regelförderung übernommen werden. Gelang die Überführung, dann wurden die Themenschwerpunkte in anderen professionellen Kontexten (z.B. Schulen) übernommen (72%) (21), fanden die Projektthemen Berücksichtigung bei der Jugendhilfeplanung (66%) (19) bzw. gelang die Akquise von zeitlich befristeten Fördermitteln (55%) (16).

78% (70) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse und 70% der Koordinator/innen (63) haben bereits Schritte eingeleitet, um eine **Fortführung ihrer integrierten lokalen Handlungsstrategie** im Anschluss an die Programmförderung zu ermöglichen. Als konkrete Schritte werden vorrangig benannt:

- Die Erwirkung von politischen Beschlüssen, die die Ziele des Programms aufgreifen
- Die Sicherung bestehender Strukturen (Personalstellenanteile der Koordinator/innen und Begleitausschuss sowie Projekte) durch Erschließung lokaler und landesweiter Finanzquellen
- Die Überführung der Arbeit der Begleitausschüsse in andere bestehende Gremien bzw. regionalisierte Teilgremien
- Die Fortbildung und Qualifizierung von Personal
- Die Überführung der Projektansätze in die Arbeit bestehender Trägerstrukturen (u.a. auch Schule)
- Die Festschreibung der Ziele des Programms in Konzepte der Jugendförderung
- Die Überführung der Ziele des Programms in bestehende andere Landesprogramme
- Die Formulierung von Empfehlungen für Entscheidungsgremien und gezielte Ansprache und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern
- Die gezielte Beschäftigung mit der Sicherung von Nachhaltigkeit im Begleitausschuss oder AGs

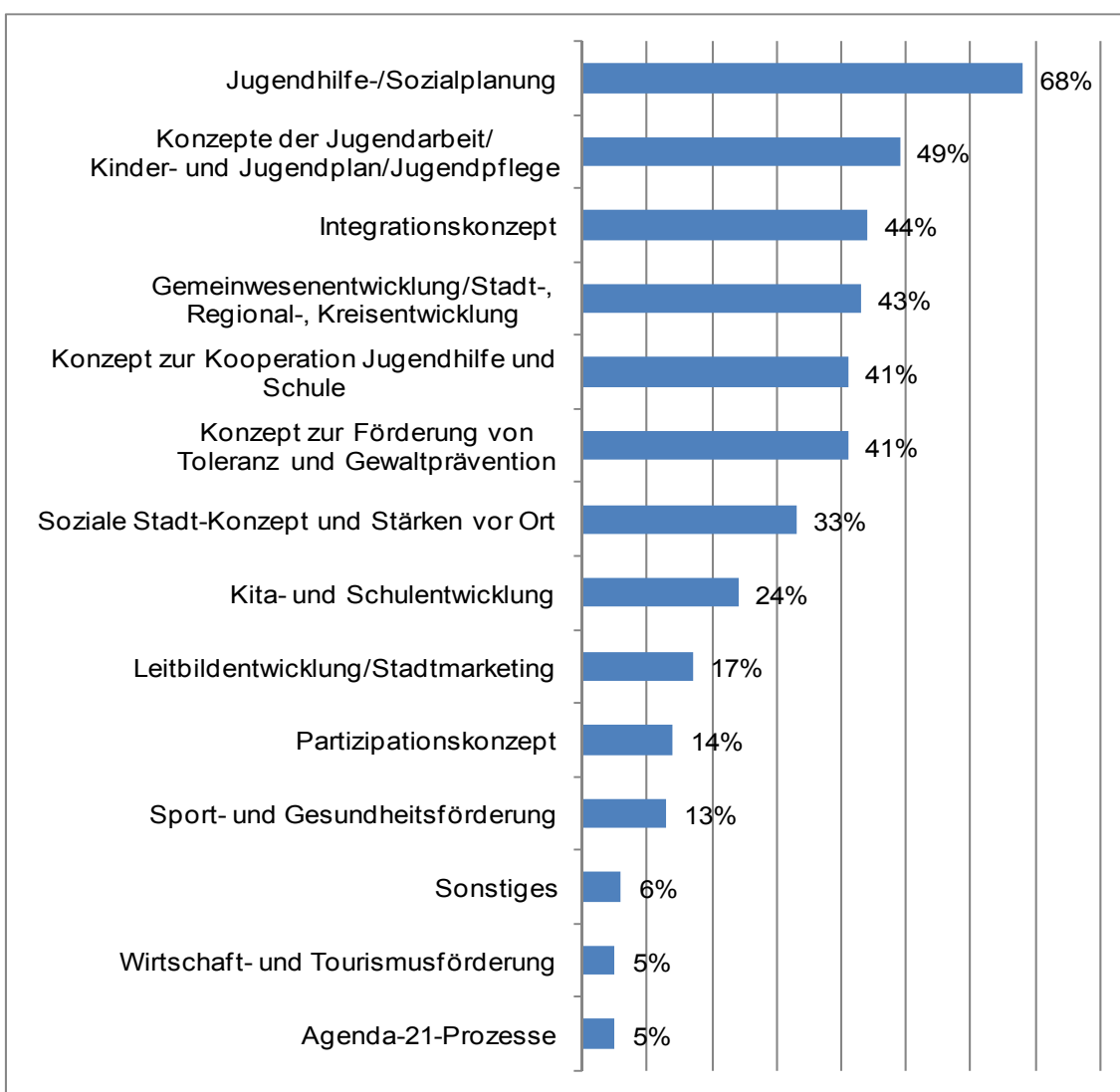
²⁶¹ Vgl. Tabelle 63 und Tabelle 64 im Anhang.

- Die Formulierung von Kooperationsvereinbarungen mit beteiligten Akteuren des Begleitausschuss

Hindernisse sehen hierbei der Koordinator/innen und Vorsitzenden des Begleitausschüsse vor allem in den fehlenden finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen aber in Einzelfällen auch im begrenzten politischen Willen sowie in dem hohen Arbeitsaufwand, die die Umsetzung von Lokalen Aktionen bedeutet, und der begrenzten weiteren Belastbarkeit der beteiligten Akteure wenn zentrale Unterstützungsleistungen wegfallen sollten.

70% (63) der Koordinator/innen geben an, dass es gelungen ist, Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte zu integrieren. Vorrangig gelang dies in Konzepte der Jugendhilfe- bzw. Sozialplanung (68%) (43), in Konzepte der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendpläne bzw. der Jugendpflege (49%) (31) und in Integrationskonzepte (44%) (28).

Abbildung 55: Integration der Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (N = 63, Mehrfachnennungen)²⁶²



²⁶² Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

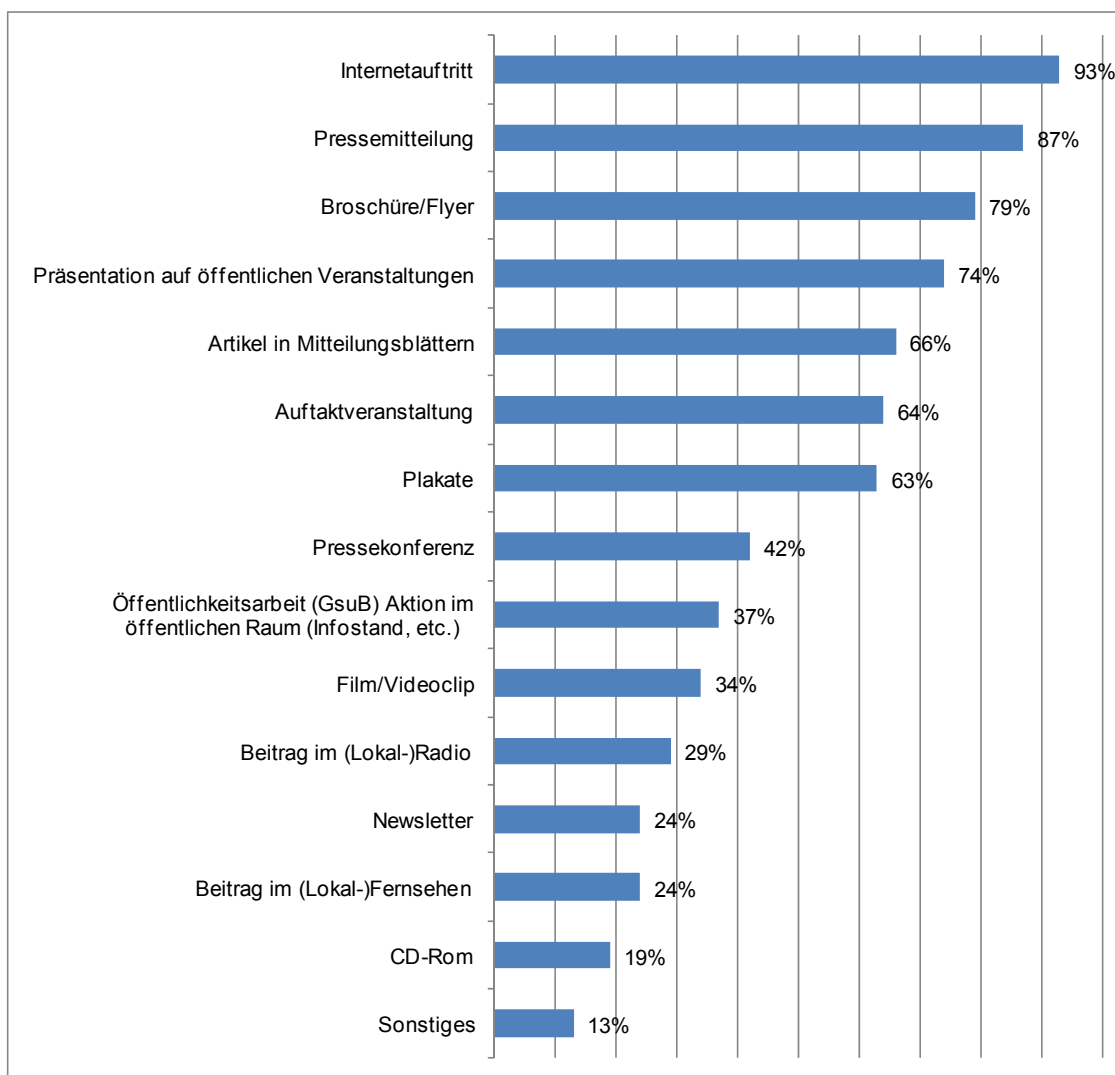
8.1.6.6 Öffentlichkeitsarbeit

Nach Aussage der Mehrzahl (76%) (68) Koordinator/innen sind ihre Lokalen Aktionspläne etwas in der Öffentlichkeit bekannt. Lediglich 19% (17) Koordinator/innen schätzen den Bekanntheitsgrad ihres Lokalen Aktionsplans als sehr hoch ein. Insgesamt bewerten aber die Koordinator/innen die Aufgeschlossenheit der Medien gegenüber dem Lokalen Aktionsplan als mittelmäßig (46%) (41) oder mindestens hoch ein (39%) (35). Über alle Lokalen Aktionspläne bzw. die Projekte der Aktionspläne wurde in den Medien – in überwiegend positiver Weise²⁶³ – berichtet.

Die Koordinator/innen betreiben alle Öffentlichkeitsarbeit, allerdings überwiegt der Anteil derjenigen (59%) (53), die etwas Öffentlichkeitsarbeit betreiben, gegenüber denen, die eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit machen (41%) (37). Internetpräsenz, Pressemitteilungen, Broschüren und Flyer sowie Artikel in lokalen Mitteilungsblättern stehen im Vordergrund, aber auch Präsentationen auf öffentlichen Veranstaltungen finden in der Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne statt:

²⁶³ Vgl. Tabelle 68 im Anhang.

Abbildung 56: Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch die Koordinator/innen (N=90, Mehrfachnennungen)²⁶⁴



Mit Ausnahme von 3 Projekten, haben auch alle befragten Projekte Öffentlichkeitsarbeit betrieben. In der Regel erfolgte dies über Pressemitteilungen (59%) (91), Broschüren und Flyer (57%) (89), Internetauftritten (53%) (82) sowie Präsentationen auf öffentlichen Veranstaltungen (51%) (79)²⁶⁵. Über 73% der Projekte wurde in den Medien berichtet, in 44% (51) sehr positiv, und in 43% (50) eher positiv.

8.1.7 Kooperationen der Lokalen Aktionspläne

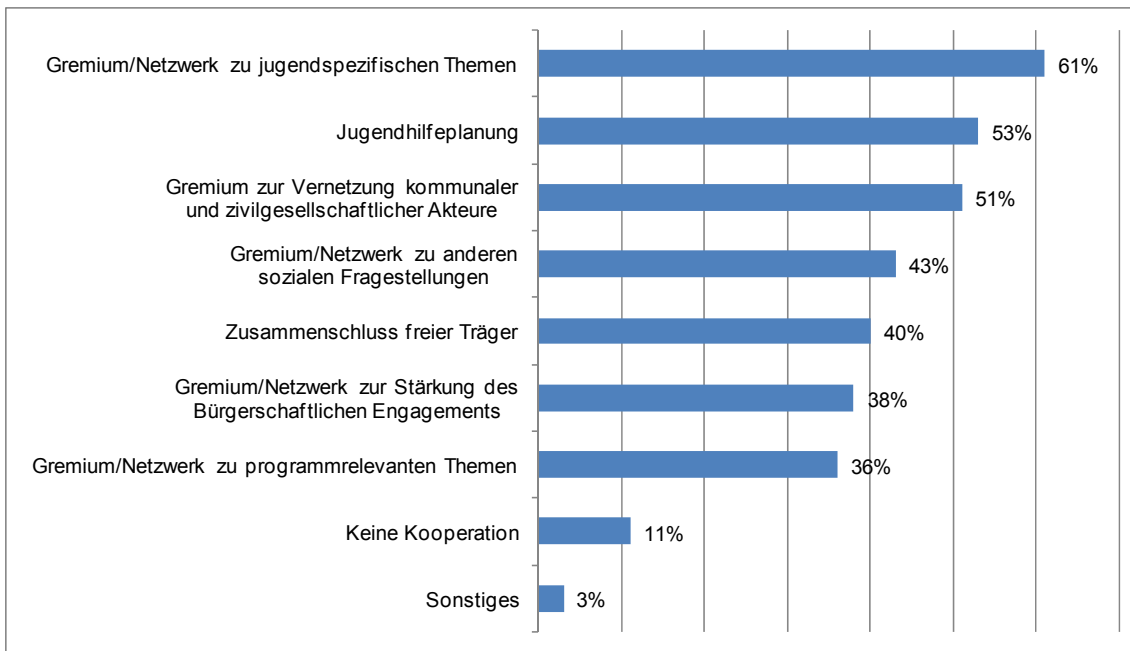
8.1.8 Kooperationsbeziehungen der Begleitausschüsse

Die Vorsitzende/n der Begleitausschüsse kooperieren auf der lokalen Ebene vorrangig in bzw. mit Netzwerken/Gremien zu jugendspezifischen Themen, der Jugendhilfeplanung und Netzwerken/Gremien zur Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure:

²⁶⁴ Vgl. Tabelle 69 im Anhang.

²⁶⁵ Vgl. Tabelle 70 im Anhang.

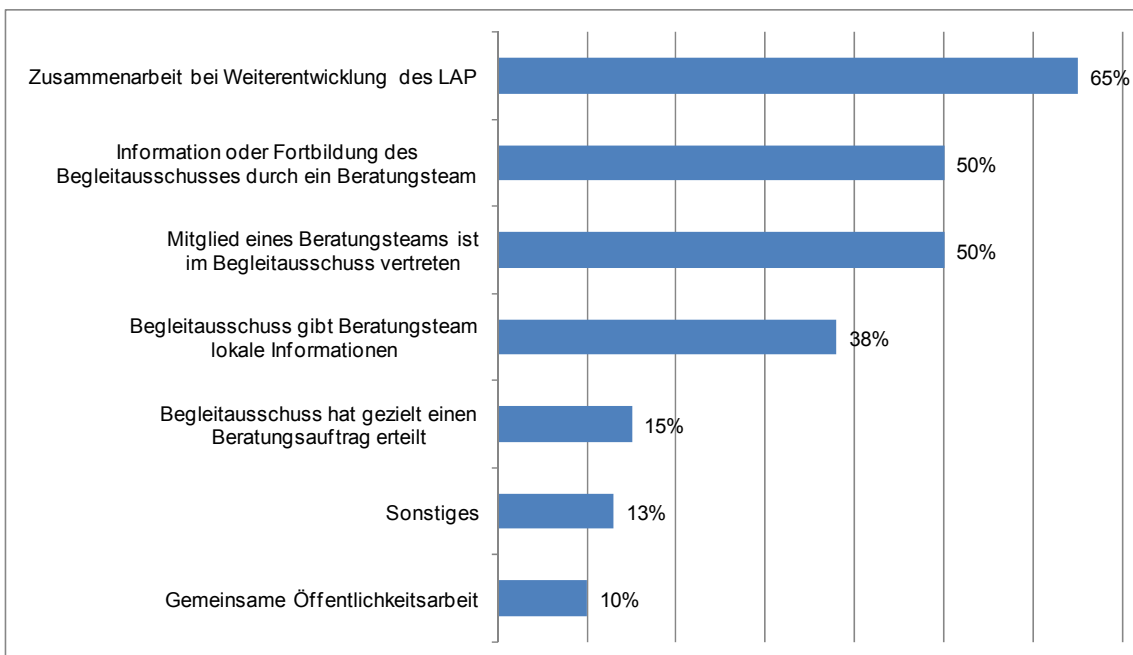
Abbildung 57: Gremien, mit denen die Begleitausschussvorsitzenden auf lokaler Ebene kooperieren (N = 90, Mehrfachnennungen)²⁶⁶



38 (42%) Vorsitzende der Begleitausschüsse geben an, mit anderen Lokalen Aktionsplänen zu kooperieren. In der Regel erfolgte dies auf den landesweiten bzw. bundeszentral organisierten Netzwerktreffen, in Einzelfälle kooperierten die Gremien der Lokalen Aktionspläne auch bilateral.

Über Kooperationen mit Mobilen Interventionsteams aus dem Programm „kompetent. für Demokratie“ berichten 44% (40) der Vorsitzenden der Begleitausschüsse. Die Kooperationen werden für die Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne und zur Information genutzt:

Abbildung 58: Kooperationsformen der Begleitausschüsse mit Mobilen Interventionsteams (N = 40, Mehrfachnennungen)²⁶⁷



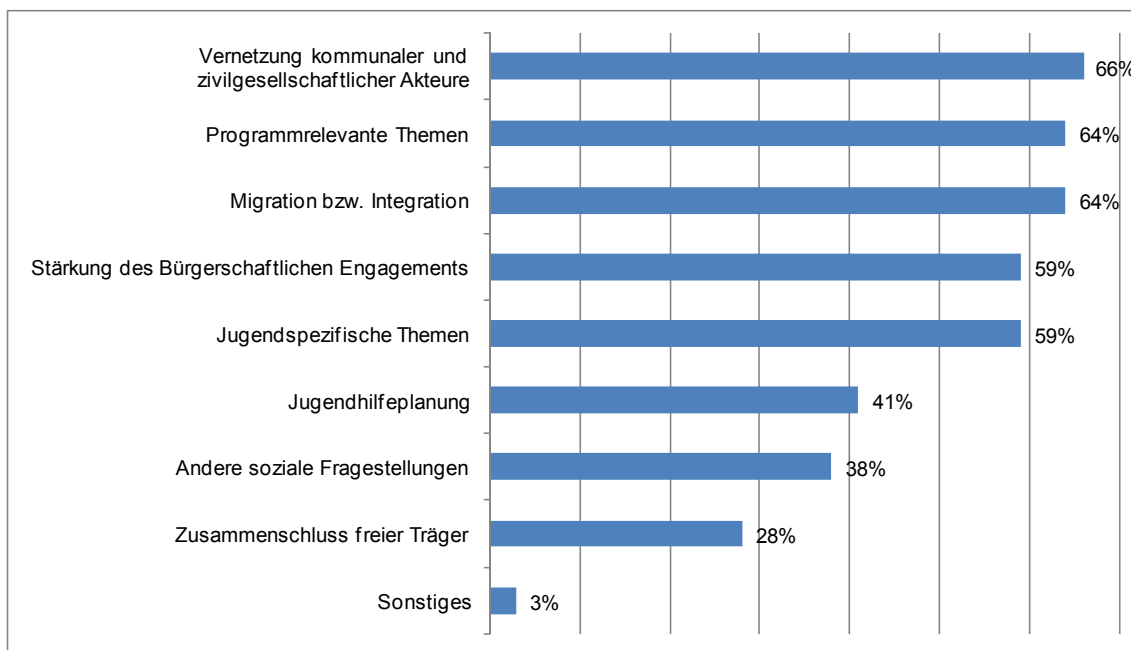
266 Vgl. Tabelle 71 im Anhang.

267 Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

8.1.9 Kooperationsbeziehungen der Koordinierungsstellen

Analog zu den Kooperationsangaben der Begleitausschussvorsitzenden kooperiert die Mehrzahl 97% (87) der Koordinator/innen auf lokaler Ebene vorrangig in Gremien/Netzwerken zu Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure, zu programmrelevanten und in Gremien/Netzwerken zu migrations- bzw. integrationsspezifischen Themen.

Abbildung 59: Gremien, mit denen die Koordinator/innen auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen)²⁶⁸



Im Kontext der beiden Programme „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. für Demokratie“ kooperiert die Hälfte der Koordinator/innen (50%) (45) ferner mit den Mobilien Interventionsteams. Kooperationen mit Modellprojekten aus dem Programm „Vielfalt tut gut“ kommen in 34% (31) Lokalen Aktionsplänen vor.

Zur Sicherstellung der regelmäßigen internen Kommunikation nutzen nahezu alle Koordinator/innen (97%) (87) E-Mails, die Sitzungsfrequenz mit den beteiligten Partnern des Lokalen Aktionsplans fällt unterschiedlich aus:²⁶⁹

- die Mehrzahl der Koordinierungsstellen (37%) (33) kommt 5 bis max. 6 Mal im Jahr mit dem Begleitausschuss zu Sitzungen zusammen,
- die Hälfte der Koordinierungsstellen (45) trifft sich mehr als 6 Mal jährlich mit den Projekten,
- ebenfalls häufiger als 6 Mal jährlich kommt die Mehrheit der Koordinierungsstellen (60%) (54) mit dem federführenden Amt zu Arbeitstreffen zusammen,
- mit dem Ämternetzwerk geben jeweils ¼ der Koordinatorinnen an, max. jährlich, halbjährlich bzw. vierteljährlich zu Sitzungen zusammenzukommen.

8.1.10 Kooperationsbeziehungen der Projekte

53% (83) der befragten Projekte arbeiten mit anderen Projekten aus Lokalen Aktionsplänen zusammen, dabei handelt es sich vorrangig um Projekte aus dem eigenen Lokalen Aktionsplan (90%) (75). 17% (14) kooperieren auch mit Projekten aus anderen Lokalen Aktionsplänen. Über

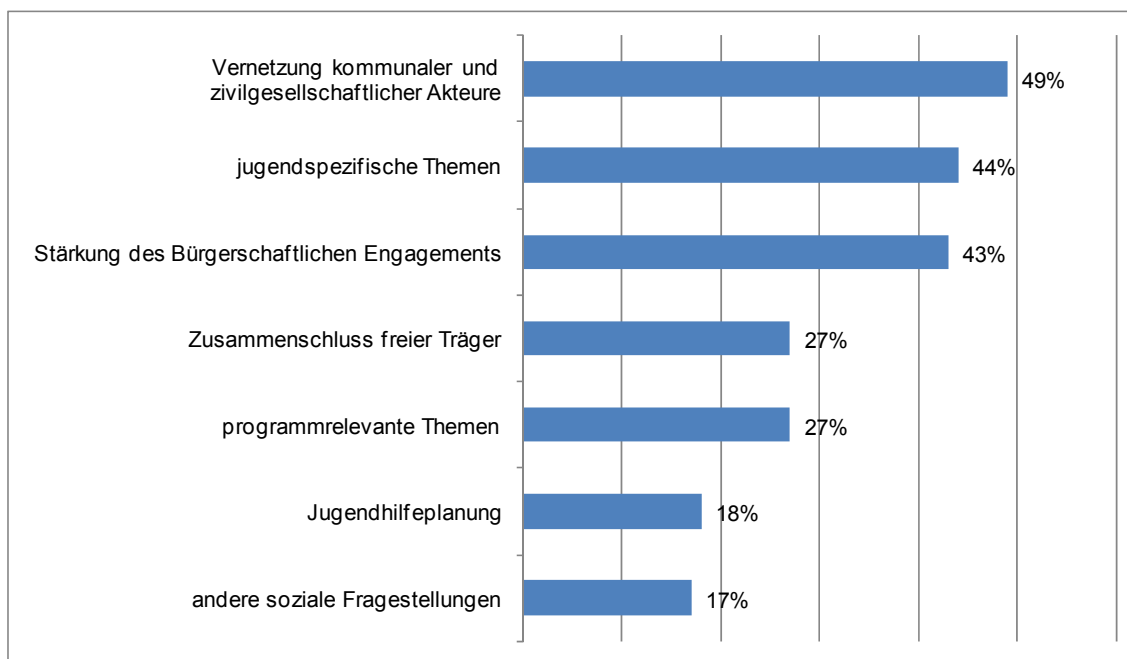
²⁶⁸ Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

²⁶⁹ Vgl. Tabellen 74 bis 77 im Anhang.

die Projekte des Lokalen Aktionsplans hinaus kooperieren 61% (96) der Projekte mit Einrichtungen der Jugendhilfe, insbesondere Jugendfreizeiteinrichtungen²⁷⁰. Mit anderen kommunalen Einrichtungen kooperieren sogar 66% (104) der Projekte, hier fällt die Schule als zentraler Kooperationspartner auf.²⁷¹

65% der Projekte (103) geben weiterhin an, auf kommunaler Ebene mit Gremien vernetzt zu sein. Ähnlich wie bei den Koordinator/innen und den Vorsitzenden der Begleitausschüsse sind Gremien/Netzwerke zur Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure, und Netzwerke zu jugendspezifischen Themen die zentralen Kooperationspartner. Hinzu kommen bei den Projekten Gremien zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements:

Abbildung 60: Gremien, mit denen Projekte auf lokaler Ebene kooperieren (N = 103, Mehrfachnennungen)²⁷²



270 Vgl. Tabelle 78 und Tabelle 79 im Anhang.

271 Vgl. Tabelle 80 und Tabelle 81 im Anhang.

272 Vgl. Tabelle 82 im Anhang.

8.2 Anhang 2: Prüfung strukturelle Einflussfaktoren für die Zielerreichung

Ergänzend zur Darstellung der Zielerreichungsfaktoren im Hauptteil dieses Berichts sind nachfolgend einige Informationen zu weiteren Merkmalen Lokaler Aktionspläne zusammengestellt, zu denen – bis auf eine Ausnahme – keine Zusammenhänge zur Zielerreichung gefunden wurden, die aber aus systematischen Gründen von Interesse sind, weil sie auf den ersten Blick besonders greifbare Ansatzpunkte für eine Optimierung der Anlage des Programms und der Lokalen Aktionspläne darstellen.

Es handelt sich dabei um eine Reihe sog. struktureller Faktoren. D.h. diese Faktoren beziehen sich nicht auf die Dimension einer mehr oder minder erfolgreichen pragmatischen Umsetzung der Programmkonzeption wie die im Hauptteil zur Zielerreichung beschriebenen Gelingensfaktoren, sondern auf die Rahmenbedingungen, unter denen die Lokalen Aktionspläne operieren. Dabei kann es sich sowohl um interne wie um externe strukturelle Faktoren handeln. Als externe strukturelle Faktoren können verschiedene Merkmale der Förderregion wie die Einwohnerzahl, die Arbeitslosenquote etc. bezeichnet werden, die allesamt für den Lokalen Aktionsplan einen äußeren Kontext darstellen. Als interne strukturelle Merkmale können gewisse institutionelle Eigenschaften von Aktionsplänen bezeichnet werden wie der Typus der Koordinierungsstelle (extern, intern) oder der Typ des Ämternetzwerks.

Bemerkenswert ist hier, dass die geprüften strukturellen Variablen - bis auf wenige Ausnahmen – keine Zusammenhänge zur Zielerreichung ergeben, die oberhalb des Schwellenwerts von 0.2 liegen. Es liegt hier also ein lehrreiches (Nicht-)Ergebnis insofern vor, dass die untersuchten strukturellen Merkmale bzw. Unterschiede für die erfolgreiche Implementierung und Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen keine stärkere Bedeutung entfalten, dass - anders formuliert - die Offenheit von „VIELFALT TUT GUT“ für unterschiedliche Varianten von Aktionsplänen und ein breites Spektrum von Förderregionen sinnvoll und dem Gegenstand angemessen ist. Es lassen sich also aus diesen Analysen in Hinsicht auf steuerungsrelevante Fragen auch keine spezifischen Empfehlungen ableiten – außer der generellen, dass bestimmte strukturelle Voraussetzungen und Arrangements die Zielerreichung weder zwingend befördern noch behindern und daher eine gewisse Offenheit von „VIELFALT TUT GUT“ für eine Vielzahl strukturell unterschiedlicher Lokalen Aktionspläne durchaus angebracht ist - und dies umso mehr, wenn in Rechnung gestellt wird, dass Förderprogramme auch als „Experimentierfeld“ (Rieker 2009: 178) fungieren und dabei die Gewinnung von Erfahrungen und Impulsen aus unterschiedlichen Regionen etc. von Vorteil sind.²⁷³

Abbildung 61: Strukturvariablen im Überblick

		Spearman-Korrelation
Typ Koordinierungsstelle	Externe Koordinierungsstelle	0,15
	Interne Koordinierungsstelle	
Typ Ämternetzwerk	Integriertes Ämternetzwerk	0,01
	Ämternetzwerk mit weiteren Zuständigkeiten/flexibel zusammenkommend	
	Speziell für den LAP gegründetes Ämternetzwerk	

273 Es sei dazu auch nochmals auf die Ansätze zu einer statistischen Typenbildung im Gesamtbericht 2009 und die bereits dort formulierte Schlussfolgerung hingewiesen: „Zusammenfassend lässt sich auf Grund der dargestellten Ergebnisse ableiten, dass zwar einige Unterschiede zwischen verschiedenen strukturellen Merkmalen bestehen, diese aber nicht ausreichen, um steuerungsrelevante Hinweise zu geben. Den individuellen Gegebenheiten vor Ort und den daraus resultierenden Unterschieden scheint die aktuelle Programmstruktur mit ihren vielfachen Möglichkeiten der Umsetzung gerecht zu werden“ (ISS/Camino 2009: 157).

Vorerfahrung des Träger der Koordinierungsstelle mit programmrelevanten Themenfeldern	sehr groß	0,04
	groß	
	einige	
	geringe, keine	
Vorerfahrung des Träger der Koordinierungsstelle mit Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	sehr groß	0,08
	groß	
	einige	
	geringe, keine	
Standort Ost-West	Standort Ost	0,13
	Standort West	
Einwohnerzahl des Fördergebiets	Einwohner 10.000- 20.000	0,02
	Einwohner 20.000-100.000	
	Einwohner über 100.000	
Fläche des Fördergebiets	Fläche bis 100 qm ²	0,11
	Fläche 101- 500 km ²	
	Fläche 501-1000 km ²	
	Fläche über 1001 km ²	
Typ Fördergebiet	Fördergebiet Kommune	0,03
	Fördergebiet Landkreis	
	Fördergebiet Zusammenschluss Gebiet	
Arbeitslosenquote		0,13
"Ausländer"-Anteil		0,10
Problemlage Rechtsextremismus	Keine Problemlage Rechtsextremismus	0,00
	Problemlage Rechtsextremismus	
Problemlage ethnische Segregation	Keine Problemlage ethnische Segregation	0,00
	Problemlage ethnische Segregation	
Problemlage sozialräumliche Besonderheiten	Keine Problemlage sozialräumliche Besonderheiten	0,04
	Problemlage sozialräumliche Besonderheiten	
Rechtsextreme Parteien in Kommunalparlament	ja	0,24
	nein	
Rechtsextreme Straftaten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl		0,00
Aufgeschlossenheit lok. Medien	Sehr hohe/ hohe Aufgeschlossenheit	0,17
	Mittlere Aufgeschlossenheit	
	Geringe/ sehr geringe Aufgeschlossenheit	

Interessant ist allerdings, dass sich für den strukturellen Faktor einer Präsenz von rechtsextremen Parteien in (Kommunal-)Parlamenten ein Zusammenhang zur Zielerreichung ergibt (0,22), der in dieser Stärke für keine andere vergleichbar abgefragte Strukturvariable zu finden ist.²⁷⁴

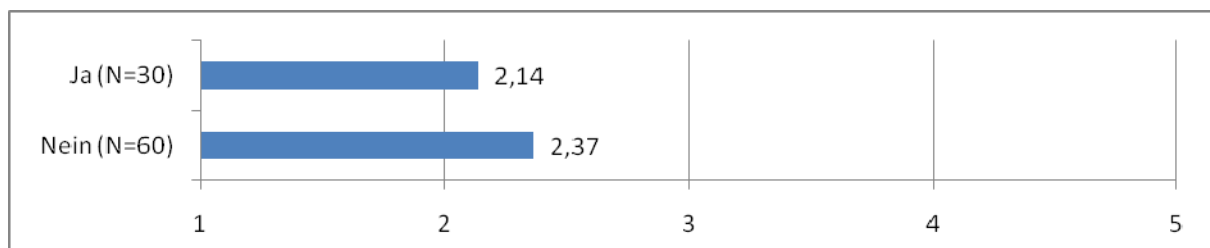
Interessant ist dieser Zusammenhang auch insofern, dass er sehr gut die Art der von der WB überprüften Zielerreichung illustriert. In einem sehr einfachen Modell der Wirkung und der Zielerreichung von Lokalen Aktionsplänen könnte angenommen werden, dass die erfolgreiche Arbeit eines Aktionsplans sich grad in der Abwesenheit von rechtsextremen Parteien in lokalen Parlamenten niederschlägt – dies könnte gewissermaßen als einer der härtesten Wirkungsnachweise

274 Hier muss abgesehen werden von bestimmten Variablen, die als Nachfrage formuliert waren und zu denen daher geringere Fallzahlen und dann auch höhere Koeffizienten vorliegen.

für Maßnahmen der Prävention und Intervention verstanden werde.²⁷⁵ Die Aktivitäten des Lokalen Aktionsplans wären so als unabhängige Variable, die Präsenz rechtsextremer Parteien als abhängige Variable verstanden. Diese Rahmung ist allerdings keineswegs zwingend.

Im Rahmen der überschaubaren Laufzeit der Förderung Lokaler Aktionspläne zeigen die empirische Befunden nämlich das Gegenteil: Lokale Aktionspläne in Regionen mit rechtsextremer Präsenz in Parlamenten sind durchschnittlich etwas erfolgreicher und erreichen die erhobenen Ziele nach ihrer Einschätzung in etwas höherem Maß. Auf der Ebene eines Vergleichs der durchschnittlichen Zielerreichung in den beiden Gruppen findet sich für Aktionspläne in Regionen mit parlamentarischer Repräsentanz rechtsextremer Parteien (N=30) eine Zielerreichung von 2,14, in Regionen ohne rechtsextreme Parteien in Parlamenten (N=60) ein Wert von 2,37.

Abbildung 62: Lokale parlamentarische Repräsentanz rechtsextremer Parteien und Zielerreichung (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90; 1 = sehr gut; 5 = sehr schlecht)

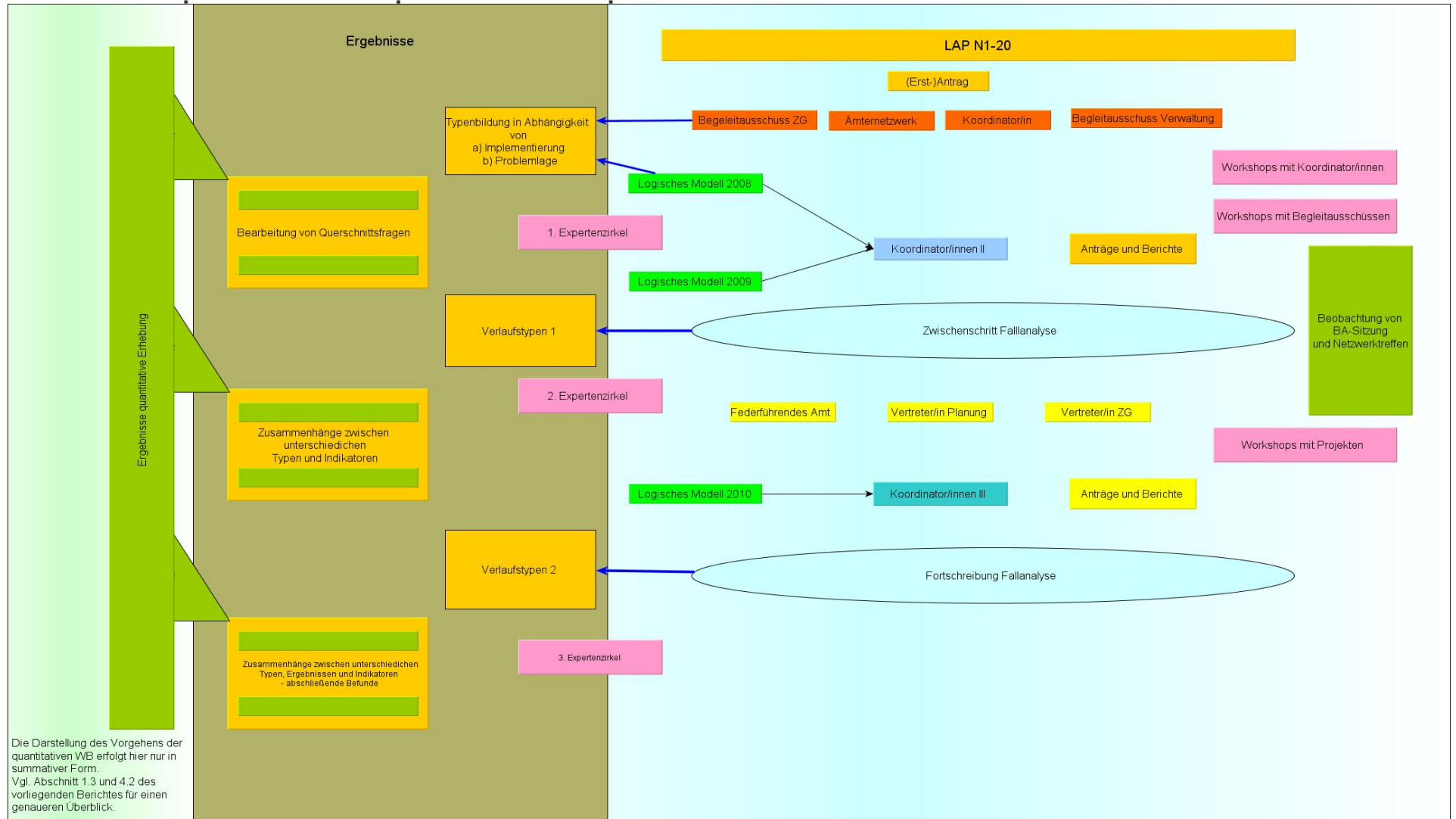


Was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, lässt sich auf den zweiten Blick leicht aufklären. Selbst wenn vorausgesetzt werden mag, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Herausforderungen darstellen, der sich die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite stellen sollte, lassen sich wenige Phänomene vorstellen, die das Vorhandensein entsprechender Problemlagen so sichtbar und manifest werden lassen wie eine rechtsextreme parlamentarische Präsenz. Im Unterschied zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten, die als Einzelereignisse oder als Serie von Einzelereignissen zu Tage treten, weist Sie außerdem eine hohe zeitliche Stabilität über eine Wahlperiode auf und sie betrifft mit dem parlamentarischen Raum gewissermaßen eine normative Herzkammer repräsentativer Demokratien. Zusammengenommen kann also die parlamentarische Repräsentanz rechtsextremer Akteure ein kritisches Ereignis darstellen, das die Dringlichkeit der Problemlage und die Forderung einer gezielten Auseinandersetzung indiziert und so die demokratischen Kräfte zur Zusammenarbeit bringt. Der Faktor der Art und Weise der Problemanalyse und Strategieentwicklung, der bereits als für die Zielerreichung zentral eingeführt wurde, gewinnt von dieser Seite eine gewisse Unterstützung: Ein hoher, stabiler, auf Rechtsextremismus fokussierter und manifester Problemdruck kann, so sehr er den mittelfristigen Zielen der Lokalen Aktionspläne in „VIELFALT TUT GUT“ entgegensteht und so wenig er insofern normativ anzustreben ist, die Anliegen der Lokalen Aktionspläne anscheinend mit einer Dringlichkeit ausstatten und zu einer Anerkennung der Problemlage als nicht nur episodisch beitragen, die sich wiederum auf die Strategieentwicklung, die Kooperation und die Zielerreichung der Akteure der Lokalen Aktionspläne förderlich auswirkt.

8.3 Anhang 3: Qualitatives Erhebungsdesign und Entwicklungsfaktoren

275 Aufgrund des besonderen Fokus der WB wurden in dieser Auswertung auch die Gruppierung „Pro Köln“ und die Partei „Die Republikaner“ berücksichtigt, obwohl sie dem rechtsextremen Parteienspektrum nicht eindeutig zugeordnet werden können.

8.3.1 Erhebungsdesign der qualitativen WB



8.3.2 Entwicklungsprozesse integrierter lokaler Strategien

LAP	Niveau 1		Niveau 2		Niveau 3		Niveau 4		Wachstum ggf. verbun- den mit Pa- radigmen- wechsel	Entwicklungs- typ: ¹ Entwicklung war: 1 partizipativ 2 kommunal 3 kommunal mit einem freien Träger	Typ Äm- ter- netzwerk	Anbindung Koordinierungs- stelle
	A ₁	S ₁	A ₂	S ₂	A ₃	S ₃	A ₄	S ₄				
1										2	integriert	intern
2										3	neu	extern
3										1	integriert	extern
4										2	neu	intern
5										3	neu	extern
6										1	integriert	extern
7										3	integriert	extern
8										2	neu	extern
9										3	bestehend	extern
10										1	bestehend	intern
11										1	bestehend	extern
12										1	integriert	extern
13										2	integriert	intern
14										2	bestehend	intern
15										3	bestehend	extern
16										2	integriert	intern
17										2	integriert	intern
18										1	bestehend	extern
19										1	neu	extern
20										3	bestehend	intern

1 Vgl. ISS/Camino 2008, S. 76 ff.

8.3.3 Entwicklungsprozesse integrierter lokaler Strategien, sortiert nach Bewertung der Zielerreichung

LAP-Sortierung nach Bewertung Zielerreichung	Niveau 1		Niveau 2		Niveau 3		Niveau 4		Wachstum ggf. ver- bunden mit Paradig- menwechsel
	A ₁	S ₁	A ₂	S ₂	A ₃	S ₃	A ₄	S ₄	
1					Orange	Orange	Orange		
2							Green	Green	Green
3	Purple	Purple	Purple	Purple					
4					Orange	Orange	Orange	Orange	
5			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	
6			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan			
7							Green	Green	Green
8							Green	Green	
9							Green	Green	Green
10	Purple	Purple							
11					Orange	Orange			
12							Green	Green	
13			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	
14			Cyan	Cyan					
15			Cyan	Cyan	Cyan				
16			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan		
17	Purple	Purple	Purple	Purple	Purple				
18			Cyan	Cyan					
19			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan	Cyan		
20			Cyan	Cyan	Cyan	Cyan			

8.4 Anhang 3: Tabellen

Tabelle 1: Alle Programmschwerpunkte der LAP (N=234)

	Häufigkeit	Prozent
Demokratie- und Toleranzerziehung	73	31%
Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft	53	23%
interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung	38	16%
Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Mensch	35	15%
soziale Integration	24	10%
kulturelle und geschichtliche Identität	9	4%
interreligiöses Lernen	2	1%
Gesamt	234	100%

Tabelle 2: Wichtigster Programmschwerpunkt (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Demokratie- und Toleranzerziehung	44	49%
Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft	24	27%
Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Mensch	9	10%
soziale Integration	7	8%
interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung	6	7%
interreligiöses Lernen	0	0%
kulturelle und geschichtliche Identität	0	0%
Gesamt	90	100%

Tabelle 3: Mittlerziele für alle Programmschwerpunkte (N=859)

	Häufigkeit	Prozent
Formen des zivilen Protestes entwickeln und stärken	151	18%
Erweiterung und Stabilisierung von Netzwerken	130	15%
zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung schaffen	121	14%
Orte der Begegnung und/oder des Austausches schaffen	122	14%
Fort- und Weiterbildung	121	14%
Formen der Beteiligung entwickeln	108	13%
Informations- und Wissensvermittlung/Sensibilisierung	106	12%
Gesamt	859	100%

Tabelle 4: Mittlerziel für den wichtigsten Programmschwerpunkt (N=260)

	Häufigkeit	Prozent
Zielgruppenorientierte Projekte zur Kompetenzentwicklung schaffen	65	25%
Erweiterung und Stabilisierung von Netzwerken	52	20%
Informations- und Wissensvermittlung/Sensibilisierung	50	19%
Formen der Beteiligung entwickeln	42	16%
Orte der Begegnung und/oder des Austausches schaffen	22	8%
Formen des zivilen Protestes entwickeln und stärken	16	6%
Fort- und Weiterbildung	13	5%
Gesamt	260	100%

Tabelle 5: Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Amt für Jugend und/oder Soziales/Familie/Sport	52	58%
Beauftragte im Amt (z.B. Integrations-/Gleichstellungsbeauftragte)	10	11%
spezielles Sachgebiet im Amt (z.B. Projekte/Finanzen)	6	7%
Präventionsrat oder ähnliches Netzwerk	5	6%
Stabstelle, die der politischen Spitze zugeordnet ist	2	2%
Sonstiges	2	2%
Öffentliche Jugendeinrichtung	1	1%
keine Angabe einer Internen Koordinierungsstelle	12	13%
Gesamt	90	100%

Tabelle 6: Träger der internen Lokalen Koordinierungsstellen ohne LAPs mit externer Koordinierungsstelle (N=36)

	Häufigkeit	Prozent
Amt für Jugend und/oder Soziales/Familie/Sport	23	64%
Beauftragte im Amt (z.B. Integrations-/Gleichstellungsbeauftragte)	4	11%
spezielles Sachgebiet im Amt (z.B. Projekte/Finanzen)	3	8%
Stabstelle, die der politischen Spitze zugeordnet ist	2	6%
Präventionsrat oder ähnliches Netzwerk	2	6%
Öffentliche Jugendeinrichtung	1	3%
Sonstiges	1	3%
Gesamt	36	100%

Tabelle 7: Verteilung der freien Träger, bei denen die externe Koordinierungsstelle angesiedelt ist (N=54)

	Häufigkeit	Prozent
Verein	14	26%
Jugendring/Jugendverband	10	19%
Träger der Jugendhilfe*	10	19%
Bildungsträger	9	17%
Stiftung	3	6%
Kirchen u.a. religiöse Gemeinschaften	2	4%
Netzwerkstellen	2	4%
gGmbH	2	4%
Freiwilligenagentur/Servicestelle	1	2%
Sonstiges	1	2%
Gesamt	54	100%

Tabelle 8: Mittelwert der prozentualen Verteilung der Arbeitszeit der Koordinator/innen (N=90)

	Mittelwert
Beratung der Projektträger	19%
Erfassung der Projektdaten	13%
Beantragung, Abrechnung und Verwaltung der Mittel	12%
Koordinierung der Projekte zur Umsetzung des LAP	11%
Vorbereitung und Begleitung der Arbeit des lokalen Begleitausschusses	10%
Steuerung der Implementierung und Fortschreibung des LAP	8%
Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Programms und des LAP	8%
Qualitätssicherung und Selbstevaluation	6%
Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der WB des Programms	3%

Tabelle 9: Von den Koordinator/innen als ausreichend bewertetes Arbeitszeitvolumen (N=90)

	Externe Koordinierungsstelle		Interne Koordinierungsstelle		Gesamt	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
ja	13	24%	14	39%	27	63%
nein	41	76%	22	61%	63	70%
Gesamt	54	100%	36	100%	90	100%

**Tabelle 10: Aufgaben für die von den Koordinatoren ein größeres Arbeitszeitvolumen benötigt wird
(N=63, Mehrfachnennungen möglich)**

	Häufigkeit	Prozent
Öffentlichkeitsarbeit	33	52%
Beratung der Projektträger	33	52%
Koordinierung der Projekte zur Umsetzung des LAP	27	43%
Qualitätssicherung und Selbstevaluation	24	38%
Steuerung der Fortschreibung des lokalen Aktionsplanes	20	32%
Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel	13	21%
Erfassung der Projektdaten/Antragsstellung/Berichterstattung	9	14%
Sonstige relevante Tätigkeiten*	8	13%
Vorbereitung und Begleitung der Arbeit des lokalen Begleitausschusses	5	8%
Zusammenarbeit mit der WB des Programms	0	0%
*Vernetzung (5), Entwicklung neuer Projektideen, Arbeit an der Nachhaltigkeit von Projekten, Transfer, Bildungsarbeit, Veranstaltungsbesuche		

**Tabelle 11: Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber dem Ämternetzwerk
(N=90)**

	Häufigkeit	Prozent
Informationsaustausch	81	90%
Abstimmung von Zielen und Strategien des LAP	66	73%
Organisatorische Aufgaben	49	54%
Begleitung bei der Projektbewertung	36	40%
Begleitung bei der Projektauswahl	34	38%
Keine	4	4%
Sonstiges	2	2%

Tabelle 12: Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber dem Begleitausschuss (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Vorbereitung der Auswahl und der inhaltlichen Bewertung der Projekte	78	87%
Vorbereitung und Unterstützung bei der inhaltlichen Weiterentwicklung des LAP	78	87%
Koordination und Kommunikation zwischen den BA-Mitgliedern (z.B. Sitzungsprotokolle, Einladungen, Terminabsprachen)	78	87%
Gewährleistung des Informationsaustauschs zwischen Projektträgern und Begleitausschuss	69	77%
Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Begleitausschusses	38	42%
Beobachtung/Berichterstattung über lokale/r Problemlagen	32	36%
Beobachtung von Trägerlandschaft und themenspezifischer Infrastruktur und Vernetzung dazu	30	33%
Gewinnung neuer Träger für den Begleitausschuss	13	14%
Vertretung des Begleitausschusses gegenüber der Kommunalpolitik/kommunalen Gremien	13	14%
Organisation von Fortbildungen bzw. Unterstützung für den Begleitausschuss	12	13%
Sonstiges	0	0%

Tabelle 13: Aufgaben der/s Koordinator/in gegenüber den Projekten (N= 90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Beratung der Projekte bei der Antragsstellung	84	93%
Beratung der Projekte über Kooperationsmöglichkeiten mit weiteren Trägern	59	66%
Fachliche (inhaltliche) Beratung der Projekte	53	59%
Controlling der laufenden Projektstätigkeit	47	52%
Unterstützung der Vernetzung über einzelne Projekt hinaus	39	43%
Präsentation der Projekte im Begleitausschuss im Zuge des Auswahlverfahrens	38	42%
Bewertung der Projektabschlüsse und Präsentation gegenüber dem Begleitausschuss	28	31%
Controlling nach Projektbeendigung	27	30%
Öffentlichkeitsarbeit	27	30%
Beratung über Drittmittelfinanzierung und Förderakquise	22	24%
Unterstützung bei der Evaluation	9	10%
Infrastrukturelle Unterstützung (Räume, Technik)	7	8%
Sonstiges	2	2%

Tabelle 14: Form des Ämternetzwerkes (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Integriertes Ämternetzwerk durch Ämtervertreter/innen im Begleitausschuss	39	43%
Speziell für den LAP gegründetes und ausschließlich mit ihm befasstes Ämternetzwerk	20	22%
(Ämter-)Netzwerk, das neben dem LAP auch andere Zuständigkeiten bearbeitet	16	18%
Flexibel zusammenkommendes (Ämter)Netzwerk	13	14%
Sonstiges (Präventionsrat)	2	2%
Gesamt	90	100%

Tabelle 15: Im Ämternetzwerk vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendamt	83	92%
Polizei	64	71%
Schulamt	62	69%
Andere Ämter bzw. Funktionsträger	58	64%
Sozialamt	35	39%
Amt für Wirtschaftsförderung	26	29%
Stadtplanungsamt	22	24%
Afa/Arge	21	23%
Gesundheitsamt	16	18%
Wohnungsamt	8	9%

Tabelle 16: Anteil der Amtsleitungen, die am Ämternetzwerk teilnehmen (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendamt	43	48%
Andere Ämter bzw. Funktionsträger	27	30%
Schulamt	23	26%
Sozialamt	20	22%
Polizei	14	16%
Afa/Arge	8	9%
Amt für Wirtschaftsförderung	7	8%
Gesundheitsamt	7	8%
Stadtplanungsamt	5	6%
Wohnungsamt	2	2%

**Tabelle 17: Beitrag des Ämternetzwerkes für die Umsetzung des LAP
(N=90, Mehrfachnennungen möglich)**

	Häufigkeit	Prozent
Beteiligung am Begleitausschuss	72	80%
Eröffnung von Zugängen zu kommunalpolitischen Strukturen	66	73%
Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen (Räume, Technik etc.)	55	61%
Vermittlung der LAP-spezifischen Themen und Infos aus dem Begleitausschuss in die Ämter	55	61%
Ermöglichung von Kontakten und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Projekten und Trägern	46	51%
Strategieentwicklung hinsichtlich der formulierten Problemlagen für die unterschiedlichen Ressorts	34	38%
Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit	31	34%
Bereitstellung von Personalressourcen	24	27%
Administration/Verwaltung des LAP	20	22%
Beratung von Trägern	20	22%
Beratung bei der Erschließung weiterer Fördermittel	19	21%
Vorauswahl von Projekten	15	17%
Sonstige*	3	3%
*Projektpatenschaften, Arbeit an Nachhaltigkeitskonzept von Projekten, Einbringung zu LAP-Fortschreibung		

Tabelle 18: In den Begleitausschüssen vertretene Organisationen – ohne Ämter (N=90; Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Politik (Parteien, Gemeinde- bzw. Stadträte, Vertreter des Kreises etc.)	69	77%
Kirchen u.a. religiöse Gemeinschaften	66	73%
Jugendverbände	53	59%
Sonstiges Vereine	50	56%
Träger der Jugendhilfe ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände	50	56%
Beiräte (Integration, Ausländer, Gleichstellung, Senioren u.a.)	49	54%
Sportvereine/Sportbund	43	48%
Wohlfahrtsverbände	42	47%
Jugendvertretung (z.B. aus Kinder- und Jugendparlamenten, Schüler/innenvertretungen, Studierendenvertretungen)	41	46%
Migranten(selbst)organisationen	38	42%
KITAS, Kindergärten, Schulen	37	41%
Unterstützende Infrastruktureinrichtungen im Themenfeld des Programms (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen/RA	23	26%
Vertreter/innen aus anderen themenverwandten Programmen (z.B. Landesprogramme für Demokratie und Toleranz, Stärken vor	20	22%
Arbeitnehmerverbände/Gewerkschaften	18	20%
Elternvertretung	18	20%
Weitere Bildungseinrichtungen (VHS, FH, Universitäten)	18	20%
Wirtschaft (Arbeitgeberverbände, Unternehmen etc.)	13	14%
Sonstiges	9	10%
Stiftungen	6	7%
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste/Katastrophenschutz (z.B. THW, Feuerwehr)	6	7%
Medien	4	4%

Tabelle 19: In den Begleitausschüssen vertretene Ämter (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendamt	80	89%
Integrationsbeauftragte/r, Migrationsdienst bzw. -beauftragte/r	52	58%
Polizei	49	54%
Schulamt	49	54%
Sozialamt	27	30%
Kulturamt	23	26%
Stadtplanungsamt/Quartiersmanagement/Sozialraum-, Regionalplanung	23	26%
Ordnungsamt	18	20%
Hauptamt	16	18%
Agentur für Arbeit/ARGE/Jobcenter	15	17%
Ausländerbehörde	13	14%
Amt für Wirtschaftsförderung	9	10%
Sonstiges*	8	9%
Gesundheitsamt	5	6%
Justizbehörde	2	2%

* u.a. Gleichstellungsbeauftragte (3), Bürgermeisteramt (2)

Tabelle 20: Die ranghöchsten Vertreter/innen aus der Verwaltung, die im Begleitausschuss vertreten sind (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Bürgermeister/in oder Dezernent/in	27	30%
Amtsleiter/in oder Fachdienstleiter/in	25	28%
Fachbereichsleiter/in	14	16%
Oberbürgermeister/in oder Landrat/-rätin	11	12%
Abteilungs- oder Sachgebietsleiter/in	8	9%
Sachbearbeiter/in	5	6%
Gesamt	90	100%

Tabelle 21: Die ranghöchsten Vertreter/innen aus der Politik, die im Begleitausschuss vertreten (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien der Gemeinde/ des	62	69%
Keine Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien	18	20%
Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien des Landes	3	3%
Sonstiges	3	3%
Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien des Bundes	2	2%
Keine Angabe	2	2%
Gesamt	90	100%

Tabelle 22: Institutionelle Anbindung der der/s Begleitausschuss-Vorsitzenden (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Öffentlicher Träger	43	48%
Freier Träger	27	30%
Politisches Amt	9	10%
Keine institutionelle Anbindung	9	10%
Privatwirtschaft	2	2%
Gesamt	90	100%

Tabelle 23: Zeitaufwand der/s Begleitausschuss-Vorsitzenden für die Begleitausschusstätigkeit (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
1-5 Stunden/Monat	41	46%
6-10 Stunden/Monat	30	33%
11-15 Stunden/Monat	13	14%
16-20 Stunden/Monat	3	3%
20-30 Stunden/Monat	2	2%
>30 Stunden/Monat	1	1%
Gesamt	90	100%

Tabelle 24: In den Begleitausschüssen vertretene Netzwerke (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Ämternetzwerke	71	80%
Aktionsbündnisse gegen Rechts	54	61%
Netzwerke bestimmter Akteursgruppen/Runde Tische	49	55%
Präventionsräte	38	43%
Bürgerinitiativen	35	39%
Sozialraumteams/Stadtteilforen bzw. Stadtteilkonferenzen	28	31%
Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 SGB VIII	24	27%
überregionale Initiativen	10	11%
Sicherheitskonferenz	5	6%
Sonstiges	4	4%
Internationale Bündnisse	2	2%
keine Angabe	1	1%

Tabelle 25: Bedarf nach weiteren Akteuren im Begleitausschuss (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Nein	46	51%
Ja	44	49%
Gesamt	90	100%

Tabelle 26: Akteure, die im Begleitausschuss nicht vertreten sind, es aber sein sollten (N=44)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendliche	24	55%
Wirtschaft/Unternehmen	20	45%
Medienvertreter/innen	15	34%
Schule	12	27%
Zielgruppenspezifische Zusammenschlüsse (z.B. Opfergruppen)	12	27%
Akteure der Zivilgesellschaft	10	23%
Akteure aus der Politik	7	16%
Sonstige*	6	14%
Akteure aus Verwaltung	1	2%
Potentielle Träger von LAP-Projekten	0	0%
*Kirchen (4), Sport, Polizei und Streetworker		

Tabelle 27: Prozentueller Anteil des Arbeitsvolumens für spezifische Tätigkeitsfelder am Gesamtarbeitsvolumen (N=90)

	Anteil in Prozent (Mittelwert)
Entscheidung über zu fördernde Projekte	34%
Begleitung/Beratung einzelner Projekte	13%
Inhaltliche Beratung/Fortschreibung des LAP	11%
Information über aktuelle Entwicklungen	8%
Sicherung der Zielsetzungen Ihres LAP	8%
Begleitung/Monitoring der Umsetzung des LAP	7%
Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort	6%
Öffentlichkeitsarbeit	5%
Sicherung der Zielsetzungen des Programms	5%
Entwicklung eigener Aktivitäten des BA	2%
Sonstiges	1%
Gesamt	100%

Tabelle 28: Aufgabenbereiche für die der Begleitausschuss mehr Zeit bzw. Ressourcen benötigt (N=35, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Entwicklung eigener Aktivitäten	19	54%
Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort	17	49%
Begleitung/Beratung einzelner Projekte	12	34%
Öffentlichkeitsarbeit	9	26%
Fortschreibung des LAP	7	20%
Information über aktuelle Entwicklungen	6	17%
Begleitung/Monitoring der Umsetzung des LAP	5	14%
Sicherung der Zielsetzungen Ihres LAP	3	9%
Sonstiges	3	9%
Sicherung der Zielsetzungen des Programms	2	6%
Entscheidung über zu fördernde Projekte	1	3%

Tabelle 29: Anregung weiterer themenspezifischer Aktivitäten durch den Begleitausschuss (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	64	71%
Nein	26	29%
Gesamt	90	100%

Tabelle 30: Durch den Begleitausschuss angeregte Aktivitäten (N=64)

	Häufigkeit	Prozent
Teilnahme an der Initiative "Orte der Vielfalt"	46	72%
Impulse für Weiterentwicklung der Jugendförderung/Jugendarbeit	41	64%
Aktionen gegen Rechtsextremismus	37	58%
Impulse für sozialräumliche Vernetzung/sozialräumliche Infrastrukturbildung	35	55%
Impulse im Schulbereich	34	53%
Fortbildungen/Vorträge	30	47%
Impulse für die Weiterentwicklung im Bereich Integration	27	42%
Vermittlung von Themen in die Politik	26	41%
Aufbau themenspezifischer Netzwerke	22	34%
Impulse im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements	21	33%
Einrichtung von Bürgerbüros	2	3%
Sonstiges	2	3%

Tabelle 31: Art der Projektakquise des Begleitausschusses (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Information mittels Internet/Homepage	75	83%
gezielte Aufforderung bekannter Träger aus dem Fördergebiet durch Koordinierungsstelle	64	71%
öffentliche Ausschreibung bzw. Wettbewerb	51	57%
Informationsveranstaltung	49	54%
Vorschläge des Begleitausschusses	47	52%
schriftliche Information aller freien Träger	45	50%
Sonstiges*	12	13%
Hinweise des Coaches	9	10%
*Pressemitteilung (5), Werbung bei Fachtagungen und Gremien (3), Medien (2); Netzwerktreffen (2)		

Tabelle 32: Beteiligung weiterer Akteure außer dem Begleitausschuss bei der Auswahl der Projekte (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Koordinator/in	58	64%
Federführendes Amt	35	39%
Ämternetzwerk	26	29%
Sonstiges*	9	10%
Jugendhilfeausschuss	2	2%
* u.a. zivilgesellschaftliche Akteure (3)		

Tabelle 33: LAPs bei welchen im Förderjahr 2010 neue Projekte von bisher noch nicht geförderten Trägern hinzugekommen sind (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	76	84%
Nein	14	16%
Gesamt	90	100%

Tabelle 34: Anzahl der LAP, in denen Träger oder potentielle Teilnehmer des Lokalen Aktionsplans, aufgrund des Antragsverfahrens von einer Beteiligung Abstand genommen haben (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	45	50%
Nein	45	50%
Gesamt	90	100%

Tabelle 35: Art der Träger oder potentiellen Teilnehmer des Lokalen Aktionsplans, die aufgrund des Antragsverfahrens von einer Beteiligung Abstand genommen haben (N=45)

	Häufigkeit	Prozent
Kleine Initiativen und Vereine (Ehrenamt o. prof. Verwalt.)	22	49%
Sonstiges	10	22%
Jugendvereine, Träger der Jugendhilfe	4	9%
Bürger, Bürgerinitiativen	4	9%
Beteiligte aus Schulbereich	3	7%
Migrantenselbstorganisation/Initiativen/Träger mit Migrationsh.	2	4%

Tabelle 36: Träger der Projekte

	Häufigkeit	Prozent
freie Träger der JH ohne Bindung an Wohlfahrtsverband	50	32%
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	40	25%
christliche Gemeinschaften (Kirchengemeinden u.ä.)	13	8%
Jugendringe	9	6%
Bildungs- /Qualifizierungsträger	7	4%
Schulvereine / Fördervereine von Schulen	7	4%
Stiftungen	6	4%
Wohlfahrtsverband	6	4%
Jugendverbände	5	3%
Migranten(selbst)organisationen	4	3%
religiöse, nicht christliche, Gemeinschaften	3	2%
Sonstiges	3	2%
Sportvereine / Sportverbände	3	2%
Gewerkschaften	1	1%
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	1	1%
Gesamt	158	100%

Tabelle 37: Hauptamtliche LAP und fremdfinanzierte Mitarbeiter/innen der Projekte (N=158)

	Häufigkeit	pro Projekt (Mittelwert)
Hauptamtliche über den LAP finanzierte Mitarbeiter/innen	97	0,61
Hauptamtliche NICHT über den LAP finanzierte Mitarbeiter/innen	182	1,15

Tabelle 38: Die Anzahl der Ehrenamtlichen, die in Projekten beschäftigt sind (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Anzahl an Projekten mit 1-10 Ehrenamtlichen	85	54%
Anzahl an Projekten mit 11-20 Ehrenamtlichen	14	9%
Anzahl an Projekten mit 21-30 Ehrenamtlichen	8	5%
Anzahl an Projekten mit >30 Ehrenamtlichen	8	5%
Anzahl an Projekten mit Ehrenamtlichen Gesamt	115	73%

Tabelle 39: Zuordnung der Projekte zu Förderschwerpunkten des LAP (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Demokratie- und Toleranzerziehung	59	37%
Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung	28	18%
Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft	22	14%
Soziale Integration	20	13%
Kulturelle und geschichtliche Identität	17	11%
Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Mensch	8	5%
Interreligiöses Lernen	4	3%
Gesamt	158	100%

Tabelle 40: Zielsetzung der Projekte (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendliche in ihrer Kompetenz im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stärken	39	25%
Vermittlung interkultureller Kompetenzen	25	16%
Sensibilisierung der Öffentlichkeit	23	15%
Orte der Begegnung und des Austausches schaffen	20	13%
Stärkung politischer Teilhabe	17	11%
Verhinderung/Bekämpfung sozialer Ausgrenzung	12	8%
Foren der Beteiligung entwickeln	10	6%
Erarbeitung von themenspezifischen Bildungskonzepten für Multiplikatoren	8	5%
Schaffung von Angeboten für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Zielgruppen	3	2%
Formen des zivilen Protests entwickeln und stärken	1	1%
Gesamt	158	100%

Tabelle 41: Übereinstimmung des Projektziels mit dem LAP-Zielen (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	98	62%
Nein	60	38%

Tabelle 42: Hauptprojekttypen (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	34	22%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	23	15%
Appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals)	17	11%
Aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit)	12	8%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	12	8%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	8	5%
Projekte zum Aufbau und Pflege von Netzwerken (Stadtteilkonferenzen, runde Tische, Aktionsbündnisse)	8	5%
Sportprojekte	8	5%
Trainingsprojekte (Sozialtrainings, Antiaggressions- und Antiaggressions- und Antigewalttrainings)	8	5%
Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen (lokale Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise)	7	4%
subjektorientiertes Projekt zur Erarbeitung von Wissen (Workshops, Lernwerkstätten)	7	4%
Beratungsprojekte (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	4	3%
Projekte zur Recherche historischer Sachverhalte (Geschichtswerkstätten, Zeitzeugeninterviews)	4	3%
Produktion von Arbeitshilfen (z.B. für Multiplikatoren, Schulen etc.)	3	2%
Projekte zur interkulturellen Öffnung von Institutionen	3	2%
Gesamt	158	100%

Tabelle 43: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Demokratie- und Toleranzerziehung“ (N=59)

	Häufigkeit	Prozent
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	8	14%
Aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit)	6	10%
Appellative Einzelsprachen (z.B. Infomaterialien, Internetseiten, Ausstellungen, Filmvorführungen, Festivals)	5	8%
Projekte zum Aufbau und Pflege von Netzwerken (Stadtteilkonferenzen, runde Tische, Aktionsbündnisse)	5	8%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	5	8%
Sportprojekte	5	8%
subjektorientiertes Projekt zur Erarbeitung von Wissen (Workshops, Lernwerkstätten)	5	8%
Trainingsprojekte (Sozialtrainings, Antiaggressions- und Antiaggressions- und Antigewalttrainings)	5	8%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	4	7%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	3	5%
Beratungsprojekte (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	2	3%
Projekte zur Recherche historischer Sachverhalte (Geschichtswerkstätten, Zeitzeugeninterviews)	2	3%
Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen (lokale Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise)	2	3%
Produktion von Arbeitshilfen (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	1	2%
Projekte zur interkulturellen Öffnung von Institutionen	1	2%
Gesamt	59	100%

Tabelle 44: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung“ (N=28)

	Häufigkeit	Prozent
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	11	39%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	7	25%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	2	7%
Sportprojekte	2	7%
Trainingsprojekte (Sozialtrainings, Antiaggressions- und Antiaggressions- und Antigewalttrainings)	2	7%
Beratungsprojekte (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	1	4%
Projekte zur interkulturellen Öffnung von Institutionen	1	4%
Appellative Einzelsprachen (z.B. Infomaterialien, Internet)	1	4%
subjektorientiertes Projekt zur Erarbeitung von Wissen (Workshops, Lernwerkstätten)	1	4%
Gesamt	28	100%

Tabelle 45: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft“ (N=22)

	Häufigkeit	Prozent
Appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internet)	6	27%
Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen (lokale Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise)	4	18%
Aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit)	2	9%
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	2	9%
Produktion von Arbeitshilfen (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	2	9%
Projekte zum Aufbau und Pflege von Netzwerken (Stadtteilkonferenzen, runde Tische, Aktionsbündnisse)	2	9%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	2	9%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	1	5%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	1	5%
Gesamt	22	100%

Tabelle 46: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Soziale Integration“ (N=20)

	Häufigkeit	Prozent
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	6	30%
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	4	20%
Aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit)	2	10%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	2	10%
Appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internet)	1	5%
Beratungsprojekte (z.B. für Multiplikatoren, zivilgesellschaftliche Akteure etc.)	1	5%
Projekte zum Aufbau und Pflege von Netzwerken (Stadtteilkonferenzen, runde Tische, Aktionsbündnisse)	1	5%
Projekte zur interkulturellen Öffnung von Institutionen	1	5%
Sportprojekte	1	5%
Trainingsprojekte (Sozialtrainings, Antiaggressions- und Antiaggressions- und Antigewalttrainings)	1	5%
Gesamt	20	100%

Tabelle 47: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Kulturelle und geschichtliche Identität“ (N=17)

	Häufigkeit	Prozent
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	5	29%
Appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internet)	3	18%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	3	18%
Projekte zur Recherche historischer Sachverhalte (Geschichtswerkstätten, Zeitzeugeninterviews)	2	12%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	2	12%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	1	6%
Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen (lokale Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise)	1	6%
Gesamt	17	100%

Tabelle 48: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Mensch“ (N=8)

	Häufigkeit	Prozent
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	3	38%
Aufsuchende zielgruppenspezifische Arbeit (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit)	2	25%
Appellative Einzelansprachen (z.B. Infomaterialien, Internet)	1	13%
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	1	13%
Fortbildung von Multiplikatoren/innen	1	13%
Gesamt	8	100%

Tabelle 49: Hauptprojekttyp bei Projekten mit dem Schwerpunkt „Interreligiöses Lernen“ (N=4)

	Häufigkeit	Prozent
Begegnungsprojekte (Multikulturelle Projekte)	1	25%
Kreativprojekte (Theaterprojekte, Medienprojekte etc.)	1	25%
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare)	1	25%
subjektorientiertes Projekt zur Erarbeitung von Wissen	1	25%
Gesamt	4	100%

Tabelle 50: Zahl der Teilnehmer/innen, die von den Projekten als Zielgröße genannt wird (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
bis zu 50 Teilnehmer/innen	39	25%
bis zu 200 Teilnehmer/innen	27	17%
bis zu 20 Teilnehmer/innen	21	13%
bis zu 100 Teilnehmer/innen	21	13%
bis zu 500 Teilnehmer/innen	21	13%
bis 10 Teilnehmer/innen	14	9%
bis zu 1500 Teilnehmer/innen	15	9%
Gesamt	158	100%

Tabelle 51: Aktionsgebiete, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Stadt	62	39%
Landkreis	40	25%
Stadtteil	24	15%
Keine Angabe	18	11%
Ort	10	6%
(Stadt-)Bezirk	3	2%
Mehrere Landkreise	1	1%
Gesamt	158	100%

Tabelle 52: Primäre Zielgruppe, auf die die Projekte ausgerichtet sind (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	53	34%
Kinder und jüngere Jugendliche	42	27%
Multiplikator(inn)en	20	13%
Migrant(inn)en	18	11%
Lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen	13	8%
Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagog(-inn)en	6	4%
Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zur Fremdenfeindlichkeit	6	4%
Gesamt	158	100%

Tabelle 53: Weitere Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N=158, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagog(-inn)en	55	35%
Migrant(inn)en	54	34%
Kinder und jüngere Jugendliche	44	28%
Multiplikator(inn)en	32	20%
Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	30	19%
Lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen	27	17%
Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zur Fremdenfeindlichkeit	14	9%
Gesamt	256	100%

Tabelle 54: Alter der Zielgruppen, auf die die Projekte primär ausgerichtet sind (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
13 – 18 Jahre	69	44%
28 – 55 Jahre	36	23%
7 – 12 Jahre	23	15%
19 – 27 Jahre	18	11%
Keine Angabe	9	6%
3 – 6 Jahre	2	1%
Ab 56 Jahre	1	1%
Gesamt	158	100%

Tabelle 55: Auswertungsverfahren der Evaluationsergebnisse der geförderten Projekte im Begleitausschuss; Nennungen der Koordinator/innen (N=83, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Bericht durch Projekte	61	73%
Diskussionsprozesse für die Fortschreibung des LAP	58	70%
Ergebnisberichte	52	63%
Paten- bzw. Mentorenmodell	36	43%
Workshops/Fachtagungen	33	40%
Sonstiges*	10	12%

*u.a. externe Projektbegleiterin (3), Publikationen (2), Projektmesen (2)

Tabelle 56: Stellenwert die Coachingangebote des Programms für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans; Nennung der Koordinator/innen (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Sehr wichtig	38	42%
Wichtig	31	34%
Eher wichtig	10	11%
Weniger wichtig	8	9%
Sehr unwichtig	2	2%
Unwichtig	1	1%
Gesamt	90	100%

Tabelle 57: Stellenwert die Coachingangebote des Programms für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans; Nennung der Begleitausschuss Vorsitzenden (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Sehr wichtig	32	36%
Wichtig	31	34%
Weniger wichtig	16	18%
Eher wichtig	10	11%
Unwichtig	1	1%
Gesamt	90	100%

Tabelle 58: Bereiche, in denen die Arbeit der Koordinator/innen durch den LAP Coach unterstützt wurde (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Übereinstimmung der Projektansätze mit den Zielen des LAP	64	71%
Nachhaltigkeit der LAP-Arbeit	61	68%
Evaluation des LAP	52	58%
Ausrichtung des LAP auf lokale Problemlagen	48	53%
Kooperation der Einzelprojekte untereinander	17	19%
Sonstiges*	14	16%
Gesamt	90	100%

u.a. Strategieentwicklung (4), Verwaltungs- und Verfahrensfragen (3), Austausch mit anderen LAP (2)
 ,Informationsvermittlung und Beratung allgemein (4)

Tabelle 59: Bereiche, in denen die Arbeit des Begleitausschusses durch den LAP-Coach unterstützt wurde (N=83, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Übereinstimmung der Projektansätze mit den Zielen des LAP	64	77%
Nachhaltigkeit der LAP-Arbeit	54	65%
Evaluation des LAP	51	61%
Ausrichtung des LAP auf lokale Problemlagen	50	60%
Kooperation der Einzelprojekte untereinander	17	21%
Sonstiges*	10	12%

*u.a. Austausch mit anderen LAP (3)

Tabelle 60: Beteiligte Partner bei der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Vereine	85	94%
Jugendamt	82	91%
Politik	81	90%
Träger der Jugendhilfe	78	87%
Träger der Jugend- und Sozialarbeit	78	87%
Polizei	73	81%
Schulen	67	74%
Kirchen	62	69%
Träger der außerschulischen Bildung	62	69%
Schulamt	61	68%
Verbände	61	68%
Bürgerinitiativen	60	67%
Wohlfahrtsverbände	58	64%
Träger der politischen Bildung	56	62%
religiöse Träger	56	62%
Zielgruppenvertreter/innen	55	61%
Integrationsbeauftragte/r	54	60%
Ordnungsamt	44	49%
Migranten(selbst)organisationen	44	49%
Bewohner/innen	41	46%
Stadtteilentwicklung	30	33%
Sozialamt	28	31%
Medien	27	30%
Quartiersmanagement	26	29%
Agentur für Arbeit/ARGE/Jobcenter	26	29%
Sonstige beteiligt	25	28%
Amt für Wirtschaftsförderung	20	22%
Betriebe/Unternehmen	18	20%
Flüchtlingsinitiativen	15	17%
Stiftungen	12	13%
Stadtplanungsamt	9	10%
Gesundheitsamt	7	8%
Wohnungsamt	3	3%

Tabelle 61: Weiterentwicklung der Problemanalyse in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans; Angabe der/s Vorsitzenden des Begleitausschusses (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
sehr stark weiterentwickelt	4	4%
stark weiterentwickelt	56	62%
etwas weiterentwickelt	26	29%
kaum weiterentwickelt	4	4%

Tabelle 62: Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion der am Begleitausschuss beteiligten Akteure in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans; Angabe der/s Vorsitzenden des Begleitausschusses (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
sehr stark weiterentwickelt	9	10%
stark weiterentwickelt	54	60%
etwas weiterentwickelt	23	26%
kaum weiterentwickelt	4	4%

Tabelle 63: Anzahl der nach Angaben der Koordinatoren im Jahr 2010 fortgesetzten Projekte (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Fortgesetzte Projekte	559	42%

Tabelle 64: Finanzierung der im Jahr 2010 fortgeführten Projekte (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Im Rahmen des LAP	322	58%
Durch Mischfinanzierung einschließlich des LAP	70	13%
Mit kommunalen Mitteln	60	11%
Durch Mischfinanzierung außerhalb des LAP	55	10%
Mit Drittmitteln	49	9%
Gesamt	559	100%

Tabelle 65: Integration der Erkenntnisse und Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne in kommunale Entwicklungskonzepte (N=63, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendhilfe-/Sozialplanung	43	68%
Konzepte der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendplan/Jugendpflege	31	49%
Integrationskonzept	28	44%
Gemeinwesenentwicklung/Stadt-, Regional-, Kreisentwicklung	27	43%
Konzept zur Förderung von Toleranz und Gewaltprävention	26	41%
Konzept zur Kooperation Jugendhilfe und Schule	26	41%
Soziale Stadt-Konzept und Stärken vor Ort	21	33%
Kita- und Schulentwicklung	15	24%
Leitbildentwicklung/Stadtmarketing	11	17%
Partizipationskonzept	9	14%
Sport- und Gesundheitsförderung	8	13%
Sonstiges	4	6%
Agenda-21-Prozesse	3	5%
Wirtschaft- und Tourismusförderung	3	5%

Tabelle 66: Bekanntheitsgrad des Lokalen Aktionsplans in der Öffentlichkeit (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ist sehr bekannt	17	19%
Ist etwas bekannt	68	76%
Ist kaum bekannt	5	6%
Gesamt	90	100%

Tabelle 67: Aufgeschlossenheit der lokalen Medien für den Lokalen Aktionsplan (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Sehr hoch	8	9%
Hoch	27	30%
Mittel	41	46%
Gering	14	16%
Gesamt	90	100%

Tabelle 68: Tenor der Berichterstattung der Medien über den Lokalen Aktionsplan oder die Einzelprojekte (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Sehr positiv	35	39%
Eher positiv	47	52%
Neutral	8	9%
Gesamt	90	100%

Tabelle 69: Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch die Koordinator/innen (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Internetauftritt	84	93%
Pressemitteilung	78	87%
Broschüre/Flyer	71	79%
Präsentation auf öffentlichen Veranstaltungen	67	74%
Artikel in Mitteilungsblättern	59	66%
Auftaktveranstaltung	58	64%
Plakate	57	63%
Pressekonferenz	38	42%
Öffentlichkeitsarbeit (gsub) Aktion im öffentlichen Raum (Infostand, etc.)	33	37%
Film/Videoclip	31	34%
Beitrag im (Lokal-)Radio	26	29%
Newsletter	22	24%
Beitrag im (Lokal-)Fernsehen	22	24%
CD-Rom	17	19%
Sonstiges*	12	13%
*u.a. Veranstaltungen in Form von Ausstellungen, Konzerten oder Projektmesse(8), Give-Aways (3)		

Tabelle 70: Umgesetzte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch Einzelprojekte (N=155, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Pressemitteilung	91	59%
Broschüre/Flyer	89	57%
Internetauftritt	82	53%
Präsentation auf öffentlichen Veranstaltungen	79	51%
Plakate	64	41%
Artikel in Mitteilungsblättern	63	41%
Aktion im öffentlichen Raum (Infostand, etc.)	54	35%
Auftaktveranstaltung	30	19%
Beitrag im (Lokal-)Radio	25	16%
Newsletter	21	14%
Film/Videoclip	20	13%
Beitrag im (Lokal-)Fernsehen	15	10%
Pressekonferenz	14	9%
Sonstiges*	14	9%
CD-Rom	11	7%
u.a. keine näher spezifizierten Veranstaltungen, Auftritte, Ausstellungen (7)		

Tabelle 71: Gremien, mit denen die Begleitausschussvorsitzenden auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Gremium/Netzwerk zu jugendspezifischen Themen	55	61%
Jugendhilfeplanung	48	53%
Gremium zur Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	46	51%
Gremium/Netzwerk zu anderen sozialen Fragestellungen	39	43%
Zusammenschluss freier Träger	36	40%
Gremium/Netzwerk zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	34	38%
Gremium/Netzwerk zu programmrelevanten Themen	32	36%
Keine Kooperation	10	11%
Sonstiges	3	3%

Tabelle 72: Kooperationsformen der Begleitausschüsse mit Mobilen Interventionsteams (N=40, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Zusammenarbeit bei Weiterentwicklung des LAP	26	65%
Mitglied eines Beratungsteams ist im Begleitausschuss vertreten	20	50%
Information oder Fortbildung des Begleitausschusses durch ein Beratungsteam	20	50%
Begleitausschuss gibt Beratungsteam lokale Informationen	15	38%
Begleitausschuss hat gezielt einen Beratungsauftrag erteilt	6	15%
Sonstiges	5	13%
Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	4	10%

Tabelle 73: Gremien, mit denen die Koordinator/innen auf lokaler Ebene kooperieren (N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	57	66%
Migration bzw. Integration	56	64%
Programmrelevante Themen	56	64%
Jugendspezifische Themen	51	59%
Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	51	59%
Jugendhilfeplanung	36	41%
Andere soziale Fragestellungen	33	38%
Zusammenschluss freier Träger	24	28%
Sonstiges	3	3%

Tabelle 74: Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem Ämternetzwerk (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Höchstens jährlich	23	26%
Höchstens halbjährlich	23	26%
Höchstens vierteljährlich	23	26%
Höchstens alle 2 Monate	10	11%
Häufiger als alle 2 Monate	11	12%
Gesamt	90	100%

Tabelle 75: Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem Begleitausschuss (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Höchstens jährlich	0	0%
Höchstens halbjährlich	4	4%
Höchstens vierteljährlich	24	27%
höchstens alle 2 Monate	33	37%
Häufiger als alle 2 Monate	29	32%
Gesamt	90	100%

Tabelle 76: Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit den Projekten (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Höchstens jährlich	11	12%
Höchstens halbjährlich	12	13%
Höchstens vierteljährlich	16	18%
Höchstens alle 2 Monate	6	7%
Häufiger als alle 2 Monate	45	50%
Gesamt	90	100%

Tabelle 77: Häufigkeit der Treffen der/s Koordinator/in mit dem federführenden Amt (N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Höchstens jährlich	23	26%
Höchstens halbjährlich	1	1%
Höchstens vierteljährlich	6	7%
Höchstens alle 2 Monate	6	7%
Häufiger als alle 2 Monate	54	60%
Gesamt	90	100%

Tabelle 78: Kooperation der Projekte mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Ja, es bestand eine Kooperation	96	61%
Nein, es bestand keine Kooperation	62	39%
Gesamt	158	100%

Tabelle 79: Art der Einrichtungen der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe, mit denen die Projekte kooperieren (N=96, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendamt	63	66%
Jugendfreizeiteinrichtung(en)	63	66%
Jugendverband/ -organisation (z.B. lokale Jugendfeuerwehr)	32	34%
Stadt- oder Kreisjugendring	30	31%
Wohlfahrtsverband (z.B. AWO, Diakonie)	21	22%
Einrichtung(en) der Kindertagesbetreuung	12	13%
Stationäre oder ambulante Angebote der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. Erziehungsberatungsstelle)	11	11%
Weitere Einrichtungen der KJH auf kommunaler Ebene, städtische Jugendpflege (3)	3	3%

Tabelle 80: Kooperation der Projekte mit anderen kommunalen Einrichtungen (N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Ja, es bestand eine Kooperation	104	66%
Nein, es bestand keine Kooperation	54	34%
Gesamt	158	100%

Tabelle 81: Art der kommunalen Einrichtungen, mit denen die Projekte kooperieren (N=104, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Allgemeinbildende Schule(n)	66	63%
Lokale Initiative(n) gegen Rechts	34	33%
Glaubensgemeinschaft (z.B. Moschee, Synagoge, Kirche)	32	31%
Weitere Einrichtungen auf kommunaler Ebene*	28	27%
Bildungsträger	26	25%
Sportverein	19	18%
Berufsbildende Schule(n)	18	17%
Migrantenselbstorganisation(en)	18	17%
Polizei, Gremium der Kriminalprävention	18	17%
Nachbarschaftsverein, Quartiersmanagement	14	13%
Museum, Gedenkstätte(n)	12	12%
Förderschule(n)	9	9%
Einrichtung(en) nach SGBII (ARGE, Jobcenter)	2	2%
u.a. Stadtverwaltung (13), Stadtbibliothek (2), Integrations- und Ausländerbehörde (4); Bildungsinstitution (3), Senioreneinrichtungen (3), Kunst und Kultur (3), Firmen (3)		

Tabelle 82: Gremien mit denen Projekte auf lokaler Ebene kooperieren (N=103, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	50	49%
Jugendspezifische Themen	45	44%
Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	44	43%
Programmrelevante Themen	28	27%
Zusammenschluss freier Träger	28	27%
Jugendhilfeplanung	19	18%
Andere soziale Fragestellungen	17	17%

Tabelle 83: Bewertung der Zielerreichung in einzelnen Handlungsdimensionen (Zusammengeführte Angaben der Koordinierungsstellen (N=90) und der Begleitausschüsse (N=90), Mittelwert der Bewertung: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht)

	Mittelwert	Standardabweichung
Kooperation zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure	2,07	0,64
Stabilisierung und Erweiterung bestehender Netzwerke	2,16	0,63
Schaffung neuer Netzwerke	2,24	0,66
Generierung von Wissen über die lokale Problemlage	2,24	0,55
Nachhaltigkeit	2,28	0,54
Bürgerbeteiligung	2,38	0,63
Gewinnung deutungsmächtiger Akteure	2,38	0,58
Öffentlichkeitsarbeit	2,4	0,62
Umsetzung von Gender-Mainstreaming	2,67	0,46
Zusammengefasste Zieldimensionen mit Gender-Gewichtung	2,29	0,45

Tabelle 84: Stellenwert der LAP-Strategie für Projekte und Zielerreichung (Mittelwert Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sehr hoher Stellenwert der LAP-Strategie	40	2,16
Hoher Stellenwert der LAP-Strategie	68	2,50
Eher hoher Stellenwert der LAP-Strategie	40	2,55
Eher geringer Stellenwert der LAP-Strategie	9	2,78
Geringer Stellenwert der LAP-Strategie	1	2,65
Gesamt	158	2,44

Tabelle 85: Weiterentwicklung der Konzept- und Strategiediskussion und Zielerreichung (Mittelwerte Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sehr starke Weiterentwicklung	9	1,81
Starke Weiterentwicklung	54	2,26
Etwas Weiterentwicklung	23	2,49
Kaum Weiterentwicklung	4	2,68
Gesamt	90	2,29

Tabelle 86: Bewertung der Kooperation mit dem Ämternetzwerk und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=89)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sehr gute Kooperation	25	2,12
Gute Kooperation	37	2,29
Befriedigende Kooperation	17	2,34
Ausreichende Kooperation	5	2,55
Ungenügende Kooperation	5	2,70
Insgesamt	89	2,29

Tabelle 87: Stellwert des Coaching und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung, Angaben der Koordinierungsstellen: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sehr wichtig	37	2,2
Wichtig	32	2,3
Eher wichtig	10	2,5
Weniger wichtig	8	2,6
Unwichtig	1	1,7
Sehr unwichtig	2	2,9
Insgesamt	90	2,3

Tabelle 88: Durch Coaching unterstützte Arbeitsbereiche (Angaben der Begleitausschüsse bzw. der Koordinierungsstellen, N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Durch Coach unterstützte Arbeitsbereiche der Begleitausschüsse		Durch Coach unterstützte Arbeitsbereiche der Koordinierungsstellen	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Übereinstimmung der Projektansätze mit den Zielen des LAP	65	73,9%	64	71,1%
Nachhaltigkeit der LAP-Arbeit	55	62,5%	61	67,8%
Evaluation des LAP	52	59,1%	52	57,8%
Ausrichtung des LAP auf lokale Problemlagen	50	56,8%	48	53,3%
Kooperation der Einzelprojekte untereinander	17	19,3%	17	18,9%
Sonstiges	10	11,4%	14	15,6%
Keine Unterstützung durch Coach	5	5,6%	2	2,2%

Tabelle 89: Zielerreichung und Kooperation mit Beratungsteams (Mittelwerte der Zielerreichung, Angaben der Begleitausschüsse (N=90) und Koordinierungsstellen (N=90): 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht,¹)

	Koordinierungsstelle		Begleitausschuss	
	Mittelwert	Häufigkeit	Mittelwert	Häufigkeit
Zusammenarbeit mit Mobilem Beratungsteam	2,15	46	2,10	40
Keine Zusammenarbeit mit Mobilem Beratungsteam	2,44	44	2,44	50

Tabelle 90: Formen der Zusammenarbeit des Begleitausschusses mit Mobilen Beratungsteams (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=Siehe zweite Spalte)

	Häufigkeit	Mittelwert
Mitglied eines Beratungsteams ist im Begleitausschuss vertreten	20	2,19
Information oder Fortbildung des Begleitausschusses durch ein Beratungsteam	20	2,01
Begleitausschuss hat gezielt einen Beratungsauftrag erteilt	6	1,70

Tabelle 91: Kooperation mit anderen LAP und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Begleitausschüsse: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)

	Häufigkeit	Mittelwert
Ja	38	2,16
Nein	52	2,39
Gesamt	90	2,29

¹ Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

Tabelle 92: Projektkooperation mit anderen Projekten aus „VIELFALT TUT GUT“ und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)

	Häufigkeit	Mittelwert
Ja	83	2,35
Nein	75	2,54
Gesamt	158	2,44

Tabelle 93: Projektkooperation und Zielerreichung: Aufschlüsselung nach Typ des Projektpartners (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=Siehe zweite Spalte)

	Häufigkeit	Mittelwert
Projekte aus anderen LAP	14	2,44
Projekte innerhalb des eignen LAP	75	2,33
Modellprojekte	14	2,19

Tabelle 94: Begleitung des Aktionsplans durch gesonderte Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstelle: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)

	Häufigkeit	Mittelwert
Ja, durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit	37	2,11
Ja, durch etwas Öffentlichkeitsarbeit	53	2,42
Nein, der LAP wird nicht gesondert durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet	0	-,--
Gesamt	90	2,29

Tabelle 95: Öffentliche Bekanntheit des LAP und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstelle: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=90)

	Häufigkeit	Mittelwert
LAP ist sehr bekannt	17	2,08
LAP ist etwas bekannt	68	2,31
LAP ist kaum bekannt	5	2,73
Gesamt	90	2,29

Tabelle 96: Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel und Zielerreichung (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel genannt	74	2,30
Sensibilisierung der Öffentlichkeit als ein Projektziel nicht genannt	84	2,57
Gesamt	158	2,44

Tabelle 97: Hauptprojektziele und generelle Zielerreichung der Projekte (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Projekte: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)

	Häufigkeit	Mittelwert
Sensibilisierung der Öffentlichkeit	23	2,16
Jugendliche in ihrer Kompetenz im Umgang mit Rechtsextremismus etc. stärken	39	2,37
Foren der Beteiligung entwickeln	10	2,42
Orte der Begegnung und des Austausches schaffen	20	2,44
Formen des zivilen Protests entwickeln und stärken	1	2,53
Vermittlung interkultureller Kompetenzen	25	2,55
Verhinderung/Bekämpfung sozialer Ausgrenzung	12	2,55
Stärkung politischer Teilhabe	17	2,61
Erarbeitung von themenspezifischen Bildungskonzepten für Multiplikatoren	8	2,64
Schaffung von Angeboten für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	3	2,88
Gesamt	158	2,44

Tabelle 98: Zufriedenheit mit jeweils genutzten Dienstleistungen der Regiestelle (Mittelwerte der Zielerreichung nach Angaben der Koordinierungsstellen: 1=Sehr gut, 5=Sehr schlecht, N=158)

	Häufigkeit	Mittelwert
Abrechnungsverfahren	78	1,4
Allgemeine Kommunikation u. Information	90	1,4
Antragsberatung	86	1,5
Coaching	87	1,5
Berichtswesen	85	1,8
Fachaustausch und Vernetzung	84	1,9
Fortbildung	67	2,0
Programmübergreifende Öffentlichkeitsarbeit	73	2,7

Tabelle 99: Wesentliche Verbesserung der Zielerreichung durch ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit gewidmetes Projekt (Angaben der Koordinierungsstelle, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja, wenn es dafür zusätzliche Fördermittel geben würde	66	73,3%
Ja, auch wenn es dafür keine zusätzlichen Fördermittel geben würde	8	8,9%
Nein, verbesserte Öffentlichkeitsarbeit ist nicht entscheidend	9	10,0%
Nein, vorhandene Ressourcen wären besser an anderer Stelle eingesetzt	7	7,8%
Gesamt	90	100,0%

Tabelle 100: Erkenntnisse aus der Evaluation schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	54	60%
Nein	36	40%
Gesamt	90	100%

Tabelle 101: Zentrale Hindernisse für Fortführung der integrierten Strategie (Ungestützte Antworten der Koordinierungsstellen in% der LAP, N=90, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Finanzielle Mittel und Ressourcen allgemein	68	75,6%
Personalkapazitäten	15	16,7%
Sonstige Hindernisse	9	10,0%
keine Hindernisse	8	8,9%
Zu wenig Unterstützung aus Politik und Verwaltung	6	6,7%
Konflikte und Kooperationsprobleme beteiligter Akteure	4	4,4%

Tabelle 102: Bereits erfolgte Einleitung konkreter Schritte zur Fortführung der integrierten lokalen Strategie im Anschluss an die Programmförderung (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	63	70%
Nein	27	30%
Gesamt	90	100%

Tabelle 103: Schriftliche Sicherung von Erkenntnissen aus Projekten (Angaben der Projekte, N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	122	77,2%
Nein	36	22,8%
Gesamt	158	100,0%

Tabelle 104: Fortführung von Projekten nach 2009 (Angabe der Projekte, N=158)

	Häufigkeit	Prozent
Keine Fortführung	78	49,4%
Fortführung im Rahmen des LAP	44	27,8%
Fortführung durch andere Förderquellen	18	11,4%
Fortführung durch Mischfinanzierungen einschließlich des LAP	10	6,3%
Fortführung durch Mischfinanzierungen außerhalb des LAP	7	4,4%
Fortführung durch eine kommunale Förderung	1	0,6%
Gesamt	158	100,0%

Tabelle 105: Ausreichende Zurkenntnisnahme der LAP-Ergebnisse durch kommunale Entscheidungsgremien (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	39	43,3%
Nein	8	8,9%
Kann ich nicht beurteilen	43	47,8%
Gesamt	90	100,0%

Tabelle 106: Positive Auswirkung des Aktionsplans auf die Bereitschaft von Bürger/innen zu Engagement und Beteiligung (Angabe der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja, in hohem Maß	17	18,9%
Ja, in gewissem Maß	60	66,7%
Nein, nicht wesentlich	13	14,4%
Gesamt	90	100,0%

Tabelle 107: Integration von Erkenntnissen und Ergebnissen der LAP in kommunale Entwicklungskonzepte (Angabe der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	63	70%
Nein	27	30%
Gesamt	90	100%

Tabelle 108: Kommunale Entwicklungskonzepte, in die LAP-Ergebnisse integriert werden (Angaben der Koordinierungsstellen aus LAP, deren Ergebnisse in kommunale Entwicklungskonzepte integriert wurden, N=63, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Jugendhilfe-/Sozialplanung	43	68,3%
Konzepte der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendplan/Jugendpflege	31	49,2%
Integrationskonzept	28	44,4%
Gemeinwesenentwicklung/Stadt-, Regional-, Kreisentwicklung	27	42,9%
Konzept zur Förderung von Toleranz und Gewaltprävention	26	41,3%
Konzept zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule	26	41,3%
Soziale Stadt-Konzept und Stärken vor Ort	21	33,3%
Kita- und Schulentwicklung	15	23,8%
Leitbildentwicklung/Stadtmarketing	11	17,5%
Partizipationskonzept	9	14,3%
Sport- und Gesundheitsförderung	8	12,7%
Sonstiges	4	6,3%
Wirtschaft- und Tourismusförderung	3	4,8%
Agenda-21-Prozesse	3	4,8%

Tabelle 109: Anregung von weiteren themenspezifischen Aktivitäten jenseits der LAP-geförderten Projekte (Angaben der Begleitausschüsse in %, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Ja	64	71,1%
Nein	26	28,9%
Gesamt	90	100,0%

Tabelle 110: Art der jenseits des LAP angeregten Aktivitäten (Angaben von Begleitausschüssen, die weitere Aktivitäten angeregt haben, N=64, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Teilnahme an der Initiative 'Orte der Vielfalt'	46	71,9%
Impulse für Weiterentwicklung der Jugendförderung/Jugendarbeit	41	64,1%
Aktionen gegen Rechtsextremismus	37	57,8%
Impulse für sozialräumliche Vernetzung/ Infrastrukturbildung	35	54,7%
Impulse im Schulbereich	34	53,1%
Fortbildungen/Vorträge	30	46,9%
Impulse für die Weiterentwicklung im Bereich Integration	27	42,2%
Vermittlung von Themen in die Politik	26	40,6%
Aufbau themenspezifischer Netzwerke	22	34,4%
Impulse im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements	21	32,8%
Sonstiges	2	3,1%
Einrichtung von Bürgerbüros	2	3,1%

Tabelle 111: Einschätzung der Aufgeschlossenheit lokaler Medien für den Aktionsplan und dessen Inhalte (Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)

	Häufigkeit	Prozent
Sehr hoch	8	8,9%
Hoch	27	30,0%
Mittel	41	45,6%
Gering	14	15,6%
Sehr gering	0	0,0%
Gesamt	90	100,00%

**Tabelle 112: Bewertung des Tenors der medialen Berichterstattung über den LAP
(Angaben der Koordinierungsstellen, N=90)**

	Häufigkeit	Prozent
Sehr positiv	35	38,9%
Eher positiv	47	52,2%
Neutral	8	8,9%
Eher negativ	0	0,0%
Sehr negativ	0	0,0%
Gesamt	90	100,0%

**Tabelle 113: Berichterstattungsintensität zu „VIELFALT TUT GUT“ im Zeitverlauf 2008-2009
(Häufigkeit der Berichterstattung, Pressedokumentation des Programms)**

	Print (N = 1874)	Internet (N=832)
Juli 2008	90	41
August 2008	107	40
September 2008	102	37
Oktober 2008	152	66
November 2008	170	59
Dezember 2008	133	49
Januar 2009	91	37
Februar 2009	82	21
März 2009	102	45
April 2009	71	40
Mai 2009	89	118
Juni 2009	79	46
Juli 2009	73	42
August 2009	73	26
September 2009	111	39
Oktober 2009	129	56
November 2009	134	48
Dezember 2009	86	22

**Tabelle 114: Vielfaltlabel oder LAP-Erwähnung auf Web-Seiten der öffentlichen Träger
(Stadt, Kreis etc.) (N=90)**

	Häufigkeit	Prozent
Erwähnung auf erster Seite	17	18,9%
Schwer zu finden (über Suchfunktion gefunden)	23	25,6%
Einfach zu finden (1-4 Klicks, inkl. Verlinkung zur LAP-Seite)	23	25,6%
Keine Erwähnung/nicht gefunden	27	30,0%
Gesamt	90	100,0%

Tabelle 115: Informationen zu Lokalen Aktionsplänen /“VIELFALT TUT GUT“ auf Homepages der öffentlichen Hand (N=63, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Erwähnung des LAP	49	77,8%
Erwähnung Ansprechpartner/ Kontakt/ Koordinierungsstelle	48	76,2%
Erwähnung der Programmziele	44	69,8%
Darstellung der Projekte	37	58,7%
Erwähnung der Mitglieder des Begleitausschusses	29	46,0%
Dokumentation Sachberichte/ Berichte alter Projekte	17	27,0%
Pressespiegel	12	19,0%
Dokumentation der Arbeitsergebnisse des BA	6	9,5%

Tabelle 116: Inhalte von LAP-bezogenen Homepages außerhalb öffentlicher Trägerschaft (N=77, Mehrfachnennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent
Erwähnung des Ansprechpartners	71	92,2%
Darstellung der Projekte	68	88,3%
Erwähnung der Programmziele	66	85,7%
Erwähnung des LAP	60	77,9%
Erwähnung der Mitglieder des Begleitausschusses	45	58,4%
Dokumentation von Sachberichten/Berichte alter Projekte	28	36,4%
Pressespiegel	23	29,9%
Dokumentation der Arbeitsergebnisse des BA	6	7,8%

Quantitativer Anhang für das DJI

Beschreibung der LAP-Strukturen und Steuerungsverfahren

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Begleiten die Koordinierungsstelle oder andere Akteure den LAP durch Öffentlichkeitsarbeit neben der bereits durch die Projekte geleisteten Öffentlichkeitsarbeit? (Angaben der Koordinierungsstellen)	Häufigkeit	Prozent
Ja, durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit	37	41,1%
Ja, durch etwas Öffentlichkeitsarbeit	53	58,9%
Gesamt	90	100%

Auf welche Weise wurde Öffentlichkeitsarbeit betrieben? (Mehrfachnennungen möglich, Angabe der Koordinierungsstelle)	Häufigkeit	Prozent
Artikel in Mitteilungsblättern	60	66,7%
Auftaktveranstaltung	59	65,6%
Beitrag im (Lokal-)Fernsehen	22	24,4%
Beitrag im (Lokal-)Radio	26	28,9%
Broschüre/Flyer	70	77,8%
CD-Rom	17	18,9%
Film/Videoclip	32	35,6%
Internetauftritt	84	93,3%
Newsletter	22	24,4%
Öffentlichkeitsarbeit (gsub) Aktion im öffentlichen Raum (Infostand, etc.)	33	36,7%
Plakate	56	62,2%
Präsentation auf öffentlichen Veranstaltungen	66	73,3%
Pressekonferenz	38	42,2%
Pressemitteilung	78	86,7%
Sonstiges *	12	13,3%
* Veranstaltungen in Form von Ausstellungen, Konzerten oder Projektmes- sen(8), Give-Aways (3), Internet- Medien, Berichte in Stadtvertretung, Veröffentlichung in Blättern und News- lettern von Vereinen		

Wie bekannt ist der LAP in der Öffentlichkeit? (Angaben der Koordinierungsstellen)	Häufigkeit	Prozent
Ist sehr bekannt	17	18,9%
Ist etwas bekannt	68	75,6%
Ist kaum bekannt	5	5,6%
Gesamt	90	100%

		Häufigkeit	Prozent
Könnte ein ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit des Aktionsplans gewidmetes Projekt dessen Zielerreichung wesentlich verbessern? (Angaben der Koordinierungsstellen)	Ja, auch wenn es dafür keine zusätzlichen Fördermittel geben würde	8	8,9%
	Ja, wenn es dafür zusätzliche Fördermittel geben würde	66	73,3%
	Nein, verbesserte Öffentlichkeitsarbeit ist nicht entscheidend	9	10,0%
	Nein, vorhandene Ressourcen wären besser an anderer Stelle	7	7,8%
	Gesamt	90	100,0%

		Häufigkeit	Prozent
Haben Sie Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um die Ziele, Inhalte und Ergebnisse Ihres Projektes bekannt zu machen? (Angaben der Projekte)	Ja	155	98,1%
	Nein	3	1,9%
	Gesamt	158	100%

		Häufigkeit	Prozent
Wie betreiben sie diese Öffentlichkeitsarbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=155)	Aktion im öffentlichen Raum (Infostand, etc.)	54	34,8%
	Artikel in Mitteilungsblättern	63	40,6%
	Auftaktveranstaltung	30	19,4%
	Beitrag im (Lokal-)Fernsehen	15	9,7%
	Beitrag im (Lokal-)Radio	25	16,1%
	Broschüre/Flyer	89	57,4%
	CD-Rom	11	7,1%
	Film/Videoclip	20	12,9%
	Internetauftritt	82	52,9%
	Newsletter	21	13,5%
	Plakate	64	41,3%
	Präsentation auf öffentlichen Veranstaltungen	79	51,0%
	Pressekonferenz	14	9,0%
	Pressemitteilung	91	58,7%
Sonstiges*	14	9,0%	
* Veranstaltungen, Auftritte, Ausstellungen (7), Give-Aways, Schülerzeitungsbeitrag			

Zusammensetzung und Aufgaben des Begleitausschusses

	Häufigkeit	Prozent
Agentur für Arbeit/ARGE/Jobcenter	15	16,7%
Amt für Wirtschaftsförderung	9	10,0%
Ausländerbehörde	13	14,4%
Gesundheitsamt	5	5,6%
Hauptamt	16	17,8%
Integrationsbeauftragte/r, Migrationsdienst bzw. -beauftragte/r	52	57,8%
Jugendamt	80	88,9%
Justizbehörde	2	2,2%
Kulturamt	23	25,6%
Ordnungsamt	18	20,0%
Polizei	49	54,4%
Schulamt	49	54,4%
Sozialamt	27	30,0%
Stadtplanungsamt/Quartiersmanagement/Sozialraum-, Regionalplanung	23	25,6%
Sonstige*	8	8,9%
*Gleichstellungsbeauftragte (3), Bürgermeisteramt (2), Bezirksamt, Kirchenamt, Verkehrsamt, Senatorische Dienststelle, Präventionsbeauftragter und Jugendkoordinator		

Welche Ämter sind in Ihrem Begleitausschuss vertreten? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)

	Häufigkeit	Prozent
Arbeitnehmerverbände/Gewerkschaften	18	20,0%
Beiräte (Integration, Ausländer, Gleichstellung, Senioren u.a.)	49	54,4%
Elternvertretung	18	20,0%
Jugendverbände	53	58,9%
Jugendvertretung (z.B. aus Kinder- und Jugendparlamenten, Schüler/Innenvertretungen, Studierendenvertretungen)	41	45,6%
Kirchen u.a. religiöse Gemeinschaften	66	73,3%
KITAS, Kindergärten, Schulen	37	41,1%
Medien	4	4,4%
Migranten(selbst)organisationen	38	42,2%
Politik (Parteien, Gemeinde- bzw. Stadträte, Vertreter des Kreises etc.)	69	76,7%
Sonstige Vereine	50	55,6%
Sportvereine/Sportbund	43	47,8%
Stiftungen	6	6,7%
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste/Katastrophenschutz (z.B. THW, Feuerwehr)	6	6,7%
Wohlfahrtsverbände	42	46,7%
Träger der Jugendhilfe ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände	50	55,6%
Vertreter/innen aus anderen themenverwandten Programmen (z.B. Landesprogramme für Demokratie und Toleranz, Stärken vor Ort, Xenos	20	22,2%
Weitere Bildungseinrichtungen (VHS, FH, Universitäten)	18	20,0%
Unterstützende Infrastruktureinrichtungen im Themenfeld des Programms (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen/RA	23	25,6%
Wirtschaft (Arbeitgeberverbände, Unternehmen etc.)	13	14,4%
Sonstiges*	9	10,0%
* Rechtsext.-(4) und Sicherheitsinitiativen(2); Quartiersmanagement; Minderheitenvertretung sowie Kooperations- und Bildungsprojekt		

Welche Organisationen, Vereine und Verbände sind in Ihrem Begleitausschuss vertreten? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)

	Häufigkeit	Prozent
Höchstrangige/r Vertreter/-in von Ämtern oder Kommune, der oder die in Ihrem Begleitausschuss aktiv und regelmäßig mitarbeitet Aus der Verwaltung (Angaben der Begleitausschüsse)		
Oberbürgermeister/in oder Landrät/rätin	11	12,2%
Bürgermeister/in oder Dezernent/in	27	30,0%
Fachbereichsleiter/in	14	15,6%
Amtsleiter/in oder Fachdienstleiter/in	25	27,8%
Abteilungs- oder Sachgebietsleiter/in	8	8,9%
Sachbearbeiter/in	5	5,6%
Gesamt	90	100%

Nennen Sie uns bitte den oder die höchstrangigen Vertreter/-in von Ämtern oder Kommune, der oder die in Ihrem Begleitausschuss aktiv ist und regelmäßig mitarbeitet. Aus der Politik: (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien des Bundes	2	2,2%
	Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien des Landes	3	3,3%
	Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien der Gemeinde/ des	62	68,9%
	Keine Vertreter/in aus parlamentarischen Gremien	18	20,0%
	Sonstiges*	3	3,3%
	keine Angabe	2	2,2%
	Gesamt	90	100,0%
	*Parlament. Gremien auf lokaler Ebene		

Könnte eine aktive Mitarbeit höherer Entscheidungsebenen von Ämtern und Kommunen im Begleitausschuss die Zielerreichung des Lokalen Aktionsplans wesentlich verbessern? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Ja, deutlich	13	14,4%
	Ja, etwas	29	32,2%
	Nein, kaum	44	48,9%
	Nein, keinesfalls	4	4,4%
Gesamt	90	100,0%	

Wie viele der geförderten Projekte sind durch Ihre Träger im Begleitausschuss vertreten? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Alle	3	3,3%
	Mehr als die Hälfte	14	15,6%
	Weniger als die Hälfte	66	73,3%
	Keine	7	7,8%
Gesamt	90	100,0%	

Gibt es Personen oder Akteure, die Ihrer Meinung nach im Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	44	48,9%
	Nein	46	51,1%
Gesamt	90	100,0%	

Wenn ja: Welche Akteure sollten vertreten sein? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse, N=44)		Häufigkeit	Prozent
	Akteure aus der Politik	7	15,9%
	Akteure aus Verwaltung	1	2,3%
	Akteure der Zivilgesellschaft	10	22,7%
	Jugendliche	24	54,5%
	Potentielle Träger von LAP-Projekten	0	0%
	Schule	12	27,3%
	Medienvertreter/innen	15	34,1%
	Wirtschaft/Unternehmen	20	45,5%
	Zielgruppenspezifische Zusammenschlüsse (z.B. Opfergruppen)	12	27,3%
	Sonstiges*	6	13,6%
	*Kirchen (4), Sport, Polizei und Streetworker		

Wie viele Mitglieder hat der Begleitausschuss derzeit? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	bis zu 10	5	5,6%
	11-15	35	38,9%
	16-20	35	38,9%
	über 20	15	16,7%
	Gesamt	90	100,0%

Wie viele Vertreter der Ämter sind im Begleitausschuss? (Angaben der Begleitausschüsse)		Gesamt	Mittelwert
	Anzahl der Vertreter	382	4

Wie viele Frauen sind im Begleitausschuss? (Angaben der Begleitausschüsse)		Gesamt	Mittelwert
	Anzahl der Frauen	688	8

Wie viele Jugendliche (bis 27 Jahren) sind im Begleitausschuss? (Angaben der Begleitausschüsse)		Gesamt	Mittelwert
	Anzahl der Jugendlichen	140	2

Ist mit der aktuellen Besetzung des Begleitausschusses das Spektrum der relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort abgedeckt? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Vollständig abgedeckt	8	8,9%
	Überwiegend abgedeckt	65	72,2%
	Ansatzweise abgedeckt	14	15,6%
	Nicht abgedeckt	3	3,3%
	Gesamt	90	100,0%

Sitzungsfrequenz und Schwerpunkte der Arbeit und Themen des Begleitausschusses

Mit welchen der folgenden Tätigkeitsbereiche war Ihr Begleitausschuss im vergangenen Jahr befasst? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Begleitung/Beratung einzelner Projekte	68	75,6%
	Begleitung/Monitoring der Umsetzung des LAP	62	68,9%
	Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort	56	62,2%
	Entscheidung über zu fördernde Projekte	87	96,7%
	Entwicklung eigener Aktivitäten des BA	30	33,3%
	Information über aktuelle Entwicklungen	61	67,8%
	Inhaltliche Beratung/Fortschreibung des LAP	74	82,2%
	Öffentlichkeitsarbeit	51	56,7%
	Sicherung der Zielsetzungen des Programms	55	61,1%
	Sicherung der Zielsetzungen Ihres LAP	72	80,0%
	Sonstiges*	5	5,6%
	*Patenschaft für Einzelprojekte (2), Treffen mit Zielgruppen, Vermittlung von Diversity-Kompetenzen in Projekten, Bundesprogramm "Stärken vor Ort"		

Bitte schätzen Sie näherungsweise den Prozentanteil dieser Tätigkeitsbereiche am Gesamtarbeitszeitvolumen des Begleitausschusses (Angaben der Begleitausschüsse)		Mittelwert des %-Anteils
	Begleitung/Beratung einzelner Projekte	12,5%
	Begleitung/Monitoring der Umsetzung des LAP	7,5%
	Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort	6,0%
	Entscheidung über zu fördernde Projekte	34,3%
	Entwicklung eigener Aktivitäten des BA	2,4%
	Information über aktuelle Entwicklungen	8,2%
	Inhaltliche Beratung/Fortschreibung des LAP	10,5%
	Öffentlichkeitsarbeit	5,4%
	Sicherung der Zielsetzungen des Programms	5,2%
	Sicherung der Zielsetzungen Ihres LAP	7,6%
	Sonstiges	0,5%

Gibt es Aufgabenbereiche, die der Begleitausschuss nicht ausreichend erfüllen konnte? (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	35	38,9%
	Nein	55	61,1%
	Gesamt	90	100,0%

Wenn ja, für welche vorrangigen Aufgabenbereiche würde der Begleitausschuss mehr Zeit/Ressourcen benötigen? (Mehrfachnennungen maximal 3, Angaben der Begleitausschüsse, N=35)		Häufigkeit	Prozent
	Begleitung/Beratung einzelner Projekte	12	34,3%
	Begleitung/Monitoring der Umsetzung des LAP	5	14,3%
	Einbindung weiterer Akteure und Vernetzung vor Ort	17	48,6%
	Entscheidung über zu fördernde Projekte	1	2,9%
	Entwicklung eigener Aktivitäten	19	54,3%
	Fortschreibung des LAP	7	20,0%
	Information über aktuelle Entwicklungen	6	17,1%
	Öffentlichkeitsarbeit	9	25,7%
	Sicherung der Zielsetzungen des Programms	2	5,7%
	Sicherung der Zielsetzungen Ihres LAP	3	8,6%
	Sonstiges*	3	8,6%
	*Sicherung der Nachhaltigkeit, inhaltliche Arbeit, Begleitung vor Ort		

Wie viel Zeit sollte in der Vorbereitung eines Lokalen Aktionsplans Ihres Erachtens zur Analyse der lokalen Problemlagen und zur Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie zur Verfügung stehen? (Angaben der Begleitausschüsse in Monaten)		Häufigkeit	Prozent
	1	2	2,2%
	2	6	6,7%
	3	23	25,6%
	4	5	5,6%
	5	1	1,1%
	6	33	36,7%
	7	1	1,1%
	8	2	2,2%
	9	4	4,4%
	12	10	11,1%
	20	1	1,1%
	keine Angabe	2	2,2%
Gesamt	90	100,0%	

Wie hat sich die Problemanalyse der am Begleitausschuss beteiligten Akteure in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans entwickelt?		Häufigkeit	Prozent
	sehr stark weiterentwickelt	4	4,4%
	stark weiterentwickelt	56	62,2%
	etwas weiterentwickelt	26	28,9%
	kaum weiterentwickelt	4	4,4%
Gesamt	90	100%	

Wie hat sich die Konzept- und Strategiediskussion der am Begleitausschuss beteiligten Akteure in der bisherigen Laufzeit des Lokalen Aktionsplans entwickelt?		Häufigkeit	Prozent
	sehr stark weiterentwickelt	9	10%
	stark weiterentwickelt	54	60%
	etwas weiterentwickelt	23	25,6%
	kaum weiterentwickelt	4	4,4%
Gesamt	90	100%	

In welcher Frequenz ist der Begleitausschuss im vergangenen Jahr zusammengekommen?		Häufigkeit	Prozent
	regelmäßig	68	75,6%
	bei Bedarf (unregelmäßig)	22	24,4%
	Gesamt	90	100,0%

Wie oft ist der Begleitausschuss im vergangenen Jahr zusammengekommen?		Häufigkeit	Prozent
	höchstens halbjährlich	4	4,4%
	höchstens vierteljährlich	27	30,0%
	höchstens alle 2 Monate	33	36,7%
	häufiger als alle 2 Monate	26	28,9%
Gesamt	90	100,0%	

Strategische Qualität des LAP

Zufriedenheit/Nützlichkeit

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, bin ich insgesamt mit dem LAP in meinem Fördergebiet (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel zufriedener	14	15,6%
	zufriedener	52	57,8%
	etwa gleich zufrieden	22	24,4%
	weniger zufrieden	2	2,2%
Gesamt	90	100,0%	

Meiner Einschätzung nach ist die geleistete Arbeit im Rahmen des LAP im Vergleich mit der geleisteten Arbeit in anderen Programmen oder Maßnahmen (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	9	10,0%
	besser	38	42,2%
	etwa gleich gut	42	46,7%
	schlechter	1	1,1%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Nutzen des LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	16	17,8%
	höher	44	48,9%
	etwa gleich hoch	29	32,2%
	geringer	1	1,1%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Erreichung der Zielgruppe im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	9	10,0%
	besser	44	48,9%
	etwa gleich gut	36	40,0%
	schlechter	1	1,1%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der LAP in meinem Fördergebiet hinsichtlich der Nachhaltigkeit nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	10	11,1%
	besser	43	47,8%
	etwa gleich gut	36	40,0%
	schlechter	1	1,1%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Öffentlichkeitsarbeit im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	7	7,8%
	besser	37	41,1%
	etwa gleich gut	41	45,6%
	schlechter	5	5,6%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Bürgerbeteiligung im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	11	12,2%
	besser	37	41,1%
	etwa gleich gut	37	41,1%
	schlechter	5	5,6%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Beteiligung einflussreicher Personen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	8	8,9%
	besser	38	42,2%
	etwa gleich gut	40	44,4%
	schlechter	4	4,4%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Etablierung von Kooperationen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	23	25,6%
	besser	41	45,6%
	etwa gleich gut	26	28,9%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Stabilisierung und Erweiterung bestehender Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	19	21,1%
	besser	45	50,0%
	etwa gleich gut	25	27,8%
	schlechter	1	1,1%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Schaffung neuer Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	15	16,7%
	besser	41	45,6%
	etwa gleich gut	32	35,6%
	schlechter	2	2,2%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Wissenszuwachs über die Problemlagen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	12	13,3%
	höher	42	46,7%
	etwa gleich hoch	36	40,0%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Umsetzung von Gender Mainstreaming im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	3	3,3%
	besser	18	20,0%
	etwa gleich gut	69	76,7%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, bin ich insgesamt mit dem LAP in meinem Fördergebiet (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel zufriedener	18	20,0%
	zufriedener	53	58,9%
	etwa gleich zufrieden	17	18,9%
	weniger zufrieden	2	2,2%
Gesamt	90	100,0%	

Meiner Einschätzung nach ist die geleistete Arbeit im Rahmen des LAP im Vergleich mit der geleisteten Arbeit in anderen Programmen oder Maßnahmen (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	11	12,2%
	besser	44	48,9%
	etwa gleich gut	35	38,9%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Nutzen des LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	17	18,9%
	höher	40	44,4%
	etwa gleich hoch	31	34,4%
	geringer	2	2,2%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Erreichung der Zielgruppe im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	14	15,6%
	besser	37	41,1%
	etwa gleich gut	37	41,1%
	schlechter	2	2,2%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der LAP in meinem Fördergebiet hinsichtlich der Nachhaltigkeit nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	13	14,4%
	besser	43	47,8%
	etwa gleich gut	32	35,6%
	schlechter	2	2,2%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Öffentlichkeitsarbeit im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	16	17,8%
	besser	34	37,8%
	etwa gleich gut	36	40,0%
	schlechter	4	4,4%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Bürgerbeteiligung im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	15	16,7%
	besser	34	37,8%
	etwa gleich gut	35	38,9%
	schlechter	6	6,7%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Beteiligung einflussreicher Personen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	12	13,3%
	besser	40	44,4%
	etwa gleich gut	36	40,0%
	schlechter	2	2,2%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Etablierung von Kooperationen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	21	23,3%
	besser	41	45,6%
	etwa gleich gut	26	28,9%
	schlechter	2	2,2%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Stabilisierung und Erweiterung bestehender Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	18	20,0%
	besser	37	41,1%
	etwa gleich gut	32	35,6%
	schlechter	3	3,3%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Schaffung neuer Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	18	20,0%
	besser	36	40,0%
	etwa gleich gut	31	34,4%
	schlechter	5	5,6%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Wissenszuwachs über die Problemlagen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	14	15,6%
	höher	44	48,9%
	etwa gleich hoch	31	34,4%
	geringer	1	1,1%
Gesamt	90	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Umsetzung von Gender Mainstreaming im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	7	7,8%
	besser	22	24,4%
	etwa gleich gut	61	67,8%
	Gesamt	90	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, bin ich insgesamt mit dem LAP in meinem Fördergebiet (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel zufriedener	24	15,2%
	zufriedener	81	51,3%
	etwa gleich zufrieden	47	29,7%
	weniger zufrieden	6	3,8%
Gesamt	158	100,0%	

Meiner Einschätzung nach ist die geleistete Arbeit im Rahmen des LAP im Vergleich mit der geleisteten Arbeit in anderen Programmen oder Maßnahmen (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	21	13,3%
	besser	58	36,7%
	etwa gleich gut	79	50,0%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Nutzen des LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	27	17,1%
	höher	68	43,0%
	etwa gleich hoch	60	38,0%
	geringer	3	1,9%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Erreichung der Zielgruppe im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	18	11,4%
	besser	65	41,1%
	etwa gleich gut	75	47,5%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der LAP in meinem Fördergebiet hinsichtlich der Nachhaltigkeit nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	21	13,3%
	besser	62	39,2%
	etwa gleich gut	69	43,7%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Öffentlichkeitsarbeit im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	14	8,9%
	besser	70	44,3%
	etwa gleich gut	65	41,1%
	schlechter	8	5,1%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Bürgerbeteiligung im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	15	9,5%
	besser	53	33,5%
	etwa gleich gut	79	50,0%
	schlechter	10	6,3%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Beteiligung einflussreicher Personen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	17	10,8%
	besser	46	29,1%
	etwa gleich gut	81	51,3%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Etablierung von Kooperationen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	20	12,7%
	besser	65	41,1%
	etwa gleich gut	68	43,0%
	schlechter	5	3,2%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Stabilisierung und Erweiterung bestehender Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	22	13,9%
	besser	70	44,3%
	etwa gleich gut	63	39,9%
	schlechter	3	1,9%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Schaffung neuer Netzwerke im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	16	10,1%
	besser	75	47,5%
	etwa gleich gut	60	38,0%
	schlechter	6	3,8%
	viel schlechter	1	0,6%
Gesamt	158	100,0%	

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist der Wissenszuwachs über die Problemlagen im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel höher	13	8,2%
	höher	76	48,1%
	etwa gleich hoch	64	40,5%
	geringer	5	3,2%
	Gesamt	158	100,0%

Im Vergleich mit anderen Programmen oder Maßnahmen, die ich kenne, ist die Umsetzung von Gender Mainstreaming im LAP in meinem Fördergebiet nach meiner Einschätzung (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	viel besser	6	3,8%
	besser	26	16,5%
	etwa gleich gut	123	77,8%
	schlechter	3	1,9%
	Gesamt	158	100,0%

Grad der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure / Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

	Häufigkeit	Prozent	
Welchen Beitrag leistet das Ämternetzwerk für die Umsetzung des LAP in Ihrem Fördergebiet? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Koordinierungsstellen)	Administration/Verwaltung des LAP	20	22,2%
	Beratung bei der Erschließung weiterer Fördermittel	19	21,1%
	Beratung von Trägern	20	22,2%
	Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen (Räume, Technik etc.)	55	61,1%
	Bereitstellung von Personalressourcen	24	26,7%
	Beteiligung am Begleitausschuss	72	80,0%
	Ermöglichung von Kontakten und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Projekten und Trägern	46	51,1%
	Eröffnung von Zugängen zu kommunalpolitischen Strukturen	66	73,3%
	Strategieentwicklung hinsichtlich der formulierten Problemlagen für die unterschiedlichen Ressorts	34	37,8%
	Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit	31	34,4%
	Vermittlung der LAP-spezifischen Themen und Infos aus dem Begleitausschuss in die Ämter	55	61,1%
	Vorauswahl von Projekten	15	16,7%
	Sonstiges*	3	3,3%
	*Projektpatenschaften, Arbeit an Nachhaltigkeitskonzept von Projekten, Einbringung zu LAP-Fortschreibung		

	Häufigkeit	Prozent
Arbeitnehmerverbände/Gewerkschaften	18	20,0%
Beiräte (Integration, Ausländer, Gleichstellung, Senioren u.a.)	49	54,4%
Elternvertretung	18	20,0%
Jugendverbände	53	58,9%
Jugendvertretung (z.B. aus Kinder- und Jugendparlamenten, Schüler/innenvertretungen, Studierendenvertretungen)	41	45,6%
Kirchen u.a. religiöse Gemeinschaften	66	73,3%
KITAS, Kindergärten, Schulen	37	41,1%
Medien	4	4,4%
Migranten(selbst)organisationen	38	42,2%
Politik (Parteien, Gemeinde- bzw. Stadträte, Vertreter des Kreises etc.)	69	76,7%
Sonstige Vereine	50	55,6%
Sportvereine/Sportbund	43	47,8%
Stiftungen	6	6,7%
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste/Katastrophenschutz (z.B. THW, Feuerwehr)	6	6,7%
Wohlfahrtsverbände	42	46,7%
Träger der Jugendhilfe ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände	50	55,6%
Vertreter/innen aus anderen themenverwandten Programmen (z.B. Landesprogramme für Demokratie und Toleranz, Stärken vor	20	22,2%
Weitere Bildungseinrichtungen (VHS, FH, Universitäten)	18	20,0%
Unterstützende Infrastruktureinrichtungen im Themenfeld des Programms (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen/RA	23	25,6%
Wirtschaft (Arbeitgeberverbände, Unternehmen etc.)	13	14,4%
Sonstige*	9	10,0%
*Rechtsext.-(4) und Sicherheitsinitiativen(2); Quartiersmanagement; Minderheitenvertretung sowie Kooperations- und Bildungsprojekt		

Welche Organisationen, Vereine und Verbände sind in Ihrem Begleitausschuss vertreten? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)

Welche dieser Netzwerke/Gremien sind in den aktuellen LAP eingebunden? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Aktionsbündnisse gegen Rechts	54	60,7%
	Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 SGB VIII	24	27,0%
	Ämternetzwerke	71	79,8%
	Bürgerinitiativen	35	39,3%
	Netzwerke bestimmter Akteursgruppen/Runde Tische	49	55,1%
	Präventionsräte	38	42,7%
	Internationale Bündnisse	2	2,2%
	Sicherheitskonferenz	5	5,6%
	Sozialraumteams/Stadtteilforen bzw. Stadtteilkonferenzen	28	31,5%
	überregionale Initiativen	10	11,2%
	Sonstige*	4	4,5%
	*Integrationsgremium (2), Landeszentrale für politische Bildung und "Treffpunkt Ehrenamt"		

Relevante Umsetzungsbedingungen: lokale Netzwerke

Kooperiert die Koordinierungsstelle mit Gremien und Netzwerken auf lokaler Ebene? (Angaben der Koordinatoren)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	87	96,7%
	Nein	3	3,3%
	Gesamt	90	100,0%

Wenn Ja, was sind die Schwerpunkte dieser Gremien und Netzwerke? (Mehrfachnennungen, Angaben der Koordinatoren, N=87)		Häufigkeit	Prozent
	Andere soziale Fragestellungen	33	37,9%
	Jugendhilfeplanung	36	41,4%
	Jugendspezifische Themen	51	58,6%
	Migration bzw. Integration	56	64,4%
	Programmrelevante Themen	56	64,4%
	Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	51	58,6%
	Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	57	65,5%
	Zusammenschluss freier Träger	24	27,6%
	Sonstiges*	3	3,4%
*Entwicklung eines integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes. Kriminalprävention, Sozialraumorientierung			

Mit welchen der nachfolgenden Gremien/Netzwerken auf lokaler Ebene kooperieren Sie als Vorsitzende/r bzw. Ansprechpartner/in des Begleitausschusses? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Keine Kooperation	10	11,1%
	Gremium zur Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	46	51,1%
	Gremium/Netzwerk zu anderen sozialen Fragestellungen	39	43,3%
	Gremium/Netzwerk zu jugendspezifischen Themen	55	61,1%
	Gremium/Netzwerk zu programmrelevanten Themen	32	35,6%
	Gremium/Netzwerk zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	34	37,8%
	Jugendhilfeplanung	48	53,3%
	Zusammenschluss freier Träger	36	40,0%
	Sonstiges*	3	3,3%
	*Sportverein; Jugendfeuerwehr und Gemeinderat		

Kooperierte Ihr Projekt mit Gremien oder Netzwerken auf lokaler Ebene? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	103	65,2%
	Nein	55	34,8%
	Gesamt	158	100,0%

Wenn ja: Was sind die Schwerpunkte dieser Gremien oder Netzwerke? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=103)		Häufigkeit	Prozent
	andere soziale Fragestellungen	17	16,5%
	Jugendhilfeplanung	19	18,4%
	jugendspezifische Themen	45	43,7%
	programmrelevante Themen	28	27,2%
	Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements	44	42,7%
	Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure	50	48,5%
Zusammenschluss freier Träger	28	27,2%	

Relevante Umsetzungsbedingungen: Rolle der Regelstrukturen

Bestand in Ihrem Projekt eine Kooperation mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja, es bestand eine Kooperation	96	60,8%
	Nein, es bestand keine Kooperation	62	39,2%
	Gesamt	158	100%

Wenn ja: Um welche Einrichtung handelt es sich hierbei? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=96)		Häufigkeit	Prozent
	Einrichtung(en) der Kindertagesbetreuung	12	12,5%
	Jugendamt	63	65,6%
	Jugendfreizeiteinrichtung(en)	63	65,6%
	Jugendverband/ -organisation (z.B. lokale Jugendfeuerwehr)	32	33,7%
	Stadt- oder Kreisjugendring	30	31,3%
	Stationäre oder ambulante Angebote der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. Erziehungsberatungsstelle)	11	11,5%
	Wohlfahrtsverband (z.B. AWO, Diakonie)	21	21,9%
	Weitere Einrichtungen der KJH auf kommunaler Ebene	3	3,1%

In welcher Weise haben Sie kooperiert? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=96)		Häufigkeit	Prozent
	Abstimmung von Maßnahmen	67	69,8%
	Bereitstellung von Dienstleistungen (z.B. Zugang zu Zielgruppen, Fortbildungen)	48	50,0%
	Bereitstellung von Infrastruktur	49	51,0%
	Fachliche Beratung/ Qualifizierung durch das Projekt	35	36,5%
	Gemeinsame Durchführung von Aktivitäten	63	65,6%
	Informationsaustausch/ fachlicher Austausch	61	63,5%
	Kofinanzierung	14	14,6%
	Überführung des Projektes in die Regelförderung	4	4,2%
Verbreitung von Projektinhalten und -ergebnissen	48	50,0%	

Bestand in Ihrem Projekt eine Kooperation mit anderen kommunalen Einrichtungen? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja, es bestand eine Kooperation	104	65,8%
	Nein, es bestand keine Kooperation	54	34,2%
	Gesamt	158	100,0%

Wenn ja: Um welche Einrichtung handelt es sich hierbei? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=104)		Häufigkeit	Prozent
	Allgemeinbildende Schule(n)	66	63,5%
	Berufsbildende Schule(n)	18	17,3%
	Bildungsträger	26	25,0%
	Einrichtung(en) nach SGBII (ARGE, Jobcenter)	2	1,9%
	Förderschule(n)	9	8,7%
	Glaubensgemeinschaft (z.B. Moschee, Synagoge, Kirche)	32	30,8%
	Lokale Initiative(n) gegen Rechts	34	32,7%
	Migrantenselbstorganisation(en)	18	17,3%
	Museum, Gedenkstätte(n)	12	11,5%
	Nachbarschaftsverein, Quartiersmanagement	14	13,5%
	Polizei, Gremium der Kriminalprävention	18	17,3%
	Sportverein	19	18,3%
	Weitere Einrichtungen auf kommunaler Ebene*	28	26,9%
	*Stadtverwaltung (13), Stadtbibliothek (2), Integrations- und Ausländerbehörde (4); Bildungsinstitution (3), Senioreneinrichtungen (3), Kunst und Kultur (3), Firmen (3)		

In welcher Weise haben Sie kooperiert? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=104)		Häufigkeit	Prozent
	Abstimmung von Maßnahmen	66	63,5%
	Bereitstellung von Dienstleistungen (z.B. Zugang zu Zielgruppen, Fortbildungen)	63	60,6%
	Bereitstellung von Infrastruktur	49	47,1%
	Fachliche Beratung/ Qualifizierung durch das Projekt	33	31,7%
	Gemeinsame Durchführung von Aktivitäten	74	71,2%
	Informationsaustausch/ fachlicher Austausch	57	54,8%
	Kofinanzierung	11	10,6%
	Überführung des Projektes in die Regelförderung	2	1,9%
	Verbreitung von Projektinhalten und -ergebnissen	53	51,0%

Controlling

Wie wurden die Projekte nach Ihrem Wissen evaluiert? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	In der Regel durch Selbstevaluation der Projekte	55	61,1%
	In der Regel durch zentrale Maßnahmen des LAP	32	35,6%
	In der Regel durch andere Formen der externen Evaluation	3	3,3%
Gesamt	90	100,0%	

Wurden die Ergebnisse der Evaluation der Projekte im Begleitausschuss ausgewertet? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	83	92,2%
	Nein	7	7,8%
	Gesamt	90	100,0%

Falls Ja: In welcher Form geschah das? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=83)		Häufigkeit	Prozent
	Bericht durch Projekte	61	73,5%
	Diskussionsprozesse für die Fortschreibung des LAP	58	69,9%
	Ergebnisberichte	52	62,7%
	Paten- bzw. Mentorenmodell	36	43,4%
	Workshops/Fachtagungen	33	39,8%
	Sonstiges*	10	12,0%
*Externe Projektbegleiterin (3), Publikationen (2), Projektmesse (2), Stärken-Schwächen-Analyse, Diskussion des Ergebnisberichts, keine ausführliche Evaluation			

Wurden die Erkenntnisse aus der Evaluation für eine Weiterverwendung schriftlich festgehalten und zugänglich gemacht? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	54	60,0%
	Nein	36	40,0%
	Gesamt	90	100,0%

Nachhaltigkeit der Projektarbeit und Kenntnisse der Projekte über LAP

Wie viele Projekte wurden im vergangenen Förderjahr (2009) in Ihrem LAP gefördert? (Angaben der Koordinierungsstellen)		Mittelwert
	Anzahl	15

	Mittelwert	%-Anteil
Wie viele Projekte werden nach Ihrem Wissen in 2010 fortgesetzt? (Angaben der Koordinierungsstellen)	6	41,8%

Anteil genehmigter Projekte (im Verhältnis zu eingegangenen Projektanträgen, Angaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	bis 50%	15	16,7%
	51-75%	23	25,6%
	76-100%	52	57,8%
Gesamt	90	100,0%	

		Mittelwert
Zahl der für das Förderjahr 2009 eingegangenen Projektanträge (Angaben der Begleitausschüsse)	Anzahl	21

Ist Ihr Projekt nach 2009 fortgeführt worden? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	77	48,7%
	Nein	81	51,3%
	Gesamt	158	100,0%

Wenn ja: Es wurde fortgeführt... (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	im Rahmen des LAP	43	55,8%
	durch eine kommunale Förderung	1	1,3%
	durch andere Förderquellen	17	22,1%
	durch Mischfinanzierung einschließlich des LAP	10	13,0%
	durch Mischfinanzierung außerhalb des LAP	6	7,8%
	Gesamt	77	100,0%

Wie schätzen Sie Ihr eigenes Wissen über die Akteure Ihres LAP ein? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	hoch	79	50%
	mittel	68	43%
	gering	11	7%
	Gesamt	158	100%

Wie schätzen Sie Ihr eigenes Wissen über die Projekte Ihres LAP ein? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	hoch	77	48,7%
	mittel	73	46,2%
	gering	8	5,1%
	Gesamt	158	100%

Wie schätzen Sie Ihr eigenes Wissen über die Strukturen Ihres LAP ein? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	hoch	76	48,1%
	mittel	70	44,3%
	gering	12	7,6%
	Gesamt	158	100%

Wie schätzen Sie Ihr eigenes Wissen über die Ziele Ihres LAP ein? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	hoch	105	66,5%
	mittel	49	31%
	gering	4	2,5%
	Gesamt	158	100%

Kooperation zwischen Programmteilen

Haben Sie mit anderen LAP kooperiert? (Angaben der Koordinierungsstellen)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	61	67,8%
	Nein	29	32,2%
	Gesamt	90	100,0%

Haben Sie im Rahmen des LAP mit Modellprojekten des Programms „Vielfalt tut gut“ oder Aktiven des Programms „kompetent. für Demokratie“ kooperiert? (Angaben der Koordinierungsstellen)		Häufigkeit	Prozent
	Ja, mit einem oder mehreren Modellprojekten	31	34,4%
	Ja, mit einem oder mehreren Mobilen Beratungsteams	45	50,0%
	Ja, mit dem landesweiten Beratungsnetzwerk	33	36,7%
	Ja, mit der Landeskoordinierungsstelle des Programms „kompetent. für Demokratie“	28	31,1%
Nein	29	32,2%	

Kennen Sie in Ihrem Fördergebiet Modellprojekte, die aus dem Programm „Vielfalt tut gut“ gefördert werden? (Abgaben der Begleitausschüsse)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	56	62,2%
	Nein	34	37,8%
	Gesamt	90	100,0%

Wenn ja, gibt es zwischen Ihnen und einem oder mehreren Modellprojekten einen fachlichen Austausch? (Angaben der Begleitausschüsse, N=56)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	38	67,9%
	Nein	18	32,1%
	Gesamt	56	100%

Haben Sie mit einem oder mehreren Projekten im Programm "Vielfalt tut gut" kooperiert? (Angaben der Projekte)		Häufigkeit	Prozent
	Ja	83	52,5%
	Nein	75	47,5%
	Gesamt	158	100,0%

Wenn ja: Um was für Projekte handelt es sich? (Mehrnennungen möglich, Angaben der Projekte, N=83)		Häufigkeit	Prozent
	Projekte innerhalb des eignen LAPs	75	90,4%
	Projekte aus anderen LAPs	14	16,9%
	Modellprojekte	14	16,9%

Einschätzung der Leistungen der Regiestelle gsub

		Häufigkeit	Prozent
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf das Abrechnungsverfahren? (Angaben der Koordinierungsstelle)	sehr zufrieden	54	60,0%
	eher zufrieden	19	21,1%
	eher unzufrieden	5	5,6%
	sehr unzufrieden	0	0,0%
	kann ich nicht beurteilen	12	13,3%
	Gesamt	90	100,0%

		Häufigkeit	Prozent
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf die Allgemeine Kommunikation und Information? (Angaben der Koordinierungsstelle)	sehr zufrieden	57	63,3%
	eher zufrieden	33	36,7%
	eher unzufrieden	0	0,0%
	sehr unzufrieden	0	0,0%
	kann ich nicht beurteilen	0	0,0%
	Gesamt	90	100,0%

		Häufigkeit	Prozent
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf die Antragsberatung? (Angaben der Koordinierungsstelle)	sehr zufrieden	47	52,2%
	eher zufrieden	38	42,2%
	eher unzufrieden	0	0,0%
	sehr unzufrieden	1	1,1%
	kann ich nicht beurteilen	4	4,4%
	Gesamt	90	100,0%

		Häufigkeit	Prozent
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf das Berichtswesen? (Angaben der Koordinierungsstelle)	sehr zufrieden	28	31,1%
	eher zufrieden	46	51,1%
	eher unzufrieden	10	11,1%
	sehr unzufrieden	1	1,1%
	kann ich nicht beurteilen	5	5,6%
	Gesamt	90	100,0%

		Häufigkeit	Prozent
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf das Coaching? (Angaben der Koordinierungsstelle)	sehr zufrieden	51	56,7%
	eher zufrieden	29	32,2%
	eher unzufrieden	4	4,45%
	sehr unzufrieden	3	3,3%
	kann ich nicht beurteilen	3	3,3%
	Gesamt	90	100,0%

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf den Fach- austausch und die Vernetzung? (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	sehr zufrieden		26
eher zufrieden		46	51,1%
eher unzufrieden		10	11,1%
sehr unzufrieden		2	2,2%
kann ich nicht beurteilen		6	6,7%
Gesamt		90	100,0%

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf die Fortbildung? (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	sehr zufrieden		12
eher zufrieden		42	46,7%
eher unzufrieden		11	12,2%
sehr unzufrieden		2	2,2%
kann ich nicht beurteilen		23	25,6%
Gesamt		90	100,0%

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regiestelle gsub im Bezug auf die Programmübergreifende Öffentlichkeitsarbeit? (Angaben der Koordinierungsstelle)		Häufigkeit	Prozent
	sehr zufrieden		8
eher zufrieden		25	27,8%
eher unzufrieden		24	26,7%
sehr unzufrieden		16	17,8%
kann ich nicht beurteilen		17	18,9%
Gesamt		90	100,0%

Qualitativer Anhang für das DJI

Weitere Ergebnisse zu den nachfolgenden Themenbereichen finden sich außerdem, im Jahresbericht 2010 in dem Kapitel zu Stand und Entwicklung der Lokalen Aktionspläne und im Kapitel zu Antrags- und Abrechnungsverfahren.¹

1. Aufgaben und Funktionen des Ämternetzwerks

Die zentralen Aufgaben und Funktionen des Ämternetzwerkes wurden im 1. Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung festgehalten. Es wurde festgestellt, dass drei Entstehungstypen von Ämternetzwerken unterschieden werden können. Bei dem ersten Typ wurde auf bereits bestehende Netzwerke in der Verwaltung oder Steuerungsgruppen zurückgegriffen, bei dem zweiten Typ wurden gezielt Ämtervertreter/innen für die Installation eines Netzwerkes ausgewählt, und bei dem dritten findet eine Vernetzung nur über die Einbeziehung von Ämtervertreter/innen in den Begleitausschuss statt.

Es hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Ämternetzwerke eine Dienstleistungsfunktion übernimmt: Erstens stellen sie verwaltungseigene Ressourcen für die Einzelprojekte zur Verfügung und zweitens bringen sie fachliches Know-how und verwaltungsspezifische Informationen in den Lokalen Aktionsplan ein.

„Also auch als Ämternetzwerk haben wir da eigentlich recht gut agiert. Also ich hatte, habe das Gefühl gehabt, dass auch jeder wirklich fachpolitisch zum Zuge gekommen ist. Also sei es die Beauftragte für Menschen mit Behinderung, die Frauenbeauftragte, also jeder konnte fachpolitisch auch noch mal sein Anliegen, sein Wissen weitergeben.“ (14B_88 – 101)

Daneben agiert das Ämternetzwerk für einige Lokale Aktionspläne als ein strategisches Gremium, um Zugänge zu bestimmten Institutionen zu schaffen, die für die Außenwirkung und Zielgruppenerreichung des Aktionsplans von Bedeutung sind. Hierzu gehört etwa der Kontakt zu den Schulbehörden, den KiTas, zu Kirchenämtern und zu der Polizei.

„Ich sage mal, mit den Hauptansprechpartnern wie Schulen oder Polizei oder Kindertagesstätten, da sind wir auf vielfältiger Ebene ständig im Austausch ... Im Rahmen der Präventionsarbeit, da nutzt man das natürlich, diese Netzwerke, die ja schon bestehen, nutzt man dann auch für diese Arbeit.“ (3B_495)

In den untersuchten Lokalen Aktionsplänen wirken die Ämternetzwerke somit auf mehreren Ebenen unterstützend und flankierend an dem Entwicklungsprozess eines Aktionsplans mit. Wenn Ämtervertreter/innen eine aktive Rolle bei der Projektauswahl einnehmen, sei es durch Empfehlungen oder durch direkte Mitarbeit im Begleitausschuss, kommt ihnen unter Umständen auch ein gestalterisches Potential zu (vgl. 5.2 in diesem Bericht). In Ausnahmefällen übernehmen die federführenden Ämter in Kooperation mit der Koordinierungsstelle auch eine exponierte Position bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Prioritätensetzung des Lokalen Aktionsplans. Andersherum werden jedoch Entwicklungen in den Verwaltungen selbst als Folgen der Mitarbeit am Lokalen Aktionsplan beschrieben. Teilweise wird infolge einer aktiven Beteiligung von einer nun verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Ressorts berichtet.

„Es ist gut gelungen, die Kollegen auch innerhalb der Verwaltung so einzubinden, dass sie den Eindruck hatten, sie können hier intensiv mitreden und mitgestalten. Das ist, glaube ich, wirklich gut gelungen.“ (19B_201)

Mehrfach wird berichtet, dass sich die Auseinandersetzung mit konkreten Themenfeldern des Lokalen Aktionsplans auf die Kommunikationskultur in der Verwaltung ausgewirkt hat. Die Arbeit im Ämternetzwerk trägt zu einer Sensibilisierung bei, die letztlich zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den jeweiligen Problemlagen führt.

¹ Vgl. Kapitel 5.6.2 in diesem Bericht.

2. Rolle des Ämternetzwerks bei der Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne

Wie bereits das vorhergehende Kapitel nahelegt, ist der Einfluss der Ämternetzwerke auf die inhaltliche Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne als eher gering einzuschätzen. Ein Koordinator sieht die Schwierigkeiten, die verschiedenen Ämter für die inhaltliche Gestaltung zu gewinnen, auch in einem Mangel an partizipativer Kultur in der Verwaltung begründet:

„Was nicht geklappt hat...dass das Ämternetzwerk ein strategisches Instrument ist, im Sinne von ‚wir müssen oder versuchen, über die Ämter stärker auch die Idee einer demokratischen Alltagskultur in die Verwaltung zu übertragen‘. Das hat in X deshalb nicht funktioniert, weil, und das meine ich nicht despektierlich, sondern als Zustandsbeschreibung, viele Kollegen dort im Ämternetzwerk quasi abgeordnet worden ... und das zeigt eben auch, dass sozusagen eine Demokratisierung auch in der Verwaltungsstruktur erforderlich ist. Der richtige Weg wäre natürlich gewesen, aus unserer Sicht, man hätte gefragt, wer hat denn Interesse, wer kann sich für das Behandlungsfeld Demokratieentwicklung, Rechtsextremismus, Prävention begeistern. Und dann schickt man die engagierten Mitarbeiter. Es waren zum großen Teil aber sozusagen Zuständige ... wie ich finde, sozusagen ein struktureller Geburtsfehler des LAP, äh, des Ämternetzwerks.“ (26B_191)

Es wird davon ausgegangen, dass Veränderungen, die der Lokale Aktionsplan in der Verwaltung anstoßen konnte, auch nach Programmende Bestand haben werden.

„Ich denke, was weiter existieren wird, sind Verantwortlichkeiten für das Thema innerhalb von Verwaltung. Das hat, glaube ich, der LAP gebracht. Es gibt die Person, die für dieses Thema quasi steht innerhalb der Verwaltung. Ich finde, das ist schon eine große Form von Nachhaltigkeit. Auch eine Person, mit der man immer arbeiten kann, die man ansprechen kann.“ (19B_201)

3. Rolle des Begleitausschusses bei der Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne

Die Begleitausschüsse sollen laut Programmleitlinien über die Projektförderung entscheiden und an der Fortschreibung mitwirken. Bezüglich des Entscheidungsverfahrens zur Projektförderung berichten nahezu alle Aktionspläne, dass sich die Begleitausschüsse nach einer ersten Findungsphase zunehmend professionalisiert haben. Hinsichtlich einer Vertiefung der inhaltlichen Auseinandersetzung in den Begleitausschüssen, die auch zu einer Weiterentwicklung des Lokalen Aktionsplans beiträgt, gibt es verschiedene Befunde:

Aus diversen Begleitausschüssen wird berichtet, dass die heterogene Zusammensetzung des Ausschusses die Auseinandersetzung sehr befruchtet habe und sich eine differenzierte Sicht auf die Problemlagen in der Region entwickelt habe: *„... von der Feuerwehr bis über die Kirche“* habe sich durch den inhaltlichen Austausch *eine „breite Fachlichkeit“* gebildet, beschreibt etwa ein Koordinator die Entwicklung des Begleitausschusses. (12B_2)

Über die Auseinandersetzung mit den Projektanträgen hinaus befasst man sich mit den Zielen und Wirkungen hinsichtlich der Problemlagen der Region.

„Ein stabiles Gremium hat sich da entwickelt mit den Begleitausschüssen. Neben der reinen Projektbewilligung wird sich auch mehr inhaltlich engagiert. Also ich merke das daran, dass auf der Sitzung oder an den Treffen – sind ja nicht nur Bewilligungstreffen – viel mehr inhaltlich diskutiert wird.“ (18A_205)

„Wenn man mit so vielen Fördertöpfen zu tun hat, dann kann man ja auch dazu neigen, dass man da eigentlich nur noch guckt, wie kann ich der Richtlinie entsprechen, und nicht vielleicht auch guckt, welche Effekte werden damit erzielt, also diese Weitsichtigkeit ist durch die Zusammensetzung unseres Begleitausschusses, denke ich, immer gewährleistet gewesen.“ (11B_262)

Von etwa einem Viertel der Aktionspläne wird hervorgehoben, dass sich der Begleitausschuss zunehmend auch als ein politischer Akteur gegen Rechtsextremismus etablierte. Beispiele hierfür sind das Engagement gegen Demonstrationen der NPD oder gegen einen Thor-Steinar-Laden, bei dem Begleitausschüsse Mobilisierungsarbeit geleistet haben und im Kreistag auf Reaktionen der demokratischen Parteien hingewirkt haben.

„Das ist auf jeden Fall so, wenn man jetzt weiter arbeiten würde mit dem Gremium, dass man vielfach auch diese Kriseninterventionen [leistet], die auch daraus resultiert, dass die rechte Szene ja nun auch wach ist, auch im Landkreis.“ (15B_88)

Nahezu alle in die qualitative WB einbezogenen Aktionspläne planen, die Arbeit des Begleitausschusses fortzusetzen und (teilweise) dessen Arbeitsweise entsprechend der gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln.²

4. Zusammenführung der Arbeit des Begleitausschusses und des Ämternetzwerks

Im Begleitausschuss finden sich Zielgruppenvertreter/innen, Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Gruppen und Vertreter/innen des Ämternetzwerks. Der Begleitausschuss stellt damit eine Schnittstelle für die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Verwaltung dar, wobei die Vertreter/innen der Zivilgesellschaft die Mehrheit stellen sollen.³ Dabei wird aus Sicht beider Akteursgruppen die Arbeit im Begleitausschuss als Prozess beschrieben, der dazu beiträgt, das Verständnis für die andere Position zu verbessern und eine wechselseitige Kenntnisvermittlung ermöglicht.

So beschreiben zivilgesellschaftliche Akteure, dass die Zusammenarbeit im Begleitausschuss sowohl ihr Verständnis für die Verwaltungsabläufe fördert, zum anderen aber auch ihre Position gegenüber der Verwaltung stärkt.

„Das ist ein ganz demokratischer Prozess. Und das Zusammenfügen verschiedener Erfahrungshorizonte und verschiedener Sichtweisen ... das ist einfach unterschiedlich, ob ich als Verwaltungsbehörde agiere und mich einem Thema in dieser Form widme. Es gibt ja schon Informationsaustausch. Auch in so einem Begleitausschuss. Also die Verwaltung gibt ja auch Dinge dadurch preis ... was nur über den Kontakt stattfindet. Und hab ich ihn nicht, gibt's da auch keinen Austausch.“ (15B_14)

„Ein sehr schönes Zwischenergebnis ist, dass das Selbstbewusstsein der freien Träger durch so eine Arbeit wie in dem Begleitausschuss natürlich steigt. Man sitzt wirklich auf Augenhöhe mit der Verwaltung und kann Entscheidungen treffen, die sonst immer nur über einen getroffen werden, die man oft auch nicht nachvollziehen konnte.“ (21B_13)

Auch Verwaltungsakteure begrüßen den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vertreter/innen als Möglichkeit, Erfahrungen aus der Praxis in die Verwaltungsarbeit einzubeziehen.

„Und ich finde die Basisorientierung sehr gut. Sie birgt natürlich auch organisatorische Schwierigkeiten, gar keine Frage; also was die Sitzungen angeht, Teilnahme und Ähnliches. Aber letztendlich glaube ich, dass es wichtig ist, von Frau und Mann vor Ort noch mal ein Okay zu bekommen. [Auch wenn wir] jetzt hier in der Verwaltung sicherlich auch eng mit den Menschen zusammenarbeiten, aber doch an einigen Stellen vielleicht auch etwas zu sehr fachorientiert dann denken [und] vielleicht auch einen Teil der Praxis dann falsch einschätzen.“ (14B_125)

Befragte Verwaltungsakteure berichten, dass durch die in den Begleitausschuss eingebundenen Vertreter/innen des Ämternetzwerks Inhalte in andere Verwaltungsbereiche transportiert werden, etwa in den Jugendhilfeausschuss, ins Stadtplanungsamt, in Arbeitsgruppen des Stadtteilmanagements, etc. bis hin auf die politische Ebene in den Kreistag. Gleichwohl werden auch die Grenzen aufgezeigt, die dieser Form der Einbeziehung verschiedener Verwaltungsbereiche in den Lokalen Aktionsplan gesetzt sind:

„Und dadurch, dass ich diesen Begleitausschussvorsitz habe [Vertreter des federführendes Amtes], bin ich gehalten, das immer mal wieder aufzurufen. Aber es ist auch bei uns nicht so gewesen, dass ich jetzt quasi das Ämternetzwerk stark bedienen würde. Hab ich gar keine Zeit, ja? Also das ist so auch nicht passiert, sondern man guckt dann, dass man mit den Kollegen auch schnell mal telefoniert und schnell mal spricht und die kurzen Wege versucht zu gehen. ... Das ist für uns auch wichtig, dass wir eine hohe Transparenz hinbekommen mit diesem Projekt. Aber die Verwaltung verändern durch das Projekt, nein!“ (19B_181)

Lediglich in einem untersuchten Aktionsplan trifft das Ämternetzwerk eine Vorauswahl der Projektanträge für den Begleitausschuss und nimmt damit eine aktiv inhaltlich steuernde Position ein.

² Vgl. Kapitel 5.2 in diesem Bericht.

³ BMFSFJ/Regiestelle 2007.: Arbeitshilfe, S. 24.

5. Einbindung von Akteuren aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen

Es konnten zwei Hauptmotivationen für die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen in den Lokalen Aktionsplan identifiziert werden.

So verspricht man sich zum einen von der Einbindung weiterer gesellschaftliche Akteure, Zugang zu Zielgruppen zu bekommen, die durch die am Lokalen Aktionsplan beteiligten Träger und initiierten Projekte kaum oder gar nicht erreicht werden. Zum zweiten wird sich häufig um die Einbindung von Akteurgruppen bemüht, denen gesellschaftliche Deutungsmacht zugeschrieben wird.

Vereine mit einer großen Breitenwirkung bei Jugendlichen sind die Sportvereine und in ländlichen Regionen insbesondere auch die freiwillige Feuerwehr. Da die genannten Vereine sich gewöhnlich nicht mit den Problemfeldern des Lokalen Aktionsplans befassen, gilt es den Akteuren häufig als ein großer Erfolg, wenn ihre Beteiligung an Projekten gelingt.

„[Bei uns im Landkreis] gibt's nur den Heimatverein, da gibt's den Feuerwehrverein, dann gibt's dann noch den Sportverein und das war's dann schon. In manchen Dörfern gibt's noch nicht mal die drei! Ja, und deswegen war dann auch die Geschichte, wir machen was mit der Feuerwehr, weil fast in jedem Dorf gibt's das. ... um dort in der Fläche auch die Leute zu erreichen mit diesen Dingen... Über die Struktur, in dem Verein [können] dann bestimmte Sachen auch in der Breite gebracht werden und nicht nur gezielt jetzt gegen Rechts, sondern mehr in die Breite – Toleranz gegenüber ausländischen Mitbürgern, Behinderten und so weiter und so fort, dann fruchtet das da auch für meine Begriffe besser.“ (FA 01_129)

Es werden Schulungen für Trainer/innen und Jugendwarte durchgeführt, um sie als Multiplikator/innen zu befähigen. In zwei Aktionsplänen werden nunmehr die Strukturen der Feuerwehren und Sportvereine in die Projektplanung der zivilgesellschaftlichen Träger mit einbezogen.

Die Einbeziehung von migrantischen Vereinen und islamischen Gemeinden in einen Lokalen Aktionsplan zielt ebenfalls darauf ab, eine von der klassischen Jugendförderung häufig schwer zu erreichende Zielgruppe – die der Migrant/innen – für die Themen des Lokalen Aktionsplans zu gewinnen. In einem Aktionsplan führt die türkisch-islamische Gemeinde selbst Projekte durch und ihr Vertreter ist Mitglied im Begleitausschuss. In anderen Region haben sich im Rahmen des Lokalen Aktionsplan Kooperationen zwischen Trägern und migrantischen Vereinen entwickelt.

„Die Zusammenarbeit zwischen Straßensozialarbeit und türkischer Gemeinde und Ortsjugendring ist verstärkt worden ohne Ende. Und das ist so gut verzahnt worden mittlerweile, das wäre ja ohne diese Programme überhaupt nicht gelaufen.“ (24B_182)

Im Rahmen von zwei Lokalen Aktionsplänen wurden im Sinne eines interreligiösen Dialogs Kooperationen und wechselseitige Veranstaltungen zwischen den islamischen und den christlichen Gemeinden angestoßen.

„Es hat auch, was ich sehr positiv fand, zwischen der evangelischen Kirche und der Moschee, also der türkischen Gemeinde, eine ständige Verbindung gegeben. Man trifft sich in der evangelischen Kirche zum Erntedankfest und man trifft sich in der Moschee zum Fastenbrechen. Und da kommen fünfzig und mehr Menschen zusammen, und das sind nicht alles nur schlichte Bürger, sondern das sind eben auch Funktionsträger, also politische Vertreter, kirchliche Vertreter. Und das ist, finde ich, sehr prägend geworden. Und ist entstanden durch diese Arbeit.“ (20B_40)

Allerdings konstatiert ein Akteur, dass über die Kirchen im Allgemeinen wenig Jugendliche erreicht würden.

Um im Sinne einer Bürgerbeteiligung möglichst viele Einwohner/innen einer Region in die inhaltliche Auseinandersetzung im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans einzubeziehen, nutzen einige Lokale Aktionspläne Regional- und Stadtteilkonferenzen, öffentlicher Anhörungen und Foren, die bereits in anderen Rahmen bestanden. Dabei wurde meist auf bewährte Strukturen oder Gremien der Bürgerbeteiligung zurückgegriffen, um auf der einen Seite den Aktionsplan bekannt zu machen und auf der anderen Seite Ideen aus der Bevölkerung aufzugreifen.

„Wir haben auch letztendlich immer dieses mit der aktiven Stadtteilentwicklung einhergehende Bürgerbeteiligungsgremium genutzt, um da das Programm nicht nur vorzustellen, sondern auch um über die dort aktiven

Bürger uns immer wieder Impulse zu holen für umzusetzende Mikroprojekte, für ne bestimmte Ausrichtung, für bestimmte Erschließung neuer Zielgruppen.“ (10B_29)

Der Einbeziehung von lokalen Politiker/innen wird in beinahe allen Lokalen Aktionsplänen große Bedeutung beigemessen. Einige Begleitausschüsse haben sich jedoch explizit dagegen entschieden, Politiker/innen hinzuzuziehen, da sie parteipolitische Auseinandersetzungen vermeiden wollten. Gleichwohl zeigen sich alle befragten Akteure davon überzeugt, dass das Engagement politischer Vertreter/innen für die Nachhaltigkeit eines Lokalen Aktionsplans von besonderer Wichtigkeit ist. Für die Gewinnung von Anerkennung ist die Unterstützung deutungsmächtiger Akteure, wie Bürgermeister/innen, Stadtverordnete und Gemeindevertreter/innen, besonders hoch einzuschätzen.⁴

„Es ist schon wichtig, wenn der Stadtvater vorneweg mit marschert, ein klares Bekenntnis abgibt und eben die Schirmherrschaft übernimmt oder an einer anderen Stelle dann auch selber in die Prozesse mit reingeht. Also es gab Workshops, wo ich [Oberbürgermeister] mitgemacht habe, und bei wichtigen Veranstaltungen bin ich mit dabei. Vieles läuft dann komplett von selber.“ (26B_40)

Beinahe alle befragten Akteure erachten die Einbeziehung von Wirtschaftsakteuren als wichtig, um eine nachhaltige Entwicklung des Lokalen Aktionsplan zu begünstigen. Zum einen erhofft man sich über kleinere oder große Betriebe eine Popularisierung der durch den Lokalen Aktionsplan forcierten Themen. Auf der anderen Seite wünscht man sich, Unternehmen für eine Ko-Finanzierung von Projekten zu gewinnen. Bis auf sehr wenige Ausnahmen ist es jedoch nicht gelungen, Wirtschaftsakteure für ein Engagement zu gewinnen.

„Ja, was soll ich zur Wirtschaft sagen? Also, die sagen: ‚Ja ist schön, aber ist nicht unser Ding, und macht mal, aber wir haben keine Zeit.‘ ... Diejenigen, die natürlich angesprochen worden sind, waren vorrangig ... die Kammern als institutionelle Vertretung, da es aus meiner Sicht auch im Prinzip ausgeschlossen ist, nein, aber fast utopisch ist, davon auszugehen, dass ein einzelner Unternehmer sagt: ‚Okay, ich bin jetzt hier Chef in dem Laden, das ist mir so wichtig und ich mache da mit.‘“ (12A_127)

„Uns ist es in den dreieinhalb Jahren LAP gelungen, viele Zielgruppen zu erreichen, auch neue Akteursgruppen hinzu zu bekommen ... Es ist uns aber nicht gelungen, das ist das Defizit hier, das muss man auch ganz klar so sagen, sozusagen die Lokalwirtschaft aktiv einzubinden... Das geht neunundneunzig Prozent der Aktionspläne so.“ (26B_50)

6. Einbindung/Zusammenarbeit unterschiedlicher kommunaler Einrichtungen

Bei der Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen nehmen die Schulen die wohl wichtigste Position ein. Es wird zwar auch von Kooperationen mit Kindertagesstätten und/oder kommunalen Jugendeinrichtungen berichtet, jedoch erscheint deren Bedeutsamkeit in den qualitativen Interviews nachgeordnet. Eine Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten ist dort relevant, wo die Zielstellungen eines Aktionsplans den Bereich der frühkindlichen Bildung berühren.

Dass Kooperationen der Lokalen Aktionspläne mit kommunalen Jugendeinrichtungen kaum thematisiert werden, mag daran liegen, dass Kooperationen mit freien Trägern hier zum Arbeitsalltag gehören und sich weniger Besonderheiten oder Konflikte ergeben. Entsprechend werden sie in einer relativ offenen Interviewsituation kaum reflektiert.

Wichtige Kooperationspartner für die Aktionspläne sind die Schulen. Hier ist die Hauptzielgruppe der Jugendlichen regelhaft eingebunden, insofern sind die Schulen eine wichtige Schnittstelle, um einen Zielgruppenzugang herzustellen. Dass sich Kooperationen hier nicht problemfrei gestalten und unter welchen Voraussetzungen sie gelingen, wurde bereits 2009 ausführlich dargestellt.⁵

Die Befunde der Interviews 2010 werden insofern im Folgenden als ergänzende Befunde dargestellt:

⁴ Vgl. ISS/Camino 2009, S. 90.

⁵ ISS/Camino 2009, S. 125 ff.

In den Aktionsplänen ist man sich der Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit mit den Schulen bewusst. Gleichwohl werden hier Spannungen beschrieben, die u.a. aus den unterschiedlichen Arbeitsansätzen resultieren: Während die Träger der Jugendhilfe, die viele Projekte der Aktionspläne umsetzen, partizipativ orientiert sind, sei die Schule ein Zwangssystem und hierarchisch strukturiert. Gerade wegen der unterschiedlichen Arbeitsansätze ist es jedoch wichtig, sich über gemeinsame Ziele zu verständigen. Ebenso bedeutsam sei eine wechselseitige Verständigung über Kompetenzen als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Eine Kooperation kann einmal durch ein Intervenieren der Schulverwaltung und zum anderen durch die direkte Ansprache von Schulleiter/innen und Lehrer/innen befördert werden.

[Der Zugang zu den Schulen gelang] „einmal über die administrative Seite von oben, dass wir im Prinzip rangekommen sind über die Leitungsebenen, so dass die Projektpartner Aufgeschlossenheit gefunden haben, und auf der anderen Seite auch, dass wir die Projektpartner selber zu den Lehrern in die Schule geschickt haben. (8B_93)

Entsprechend wird eine Kooperation erschwert, wenn sich die Schulverwaltung und/oder die Schulleitungen in einer Überlastungssituation befinden, weil sich bspw. Strukturen aufgrund der Landesgesetzgebung verändern. In dem Fall besteht kein Interesse daran, noch ein zusätzliches Themenfeld zu bearbeiten. Ein weiteres Hindernis ergibt sich daraus, dass die Strukturen des Schulamtes oft nicht mit der durch den Aktionsplan angesprochenen Verwaltungsstruktur korrespondieren.

Mehrfach wird beschrieben, dass sich im Rahmen der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans auch die Zusammenarbeit mit den Schulen verbessert hat. Zum einen steigt das Interesse der Lehrer/innen an den angebotenen Themen und Weiterbildungen der Aktionspläne, andererseits haben auch die Akteure des Aktionsplans dazugelernt und planen nun Veranstaltungen bspw. gezielt in einer Zeit, in der die Lehrer/innen nicht so stark belastet sind.

Wichtig für eine solche positive Entwicklung ist die Zusammenarbeit mit Schulverwaltungsstrukturen im Ämternetzwerk oder im Begleitausschuss. Dabei ist es nur begrenzt von Nutzen, wenn ein/e einzelne/r Lehrer/in „abgesandt“ wird. Auch ein/e Schuldirektor/in, die/der ohne Legitimation der Schulverwaltung beteiligt ist, kann letztlich nur den Zugang zu ihrer/seiner eigenen Schule ermöglichen, bestenfalls noch eine Multiplikatorenfunktion bzgl. ihrer/seiner Kolleg/innen übernehmen.

Als ein hinderlicher Faktor wird immer wieder angeführt, dass Schulen selbst keine Projekte beantragen könnten. Dort wo die Kooperation mit den Schulen aber als gut beschrieben wird, wird dies nicht problematisiert, da aus Sicht dieser Aktionspläne ausreichend Möglichkeiten bestehen, dass Schulen entweder über einen eigenen Förderverein oder in Zusammenarbeit mit einem freien Träger Projekte umsetzen können. In diesen Aktionsplänen wird inzwischen auch ein deutlich höheres Eigenengagement der Schule erwartet. Dies sei wertvoller, als wenn man die Schulen von außen anspricht und ihnen fertige Konzepte präsentiert.

Von Seiten der Akteure der Lokalen Aktionspläne erhofft man sich, dass sich hieraus Anstöße für die Schulen ergeben, die sie motivieren, zukünftig selbst die entsprechenden Themenfelder zu bearbeiten. So wäre es durchaus vorstellbar, dass Projektinhalte (besonders aus dem Bereich der politischen Bildung) in den Unterricht integriert werden könnten.

7. Anregungen und Verbesserungsvorschläge aus Sicht der jeweiligen Akteure

Sowohl von Vertreter/innen der Zivilgesellschaft als auch von den Ämtervertreter/innen werden allzu starre Förderlaufzeiten des Bundesprogramms kritisiert. Insbesondere nach der Bewilligung durch das Programm blieb den meisten Aktionsplänen wenig Zeit, über die Verwendung der För-

dergelder zu entscheiden, da diese an das Haushaltsjahr gebunden waren/sind.⁶ Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren, dass diese enge Zeitplanung zu Programmbeginn die Umsetzung eines partizipativen Verfahrens stark erschwert habe.

„Es ist vollkommen klar, es geht ja wirklich um Teilhabe. Und das ist natürlich blöd, wenn ein Programm so überfallartig kommt. Und innerhalb von zwei Monaten was zustande zu bringen ...!“ (21B_376)

„Wenn man ein Projekt entwickeln will, mit Kooperationspartnern, mit denen man vorher noch nicht an einem Tisch saß, dann braucht man auch dafür Zeiträume. Und also es geht nicht immer um die Dauer, sondern es geht ja auch darum, Entwicklungen zu ermöglichen ... Denn man braucht ein bisschen ausführlichere Zeiträume, auch um mal einen Fehler zu machen.“ (5B_246)

Entsprechend wird häufig für flexiblere Förderlaufzeiten plädiert, nicht nur im Hinblick auf den Programmbeginn, sondern insbesondere auch hinsichtlich des Auslaufens der Förderung. So befürchten viele Akteure, dass ein abruptes Ende der Förderung sich kontraproduktiv auf die durch den Aktionsplan geschaffenen Kooperations- und Partizipationsstrukturen auswirken könnte. Daher plädieren mehrere Ämtervertreter/innen und Koordinator/innen dafür, die Förderlaufzeit nicht starr auf drei Jahre zu begrenzen, sondern ggf. eine Streckung der Förderlaufzeiten zu ermöglichen.

„Vielleicht auch die Option zu geben, flexiblere Laufzeiten zu haben. Da muss man mal gucken, ob man das kann, ob mal der Landkreis sich quasi im Sinne von Nachhaltigkeit entscheiden kann. Wie bei Altersteilzeit quasi ... Entweder man teilt es auf, oder man sagt drei Jahre, oder man sagt fünf Jahre, und dafür eben auch mit der Summe, dass man das also so flexibler gestalten könnte.“ (15B_31)“

„So, und von daher, das wäre noch so was, was man durchaus schon mal mitdenken muss. Wie geht man überhaupt mit dem Instrument weiter um? Denn es sind gute Dinge im Entstehen. Ich glaube, also wenn man den Ausstieg oder einen anderen Einstieg schlecht wählt, macht man noch mal mehr kaputt...“ (18A_378)

Mit ähnlichen Argumenten machen sich insbesondere Ämtervertreter/innen stark für eine Verlängerung des Programms oder für punktuelle Förderungen, die es ermöglichen würden, Teilbereiche des Aktionsplans oder erfolgreiche Einzelprojekte weiterzuführen.

„Und sagen wir mal drittens, ... dass der Bundesgesetzgeber, wenn er eben sich so etwas einfallen lässt, zu solchen Programmen dann durchaus auch mal längerfristig ja sagt. Wenn sich bei der Evaluation herausstellt, es war sinnvoll. Man muss auch den Mut haben und mal sagen, also das war jetzt Käse. Da haben wir keine Tiefenwirkung erzielt. Und da muss man sich auch mal davon trennen.“ (26B_238)

„Also weitermachen wäre natürlich der Hauptwunsch, also das nicht alles wegfallen zu lassen, sondern zu gucken und zu sagen, das hat sich bewährt oder eben auch nicht. Aber ich denke schon. Und dann kann man vielleicht mit relativ wenig Mitteln ne Menge möglich machen.“ (11B_506)

„Ich denke, dass es auf jeden Fall gut war. Und ich hätte mir auch gewünscht, dass das Programm verlängert wird. ... Man braucht lange Zeit, um das alles aufzubauen. Jetzt sind wir eigentlich an so einem Punkt, wo man sagen kann, es läuft, jetzt wissen wir, wie es geht, jetzt wissen wir, wie es funktioniert, jetzt sind die Partner da. Man könnte jetzt eigentlich weiter gehen und sagen, kommen noch neue dazu. Und jetzt läuft es aus, ne?“ (13B_15)

Das Coaching wird beinahe von allen befragten Akteuren als sinnvolle und notwendige Unterstützung begrüßt. Insbesondere in der Anfangsphase, aber auch bei der Fortschreibung habe der Coach häufig dazu beigetragen Unsicherheiten auszuräumen und gute Hilfestellungen bei der Verständigung über Inhalte und Ziele gegeben. Mehrere Ämtervertreter/innen beschreiben, dass sie im Laufe des Prozesses die Außenperspektive, die der Coach ermöglichte, als einen konstruktiven Beitrag für ihre Arbeit schätzen gelernt haben:

„... dass wir uns für dieses Coaching-Verfahren entschieden haben, das war das Richtige. Am Anfang dachte ich, jetzt müssen wir auch noch einen Coach haben, und das noch und das noch. Aber nein, das war die richtige Entscheidung. Das kann ich so in Nachhinein sagen. Bei Problemen kann man sich immer an ihn wenden ... Und das Gute daran ist, dass man eine Sicht von außen bekommt. Sie wissen doch manchmal, wie das so ist. Man ist guten Willens, aber man brodelt so ein bisschen im eigenen Saft, und dann kommt einer und sagt, so schlecht seit ihr doch gar nicht, jetzt macht doch das mal so oder da könnte ich euch das empfehlen.“ (36B_372)

⁶ Vgl. hierzu auch Kapitel 5.6.2 in diesem Bericht.

„Wir waren erst skeptisch ... Och jetzt kriegen wir noch ´n Coach. Was soll das denn, wir müssen selber sehen, wie wir klar kommen, und dann gängelt der uns vielleicht auch noch ... Aber aus meinen Erfahrungen, heraus, würde ich nun dazu raten. Denn - ich sagte das schon ganz deutlich - wir haben da alle von profitiert. Und der hat uns auch immer auf den Weg gebracht. Und wenn man gemerkt hat, Mensch, das läuft vielleicht nicht in die richtige Richtung, dann hat er zumindestens gesagt, ha: „ich bitte mal, dies zu bedenken, können wir uns das mal überlegen.“ Oder wir haben das dann diskutiert. Und das war sehr fruchtbar ... Also ich würde nur dazu raten, einen Coach in Anspruch zu nehmen. Vielleicht sollte man das sogar ruhig auch verpflichtend machen, das kostet natürlich auch mal ein bisschen Geld. Aber ich würde das eindeutig bejahen.“ (3B_1030)

Gerade aufgrund dieser positiven Erfahrung kritisieren mehrere Ämtervertreter/innen, dass das Coaching nur bis zum Ende des Jahres 2009 eingeplant wurde. Insbesondere in der letzten Phase habe man Impulse und Anregungen benötigt, um sinnvolle Prozesse im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung anzustoßen:

„Und ich hätte mir gewünscht, dass dies [das Coaching] möglicherweise auch in der Nachbereitungsphase erfolgt. Denn es ist ja jetzt abgebrochen worden Ende des Jahres 2009. Also ich bin der Meinung, das könnte man anders machen seitens des Ministeriums ... zum Beispiel hätte ich mir jetzt noch mal Verstärkung bei den Beratungen gewünscht ... was nehmen wir denn nun, gerade im letzten Jahr, um diese Nachhaltigkeit zu entwickeln?“ (1B_718)

*„Also ich muss sagen, das Coaching ist insbesondere sehr nützlich gewesen um eine wissenschaftliche Unter-
setzung des Programms Vielfalt tut gut hinzubekommen, auch mit der Interessenbegründungs-Angelegenheit bis hin zur Fortschreibung, Denn da wird sehr viel erfragt wird, was für einen, ich sage mal, nicht diplomierten Sozialarbeiter sehr kompliziert ist. Dann sage ich, wenn der das jedes Jahr macht und das Projekt drei Jahre läuft...dann hätte ich den Coach auch noch das dritte Jahr drin gelassen.“ (2B_298)*

Ein weiterer Vorschlag im Sinne eines Ausbaus der Beratungsleistungen ist, dass der häufig sehr fruchtbare Austausch, der sich im Laufe des Programms zwischen den Koordinator/innen und Begleitausschüssen verschiedener Lokaler Aktionspläne über informelle Kontakte entwickelt hat, institutionalisiert werden könnte. Entsprechend müsste das Programm Gelder für Vernetzungs- und Austauschtreffen bereitstellen und auf mögliche Kooperationspartner, etwa die Aktionspläne einer Region, explizit hinweisen.

Sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch Ämtervertreter/innen betonen, dass es für zukünftige Programmkonzeptionen wichtig sei, regionale Unterschiede in die Programmvorgaben mit einzubeziehen und diese entsprechend flexibel zu gestalten. Dies bezieht sich auf die verschiedenen Ausgangssituationen von urbanen und ländlichen Räumen und die regional unterschiedlich ausgeprägten Träger- und Partizipationsstrukturen.

„Also das Allerwichtigste aus meiner Sicht ist, dass man die riesige Vielfalt und Differenziertheit, die es im Land X gibt, und die große auch strukturelle Unterschiedlichkeit, dass man die im Programm zulässt ... dass man nicht die Akteure zwingt,... sich in ein relativ fest gestricktes Korsett zu pressen, damit man den Programminhalten gerecht wird. Also je offener man bestimmte Dinge hält, je mehr ermöglicht man auch im Sinne dessen, was man mit diesem Programm eigentlich möchte. Also so, wie wir hier durch die Kleinteiligkeit der Projekte versuchen, den roten Faden zu haben, aber trotzdem ne große Vielfalt zuzulassen, die einfach den örtlichen Bedingungen entspricht und dem, womit sich Menschen örtlich beschäftigen und was sie können und was ihnen materiell möglich ist, ... also diese Großzügigkeit, die dieses Programm ja auch weitestgehend zulässt, ... also die sollte auf jeden Fall beibehalten-, wenn nicht sogar noch ausgeweitet werden.“ (11B_480)

Vielfach wird vor einer zukünftigen thematischen Überfrachtung der Programme gewarnt. Mehrere Ämtervertreter/innen und Koordinator/innen, aber auch Vertreter/innen der Zivilgesellschaft unterstreichen, dass eine Schwerpunktsetzung erforderlich sei und eine allzu weite Öffnung der Programme der Spezifik verschiedener Problemfelder nicht gerecht werde.

„Ich glaube, wichtig ist, dass man nicht versucht, alles miteinander zu vermischen und zu verweben und irgendwie alle Punkte, die einem irgendwie wichtig sind, rein zu bekommen in die Programme. Also sprich, zum Thema Extremismus ... also es gibt nicht den Extremismus. Da muss man wirklich differenzieren ... also Rechtsextremismus ist einfach was anderes als sogenannter Linksextremismus oder auch das, was man als Islamismus, also auch eine Form von Extremität, wahrnimmt ... Das sind einfach ganz unterschiedliche Faktoren, und da muss man auch ganz unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Oder wenn man sagt, Integrationsarbeit, ist wichtig ... Natürlich gibt's bei einigen Stellen dann einfach Schnittpunkte, die man machen kann. Aber ich glaube, man sollte wirklich prioritär schauen, sich drei, vier, fünf Punkte raussuchen, und den Rest wirklich für ein anderes Programm belassen.“ (14B_356)